

Verzeichnis der Gemeinden
Indice dei comuni

Nr.	Beschreibung	Denominazione
002	Andrian	Andriano
004	Eppan an der Weinstraße	Appiano s sulla strada del vino
006	Abtei	Badia
007	Barbian	Barbiano
008	Bozen	Bolzano
011	Brixen	Bressanone
012	Branzoll	Bronzolo
013	Bruneck	Brunico
015	Kaltern an der Weinstraße	Caldaro sulla strada del vino
016	Freienfeld	Campo di Trens
017	Sand in Taufers	Campo Tures
019	Kastelruth	Castelrotto
020	Tscherms	Cermes
022	Klausen	Chiusa
024	Kurtatsch an der Weinstraße	Cortaccia sulla strada del vino
025	Kurtinig an der Weinstraße	Cortina sulla strada del vino
026	Corvara	Corvara in Badia
028	Toblach	Dobbiaco
029	Neumarkt	Egna
030	Pfalzen	Falzes
031	Völs am Schlern	Fiè allo Sciliar
034	Gais	Gais
036	Glurns	Glorenza
037	Latsch	Laces
038	Algund	Lagundo
039	Lajen	Laion
040	Leifers	Laives
041	Lana	Lana
044	Lüsen	Luson
046	Mals	Malles Venosta
047	Enneberg	Marebbe
049	Martell	Martello
051	Meran	Merano
055	Nals	Nalles
056	Naturns	Naturno
057	Natz-Schabs	Naz-Sciaves
058	Welschnofen	Nova Levante
059	Deutschnofen	Nova Ponente
060	Auer	Ora
061	St. Ulrich	Ortisei
066	Burgstall	Postal
067	Prad am Stilfser Joch	Prato allo Stelvio
070	Ratschings	Racines
072	Ritten	Renon
074	Mühlbach	Rio di Pusteria
076	Salurn	Salorno
079	Jenesien	S. Genesio Atesino
080	St. Leonard in Passeier	S. Leonardo in Passiria
081	St. Lorenzen	S. Lorenzo di Sebato
082	St. Martin in Thurn	S. Martino in Badia
083	St. Martin in Passeier	S. Martino in Passiria
085	St. Christina in Gröden	S. Cristina Val Gardena
087	Schenna	Scena
089	Wolkenstein in Gröden	Selva di Val Gardena
092	Sexten	Sesto
093	Schlanders	Silandro

097	Terlan	Terlano
098	Tramin an der Weinstraße	Termeno sulla strada del vino
101	Tirol	Tirolo
103	Taufers im Münstertal	Tubre
105	Pfatten	Vadena
108	Ahrntal	Valle Aurina
109	Gsies	Valle di Casies
111	Vahrn	Varna
114	Villanders	Villandro
115	Sterzing	Vipiteno
116	Feldthurns	Velturno

Beschluss vom 30. Juli 2019, Nr. 666

Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter- /Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018

ANLAGE A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1

Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.
2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2

Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3

Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, zur Verfügung.
2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.
3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.
4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.
5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

- a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,
- b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,
- c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,
- d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;
- e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:
 - 1) Vollzeit,
 - 2) Teilzeit über 50 Prozent,
 - 3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

- a) alleinerziehendes Elternteil,
- b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,
- c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,
- d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,
- e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,
- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.
2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.
3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.
2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.
3. Hat die Familie im Sinne des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.
4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:
 - a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,
 - b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,
 - c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,
 - d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.
2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.
3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.
4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.
5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.
6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.
7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.
2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.
3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.
4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.
2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tarifbeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), berücksichtigt werden.
3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.
4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.
5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss, eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.
6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.
2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.
2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.
3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, muss enthalten:
 - a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,
 - b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß [Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer

Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tarifbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 14 Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15 Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis

Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.



**Beschlussniederschrift
 des Gemeindevausschusses**

NR.
694

**Verbale di deliberazione
 della Giunta Municipale**

SITZUNG VOM - SEDUTA DEL

UHR - ORE

19.11.2019

15:00

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung festgesetzten Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindevausschusses einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge Regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle riunioni, i componenti di questa Giunta Municipale.

Anwesend sind:

Presenti:

			entschuldigt abwesend assente giustificato	unentschuldigt abwesend assente ingiustificato
Wilfried TRETTL	Bürgermeister	Sindaco		
Massimo CLEVA	Vize-Bürgermeister	Vice-Sindaco		
Sigrid MAHLKNECHT-EBNER	Referentin	Assessore		
Philipp WALDTHALER	Referent	Assessore		
Roland FALLER	Referent	Assessore		
Monika HOFER-LARCHER	Referentin	Assessore		
Sonja DONAT	Referentin	Assessore		

Mit der Teilnahme **des Generalsekretärs**

Partecipa **il Segretario generale**

Werner NATZLER

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt Herr

Constatato che il numero degli intervenuti è sufficiente per la legalità dell'adunanza, il Signor

Wilfried TRETTL

in seiner Eigenschaft als **Bürgermeister** den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet.
 Der Gemeindevausschuss behandelt folgenden

nella sua qualità di **Sindaco** ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta.
 La Giunta Municipale passa alla trattazione del seguente

P 12.01. KINDHEIT

P 12.01. INFANZIA

G E G E N S T A N D

KINDHEIT - FÜHRUNG - VERGABE DER FÜHRUNG DER KINDERTAGESSTÄTTEN PILLHOF UND ST. MICHAEL DER GEMEINDE EPPAN A.D.W. AN DIE SOZIAL-GENOSSENSCHAFT TAGESMÜTTER-GEN. AUS BOZEN UND VERPFLICHTUNG DER KOSTEN (CIG 8103764D98)
UNVERZÜGLICH VOLLSTRECKBAR

O G G E T T O

INFANZIA - GESTIONE - APPALTO DELLA GESTIONE DELLE MICROSTRUTTURE PER LA PRIMA INFANZIA PILLHOF E S. MICHELE NEL COMUNE DI APPIANO S.S.D.V. ALLA COOPERATIVA SOCIALE TAGESMÜTTER-SOC. COOP. DI BOLZANO E IMPEGNO DEI COSTI (CIG 8103764D98)
IMMEDIATAMENTE ESECUTIVA

Nach Einsichtnahme in den Beschluss des Gemeindeausschusses Nr. 568 vom 11.09.2019, mit welchem die Einkaufsgenossenschaft Emporium aus Bozen mit der Ausschreibung betreffend die Führung der Kindertagesstätten Pillhof und St. Michael in der Gemeinde Eppan a.d.W. gemäß Angebot vom 02.09.2019 beauftragt wurde;

nach Einsichtnahme in den Beschluss des Gemeindeausschusses Nr. 631 vom 15.10.2019, mit welchem das Verfahren der Ausschreibung festgelegt und die Verdingungsordnung genehmigt wurden;

nach Einsichtnahme in die Niederschriften über das Verhandlungsverfahren mittels elektronischer Vergabe der Einkaufsgenossenschaft Emporium aus Bozen vom 11.11.2019, vom 12.11.2019 und vom 13.11.2019 für die Vergabe des gegenständlichen Dienstes, aus welchen hervorgeht, dass die Sozialgenossenschaft Tagesmütter-Gen. aus Bozen Siegerin des Verfahrens der Ausschreibung ist;

festgestellt, dass der Dienst der Sozialgenossenschaft Tagesmütter-Gen. aus Bozen übertragen werden kann;

nach Einsichtnahme in das Kapitel 12011.03.021500 der Haushalte 2020 und 2021;

in Erwägung, diesen Beschluss für unverzüglich vollstreckbar zu erklären, da der vergebene Dienst am 01.01.2020 beginnt;

nach Einsichtnahme in die von den einschlägigen Bestimmungen vorgesehenen Gutachten;

nach Einsichtnahme in die Satzung dieser Gemeinde, in der derzeit geltenden Fassung;

nach Einsichtnahme in den Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2;

BESCHLIESST DER GEMEINDEAUSSCHUSS

mit Stimmeneinhelligkeit ausgedrückt durch Handerheben:

- den Dienst für die Führung der Kindertagesstätten Pillhof und St. Michael aufgrund des Verfahrens der Ausschreibung der Sozialgenossenschaft Tagesmütter-Gen. aus Bozen für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis 31.12.2021 für folgenden Betrag zu übertragen:

Vista la delibera della Giunta comunale n. 568 del 11.09.2019, con la quale l'incarico della gara riguardante la gestione delle microstrutture per la prima infanzia Pillhof e S. Michele nel Comune di Appiano s.S.d.V. è stato affidato alla Cooperativa d'acquisto Emporium di Bolzano ai sensi dell'offerta del 02.09.2019;

vista la delibera della Giunta comunale n. 631 del 15.10.2019, con la quale è stata determinata la procedura della gara ed è stato approvato il capitolato;

visti i verbali della procedura negoziata mediante portale telematico della Cooperativa d'acquisto Emporium di Bolzano del 11.11.2019, del 12.11.2019 e del 13.11.2019 per l'appalto del servizio di cui in oggetto, dai quali risulta la Cooperativa sociale Tagesmütter-Soc. Coop. di Bolzano come vincitrice della procedura della gara;

constatato che il servizio può essere affidato alla Cooperativa sociale Tagesmütter-Soc. Coop. di Bolzano;

visto il capitolo 12011.03.021500 dei bilanci 2020 e 2021;

di dichiarare la presenta delibera immediatamente esecutiva perché il servizio appaltato inizia il 01.01.2020;

visti i pareri previsti dalle norme vigenti;

visto lo Statuto di questo Comune, attualmente in vigore;

visto il codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con Legge regionale 3 maggio 2018, n. 2;

LA GIUNTA MUNICIPALE DELIBERA

ad unanimità di voti espressi per alzata di mano:

- di affidare il servizio della gestione delle microstrutture di Pillhof e San Michele ai sensi della procedura della gara alla Cooperativa sociale Tagesmütter-Soc. Coop. di Bolzano per il periodo dal 01.01.2020 al 31.12.2021 per il seguente importo:

Gesamtbetrag des Dienstes laut Ausschreibung (74.000 Stunden x 10,00 Euro/St.)	740.000,00 €	Importo complessivo del servizio ai sensi dell'appalto (74.000 ore x 10,00 Euro/ora)
Angebot (entspricht Preisabschlag von 1,2189%)	730.980,00 €	Offerta (equivale a ribasso sull'importo di 1,2189%)
5% MwSt.	36.549,00 €	IVA 5%
Insgesamt	767.529,00 €	Somma complessiva

2. den Bürgermeister mit dem Abschluss des entsprechenden Vertrages in öffentlich verwaltungsrechtlicher Form im Sinne des 2. Absatzes, Buchst. b) und des 4. Absatzes, Buchst. d) des Art. 3 der geltenden Gemeindeverordnung über die Regelung der Verträge, in geltender Fassung, zu beauftragen und den Generalsekretär um dessen Beurkundung zu ersuchen;
3. für die Durchführung des Dienstes die Ausgabe von 383.764,50 Euro auf dem Kapitel 12011.03.021500 des Haushaltes 2020 zu verpflichten und der Sozialgenossenschaft Tagesmütter-Gen. aus Bozen nach Vorlage von monatlichen Rechnungen auszubezahlen;
4. für die Durchführung des Dienstes die Ausgabe von 383.764,50 Euro auf dem Kapitel 12011.03.021500 des Haushaltes 2021 zu verpflichten und der Sozialgenossenschaft Tagesmütter-Gen. aus Bozen nach Vorlage von monatlichen Rechnungen auszubezahlen;
5. die Gesamtausgabe wie folgt zu verpflichten:
2. di incaricare il Sindaco della stipulazione del relativo contratto in forma pubblica amministrativa ai sensi del 2° comma, lett. b) e del 4° comma, lett. d) dell'art. 3 del vigente regolamento comunale per la disciplina dei contratti nella versione vigente e di richiedere al Segretario Generale il rogito dello stesso;
3. di impegnare la spesa di 383.764,50 Euro per lo svolgimento del servizio sul capitolo 12011.03.021500 del bilancio 2020 e di liquidarla alla Cooperativa sociale Tagesmütter-Soc. Coop. di Bolzano dopo presentazione di fatture mensili;
4. di impegnare la spesa di 383.764,50 Euro per lo svolgimento del servizio sul capitolo 12011.03.021500 del bilancio 2021 e di liquidarla alla Cooperativa sociale Tagesmütter-Soc. Coop. di Bolzano dopo presentazione di fatture mensili;
5. di impegnare la spesa complessiva come segue:

Kinderhort Kleinkinder, Minderjährige und Kinderhorte - öffentliche Dienstleistungsaufträge	Kostenstelle / centro di costo: 120101	Asilo nido Infanzia, minori e asili nido - contratti di servizio pubblico
Kapitel Artikel	12011.03.21500	capitolo articolo
	Verpflichtung / Impegno 2406 / 2020	
Grundlage	365.490,00 €	Imponibile
MwSt.	5 %	IVA
Gesamtsumme	383.764,50 €	Totale

Kinderhort Kleinkinder, Minderjährige und Kinderhorte - öffentliche Dienstleistungsaufträge	Kostenstelle / centro di costo: 120101	Asilo nido Infanzia, minori e asili nido - contratti di servizio pubblico
Kapitel Artikel	12011.03.21500	capitolo articolo
	Verpflichtung / Impegno 2406 / 2021	
Grundlage	365.490,00 €	Imponibile
MwSt.	5 %	IVA
Gesamtsumme	383.764,50 €	Totale

6. gemäß den Bestimmungen über die Harmonisierung der Buchhaltungssysteme, die Fälligkeit der Zahlung innerhalb 28.02.2022 vorzusehen;
7. diesen Beschluss im Sinne des Artikels 183, Absatz 4 des Kodexes der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2 für unverzüglich vollstreckbar zu erklären; aus diesem Grunde muss dieser Beschluss innerhalb von 5 Tagen ab heute veröffentlicht werden;
6. di considerare il pagamento esigibile entro la data del 28.02.2022, ai fini della normativa sull'armonizzazione contabile;
7. di dichiarare la presente deliberazione immediatamente esecutiva ai sensi dell'articolo 183, comma 4 del codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con Legge regionale 3 maggio 2018, n. 2; pertanto la deliberazione dev'essere pubblicata all'albo comunale entro 5 giorni dalla data odierna;

8. eine Abschrift dieses Beschlusses im Sinne des Artikels 183, Absatz 2 des Kodexes der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2 den Fraktionssprechern im Gemeinderat gleichzeitig mit der Veröffentlichung zu übermitteln;
9. ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass gegen diesen Beschluss von jedem Bürger innerhalb der zehntägigen Veröffentlichungsfrist desselben im Sinne des Artikels 183, Absatz 2 des Kodexes der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2 Einspruch beim Gemeindevorstand eingelegt werden kann; ferner kann innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses Beschlusses bei der Autonomen Sektion Bozen des Regionalen Verwaltungsgerichtshofes Rekurs eingereicht werden.
8. di comunicare la presente deliberazione contestualmente alla pubblicazione ai capigruppo consiliari ai sensi dell'articolo 183, comma 2 del codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con Legge regionale 3 maggio 2018, n. 2;
9. di dare atto che contro la presente deliberazione ogni cittadino può presentare opposizione alla Giunta comunale entro i dieci giorni di pubblicazione della stessa ai sensi dell'articolo 183, comma 2 del codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con Legge regionale 3 maggio 2018, n. 2; entro 60 giorni dalla data di esecutività della presente deliberazione può essere presentato ricorso alla Sezione Autonoma di Bolzano del T.R.G.A.

Hashwert administratives Gutachten	yi2P2MA9Mm1GTrg5IissMubQ/okO3CRvAodtXa p69XQ= Stefan Raffener	valore hash parere amministrativo
Hashwert buchhalterisches Gutachten	FfLdFwKrSXP7264NIAa7HIuyDrpQL3ms45pES ICJg= Stefano Tonelli	valore hash parere contabile

* * * * *

* * * * *

GELESEN, GENEHMIGT und GEFERTIGT. - LETTO, CONFERMATO e SOTTOSCRITTO.

DER BÜRGERMEISTER - IL SINDACO

DER GENERALSEKRETÄR - IL SEGRETARIO
GENERALE

Wilfried TRETTL

Werner NATZLER

digital signiertes Dokument

documento firmato tramite firma digitale

Veröffentlicht am 21.11.2019

Pubblicato il 21.11.2019

Vollstreckbar am 19.11.2019

Esecutivo il 19.11.2019



COMUNE DI BADIA
Provincia di Bolzano

GEMEINDE ABTEI
Provinz Bozen

COMUN DE BADIA
Provincia da Balsan

Verbale di deliberazione della
GIUNTA COMUNALE

Beschlussniederschrift des
GEMEINDEAUSSCHUSSES

Verbal de deliberaziun dla
JUNTA DE COMUN

10.02. Servizi sociali
10.02. Soziale Dienstleistungen
10.02. Sorvisc soziai

Nr. 245

16/12/2020
09:00

OGGETTO:

Servizio di gestione della microstruttura per la prima infanzia a San Leonardo per il periodo dal 01.01.2021 al 31.12.2023 - aggiudicazione definitiva alla Cooperativa Sociale Casa Bimbo - Tagesmutter Onlus

BETRIFFT:

Dienst für die Führung der Kindertagesstätte in St. Leonhard für den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2023 - Erteilung des endgültigen Zuschlages an die Sozialgenossenschaft Casa Bimbo - Tagesmutter Onlus

ARGOMËNT:

Sorvisc de gestiun dla Ciasa di pici a San Linert dai 01.01.2021 ai 31.12.2023 - aiudicaziun definitiva ala Cooperativa Sociale Casa Bimbo - Tagesmutter Onlus

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente legge regionale sull'ordinamento dei comuni, vennero per oggi convocati nella sala delle riunioni del municipio di Badia, i componenti della giunta comunale.

Nach Erfüllung der im geltenden Einheitstext der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung enthaltenen Vorschriften, wurden für heute im Sitzungssaal des Gemeindehauses von Abtei, die Mitglieder des Gemeindeausschusses einberufen.

Do adempimënt dles formalitès scrites dant dala lege regionala sön l'ordinamënt di comuns, se á abine tl salf dles reuniuns dla ciasa de comun de Badia, i componënc dla junta de comun.

Sono presenti:

Anwesend sind:

Al é presënc:

		Assenti giustif.	Abwesend entsch.	Assënc iustif.	Assenti ingiust.	Abwesend unentsch.	Assënc nia iust.
Giacomo FRENADEMETZ	Sindaco/Bürgermeister/Ombolt						
Thomas PESCOLLDERUNG	Assessore/Gemeindereferent/Assessor						
Dr. Werner PES COSTA	Assessore/Gemeindereferent/Assessor						
Edit DAPOZ	Assessore/Gemeindereferent/Assessor						
Elide MUSSNER	Assessore/Gemeindereferent/Assessor						
Dr. Christian PEDEVILLA	Assessore/Gemeindereferent/Assessor						

Assiste il Segretario

Seinen Beistand leistet der Sekretär

Al assistësc le Secreter

Dr. Vincenzo CLARA

Il Sindaco, constatato il numero legale degli intervenuti, dichiara aperta la seduta ed invita i presenti a deliberare sull'argomento suindicato.

Der Bürgermeister, erklärt nach Feststellung der Beschlussfähigkeit die Sitzung für eröffnet und ersucht die Anwesenden über obigen Gegenstand zu beschließen.

L'Ombolt, do avëi constaté le numer legal di presënc, detlarëia daverta la sentada y invieia a deliberé sön l'argomënt suradit.

Vista la deliberazione n. 214 del 11.11.2020 con la quale la Giunta comunale ha deliberato di procedere all'appalto del servizio di gestione della microstruttura per la prima infanzia presso l'edificio "Ciasa di pici" a San Leonardo per il periodo 01.01.2021 al 31.12.2023 per un importo a base d'asta di Euro 749.700,00 mediante espletamento di una procedura negoziata ai sensi degli art. 55 e 58, comma 1, lettera c) della L.P. n. 16 del 17.12.2015 con l'assegnazione del servizio all'operatore economico che avrà presentato l'offerta economicamente più vantaggiosa;	Nach Einsichtnahme in Beschluss Nr. 214 vom 11.11.2020, mit welchem der Gemeindevorstand beschlossen hat, die Vergabe des Dienstes der Führung der Kindertagesstätte beim Gebäude „Ciasa di pici“ in St. Leonhard für den Zeitraum 01.01.2021-31.12.2023 für eine Ausschreibungssumme von 749.700,00 Euro mittels Durchführung eines Verhandlungsverfahren gemäß Artikel 55 und 58, Absatz 1, Buchstabe c) des Landesgesetzes vom 17.12.2015, Nr. 16 mit der Zuweisung des Kindertagesstättendienstes an der Wirtschaftsteilnehmer, der das wirtschaftlich günstigste Angebot eingereicht hat, durchzuführen;	Odüda la deliberaziun nr. 214 di 11.11.2020 cun chëra che la Junta de Comun á deliberé da scrí fora l'apalt dl sorvisc de gestiun dla microstrotöra por i pici mituns tla costruziun "Ciasa di pici" a San Linert por la perioda 01.01.2021 ai 31.12.2023 por na soma da scrí fora de Euro 749.700,00 cun prozedöra de tratativa aladò di artt. 55 y 58, coma 1, lëtra c) dla L.P. n. 16 di 17.12.2015 cun assegnaziun dl sorvisc al operadú economic che presentará l'oferta economicamënter plü convegnëta;
Visto il verbale dell'Autorità di gara di data 09.12.2020 per l'affidamento del servizio di gestione della microstruttura per la prima infanzia presso l'edificio "Ciasa di pici" a San Leonardo;	Nach Einsichtnahme in die Niederschrift der Wettbewerbesbehörde vom 09.12.2020 für die Vergabe des Dienstes der Führung der Kindertagesstätte beim Gebäude „Ciasa di pici“ in St. Leonhard;	Odü le verbal dla comisciun de gara di 09.12.2020 por l'afidamënt dl sorvisc de gestiun dla microstrotöra pro i pici mituns tla costruziun "Ciasa di pici" a San Linert;
Visto il verbale della seduta della commissione per la valutazione delle offerte tecniche di data 14.12.2020;	Nach Einsichtnahme in die Niederschrift der Fachkommission für die Bewertung der technischen Angebote vom 14.12.2020;	Odü le verbal dla sentada dla comisciun por la valutaziun dles ofertes techniques di 14.12.2020;
Visto il verbale dell'Autorità di gara di data 14.12.2020, dal quale si evince che l'appalto è stato aggiudicato provvisoriamente alla Cooperativa Sociale Casa Bimbo – Tagesmutter Onlus con sede in Bolzano, al prezzo orario di Euro 11,89 + IVA, ossia al prezzo complessivo di Euro 749.070,00 + IVA (11,89 x 63.000 ore), comprensivo dei costi riservati a misure di sicurezza ammontanti ad Euro 0,00;	Nach Einsichtnahme in die Niederschrift der Wettbewerbskommission vom 14.12.2020, aus welcher der vorläufige Zuschlag an die Sozialgenossenschaft Casa Bimbo – Tagesmutter Onlus mit Sitz in Bozen, zum Stundenpreis vom Euro 11,89 + MwSt., bzw. für einen Gesamtbetrag von Euro 749.070,00 + MwSt. (11,89 x 63.000 Stunden) und einschließlich der Kosten für die Sicherheitsmaßnahmen von Euro 0,00;	Odü le verbal dla comisciun de gara di 14.12.2020 da chël che al resultëia che l'apalt ti é gnü afidé por intant ala Cooperativa Sociale Casa Bimbo – Tagesmutter Onlus, cun sënta a Balsan, al prisc orar de Euro 11,89 + CVA respetivamënter a n prisc de indöt Euro 749.070,00 + CVA (11,89 x 63.000 ores), cun laprò i cosc resservá ales mosöres de segurëza che amunta a Euro 0,00;
Ritenuto opportuno di poter provvedere all'aggiudicazione definitiva del servizio di gestione della microstruttura per la prima infanzia presso l'edificio "Ciasa di pici" a S. Leonardo per il periodo 01.01.2021 al 31.12.2023 alla Cooperativa Sociale Casa Bimbo – Tagesmutter Onlus con sede in Bolzano, al prezzo di 11,89 €/ora + IVA per un ammontare presunto di 63.000 ore, ossia un prezzo complessivo di Euro 749.070,00 + IVA;	Für notwendig erachtet, den endgültigen Zuschlag des Dienstes für die Führung der Kindertagesstätte beim Gebäude „Ciasa di pici“ in St. Leonhard für den Zeitraum 01.01.2021-31.12.2023 an die Sozialgenossenschaft Casa Bimbo – Tagesmutter Onlus mit Sitz in Bozen, zum Stundenpreis von € 11,89 + MwSt., für voraussichtlich 63.000 Stunden, bzw. für einen Gesamtbetrag von Euro 749.070,00 + MwSt. zu erteilen;	Araté de podëi apalté definitivamënter le sorvisc de gestiun dla microstrotöra por pici mituns tla costruziun "Ciasa di pici" a San Linert por la perioda 01.01.2021 ai 31.12.2023 ala Cooperativa Sociale Casa Bimbo – Tagesmutter Onlus cun sënta a Balsan, al prisc de 11,89 €/ora + IVA, por na soma preodüda de indöt 63.000 ores, y porchël al prisc de indöt Euro 749.070,00 + CVA;
Vista la vigente L.P. n. 16 del 17.12.2015 riguardante "Disposizioni sugli appalti pubblici", ed in particolar modo il capo X "Servizi sociali e altri servizi specifici";	Nach Einsichtnahme in das geltende L.G. Nr. 16 vom 17.12.2015, betreffend „Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe“ und insbesondere in den Abschnitt X „Soziale und andere besondere Dienstleistungen“;	Odüda la varënta L.P. nr. 16 di 17.12.2015 che reverda "Desposiziuns sön apalc publics" y en particular modo le capitul X "Sorvisc soziai y atri sorvisc spezifics";
Viste le deliberazioni del consiglio comunale n. 35 e 35 del 19.12.2019 con le quali è stato approvato il documento unico di programmazione ed il bilancio di previsione 2020-2022;	Nach Einsichtnahme in die Beschlüsse des Gemeinderates Nr. 35 und 36 vom 19.12.2019, mit welchen das einheitliche Strategiedokument und der Haushaltsvoranschlag 2020-2022 genehmigt worden sind;	Odüdes les deliberaziuns dl consëi de comun nr. 35 y 36 di 19.12.2019, cun chëres che al é gnü aprové le documënt unich de programaziun y le bilanz de previjiun 2020-2022;
Visti i pareri positivi espressi ai sensi degli art. 185 e 187 della L.R. n. 2 del 03.05.2018;	Nach Einsichtnahme in die positiven Gutachten laut Art. 185 und 187 des R.G. Nr. 2 vom 03.05.2018;	Odüs i iudicac positifs aladò di art. 185 y 187 dla L.R. n. 2 di 03.05.2018;

- parere tecnico con impronta digitale:
K9lvqqu165697ZZqdm8IPZpsO7kUY-
BEhmp3GxbuEois=

- parere contabile con impronta digitale:
J+aURtWthJ6BWljJ2l+YhZBo7W7vBhTuM-
HtK5anlpGY=

Visto il Codice degli enti locali della
Regione autonoma Trentino-Alto Adige;

LA GIUNTA COMUNALE
delibera

ad unanimità di voti espressi legalmente:

1. Di prendere atto del protocollo di data
14.12.2020 dell'autorità di gara,
riguardante l'appalto del servizio di
gestione della microstruttura per la prima
infanzia presso l'edificio "Ciasa di pici" a S.
Leonardo per il periodo 01.01.2021 al
31.12.2023;
CIG: 85098316B1.

2. Di procedere all'aggiudicazione definitiva
del servizio in oggetto a favore della
Cooperativa Sociale Casa Bimbo –
Tagesmutter Onlus con sede in Bolzano,
per il prezzo all'ora di Euro 11,89 + IVA, per
un ammontare presunto di 63.000 ore,
ossia un prezzo complessivo di Euro
749.070,00 + IVA.

3. Di dare atto che il corrispettivo verrà
calcolato in base alle ore effettivamente
fatturate agli utenti.

4. Di incaricare il Sindaco pro tempore alla
stipula del relativo contratto di servizio
sotto forma di scrittura privata con la
Cooperativa Sociale Casa Bimbo –
Tagesmutter Onlus.

5. Di imputare la spesa complessiva
presunta di Euro 630.000,00 inclusa l'IVA
nella misura del 5% nel bilancio di
previsione come segue, osservando che
una quota del costo orario va a carico
dell'utente:

- fachliches Gutachten mit dem elektronischen
Fingerabdruck:
K9lvqqu165697ZZqdm8IPZpsO7kUYBEhmp3
GxbuEois=

- buchhalterische Gutachten mit dem elektroni-
schen Fingerabdruck:
J+aURtWthJ6BWljJ2l+YhZBo7W7vBhTuMhT
K5anlpGY=

Nach Einsicht in den Kodex der örtlichen
Körperschaften der Autonomen Region
Trentino-Südtirol;

beschliesst
DER GEMEINDEAUSSCHUSS

einstimmig in gesetzlicher Form:

1. Das Protokoll vom 14.12.2020 der
Wettbewerbsbehörde, betreffend die Vergabe
des Dienstes für die Führung der
Kindertagesstätte beim Gebäude „Ciasa di pici“
in St. Leonhard für den Zeitraum 01.01.2021-
31.12.2023, zur Kenntnis zu nehmen;
CIG: 85098316B1.

2. Den endgültigen Zuschlag des oben
genannten Dienstes an die
Sozialgenossenschaft Casa Bimbo –
Tagesmutter Onlus mit Sitz in Bozen, zu einem
Stundenpreis von Euro 11,89 + MwSt., für
voraussichtlich 63.000 Stunden, und daher für
einen Gesamtbetrag von Euro 749.070,00 +
MwSt. zu erteilen.

3. Festzuhalten, dass die Vergütung aufgrund
der effektiv an den Nutzern fakturierten
Stunden berechnet wird.

4. Den amtierenden Bürgermeister zu
beauftragen, mit der Sozialgenossenschaft
Casa Bimbo – Tagesmutter Onlus den
entsprechenden Dienstleistungsvertrag in Form
einer Privaturkunde abzuschließen.

5. Die angenommene Gesamtausgabe von
Euro 630.000,00 einschließlich der MwSt. im
Ausmaß von 5% wird im Haushaltsvoranschlag
wie folgt angelastet, mit dem Hinweis, dass ein
Anteil des Stundensatzes zulasten des Nutzers
geht:

- iudicat tehnic cun merscia dl dëit:
K9lvqqu165697ZZqdm8IPZpsO7kUYBEh
mp3GxbuEois=

- iudicat contabil cun merscia dl dëit:
J+aURtWthJ6BWljJ2l+YhZBo7W7vBhTu
MhT5anlpGY=

Odü le Codesc di comuns dla Regiun
autonoma Trentin-Südtirol;

LA JUNTA DE COMUN
deliberëia

cun usc a öna dades jö legalmënter:

1. De tó conescënza dl protocol di
14.12.2020 dl autorité de gara, revardënt
l'aiudicaziun dl sorvisc de gestiun dla
microstrotöra por i pici mituns tla
costruziun "Ciasa di pici" a San Linert por
la perioda 01.01.2021 ai 31.12.2023;
CIG: 85098316B1.

2. De dé l'aiudicaziun definitiva dl sorvisc
suradit ala Cooperativa Sociale Casa
Bimbo – Tagesmutter Onlus cun sënta a
Balsan, al prisc al ora de Euro 11,89 + CVA
por indöt 63.000 ores preodüdes, porchèl
al prisc complessif de Euro 749.070,00 +
CVA.

3. De dé at che le corespetif gnará calcolé
sön la basa dles ores efetivamënter
faturades ai utënc.

4. De inciarié l'Ombolt pro tempore de stlü
jö le contrat de sorvisc tla forma de scritöra
privata cun la Cooperativa Sociale Casa
Bimbo – Tagesmutter Onlus.

5. De oblié la spëisa totala sciazada de
Euro 630.000,00 laprò la CVA tla mosöra dl
5% tl bilanz de previjiun sciöche dessot,
osservan che na pert dl cost orar va a
ciaria dl utënt:

impegno Verpflichtung impègn	Anno Jahr ann	CIG CUP	beneficiario Begünstigter benefiziar	lordo Euro Brutto Euro indüt Euro	UEB-cap.-art. UEB-Kap.-Art. UEB-cap.-Art.	CDC KST ZDC	descrizione Beschreibung descriziun	finanziamento Finanzierung finanziamënt
1151/2020	2021	85098316B1	CASA BIMBO TAGESMUTTER COOP.SOC.A.R.L. - ONLUS	210.000,00 €	12011.03-21500-	120100 Asilo nido	Contratti di servizio pubblico Öffentliche Dienstleistungsaufträge U.1.03.02.15.010 Contratti di servizio di asilo nido	

1151/2020	2022	85098316B1	CASA BIMBO TAGESMUTTER COOP.SOC.A.R.L. - ONLUS	210.000,00 €	12011.03-21500-	120100 Asilo nido	Contratti di servizio pubblico Öffentliche Dienstleistungsaufträge U.1.03.02.15.010 Contratti di servizio di asilo nido	
1151/2020	2023	85098316B1	CASA BIMBO TAGESMUTTER COOP.SOC.A.R.L. - ONLUS	210.000,00 €	12011.03-21500-	120100 Asilo nido	Contratti di servizio pubblico Öffentliche Dienstleistungsaufträge U.1.03.02.15.010 Contratti di servizio di asilo nido	

Ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione di 10 giorni, presentare alla giunta comunale reclamo avverso tutte le deliberazioni comunali. Entro 60 giorni dall'esecutività della deliberazione può essere presentato ricorso al Tribunale di Giustizia Amministrativa (TAR) di Bolzano.

Jeder Bürger kann gegen alle Gemeindebeschlüsse, während des Zeitraumes der Veröffentlichung von 10 Tagen, beim Gemeindeausschuss Beschwerde erheben. Innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit des Beschlusses kann beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof in Bozen Rekurs eingebracht werden.

Vigni zitadin pó, anter la perioda de publicaziun de 10 dis, presenté reclamaziun ala junta comunala cuntra dōtes les deliberaziuns comunales. Anter 60 dis dal'esecutivité dla deliberaziun pól gñi presenté recurs al Tribunal de Iustizia Aministrativa da Balsan.

Letto, confermato e sottoscritto.

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Lit, confermé y sotescrit.

IL SINDACO – DER BÜRGERMEISTER
L'OMBOLT
Giacomo FRENADEMETZ

IL SEGRETARIO – DER SEKRETÄR
LE SECRETER
Dr. Vincenzo CLARA

Documento firmato tramite firma digitale.

Digital signiertes Dokument.

Documënt firmé cun firma digitala.



Beschluss des Gemeindevausschusses

Delibera della Giunta comunale

Beschluss Nr. 58 **Delibera n.**

Sitzung vom 09.03.2021 **seduta del**

Uhr 18:00 **ore**

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung enthaltenen Formvorschriften, wurden im Sitzungssaal des Rathauses von Barbiano die Mitglieder dieses Gemeindevausschusses einberufen:

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge Regionale sull'ordinamento dei Comuni, vennero convocati nella sala riunioni del municipio di Barbiano, i membri di questa Giunta comunale:

Name Nome	Funktion Funzione	anwesend presente	entsch. abw. assente giust.	unentsch. abw. assente ingiust.	mittels Fernzugang in modalità remota
Erich Mur	Bürgermeister - Sindaco	X			
Josef Gafriller	Vize-Bürgermeister - Vicesindaco	X			
Johann (Hansfried) Puntajer	Gemeindereferent - Assessore	X			
Tanja Moser	Gemeindereferentin - Assessora	X			
Gisella Trockner	Gemeindereferentin - Assessora	X			

Schriftführer/in: Die Gemeindesekretärin

Segretario/a: La Segretaria comunale

Dr. Ulrike Mahlknecht

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt der Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet. Es wird folgender Gegenstand behandelt:

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti, il Sindaco assume la presidenza e dichiara aperta la seduta. Viene trattato il seguente oggetto:

Genehmigung des Zuschlages für die Führung der Kindertagesstätte ab 01.04.2021 bis 30.06.2024 - CIG 8600923A2F

Approvazione dell'aggiudicazione per l'affidamento del servizio di microstruttura a partire dal 01.04.2021 con scadenza il 30.06.2024 - CIG 8600923A2F

Genehmigung des Zuschlages für die Führung der Kindertagesstätte ab 01.04.2021 bis 30.06.2024 - CIG 8600923A2F

Vorausgeschickt,

- dass mit Beschluss des Gemeindevausschusses Nr. 8 vom 19.01.2021 die Ausschreibung für die Führung der Kindertagesstätte genehmigt wurde und die Dienstleistung wie folgt vergeben wird:

Art der Vergabe: Verhandlungsverfahren, nach Art. Art. 55 und 58, Abs. 1, Buch. c des L.G. Nr. 16/2015,

Zuschlagskriterium: aufgrund des wirtschaftlich günstigsten Angebotes (Qualität/Preis) nach Art. 33 des L.G. Nr. 16/2015.

Das Verhandlungsverfahren wurde mittels elektronischer Vergabe abgewickelt.

Aus den Niederschriften der Wettbewerbsbehörde vom 23.02.2021 und vom 02.03.2021 über das Verhandlungsverfahren geht hervor, dass die Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen. ein Angebot im Landesportal eingereicht hat.

Aus den Niederschriften der technischen Bewertungskommission vom 01.03.2021 geht hervor, dass die Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen. die Mindestpunktzahl erreicht hat;

festgestellt,

- dass die Sozialgenossenschaft Tagesmütter Soc. Coop. einen Abschlag von 2,78 % auf den Ausschreibungsbetrag geboten hat.

Die Wettbewerbsbehörde hat die Vorschriftsmäßigkeit der eingereichten Unterlagen überprüft, keine Mängel festgestellt und die oben genannte Sozialgenossenschaft zum Verfahren zugelassen.

Nach Einsichtnahme in die Verordnung über das Rechnungswesen, genehmigt mit Beschluss des Gemeinderates Nr. 49 vom 20.12.2016.

Nach Einsichtnahme in die Gutachten im Sinne des Art. 185 und 187 des R.G. Nr. 2 vom 03.05.2018; Buchhaltungsgutachten erstellt von Sonja Holzer : Positiv oLYbzhpZY8m5j2fo5HJAcnSw4luOq650YNvtl/62qJg= Fachgutachten erstellt von Ulrike Mahlknecht : Positiv qCq/ZlbshKbzwXK0Q8Ur71aYZs3+aNJHeRf-VAuK56os=

Aufgrund

- des geltenden Haushaltsvoranschlags des laufenden Finanzjahres;
- der geltenden Satzung der Gemeinde;
- des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol - R.G. Nr. 2 vom 03.05.2018;
- des Landesgesetzes vom 12.12.2016, Nr. 25 über die Buchhaltungs- und Finanzordnung der Gemeinden und Bezirksgemeinschaften;
- des Kodex der öffentlichen Verträge GvD. Nr. 50 vom 18.04.2016;
- des Landesgesetzes vom 17.12.2015 Nr. 16 - Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe;

Approvazione dell'aggiudicazione per l'affidamento del servizio di microstruttura a partire dal 01.04.2021 con scadenza il 30.06.2024 - CIG 8600923A2F

Premesso,

- che con delibera della Giunta n. 8 del 19.01.2021 è stato approvato l'appalto del servizio per la gestione della microstruttura per la prima infanzia e il servizio viene assegnato come segue:

Sistema di scelta del contraente: Procedura negoziata di un bando di gara, ai sensi dell'art. Art. 55 und 58, comma 1, lettera. c della L.P. n. 16/2015,

Criterio di aggiudicazione: sulla base dell'offerta economicamente più vantaggiosa (qualità/prezzo) ai sensi dell'art. 33 della L.P. n. 16/2015.

La procedura negoziata è stata svolta in modalità telematica.

Dai verbali dell'autorità di gara del 23.02.2021 e 02.03.2021 sulla procedura negoziata risulta che la Cooperativa Sociale Tagesmütter ha presentato un'offerta mediante il portale dell'agenzia.

Dai verbali della commissione tecnica del 01.03.2021 risulta che la Cooperativa Sociale Tagesmütter ha raggiunto il punteggio qualità minimo;

constatato,

- che la Cooperativa Sociale Tagesmütter ha offerto un ribasso di 2,78 % sull'importo posto a base di gara.

La commissione ha accertato la regolarità della documentazione depositata, non riscontrando alcun vizio ed ha ammesso la suddetta impresa alla procedura d'appalto.

Visto il regolamento comunale di contabilità, approvato con deliberazione del Consiglio comunale n. 49 del 20.12.2016.

Visti i pareri ai sensi dell'art. 185 e 187 della L.R. n. 2 del 03.05.2018; parere contabile rilasciato da Sonja Holzer :Positivo oLYbzhpZY8m5j2fo5HJAcnSw4luOq650YNvtl/62qJg= parere tecnico rilasciato da Ulrike Mahlknecht :Positivo qCq/ZlbshKbzwXK0Q8Ur71aYZs3+aNJHeRf-VAuK56os=

Visti

- il vigente bilancio di previsione dell'anno finanziario corrente;
- il vigente statuto del Comune;
- il codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige L.R. n. 2 del 03.05.2018,
- la legge provinciale del 12.12.2016 n. 25 sull'ordinamento contabile e finanziario nei Comuni della provincia autonoma di Bolzano Alto Adige – Südtirol;
- il codice dei contratti D.Lgs. 50 del 18.04.2016;
- la legge provinciale del 17.12.2015 n. 16 - Disposizioni sugli appalti pubblici;

beschließt der Gemeindeausschuss

einstimmig in gesetzlicher Form:

1. Die Niederschriften der Wettbewerbsbehörde und der technischen Bewertungskommission über das Verhandlungsverfahren werden genehmigt;
2. Der Sozialgenossenschaft Tagesmütter Soc. Coop. mit Sitz in Bozen wird der Zuschlag betreffend der Führung der Kindertagesstätte ab dem 01.04.2021 bis zum 30.06.2024 zu den im Leistungsverzeichnis festgelegten Bedingungen gemäß Angebot vom 23.02.2021 über € 477.739,08 zuzüglich MwSt. erteilt;
3. Die aus dieser Verwaltungsmaßnahme entstehenden Ausgaben werden den entsprechenden Ansätzen des Haushaltsvoranschlags 12011.03.021500 des jeweiligen Haushaltsjahres angelastet.
4. Es wird festgehalten, dass der Zuschlag gemäß Art. 32, Abs. 7 des G.v.D. Nr. 50/2016 nach Überprüfung des Besitzes der vorgeschriebenen Voraussetzungen des Zuschlagsempfängers und der vorgeschlagenen Unterauftragnehmer wirksam wird.
5. Der Bürgermeister bzw. den Bürgermeister-Stellvertreter wird zur Unterzeichnung des entsprechenden Unternehmerwerkvertrages ermächtigt.
6. Zur Führung des Dienstes werden der Sozialgenossenschaft Tagesmütter Soc. Coop. Räumlichkeiten der Gemeinde Barbiano vermietet.
7. Die Konzessionsverträge werden für die Dauer von 39 Monaten vom 01.04.2021 bis zum 30.06.2024 abgeschlossen.
8. Die monatliche Gebühr für die Räumlichkeiten in Barbiano beträgt € 1.000,00 zzgl. MwSt.
9. Die Vertragsspesen gehen ausschließlich zu Lasten der Sozialgenossenschaft.
10. Die Rechnungsstellung erfolgt aufgrund der MwSt.-Bestimmungen nach dem System der geteilten MwSt. (Split Payment, Art. 17-ter des DPR Nr. 633/1972).
11. Die zuständige Referentin kontrolliert vor Liquidierung der Ausgabe die korrekte Ausführung der Leistung.
12. Die Rechnung wird nach Feststellung der ordnungsgemäßen Durchführung des Auftrages durch die zuständige Referentin liquidiert und die Zahlung wird angeordnet.
13. Der vorliegende Beschluss wird im Sinne des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol - R.G. Nr. 2 vom 03.05.2018 einstimmig als sofort vollstreckbar erklärt, um die Überprüfung der Voraussetzungen des Zuschlagsempfängers gleich in die Wege zu leiten und den Vertrag abschließen zu können;
14. Gegen diesen Beschluss kann während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung jede Bürgerin und jeder Bürger Einspruch beim Gemeindeausschuss erheben. Innerhalb von 60 Tagen nach Ablauf der Veröffentlichungsfrist dieses Beschlusses kann jede und jeder Interessierte Rekurs beim Regionalen Verwaltungsgericht, Autonome Sektion Bozen einlegen. Im Bereich der öffentlichen Auftragsver-

la Giunta comunale delibera

ad unanimità di voti, espressi legalmente:

1. Di approvare i verbali dell'autorità di gara e della commissione tecnica sulla procedura negoziata;
2. Di aggiudicare il servizio per la gestione della micro-struttura per la prima infanzia a partire dal 01.04.2021 con scadenza il 30.06.2024 alle condizioni stabilite nel capitolato d'oneri alla Cooperativa Sociale Tagesmütter con sede a Bolzano sulla base dell'offerta del 23.02.2021 di netti € 477.739,08 più IVA;
3. di imputare le spese derivanti dal presente provvedimento agli appositi stanziamenti del bilancio di previsione sul capitolo 12011.03.021500 del relativo anno finanziario.
4. di dare atto che ai sensi dell'art. 32, comma 7 del D.Lgs. n. 50/2016, l'aggiudicazione diventa efficace dopo la verifica del possesso dei prescritti requisiti in capo all'aggiudicatario ed ai subappaltatori proposti;
5. di autorizzare il Sindaco risp. il Vice-Sindaco a firmare il relativo contratto di appalto;
6. Per il servizio di gestione, alla Cooperativa Sociale Tagesmütter vengono affittati locali a Barbiano.
7. I contratti di concessione vengono stipulati per la durata di 39 mesi dal 01.04.2021 fino al 30.06.2024.
8. Il canone mensile per i locali a Barbiano è pari a € 1.000,00 più IVA.
9. Le spese contrattuali vanno esclusivamente a carico della società cooperativa.
10. Di dare atto, che in base alla normativa IVA la fatturazione dovrà avvenire applicando la scissione dell'IVA (Split Payment, art. 17-ter DPR n. 633/1972).
11. Di autorizzare l'assessora competente di controllare la corretta esecuzione della prestazione prima della liquidazione della spesa.
12. La fattura sarà liquidata e il pagamento ordinato dopo che l'assessora competente avrà stabilito che il contratto è stato eseguito correttamente.
13. Di dichiarare la presente deliberazione unanimamente immediatamente esecutiva ai sensi del codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige L.R. n. 2 del 03.05.2018, per poter procedere subito alla verifica del possesso dei requisiti in capo all'aggiudicatario e per poter concludere il contratto;
14. Durante la pubblicazione di questa deliberazione ogni cittadina ed ogni cittadino può presentare opposizione alla Giunta comunale. Entro 60 giorni dopo il periodo di pubblicazione di questa deliberazione ogni interessata ed ogni interessato può presentare ricorso al Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa, Sezione Autonoma di Bolzano. Nell'ambito degli appalti pubblici il termine entro

gabe beträgt die Rekursfrist 30 Tage (Artt. 119-120 des GvD Nr. 104/2010), für Wahlhandlungen kommen die Artt. 126-132 des GvD Nr. 104/2010 zur Anwendung.

quale ricorrere è di 30 giorni (artt. 119-120 del D.Lgs. n. 104/2010), per atti riguardanti le elezioni si applicano gli artt. 126-132 del D.Lgs. n. 104/2010.

Gelesen, genehmigt und gefertigt

Letto, confermato e sottoscritto

Der Bürgermeister - Il Sindaco

Die Gemeindesekretärin - La Segretaria comunale

Erich Mur

Dr. Ulrike Mahlke

digital signiertes Dokument – documento firmato tramite firma digitale

Unterschrift auf Dokument in Papierform nicht angebracht im Sinne des Art. 3 Gv.D. Nr. 39/1993

Originales elektronisches Verwaltungsdokument erstellt und aufbewahrt gemäß Vorschriften des Art. 71 Gv.D. Nr. 82/2005

Firma autografa omessa su documento in forma cartacea ai sensi dell'art. 3 D.Lgs. n. 39/1993

Documento amministrativo elettronico originale redatto e conservato secondo le prescrizioni dell'art. 71 D.Lgs. n. 82/2005

Beschluss vom 30. Juli 2019, Nr. 666

Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter- /Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018

ANLAGE A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1 Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.
2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2 Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3 Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, zur Verfügung.
2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.
3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.
4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.
5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

- a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,
- b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,
- c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,
- d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;
- e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:
 - 1) Vollzeit,
 - 2) Teilzeit über 50 Prozent,
 - 3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

- a) alleinerziehendes Elternteil,
- b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,
- c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,
- d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,
- e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,
- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.
2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.
3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.
2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.
3. Hat die Familie im Sinne des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.
4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:
 - a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,
 - b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,
 - c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,
 - d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.
2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.
3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.
4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.
5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.
6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.
7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.
2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.
3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.
4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.
2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tarifbeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), berücksichtigt werden.
3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.
4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.
5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss, eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.
6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.
2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.
2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.
3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, muss enthalten:
 - a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,
 - b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß [Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer

Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tarifbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 14 Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15 Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis

Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.



URSCHRIFT – ORIGINALE

Nr. 78

BESCHLUSS des Stadtrates

DELIBERAZIONE della giunta comunale

Sitzung vom - Seduta del
20.02.2019

Uhr - Ora
08:00

Anwesend sind - sono presenti:

			Abwesend./Assente
Peter Brunner	Bürgermeister	Sindaco	
Claudio Del Piero	Vizebürgermeister	Vicesindaco	
Paula Bacher	Stadträtin	Assessore	
Andreas Jungmann	Stadtrat	Assessore	
Monika Leitner	Stadträtin	Assessore	
Thomas Schraffl	Stadtrat	Assessore	
Josef Unterrainer	Stadtrat	Assessore	

Beistand leistet der Generalsekretär

Assiste il Segretario Generale

Josef Fischnaller

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti,

Peter Brunner

in der Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und
erklärt die Sitzung für eröffnet.

in qualità di Sindaco, ne assume la presidenza e
dichiara aperta la seduta.

GEGENSTAND

**Festlegung der Besuchsgebühren für den Dienst
Kleinkinderbetreuung**

OGGETTO

**Determinazione delle rette per il servizio di
assistenza alla prima infanzia**

Vorausgeschickt, dass sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt hat, die Tarife in der Kleinkinderbetreuung zu vereinheitlichen;

Vorausgeschickt, dass mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1436/2016 die Tarife für die Kinderhorte fixiert wurden und die Gemeinde Brixen diese Tarife mit eigenem Beschluss Nr. 205/2017 übernommen hat;

Festgehalten, dass im Beschluss der Landesregierung Monatsgebühren und Tagesgebühren angeführt wurden;

Festgehalten, dass im Jänner 2019 das telematische Gebührenverwaltungssystem der Gemeinde Brixen auf die Abrechnung mittels Tagessätzen umgestellt wurde und daher neue Regeln festgeschrieben werden müssen;

Festgehalten, dass für gegenständlichen Beschluss kein Gutachten über die buchhalterische Ordnungsmäßigkeit erforderlich ist, zumal sich dieser weder direkt noch indirekt auf die wirtschaftliche Finanzsituation oder auf das Vermögen der Gemeinde auswirkt.

Nach Einsichtnahme in die Gutachten gemäß Art. 185 des RG vom 03.05.2018, Nr. 2 (Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol) in geltender Fassung mit folgendem elektronischen Fingerabdruck:

pGMq4ufJWC+DEfnGMrNnl8XZAOh46TCrI/n5JsG5+Ao=

Auf Grund:

- des geltenden Haushaltsvoranschlages des laufenden Finanzjahres;
- der geltenden Satzung der Gemeinde;
- des geltenden Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol;
- des geltenden Landesgesetzes über die "Buchhaltungs- und Finanzordnung der Gemeinden und Bezirksgemeinschaften";

beschließt

DER STADTRAT

einstimmig in offenkundiger Form

1. Folgende Tagesgebühren für die jeweiligen Turnusse rückwirkend ab 01.01.2019 anzuwenden:

Vormittag:	Mindestgebühr 5,40 €
	Höchstgebühr 15,00 €

Premesso che la giunta provinciale si è posta l'obiettivo di unificare le tariffe per l'assistenza alla prima infanzia;

Premesso che con deliberazione della giunta provinciale n. 1436/2016 sono state definite le tariffe per gli asili nido e che il comune di Bressanone con propria deliberazione n. 205/2017 ha recepito dette tariffe;

Tenuto conto, che con deliberazione della giunta provinciale sono state introdotte tariffe mensili e giornalieri;

Tenuto conto, che nel gennaio 2019 il sistema di gestione delle tariffe telematico del Comune di Bressanone è stato modificato passando a un rendiconto giornaliero e che perciò servono nuove regole;

Evidenziato che per la presente deliberazione non sussiste alcuna necessità di apposizione del parere contabile in quanto la stessa non comporta alcun riflesso diretto o indiretto sulla situazione economico-finanziaria o sul patrimonio del comune.

Visti i pareri di cui all'art. 185 della LR del 03/05/2018, n° 2 (codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige) nel testo vigente, con seguente impronta digitale:

Visti:

- il vigente bilancio di previsione dell'anno finanziario corrente;
- il vigente statuto del comune;
- il vigente codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige;
- la vigente legge provinciale riguardante "l'ordinamento finanziario e contabile dei comuni e delle comunità comprensoriali";

LA GIUNTA COMUNALE

delibera

unanimemente in forma palese

1. Di adottare retroattivamente all'01/01/2019 le seguenti tariffe giornalieri, per i rispettivi turni:

Mattina:	minima 5,40 €
	massima 15,00 €

Ganztags: Mindestgebühr 7,20 €
Höchstgebühr 18,00 €

Ganztags verl.: Mindestgebühr 9,00 €
Höchstgebühr 25,30 €

Nachmittag: Mindestgebühr 3,50 €
Höchstgebühr 13,00 €

Intera giornata: minima 7,20 €
massima 18,00 €

Giornata prolung.: minima 9,00 €
massima 25,30 €

Pomeriggio: minima 3,50 €
massima 13,00 €

2. Folgende Stundensätze anzuwenden, die bei Mehrleistungen angewandt werden:

Stundensatz: Mindestgebühr 0,90 €
Höchstgebühr 3,65 €

2. Di adottare le seguenti tariffe orarie per servizi aggiuntivi:

tariffa oraria: minima 0,90 €
massima 3,65 €

3. Die Schließungstage und Schließungszeiten, inklusive der drei Wochen Urlaub, nicht in Rechnung zu stellen.

3. Di non addebitare i giorni e i tempi di chiusura, comprese le tre settimane di vacanza.

4. Den ausgewählten Turnus täglich in Rechnung zu stellen, auch wenn die Kinder den Kinderhort nicht besuchen.

4. Di addebitare le giornate, in base al rispettivo turno, anche se i bambini non frequentano l'asilo nido.

5. Für Abwesenheiten aus Krankheitsgründen, von weniger als 30 Tagen wird keine Tarifrduzierung gewährt. Bei Abwesenheiten über 30 Tagen wird der Tarif um 25% für die gesamte Zeit der Abwesenheit reduziert, unter der Bedingung dass die Abwesenheit rechtzeitig im Kinderhort gemeldet wird und entsprechend dokumentiert ist.

5. In caso di assenze per malattia, di durata inferiore a 30 giorni, non viene concessa alcuna riduzione tariffaria sulla retta. In caso di assenze di oltre 30 giorni, è prevista una riduzione della retta pari a 25% per tutto il periodo di assenza, a condizione che le assenze sono segnalate in modo regolare e documentate.

6. Es kann um eine Berechnung der Tarifrduzierung beim Sozialsprengel Brixen Umgebung auf der Grundlage der Einheitlichen Einkommens und Vermögenserklärung (EEVE) angesucht werden.

6. È possibile fare domanda per una riduzione tariffaria al Distretto Sociale Bressanone dintorni, sulla base della Dichiarazione Unificata di Reddito e Patrimonio (DURP).

7. Tarifänderungen durch die Landesregierung, werden von der Gemeinde Brixen ohne eigenem Beschluss übernommen.

7. Modifiche tariffarie da parte della giunta provinciale, sono adottate dal Comune di Bressanone senza deliberazione propria.

8. Festzuhalten, dass dieser Beschluss keine Ausgabenverpflichtung vorsieht.

8. Di dare atto che la presente deliberazione non prevede alcun impegno di spesa.

Jede/r Bürger/in kann gegen diesen Beschluss während der zehntägigen Veröffentlichungsfrist Einspruch beim Stadtrat erheben und jede/r Interessierte innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit Rekurs beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof der Autonomen Sektion Bozen einbringen.

Ogni cittadino/a può, entro il periodo di pubblicazione di dieci giorni, presentare alla giunta comunale opposizione contro questa deliberazione e ogni interessato/a può, entro 60 giorni dall'esecutività, presentare ricorso al Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa della Sezione Autonoma di Bolzano.

gelesen, genehmigt und digital signiert

Der Bürgermeister
Il Sindaco

Peter Brunner

letto, confermato e firmato digitalmente

Der Generalsekretär
Il Segretario Generale

Josef Fischnaller

Beschluss vom 30. Juli 2019, Nr. 666

Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter- /Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018

ANLAGE A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1 Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.
2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2 Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3 Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, zur Verfügung.
2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.
3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.
4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.
5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

- a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,
- b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,
- c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,
- d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;
- e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:
 - 1) Vollzeit,
 - 2) Teilzeit über 50 Prozent,
 - 3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

- a) alleinerziehendes Elternteil,
- b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,
- c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,
- d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,
- e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,
- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.
2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.
3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.
2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.
3. Hat die Familie im Sinne des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.
4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:
 - a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,
 - b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,
 - c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,
 - d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.
2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.
3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.
4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.
5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.
6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.
7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.
2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.
3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.
4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.
2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tarifbeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), berücksichtigt werden.
3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.
4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.
5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss, eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.
6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.
2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.
2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.
3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, muss enthalten:
 - a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,
 - b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß [Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer

Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tarifbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 14 Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15 Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis

Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.

STADTGEMEINDE BRUNECK

Autonome Provinz Bozen – Südtirol



CITTÀ DI BRUNICO

Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige

Beschluss des Gemeindeausschusses

Delibera della giunta comunale

Prot. Nr.

Sitzung vom / riunione del

09.12.2013

Uhr – Ore

16:00

Im Sinne des geltenden E.T.G.O. wurden für heute die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.
Anwesend sind:

Ai sensi del vigente T.U.O.C., sono stati convocati per oggi i membri di questa giunta comunale. Sono presenti:

			A.	(*)
Rag. Renato Stancher	Der Vizebürgermeister	Il vicesindaco		
Dr. Christof Baumgartner	Der Stadtrat	L'assessore		
Felix Brugger	Der Stadtrat	L'assessore		
Andreas Mariner	Der Stadtrat	L'assessore		
Dr. Brigitte Pezzei Valentin	Die Stadträtin	L'assessora		
Dr. Werner Volgger	Der Stadtrat	L'assessore		

A. = abwesend bei der Sitzung
assente alla riunione

(*) = abwesend bei der Behandlung und Abstimmung dieses Gegenstandes
assente durante la trattazione e la votazione del presente oggetto

Schriftführer: der Generalsekretär, Herr

Segretario: il segretario generale, sig.

Dr. Alfred Valentin

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt Herr

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti il signor

Rag. Renato Stancher

in seiner Eigenschaft als Vizebürgermeister den Vorsitz.

nella sua qualità di vicesindaco assume la presidenza.

Gegenstand:

Kleinkindertagesstätten. Anpassung der Tarife zu Lasten der Familien an die auf Landesebene geltenden einheitlichen Tarife

Oggetto:

Microstrutture per l'infanzia. Adeguamento delle tariffe a carico delle famiglie alle tariffe unitarie del territorio provinciale

Kleinkindertagesstätten. Anpassung der Tarife zu Lasten der Familien an die auf Landesebene geltenden einheitlichen Tarife

Mit Beschluss des Gemeindevausschusses Nr. 767 vom 15.12.2008 wurden die Tarife zu Lasten der Familien, welche den Kindertagesstättendienst nutzen, wie folgt festgelegt:

Höchststundentarif: 3,00 €

Mindeststundentarif: 0,75 €

Das Landesgesetz vom 17.05.2013, Nr. 8 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“, sieht die Harmonisierung der Tarife der Kleinkinderbetreuung vor.

Mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1817 vom 02.12.2013 wurden Änderungen der Durchführungsverordnungen im Bereich Kleinkinderbetreuung genehmigt. Aufgrund dieser Änderungen gelten ab 01.01.2014 auf Landesebene folgende einheitlichen Tarife zu Lasten der Familien für die Nutzung der Kleinkindertagesstätten:

Höchststundentarif: 3,65 €

Mindeststundentarif: 0,90 €

Die Tarife werden jährlich im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden und der Landesregierung im Rahmen des Beschlusses der Tagsätze und Tarife der Sozialdienste festgelegt.

Es ist notwendig die einheitlichen Tarife auch für die Kindertagesstätten der Stadtgemeinde Bruneck anzuwenden.

In Kenntnis der positiven Gutachten im Sinne des D.P.Reg. vom 1. Februar 2005, Nr. 3/L, Art. 81;

Aufgrund

- des geltenden Haushaltsvoranschlags des laufenden Finanzjahres;
- der geltenden Satzung der Gemeinde;
- des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden der Autonomen Region Trentino-Südtirol (D.P.Reg. vom 1. Februar 2005, Nr. 3/L, geändert durch das D.P.Reg. vom 3. April 2013, Nr. 25);
- des Einheitstextes der Regionalgesetze betreffend die Buchhaltungs- und Finanzordnung in den Gemeinden der Autonomen Region Trentino-Südtirol (D.P.Reg. vom 1. Februar 2005, Nr. 4/L);

b e s c h l i e ß t

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

einstimmig durch Handerheben:

- 1) Ab 01.01.2014 gelten folgende Tarife zu Lasten der Familien für die Nutzung der Kleinkindertagesstätten:

Microstrutture per l'infanzia. Adeguamento delle tariffe a carico delle famiglie alle tariffe unitarie del territorio provinciale

Con delibera della giunta comunale n. 767 del 15/12/2008 sono state determinate le tariffe a carico delle famiglie utenti della microstruttura come segue:

tariffa oraria massima: 3,00 €

tariffa oraria minima: 0,75 €

La legge provinciale del 17/05/2013 n. 8 “Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige” prevede l'armonizzazione delle tariffe per i servizi per la prima infanzia.

Con delibera della giunta provinciale n. 1817 del 02/12/2013 sono state approvate le modifiche di regolamenti di esecuzione in materia di assistenza alla prima infanzia. Dal 01/01/2014 sul territorio provinciale vengono applicate le seguenti tariffe unitarie a carico delle famiglie utenti della microstruttura:

tariffa oraria massima: 3,65 €

tariffa oraria minima: 0,90 €

Le tariffe vengono stabilite annualmente d'intesa con il consiglio dei comuni dalla giunta provinciale nel quadro della deliberazione di determinazione delle rette e tariffe sociali.

È necessario applicare le tariffe unitarie anche per le microstrutture d'infanzia della Città di Brunico.

Visti i pareri favorevoli ai sensi del D.P.Reg. 1 febbraio 2005, n. 3/L, art. 81;

Visti

- il vigente bilancio di previsione dell'anno finanziario corrente;
- il vigente statuto del comune;
- il testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige (D.P.Reg. 1 febbraio 2005, n. 3/L, modificato dal D.P.Reg. 3 aprile 2013, n. 25);
- il testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento contabile e finanziario nei comuni della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige (D.P.Reg. 1 febbraio 2005, n. 4/L);

LA GIUNTA COMUNALE

d e l i b e r a

ad unanimità dei voti espressi per alzata di mano:

- 1) Dal 01/01/2014 vengono applicate le seguenti tariffe a carico delle famiglie utenti delle mi-

Höchststundentarif: 3,65 €

Mindeststundentarif: 0,90 €

Die Tarife werden in der Folge jährlich angepasst.

- 2) Mit dieser Maßnahme ist keine Ausgabe verbunden.

crostrutture d'infanzia:

tariffa oraria massima: 3,65 €

tariffa oraria minima: 0,90 €

In seguito le tariffe vengono adeguate annualmente.

- 2) Il presente provvedimento non comporta alcuna spesa.

Gutachten zur Beschlussvorlage:**Pareri sulla proposta di deliberazione:**

A. Gutachten im Sinne von Art. 81 des ETGO (D.P.Reg. Nr. 3/L vom **01.02.2005**)

A. pareri secondo l'art. 81 del TUOC (D.P.Reg. n. 3/L del **01/02/2005**)

1. hinsichtlich der administrativen Ordnungsmäßigkeit**1. in ordine alla regolarità tecnico-amministrativa**

☒ positiv - positivo

Bruneck, 05.12.2013, Brunico

☐ negativ -negativo

Der Vizegeneralsekretär - Il vicesegretario generale
gez.- f.to.: Dr. Stefan Haidacher

2. hinsichtlich der buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit**2. in ordine alla regolarità contabile**

☒ positiv - positivo

Bruneck, 05.12.2013, Brunico

☐ negativ -negativo

Die Verantwortliche des Finanzdienstes - La responsabile del servizio finanziario
gez.- f.to.: Dr. Esther Pircher

Gelesen, genehmigt und unterfertigt

Letto, approvato e sottoscritto

Der Vorsitzende - Il presidente

Der Generalsekretär - Il segretario generale

gez.- f.to.:Rag. Renato Stancher

gez.- f.to.: Dr. Alfred Valentin

Dieser Beschluss wird heute und für 10 aufeinanderfolgende Tage an der digitalen Amtstafel der Stadtgemeinde Bruneck unter www.gemeinde.bruneck.bz.it veröffentlicht.

Questa delibera viene pubblicata oggi e per 10 giorni consecutivi all'albo pretorio digitale della Città di Brunico sotto www.comune.brunico.bz.it.

12.12.2013

Der Generalsekretär - Il segretario generale

gez.- f.to.: Dr. Alfred Valentin

(1) Für die Übereinstimmung der Abschrift mit der Ur-schrift, auf stempelfreiem Papier für Verwaltungszwecke

(1) Per copia conforme all'originale, rilasciata in carta li-bera per uso amministrativo

Dr. Alfred Valentin

☒ Gemäß D.P.Reg. Nr. In base al D.P.Reg. n. 3/L/2005, Art. 79 ist vor- 3/L/2005, art. 79 la pre- liegender Beschluss sente delibera è diventa- vollstreckbar geworden ta esecutiva in data am

☐ Gemäß D.P.Reg. Nr. In base al D.P.Reg. n. 3/L/2005, Art. 79 wurde 3/L/2005, art. 79 la pre- der vorliegende Be- sente delibera è stata di- schluss für sofort voll- chiarata immediata- streckbar erklärt. mente esecutiva.

23.12.2013

Der Generalsekretär - Il segretario generale

gez.- f.to.: Dr. Alfred Valentin

Gegen alle Beschlüsse kann während der zehntä- gigen Veröffentlichungsfrist Einspruch beim Ge- meindeausschuss erhoben werden. Außerdem kann innerhalb der vom Gesetz vorgesehenen Fristen bei der Autonomen Sektion Bozen des Re- gionalen Verwaltungsgerichtshofes Rekurs einge- reicht werden.

Ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione di dieci giorni, presentare opposizione alla giunta comunale contro tutte le delibere. Inoltre può pre- sentare ricorso entro i termini di legge alla sezione autonoma di Bolzano del tribunale amministrativo regionale.

MARKTGEMEINDE
KALTERN an der Weinstraße
1657 zur Marktgemeinde erhoben
PROVINZ BOZEN



COMUNE
CALDARO sulla Strada del Vino
PROVINCIA DI BOLZANO

Beschlussniederschrift des Gemeindevausschusses

Verbale di deliberazione della Giunta comunale

PROT. NR.

SITZUNG VOM

SEDUTA DEL

UHR - ORE

mi/ea

16.12.2013

08:00

Die Mitglieder des Gemeindevausschusses haben sich heute im üblichen Sitzungssaal des Rathauses zu einer Sitzung versammelt.

Anwesend bzw. abwesend sind:

I membri della Giunta comunale si sono riuniti oggi per una seduta nella solita sala delle riunioni.

Presenti risp. assenti sono:

1. Gertrud BENIN BERNARD	Bürgermeisterin	Sindaca
2. Annelies ANDERGASSEN AMBACH	Gemeindereferentin	Assessoressa
3. Dr. Werner ATZ	Gemeindereferent	Assessore
4. Dr. Raimund FILL	Gemeindereferent	Assessore
5. Dr. Manfred SCHULLIAN	Gemeindereferent	Assessore
6. Robert SINN	Gemeindereferent	Assessore

Anwesend - Presenti	Abwesend - Assenti
X	
X	
X	
X	
	X
X	
ab P.kt 16) / dal p.to 16)	

An der Sitzung nimmt der Generalsekretär teil, nämlich Herr

Partecipa il Segretario Generale, signor

Josef STUPPNER

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt Frau

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti, la signora

Gertrud BENIN BERNARD

in ihrer Eigenschaft als Bürgermeisterin den Vorsitz und eröffnet die Sitzung für eröffnet.

nella sua qualità di Sindaca ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta.

Der Gemeindevausschuss behandelt folgenden

La Giunta comunale passa alla trattazione del seguente

G E G E N S T A N D

O G G E T T O

Punkt 6)

Punto 6)

Festsetzung der Tarife für den Dienst der Kleinkindertagesstätte mit Wirkung ab 01.01.2014 -

Determinazione della tariffe per il servizio della microstruttura per la prima infanzia con effetto dal 01.01.2014 -

- Vorausgeschickt, dass diese Gemeinde Trägerin einer akkreditierten Kleinkindertagesstätte ist;
- Nach Einsichtnahme in das Landesgesetz vom 9. April 1996, Nr. 8, „Maßnahmen zur Kinderbetreuung“, mit welchem der Tagesmutterdienst, der Kindertagesstättendienst und die betrieblichen Tagesstätten für Kleinkinder errichtet worden sind;
- Nach Einsichtnahme in das DLH vom 7. September 2005, Nr. 43 „Durchführungsverordnung Kindertagesstätten“;
- Nach Einsichtnahme in das DLH vom 5. März 2008, Nr. 10 „Änderung von Durchführungsverordnungen im Bereich Kinderbetreuung“;
- Vorausgeschickt, dass sich gemäß obiger Bestimmungen die Familien, die den Dienst in Anspruch nehmen, an den Kosten zu beteiligen haben;
- Vorausgeschickt weiters, dass die Gemeinde als Trägerin des Dienstes die Stundenmindest- und Stundenhöchsttarife zu Lasten der Familien jeweils innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Vorgaben festsetzen konnte;
- Festgestellt, dass das Landesgesetz vom 17. Mai 2013, Nr. 8 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“ unter anderem die Einführung eines neuen Finanzierungssystems sowie die Harmonisierung der Tarife der Kleinkinderbetreuungsdienste vorsieht;
- Festgestellt, dass aufgrund dessen mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1817 vom 2. Dezember 2013 der Landeshauptmann ermächtigt wurde, das entsprechende Änderungsdekret der bestehenden Durchführungsverordnung zu erlassen, welches nunmehr folgende einheitliche Tarife mit Wirkung ab 01.01.2014 vorsieht:

● Stundenmindesttarif	€ 0,90
● Stundenhöchsttarif	€ 3,65
- Festgestellt, dass die jeweilige Familie maximal 160 Stunden der tarifiermäßigten Stunden Monat in Anspruch nehmen kann;
- Erwogen, dass der Tarif für die Unterbringung jener Kinder, welche die monatliche Stundenanzahl von 160 Stunden überschreiten, den Vollkosten entsprechen soll;
- Erwogen, die Tarife ab 01.01.2014 wie nachstehend angeführt, festzusetzen, dies unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Ausgaben sowie der diesbezüglich gesetzlich festgelegten Berechnungskriterien:

● Stundenmindesttarif	€ 0,90
● Stundenhöchsttarif	€ 3,65
● Tarif der Vollkosten	€ 10,00
- Premesso che questo Comune è gestore di una microstruttura per la prima infanzia accreditata;
- Vista la legge provinciale 9 aprile 1996, n. 8 “Provvedimenti in materia di assistenza all'infanzia” istitutiva dei servizi di assistenza domiciliare all'infanzia – Tagesmütter, del servizio di microstruttura per la prima infanzia nonché delle microstrutture servizi aziendali per l'infanzia;
- Visto il D.P.G.P. 7 settembre 2005, n. 43 riguardante il “Regolamento di esecuzione microstrutture per la prima infanzia”;
- Visto il D.P.G.P. Del 5 marzo 2008, n. 10 recante “Modifiche di regolamenti di esecuzione in materia di assistenza all'infanzia”;
- Premesso che ai sensi delle disposizioni soprannominati le famiglie utenti di tale servizio devono partecipare ai costi;
- Premesso inoltre che, il Comune quale gestore del servizio poteva determinare la tariffa oraria minima e massima a carico delle famiglie entro i limiti previsti dalla legge;
- Constatato che la legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8 “Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige” prevede tra l'altro l'introduzione di un nuovo sistema di finanziamento nonché l'armonizzazione delle tariffe per il servizio per la prima infanzia;
- Constatato quindi che, con deliberazione della Giunta provinciale n. 1817 del 2 dicembre 2013 il Presidente della Provincia è stato autorizzato ad emanare il decreto di modifica degli attuali regolamenti di esecuzione, il quale ora prevede le seguenti tariffe armonizzate a partire dal 01.01.2014:

● tariffa oraria minima	€ 0,90
● tariffa oraria massima	€ 3,65
- Constatato che ogni famiglia può usufruire del servizio a tariffa agevolata solo fino ad un massimo di 160 ore mensili;
- Considerato che la tariffa per l'assistenza di quei bambini che superano le 160 ore al mese deve corrispondere ai costi pieni del servizio;
- Considerato di fissare le tariffe a partire dal 01.01.2014 così come segue, ciò in considerazione delle spese previste nonché dei criteri di calcolo fissati dalle relative disposizioni normative:

● tariffa oraria minima	€ 0,90
● tariffa oraria massima	€ 3,65
● tariffa dei costi pieni	€ 10,00

- Nach Einsichtnahme in die zu diesem Beschluss gemäß Art. 81 des E.T.G.O. (D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L) vom zuständigen Beamten schriftlich abgegebenen positiven Gutachten vom 12.12.2013 hinsichtlich der administrativen und buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit dieser Beschlussvorlage;

- Nach Einsichtnahme auch in die übrigen Bestimmungen über die Gemeindeordnung der Autonomen Region Trentino-Südtirol sowie in die geltende Satzung dieser Gemeinde;

wird vom GEMEINDEAUSSCHUSS
mit Stimmeneinhelligkeit
b e s c h l o s s e n:

1. Die Stundentarife der Kostenbeteiligung zu Lasten der Familien, welche den Dienst der Kindertagesstätte in Anspruch nehmen, im Sinne der in den Prämissen angeführten Bestimmungen mit Wirkung ab **01.01.2014** wie folgt festzusetzen:

- Stundenmindesttarif	€ 0,90
- Stundenhöchsttarif	€ 3,65
- Tarif der Vollkosten	€ 10,00

2. Festzuhalten, dass für den Dienst die tarfermäßigten Stunden im Ausmaß von maximal 160 Stunden im Monat in Anspruch genommen werden können. Für die darüber hinaus gehenden Betreuungsstunden hat der Nutzer bzw. Nutzerin kein Anrecht auf eine Tarifbegünstigung und muss die Vollkosten von € 10,00/Stunde zahlen.

3. Darauf hinzuweisen, dass gegen diesen Beschluss während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung beim Gemeindeausschuss Einspruch erhoben werden kann. Innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses Beschlusses kann beim Regionalen Verwaltungsgericht, Autonome Sektion Bozen, Rekurs eingereicht werden.

* * * * *

- Visti i pareri scritti favorevoli sulla proposta di deliberazione, per quanto riguarda la regolarità tecnico-amministrativa e contabile, espressi da parte del impiegato competente in data 12.12.2013 ai sensi dell'art. 81 del T.U.O.C. (DPR del 01.02.2005 n. 3/L).

- Viste anche le ulteriori disposizioni sull'ordinamento dei comuni della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, nonché il vigente statuto di questo Comune;

La GIUNTA COMUNALE
ad unanimità di voti
d e l i b e r a:

1. Di fissare, in base alle disposizioni indicate nelle premesse, le tariffe orarie previste quale partecipazione ai costi a carico delle famiglie utenti del servizio di microstruttura per la prima infanzia, con effetto dal **01.01.2014** come segue:

- tariffa oraria minima	€ 0,90
- tariffa oraria massima	€ 3,65
- tariffa dei costi pieni	€ 10,00

2. Di prendere atto che la tariffa agevolata può essere applicata solo per un limite massimo di 160 ore mensili di utilizzo del servizio. Per le ore di assistenza oltre tale limite l'utente non ha più diritto all'agevolazione tariffaria e dovrà corrispondere l'importo del costo orario pieno di € 10,00.

3. Di dare atto che, ogni cittadino può presentare reclamo contro le deliberazioni elencate, entro il periodo di pubblicazione, alla Giunta Comunale. Entro 60 giorni dall'esecutività di questa deliberazione può essere presentato ricorso al Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa, Sezione Autonoma di Bolzano.

* * * * *

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Letto, confermato e sottoscritto.

DIE VORSITZENDE - LA PRESIDENTE Der Generalsekretär - Il Segretario Generale

Gertrud BENIN BERNARD

Josef STUPPNER

BUCHUNG DER VERPFLICHTUNG

REGISTRAZIONE DELL'IMPEGNO DI SPESA

Die Verpflichtung gemäß vorliegendem Beschluss ist bei der Finanzabteilung vorgemerkt worden.

Si certifica che l'impegno assunto con la presente delibera è stato registrato, o comunque, prenotato, a questa Sezione Finanziaria.

EDV - E.D. Nr.

Verpflichtung - Impegno Nr. /

Kap. - Cap. Nr. /

Der Buchhalter - Il Contabile

Dr. Simone LANDI

VERÖFFENTLICHUNGSBERICHT
(Art. 79 des geltenden E.T.G.O.)

REFERTO DI PUBBLICAZIONE
(Art. 79 del vigente T.U.O.C.)

Ich unterfertigter Generalsekretär bestätige, dass eine Abschrift gegenständlichen Beschlusses

io sottoscritto Segretario Generale certifico che copia della presente delibera è stata pubblicata all'albo digitale

vom/dal **20.12.2013** bis/al **30.12.2013**

an der digitalen Amtstafel veröffentlicht wurde.

Der Generalsekretär - Il Segretario Generale

Josef STUPPNER

Kaltern an der Weinstraße, am 02.01.2014

Caldaro sulla strada del vino, 02/01/2014

**Beschluss
der Landesregierung****Deliberazione
della Giunta Provinciale**

Nr. 666
Sitzung vom 30/07/2019 Seduta del

ANWESEND SIND

Landeshauptmannstellvertr.
Landeshauptmannstellvertr.
Landeshauptmannstellvertr.
Landesräte

Vize-Generalsekretär

Arnold Schuler
Giuliano Vettorato
Daniel Alfreider
Massimo Bessone
Waltraud Deeg
Maria Hochgruber Kuenzer

Thomas Mathà

SONO PRESENTI

Vicepresidente
Vicepresidente
Vicepresidente
Assessori

Vicesegretario generale

Betreff:

Genehmigung der Richtlinien für die
Finanzierung der Kindertagesstätten und
des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes und
Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20.
November 2018

Oggetto:

Approvazione dei Criteri per il
finanziamento di microstrutture e del
servizio di assistenza domiciliare all'infanzia
e revoca della deliberazione n. 1198 del 20
novembre 2018

Vorschlag vorbereitet von
Abteilung / Amt Nr.

R5.1

Proposta elaborata dalla
Ripartizione / Ufficio n.

Die Landesregierung hat folgende Rechtsvorschriften, Verwaltungsakte und Tatsachen zur Kenntnis genommen:

Landesgesetz vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, „Regelung des Verwaltungsverfahrens“ in geltender Fassung, Artikel 2, laut welchem die Landesregierung die Kriterien und Modalitäten für die Gewährung von wirtschaftlichen Vergünstigungen jeglicher Art an Personen und öffentliche und private Einrichtungen sowie die Modalitäten der entsprechenden Auszahlung und die in diesem Zusammenhang vorzulegenden Unterlagen festlegt;

Landesgesetz vom 17. Mai 2013 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“, Nr. 8, Artikel 21 in geltender Fassung, welches die Gewährung von Beiträgen an öffentliche und gemeinnützige private Organisationen vorsieht;

Bekanntmachung der Kommission (2016/C262/01) wonach das Land durch die Errichtung und Erhaltung eines lokalen Betreuungs- und Bildungssystems, das größtenteils aus dem Landeshaushalt und nicht von den Familien finanziert wird, keine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt, sondern vielmehr seine Aufgaben auf sozialem, kulturellem und bildungspolitischem Gebiet gegenüber seinen Bürgern erfüllt;

die Tatsache, dass die finanziellen Beiträge nutznießender Familien nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten der Dienstleistung abdecken und daher nicht als Entgelt für die erbrachte Dienstleistung angesehen werden können; dieser Grundsatz gilt für die Bildungsdienstleistungen wie Berufsausbildung, private und öffentliche Grundschulen sowie Kindergärten, Kleinkindbetreuungsdienste und außerschulische Betreuungs- sowie Familienbildungsangebote;

Dekret des Landeshauptmannes vom 21. November 2017, Nr. 42 betreffend Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten;

Beschluss der Landesregierung vom 20. November 2018, Nr. 1198, welcher die Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes genehmigt;

La Giunta provinciale dopo aver considerato le leggi, gli atti amministrativi nonché i fatti e le circostanze di seguito elencati:

Legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, recante „Disciplina del procedimento amministrativo“, e successive modifiche, articolo 2 che demanda alla Giunta provinciale l’emanazione dei criteri per l’attribuzione di vantaggi economici di qualunque genere a persone ed enti pubblici e privati, nonché per la definizione delle modalità di liquidazione dei medesimi e la documentazione di spesa da presentarsi;

Legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, articolo 21, e successive modifiche, che prevede la concessione di contributi a organizzazioni pubbliche e organizzazioni private senza scopo di lucro;

comunicazione della Commissione 2016/C262/01, in base alla quale la Provincia mediante la creazione ed il mantenimento di un sistema di istruzione locale finanziato in misura maggiore dal bilancio provinciale e non dalle famiglie non svolge attività economica, bensì assolve ai propri compiti sociali, culturali ed educativi nei confronti dei suoi cittadini;

il fatto che i contributi finanziari delle famiglie utenti coprono solo una parte del costo effettivo delle prestazioni e non possono pertanto essere considerati come un compenso per il servizio prestato; tale principio vale per i servizi educativi quali la formazione professionale, le scuole elementari private e pubbliche e le scuole materne, i servizi di assistenza alla prima infanzia e l’assistenza extrascolastica nonché per le attività di formazione a favore delle famiglie;

decreto del Presidente della Provincia del 21 novembre 2017, n. 42 concernenti standard qualitativi per l’attività pedagogica nei servizi di assistenza alla prima infanzia;

Deliberazione della Giunta provinciale del 20 novembre 2018, n. 1198 che approva i Criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all’infanzia;

die Notwendigkeit, die geltenden „Richtlinien über die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes“ laut Anlage „A“ des Beschlusses der Landesregierung vom 20. November 2018, Nr. 1198 zu überarbeiten, da aufgrund der Erfahrungen in Umsetzung der neuen Beitragskriterien auf Stundenbasis in diesem Bereich sowohl von Seiten der Nutzerfamilien als auch von Seiten der Trägerkörperschaften der Dienste Änderungsvorschläge herangetragen worden sind;

die Zweckmäßigkeit, daher den Beschluss der Landesregierung vom 20. November 2018, Nr. 1198 samt dessen Anlage „A“ zu widerrufen;

den Entwurf der Richtlinien zur Finanzierung der Betreuung in den Kleinkindbetreuungsdiensten laut Anlage „A“, welche wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses ist;

nach Einsichtnahme in das am 18.06.2019 von der Anwaltschaft des Landes erlassene Gutachten in rechtlicher, sprachlicher und legislativer Hinsicht samt Gutachten der für EU-Recht zuständigen Stellen;

nach Einsicht in das Gutachten des Rates der Gemeinden vom 17.07.2019 sowie einer nachträglichen Präzisierungsmail vom 22. Juli 2019;

All dies vorausgeschickt und berücksichtigt

b e s c h l i e ß t:

die Landesregierung mit gesetzmäßig zum Ausdruck gebrachter Stimmeneinhelligkeit:

1. den Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 samt dessen Anlage „A“ zu widerrufen;
2. die beiliegenden Richtlinien zur Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Anlage „A“ dieses Beschlusses, die wesentlicher Bestandteil ist, zu genehmigen;
3. diesen Beschluss gemäß Artikel 2 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17 im Amtsblatt der Region Trentino-Südtirol zu veröffentlichen.

DER LANDESHAUPTMANN

la necessità di aggiornare i vigenti “Criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all’infanzia” di cui all’allegato “A” della deliberazione della Giunta provinciale del 20 novembre 2018, n. 1198 in quanto sulla base delle esperienze in seguito all’applicazione dei nuovi criteri di contribuzione su base oraria in questo ambito sono state avanzate delle proposte di modifica sia da parte delle famiglie utenti che da parte degli enti gestori dei servizi;

l’opportunità di revocare pertanto la deliberazione della Giunta provinciale del 20 novembre 2018, n. 1198 e relativo allegato “A”;

proposta concernente i criteri di finanziamento dell’assistenza nei servizi di assistenza alla prima infanzia di cui all’allegato “A” parte integrante della presente deliberazione;

il parere dell’Avvocatura della Provincia di data 18/06/2019 sugli aspetti giuridici, linguistici e di tecnica legislativa, incluso il parere dell’Ufficio competente per le norme comunitarie;

visti il parere del Consiglio dei Comuni di data 17/07/2019, nonché una successiva mail con precisazioni di data 22 luglio 2019;

Tutto ciò premesso e considerato la Giunta provinciale

d e l i b e r a

a voti unanimi legalmente espressi:

1. di revocare la deliberazione della Giunta provinciale n. 1198 del 20 novembre 2018 con relativo allegato “A”;
2. di approvare i criteri di cui all’Allegato “A” parte integrante della presente deliberazione concernente il finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare;
3. di provvedere alla pubblicazione della presente delibera nel Bollettino Ufficiale della Regione Trentino-Alto Adige, ai sensi dell’articolo 2, comma 1, della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17.

IL PRESIDENTE DELLA PROVINCIA

DER GENERALSEKRETÄR DER
LANDESREGIERUNG

IL SEGRETARIO GENERALE DELLA
GIUNTA PROVINCIALE

ANLAGE A

ALLEGATO A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1

Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.

2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2

Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3

Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, zur Verfügung.

2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in

Criteri per il finanziamento di microstrutture e del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia

Art. 1

Ambito di applicazione

1. I presenti criteri disciplinano, ai sensi degli articoli 13 e 15 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, il finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia destinati a bambini e bambine di età compresa fra i tre mesi e i tre anni di età, e la concessione dei contributi provinciali per la loro gestione. I presenti criteri disciplinano inoltre altri aspetti riguardanti i suindicati servizi.

2. Gli enti gestori privati accreditati senza scopo di lucro che erogano i servizi di cui agli articoli 13 e 15 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, sono di seguito denominati enti gestori.

Art. 2

Piano di sviluppo

1. Ogni Comune elabora un proprio Piano di sviluppo della rete di servizi per la prima infanzia, che andrà aggiornato annualmente e presentato entro il 30 novembre all'Agenzia per la famiglia. Il Piano di sviluppo è uno strumento strategico di programmazione, condiviso con gli enti gestori, orientato al soddisfacimento del concreto fabbisogno di assistenza delle famiglie presenti sul territorio comunale e all'ottimale utilizzo delle strutture e dei servizi.

Art. 3

Posti di assistenza

1. I Comuni mettono a disposizione posti-bambino nelle diverse tipologie di servizi disciplinate al capo IV della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche.

2. I Comuni possono mettere a disposizione i servizi socio-educativi per la prima infanzia presenti sul proprio territorio o avvalersi di

anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.

3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.

4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.

5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den

servizi di altri Comuni della provincia di Bolzano o di Comuni fuori provincia.

3. Il Comune può avvalersi di posti-bambino nelle microstrutture aziendali di cui all'articolo 16 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, nei limiti dei vigenti criteri per la concessione dei contributi per microstrutture aziendali e l'acquisto di posti-bambino presso servizi analoghi. Viceversa, nelle microstrutture comunali alcuni posti-bambino possono essere assegnati a bambini per i quali il datore di lavoro di uno dei genitori contribuisca finanziariamente al costo del servizio di assistenza all'infanzia, a condizione che non vi siano liste di attesa presso il Comune gestore o presso altri Comuni.

4. Il numero dei posti-bambino deve essere adeguato al fabbisogno concreto, che il Comune deve rilevare e soddisfare in maniera ottimale. Deve essere garantito un posto di assistenza per almeno il 15 per cento dei bambini in età 0-3 anni residenti nel territorio comunale al 31 dicembre dell'anno precedente a quello di presentazione della domanda di contributo. Il Comune di residenza o di stabile dimora del bambino/della bambina partecipa ai costi sostenuti dalle famiglie che usufruiscono di servizi presso altri Comuni della provincia di Bolzano, come stabilito all'articolo 7. L'ampliamento del numero di posti-bambino avviene in ogni caso tenendo conto dell'effettivo fabbisogno della popolazione e della necessità di creare posti-bambino per almeno il 33 per cento dei bambini presenti sul territorio, in linea con gli obiettivi fissati dal Consiglio europeo in occasione del convegno di Barcellona del 2002, poi ribaditi nella Strategia di Lisbona e successivamente nella Strategia Europa 2020.

5. Ogni posto-bambino corrisponde convenzionalmente a 1.200 ore annue di assistenza.

6. Ai fini del raggiungimento dell'obiettivo di cui al comma 4, si considerano i bambini e le bambine che usufruiscono di una delle forme di assistenza di cui al capo IV della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, con il cofinanziamento di Provincia, Comuni e utenti ai sensi dell'articolo 7 dei presenti criteri e dei criteri relativi agli asili nido.

7. Al Comune che, in mancanza di adeguate motivazioni, non è in grado di raggiungere l'obiettivo di cui al comma 4, si applica, nel primo esercizio finanziario utile, una detrazione dai trasferimenti correnti a titolo di finanza locale pari a un importo calcolato in

Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,

b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,

c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,

d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;

e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:

1) Vollzeit,

2) Teilzeit über 50 Prozent,

3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

a) alleinerziehendes Elternteil,

b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,

c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,

d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,

e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,

proportionale all'offerta mancante. L'ammontare della detrazione è pari al 20 per cento dell'importo determinato moltiplicando le ore di assistenza mancanti al raggiungimento del 15 per cento di cui al comma 4 per il costo orario standard del servizio previsto all'articolo 8, comma 1, lettera a), per le microstrutture con più di dieci posti. Gli importi dedotti verranno riutilizzati per il finanziamento dei servizi per la prima infanzia.

Art. 4

Accesso ai servizi

1. Per l'accesso ai servizi si applicano i seguenti criteri di precedenza vincolanti, indicati in ordine decrescente di importanza:

a) la riammissione del bambino/dalla bambina dopo la disdetta del contratto di assistenza per malattia di durata prolungata ai sensi dell'articolo 9, comma 7;

b) la residenza del bambino/della bambina nel comune;

c) lo stato di lavoratore/lavoratrice di entrambi i genitori o del genitore monoparentale;

d) problematiche fisiche e/o psichiche certificate riguardanti il bambino/la bambina da assistere, un fratello/una sorella oppure un genitore;

e) l'orario lavorativo di ciascun genitore:

1) a tempo pieno;

2) a tempo parziale superiore al 50 per cento;

3) a tempo parziale fino al 50 per cento compreso.

2. Il Comune, in caso di microstruttura, e l'ente gestore, in caso di servizio di assistenza domiciliare all'infanzia, possono applicare ulteriori criteri di valutazione, quali:

a) lo stato di genitore monoparentale;

b) la situazione di disagio psico-sociale o economico della famiglia del bambino/della bambina;

c) lo stato di disoccupazione di uno o entrambi i genitori, attestato dalla relativa iscrizione nelle liste di disoccupazione;

d) la frequenza di corsi di formazione da parte di uno o di entrambi i genitori;

e) la frequenza da parte di uno o di entrambi i genitori di un corso per l'apprendimento di una delle lingue principali della provincia;

- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-

- f) lo stato di lavoratore/lavoratrice nel settore privato;
- g) la presenza di minori di 10 anni, iscritti nello stesso stato di famiglia del bambino/della bambina da assistere;
- h) la data di iscrizione al servizio;
- i) la stabile dimora del bambino/della bambina nel comune.

Art. 5

Requisiti di ammissione e requisiti dei servizi

1. Di regola sono ammessi solo bambini e bambine che frequentano il servizio per almeno 12 ore settimanali.
2. Per i bambini e le bambine in età prescolare che hanno compiuto i quattro anni, o anche di età inferiore se già frequentanti la scuola dell'infanzia, che usufruiscono del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia per il quale i genitori corrispondono l'intero costo orario, vengono fatturate le ore effettivamente utilizzate e non sussiste l'obbligo della frequenza minima di 12 ore settimanali.
3. Comune ed enti gestori garantiscono la continuità del servizio.
4. Comune ed enti gestori garantiscono la trasparenza nell'istruttoria delle domande e nella procedura di ammissione.
5. Al fine di garantire la continuità pedagogica, i bambini già frequentanti il servizio mantengono il posto con diritto di precedenza rispetto ad eventuali nuove ammissioni.

Art. 6

Beneficiari

1. Possono beneficiare dei contributi provinciali:
 - a) i Comuni della provincia di Bolzano, in forma singola o associata, che gestiscono il servizio di microstruttura di cui all'articolo 15 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, e/o acquistano ore di assistenza nelle microstrutture aziendali di cui all'articolo 16 della medesima legge;
 - b) gli enti gestori che erogano il servizio di

/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.

2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.

2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.

3. Hat die Familie im Sinne des Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30, in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.

4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in

assistenza domiciliare all'infanzia di cui all'articolo 13 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, per conto dei Comuni.

2. Al fine di ottenere un contributo provinciale e un eventuale anticipo, devono essere rispettati i requisiti di base per l'avvio del servizio ai sensi dei vigenti standard qualitativi per l'attività pedagogica nei servizi di assistenza alla prima infanzia.

3. Il contributo provinciale di cui al comma 2 o l'eventuale saldo può essere liquidato solo a fronte dell'avvenuto accreditamento del servizio ai sensi dei vigenti standard qualitativi per l'attività pedagogica nei servizi di assistenza alla prima infanzia.

Art. 7

Finanziamento dei servizi

1. I servizi di cui all'articolo 1, comma 1, vengono finanziati su base oraria da Provincia e Comuni con la compartecipazione tariffaria degli utenti. Il Comune competente per il finanziamento è quello di residenza del bambino/della bambina. Se il bambino/la bambina non ha la residenza in provincia di Bolzano, è competente il Comune di stabile dimora.

2. La differenza tra il costo orario convenzionale di cui all'articolo 8 e la tariffa oraria massima a carico dell'utente di cui all'articolo 9 viene coperta da Provincia e Comuni con quote fisse di pari entità. Se il costo orario effettivo è inferiore al costo orario convenzionale, la differenza viene calcolata sul costo orario effettivo.

3. Qualora la famiglia usufruisca di un'agevolazione tariffaria ai sensi del decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30, e successive modifiche, la Provincia integra il pagamento fino alla tariffa oraria massima.

4. I contratti e gli accordi tra Comuni ed enti gestori devono essere stipulati su base oraria e riportare il costo orario effettivo arrotondato al secondo decimale e il costo orario di aggiudicazione con e senza IVA.

Art. 8

Costo orario dei servizi

1. I costi dei servizi sono espressi in costi orari

konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:

a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,

b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,

c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,

d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.

2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.

3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.

4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.

5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.

6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte

konventionellen und sind differenziert nach Typologie des Dienstes. Der Stundensatz konventionell genehmigt, beträgt:

a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,

b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,

c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,

d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.

2. Der Stundensatz konventionell umfasst alle Kosten für die Durchführung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.

3. Im Falle der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Durchführung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.

4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.

5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.

6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte

konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.

7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30, in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.

2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.

3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.

4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu

maggiorato per le microstrutture fino a 10 posti trova applicazione solamente nel caso in cui la capacità ricettiva massima sia di 10 posti.

7. Il finanziamento dei costi aggiuntivi per il personale addetto all'assistenza di bambini con disabilità è disciplinato con appositi criteri.

Art. 9

Tariffa a carico degli utenti

1. La compartecipazione tariffaria degli utenti dei servizi viene calcolata ai sensi del decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30, e successive modifiche. La tariffa oraria a carico degli utenti è onnicomprensiva e include pasti, pannolini e prodotti igienici. Ai costi derivanti da esigenze o richieste particolari avanzate dai genitori devono provvedere le famiglie stesse.

2. La compartecipazione tariffaria degli utenti, di cui al comma 1, prevede una tariffa oraria minima di euro 0,90 e una tariffa oraria massima di euro 3,65, IVA inclusa.

3. Le tariffe orarie minime e massime possono essere aggiornate dalla Giunta provinciale d'intesa con il Consiglio dei Comuni.

4. Il sistema tariffario di cui al comma 2 trova applicazione per una frequenza massima di 1.920 ore annue a bambino/bambina oppure per un numero di ore proporzionalmente ridotto a fronte di una minore durata del contratto di assistenza. Se le ore di assistenza superano invece il limite massimo stabilito dal sistema tariffario, il costo delle ore eccedenti è totalmente a carico degli utenti.

5. Agli utenti vengono fatturate, in base al sistema tariffario, le ore previste dal contratto di assistenza, tenuto conto del limite massimo di cui al comma 4 e delle eventuali assenze per ferie o malattia di cui ai commi 6 e 7.

6. Se il bambino/la bambina frequenta il servizio per tutto l'anno, non viene fatturato un periodo di assenza per ferie di quattro settimane; in caso di frequenza inferiore all'anno, non viene fatturato un periodo ridotto in proporzione. Il periodo di ferie si aggiunge ai giorni di chiusura della struttura per altri motivi o di ferie del/della assistente domiciliare all'infanzia. È facoltà delle parti contrattuali aumentare il periodo di assenza per ferie, concordando contestualmente il contributo ai costi a carico degli utenti durante il

verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

prolongamento del periodo delle ferie risp. il contributo ai costi a carico degli utenti in caso di sfioramento del periodo di ferie. Il contributo ai costi a carico degli utenti non può in nessun caso superare il costo orario pattuito contrattualmente per la microstruttura risp. il costo orario convenzionale per il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia. Tutti i periodi di assenza per ferie non vengono cofinanziati dagli enti pubblici.

7. In caso di malattia del bambino/della bambina i giorni di assenza vengono fatturati agli utenti in base alla tariffa dovuta, a condizione che entro il primo giorno di assenza la famiglia informi l'ente gestore della malattia e della sua durata presunta, e che al momento del reingresso presenti il certificato medico, privo della diagnosi, che attesti la durata della malattia. In mancanza del certificato medico sarà addebitato alla famiglia l'intero costo orario del servizio per i giorni di assenza ingiustificata a partire dal quarto giorno. Vengono considerati in tal caso i giorni di frequenza previsti dal contratto, esclusi i fine settimana, le festività ed eventuali altri giorni in cui il servizio non viene erogato. Per assenze per malattia di durata superiore a quattro settimane, la famiglia ha la facoltà di rescindere dal contratto con diritto di precedenza per la riammissione in struttura dopo la guarigione del bambino/della bambina.

8. Se la famiglia rifiuta, senza fornire adeguate motivazioni, un posto-bambino rispondente alle proprie esigenze nel comune in cui il bambino/la bambina risiede o ha stabile dimora, e ricorre al servizio di assistenza di un altro Comune, la tariffa oraria a suo carico può essere aumentata di 1,00 euro, IVA inclusa. In questo caso si riduce di pari misura la quota di competenza del Comune in cui il bambino/la bambina risiede o ha stabile dimora.

9. È facoltà dell'ente gestore esonerare la famiglia dal pagamento della tariffa dovuta per andare incontro ad esigenze particolari della famiglia stessa (ad esempio malattia di familiari residenti fuori provincia, impossibilità di rispettare i termini di preavviso in caso di disdetta). Queste ore non vengono cofinanziate dall'ente pubblico.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land steckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmaligen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 10

Ammontare del contributo provinciale

1. Il contributo erogato dalla Provincia ai Comuni e agli enti gestori dei servizi di assistenza domiciliare all'infanzia viene concesso su base oraria per le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario di cui all'articolo 9, comma 5. Il contributo provinciale non spetta invece per le ore da non fatturare agli utenti e per quelle totalmente a carico della famiglia.

2. Agli utenti con un contratto di assistenza inferiore alle 12 ore settimanali sono fatturate minimo di 12 ore settimanali alla tariffa dovuta in base al sistema tariffario, fatti salvi i giorni di assenza per ferie concordati. Vengono fatturate invece solo le ore di assistenza effettivamente usufruite se il bambino/la bambina non frequenta, per cause non dipendenti dalla famiglia, le 12 ore minime settimanali (ad esempio per festività, chiusura della microstruttura, malattia o ferie dell'assistente domiciliare all'infanzia, inizio o fine servizio non coincidenti con il primo o l'ultimo giorno della settimana). Per i minori da assistere con disabilità certificata vengono fatturate solo le ore di assistenza effettivamente usufruite.

3. L'ammontare del contributo provinciale erogato ai Comuni per le microstrutture viene calcolato moltiplicando la quota oraria fissa a carico della Provincia per il numero di ore di servizio ammesse a finanziamento per l'anno di riferimento, con l'aggiunta della quota di compartecipazione tariffaria a carico della Provincia stimata sulla base delle domande di contributo.

4. L'ammontare del contributo provinciale agli enti gestori del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia viene calcolato moltiplicando la quota oraria fissa a carico della Provincia e dei Comuni per il numero di ore di servizio ammesse a finanziamento per l'anno di riferimento, con l'aggiunta della quota di compartecipazione tariffaria a carico della Provincia stimata sulla base delle domande di contributo. La Provincia anticipa agli enti gestori la quota fissa a carico dei Comuni, che verrà recuperata dai trasferimenti correnti a titolo di finanza locale nel primo esercizio finanziario utile in seguito alle rendicontazioni degli enti gestori.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.

2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tariffeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, berücksichtigt werden.

3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.

4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.

5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss,

Art. 11

Termine di presentazione delle domande di contributo e di anticipo

1. Le domande di contributo e le domande per la concessione di un anticipo devono essere presentate all'Agenzia per la famiglia, utilizzando gli appositi moduli, entro il 15 dicembre dell'anno precedente a quello cui si riferisce il contributo e devono riferirsi all'anno solare. Per le domande relative all'anticipo il termine è da considerarsi perentorio.

2. La domanda di contributo deve contenere le ore di servizio previste, il relativo costo orario e le entrate stimate, derivanti dalla compartecipazione tariffaria a carico degli utenti dei servizi, e deve tenere conto della programmazione dei servizi di cui all'articolo 18, comma 1, della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8.

3. La domanda di contributo per il servizio di microstruttura viene presentata all'Agenzia per la famiglia unicamente dal Comune gestore della microstruttura, indipendentemente dai comuni di provenienza dei bambini assistiti. Il Comune gestore provvederà in seguito a regolare i rapporti economici con gli altri Comuni di provenienza dei bambini frequentanti il servizio di microstruttura, chiedendo il rimborso della compartecipazione concordata a loro carico. Nella domanda di contributo i Comuni gestori di microstrutture devono indicare anche le ore di servizio eventualmente acquistate in microstrutture aziendali. I Comuni che, non disponendo di una propria microstruttura, acquistano ore di assistenza in una microstruttura aziendale, presentano un'apposita domanda di contributo.

4. In presenza di residua disponibilità finanziaria, potranno essere accettate nuove domande o domande di contributo integrativo per ore aggiuntive di assistenza. Le nuove domande vanno presentate entro il termine perentorio del 30 settembre dell'anno di riferimento e verranno trattate in ordine cronologico di entrata. La domanda di contributo integrativo per ore aggiuntive deve essere presentata entro il 30 settembre dell'anno di riferimento e deve essere corredata da un report delle ore erogate e delle entrate fino alla fine del mese precedente a quello di presentazione. Eventuali domande correttive di contributo vengono accettate soltanto fino all'emanazione del decreto di concessione.

5. In caso di domande irregolari o incomplete, il/la responsabile del procedimento assegna agli interessati, a pena di decadenza, un termine congruo dal ricevimento della richiesta

eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.

6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.

2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.

2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, in geltender Fassung, muss enthalten:

per regolarizzare o integrare la domanda.

6. I termini per la conclusione del procedimento amministrativo decorrono dal termine di presentazione delle domande indicato al comma 1 o al comma 4. Per le domande di contributo di cui al comma 1 presentate dopo il 15 dicembre, il termine per la conclusione del procedimento amministrativo decorre dalla data di presentazione della domanda. Tali termini sono sospesi per l'acquisizione di informazioni o documenti mancanti.

Art. 12

Anticipi

1. Su richiesta dell'ente gestore può essere concesso un anticipo del 70 per cento del contributo concesso nell'anno precedente. Qualora il contributo richiesto per l'anno di riferimento sia inferiore al contributo concesso nell'anno precedente, l'anticipo del 70 per cento viene calcolato sul contributo richiesto.

2. In caso di enti richiedenti che presentino domanda di contributo per la prima volta o che non abbiano presentato la domanda di anticipo di cui al comma 1, contestualmente al contributo può essere concesso, su richiesta, un anticipo del 50 per cento del contributo concesso per l'anno di riferimento.

Art. 13

Rendicontazione e liquidazione

1. La rendicontazione e la domanda di liquidazione devono essere presentate entro il 31 dicembre dell'anno successivo a quello di concessione, o di imputazione della spesa se diverso, pena la revoca del beneficio.

2. Per gravi e motivate ragioni può essere concessa una proroga fino a un ulteriore anno; trascorso inutilmente tale termine, il contributo è automaticamente revocato. Se il beneficiario ha percepito un anticipo, deve restituirlo maggiorato degli interessi legali.

3. Il rendiconto, consistente in una dichiarazione sostitutiva ai sensi dell'articolo 2, comma 2/ter, della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, e successive modifiche, da redigersi sull'apposito modulo predisposto dall'Agenzia per la famiglia, deve riportare:

a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,

b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30, in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tariffbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

a) le ore di servizio fatturate agli utenti in base al sistema tariffario nell'anno di riferimento;

b) le entrate suddivise tra la quota dovuta in base al decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30, e successive modifiche, e l'eventuale quota ulteriore a carico delle famiglie che hanno usufruito del servizio al di fuori del proprio territorio comunale ai sensi dell'articolo 9, comma 8, dei presenti criteri.

4. Per le microstrutture il Comune deve rendicontare alla Provincia le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario, distinte per singola struttura e Comune di provenienza dei bambini e delle bambine, e dichiarare l'avvenuto pagamento all'ente gestore delle ore di assistenza rendicontate.

5. Per il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia l'ente gestore deve rendicontare alla Provincia le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario, distinte per Comune di competenza. Alla rendicontazione l'ente gestore deve allegare anche il report annuale delle ore erogate inviato ad ogni Comune. Nel corso dell'anno, l'ente gestore informa regolarmente i singoli Comuni in merito alle ore di assistenza erogate e fatturate in base al sistema tariffario agli utenti residenti o aventi stabile dimora nel rispettivo territorio.

6. Non devono essere rendicontati i costi e le entrate relativi alle ore di assistenza non cofinanziate dagli enti pubblici. Queste ore vengono comunque rilevate separatamente a fini amministrativi e statistici.

7. Il contributo spettante viene rideterminato, nei limiti dell'importo del contributo concesso, sulla base delle ore fatturate agli utenti in base al sistema tariffario nell'anno di riferimento e tenuto conto della effettiva compartecipazione tariffaria da parte degli utenti stessi.

8. Qualora in sede di rendicontazione l'ente non documenti una spesa a suo carico pari almeno all'anticipo già percepito, deve restituire l'importo eccedente maggiorato degli interessi legali.

9. I termini per la conclusione del procedimento amministrativo decorrono dalla data di presentazione del rendiconto e della domanda di liquidazione, e vengono sospesi per l'acquisizione delle informazioni o dei documenti necessari a regolarizzare la

rendicontazione.

Art. 14

Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15

Art. 14

Controlli

1. Ai sensi dell'articolo 2, comma 3, della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, e successive modifiche, l'Agenzia per la famiglia effettua controlli a campione su almeno il sei per cento delle dichiarazioni sostitutive relative ai contributi per i quali è stato liquidato il saldo. Può inoltre procedere alla verifica di congruità dei costi orari.

2. L'individuazione delle dichiarazioni sostitutive da sottoporre a controllo avviene mediante sorteggio effettuato da una apposita commissione. Il sorteggio è effettuato secondo il principio di casualità dalla lista dei contributi erogati nell'anno di riferimento. La commissione è nominata dal direttore/dalla direttrice di ripartizione competente ed è composta dal direttore/dalla direttrice di ripartizione competente, dalla direttrice/dal direttore dell'Agenzia per la famiglia e da un funzionario esperto/una funzionaria esperta.

3. Nei controlli viene esaminata la veridicità delle dichiarazioni sostitutive rilasciate in sede di rendicontazione dal/dalla rappresentante legale dell'ente beneficiario del contributo e viene verificata la regolarità della documentazione contabile in originale e la sua conformità in relazione alle ore di assistenza rendicontate. A tal fine gli enti gestori devono consentire all'Agenzia per la famiglia l'accesso alla loro documentazione contabile e provvedere a fornire le necessarie informazioni ai sensi delle norme vigenti in materia.

4. Sono inoltre sottoposti a controllo tutti i casi ritenuti dubbi dall'Agenzia per la famiglia.

5. Gli enti gestori devono mettere a disposizione dei Comuni soggetti a controllo la documentazione originale in loro possesso.

6. I controlli possono essere effettuati anche in collaborazione con funzionari di altre ripartizioni dell'Amministrazione provinciale, mediante sopralluogo presso la sede dell'ente oppure tramite richiesta di invio della documentazione originale di spesa.

Art. 15

Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.

Norme transitorie

1. I presenti criteri sostituiscono quelli approvati con delibera della Giunta provinciale n. 1198 del 20 novembre 2018. La detrazione di cui all'articolo 3, comma 7, viene calcolata ai sensi dei presenti criteri a partire dall'anno di gestione 2018.

2. Per i contratti già in essere riguardanti la gestione di un servizio di microstruttura non stipulati su base oraria, e fino alla scadenza degli stessi, il Comune dovrà comunicare all'Agenzia per la famiglia, ai fini della concessione del contributo, il costo orario deliberato per l'anno cui si riferisce il contributo richiesto. Tale costo orario è determinato dal Comune nel rispetto di quanto stabilito all'articolo 8. Gli importi fatturati ai Comuni da parte degli enti gestori dovranno essere in ogni caso calcolati e rendicontati su base oraria.

Sichtvermerke i. S. d. Art. 13 L.G. 17/93
über die fachliche, verwaltungsgemäße
und buchhalterische Verantwortung

Visti ai sensi dell'art. 13 L.P. 17/93
sulla responsabilità tecnica,
amministrativa e contabile

Die Amtsdirektorin / La Direttrice d'ufficio
Der Ressortdirektor / Il Direttore di dipartimento

SUMMA ISABELLA
CRITELLI LUCA

08/08/2019 15:44:44
13/08/2019 21:15:52

Laufendes Haushaltsjahr

Esercizio corrente

La presente delibera non dà luogo a
impegno di spesa.
Dieser Beschluss beinhaltet keine
Zweckbindung

zweckgebunden

impegnato

als Einnahmen
ermittelt

accertato
in entrata

auf Kapitel

sul capitolo

Vorgang

operazione

Der Direktor des Amtes für Ausgaben

Il direttore dell'Ufficio spese

Der Direktor des Amtes für Einnahmen

Il direttore dell'Ufficio entrate

Diese Abschrift
entspricht dem Original

Per copia
conforme all'originale

Datum / Unterschrift

data / firma

Abschrift ausgestellt für

Copia rilasciata a



Der Landeshauptmannstellvertreter
Il Vice-Presidente della Provincia

SCHULER ARNOLD

20/08/2019

Der Vizegeneralsekretär
Il Vice Segretario Generale

MATHA THOMAS

20/08/2019

Es wird bestätigt, dass diese analoge Ausfertigung, bestehend - ohne diese Seite - aus 20 Seiten, mit dem digitalen Original identisch ist, das die Landesverwaltung nach den geltenden Bestimmungen erstellt, aufbewahrt, und mit digitalen Unterschriften versehen hat, deren Zertifikate auf folgende Personen lauten:

nome e cognome: Arnold Schuler

Si attesta che la presente copia analogica è conforme in tutte le sue parti al documento informatico originale da cui è tratta, costituito da 20 pagine, esclusa la presente. Il documento originale, predisposto e conservato a norma di legge presso l'Amministrazione provinciale, è stato sottoscritto con firme digitali, i cui certificati sono intestati a:

nome e cognome: Thomas Matha'

Die Landesverwaltung hat bei der Entgegennahme des digitalen Dokuments die Gültigkeit der Zertifikate überprüft und sie im Sinne der geltenden Bestimmungen aufbewahrt.

Ausstellungsdatum

30/07/2019

Diese Ausfertigung entspricht dem Original

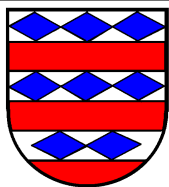
L'Amministrazione provinciale ha verificato in sede di acquisizione del documento digitale la validità dei certificati qualificati di sottoscrizione e li ha conservati a norma di legge.

Data di emanazione

Per copia conforme all'originale

Datum/Unterschrift

Data/firma



Marktgemeinde Sand in Taufers

Comune di Campo Tures

AUTONOME PROVINZ BOZEN-SÜDTIROL • PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO-ALTO ADIGE

BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES GEMEINDEAUSSCHUSSES

Sitzung vom /seduta del

17.12.2013

GEGENSTAND:

Kindertagesstätte "Baby Pavillon Sand in Taufers". Anpassung der Tarife zu Lasten der Familien an die auf Landesebene geltenden einheitlichen Tarife

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung festgesetzten Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.

VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA GIUNTA COMUNALE

Uhr - Ore

16:00

OGGETTO:

Nr.

807

Microstruttura per l'infanzia "Baby Pavillon Campo Tures". Adeguamento delle tariffe a carico delle famiglie alle tariffe unitarie del territorio provinciale

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge Regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti di questa Giunta Comunale.

Vor-und Zuname nome e cognome	Eigenschaft qualifica	E.A. A.G.	U.A. A.I.	Anm
Helmuth Innerbichler	Bürgermeister/Sindaco			
Andreas Bacher	Gemeindereferent/Assessore			
Dr. Günther Früh	Gemeindereferent/Assessore			
Meinhard Fuchsbrugger	Gemeindereferent/Assessore			
Wolfgang Mair	Gemeindereferent/Assessore			
Marianna Oberfrank Forer	Gemeindereferent/Assessore			
Walter Weger	Gemeindereferent/Assessore			
E.A.= entschuldigt abwesend	A.G.= assente giustificato	U.A.= unentschuldigt abwesend	A.I.= assente ingiustificato	

Seinen Beistand leistet der Schriftführer, **Dr. Hansjörg Putzer**.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt **Helmuth Innerbichler** in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet. Der Gemeindeausschuss behandelt obigen Gegenstand.

Vorherige zustimmende Gutachten im Sinne des Art. 81 des D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L, zur vorliegenden Beschlussvorlage

Der Verantwortliche der zuständigen Organisationseinheit für die administrative Ordnungsmäßigkeit:

Der Verantwortliche des Dienstes - Il responsabile del servizio
gez.-f.to Dr. Hansjörg Putzer

La funzione di segretario assume **Dr. Hansjörg Putzer**.

Helmuth Innerbichler nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta. La Giunta Comunale passa alla trattazione dell'oggetto suindicato.

Pareri preventivi favorevoli ai sensi dell'art. 81 del D.P.Reg. del 01/02/2005, n. 3/L sulla presente proposta di deliberazione

Il responsabile della struttura competente in ordine alla regolarità tecnico-amministrativa:

Der Verantwortliche des Rechnungsamtes für die buchhalterische Ordnungsmäßigkeit:

Es wird die finanzielle Deckung der Ausgabenverpflichtung bestätigt gemäß Art. 62/4 - R.G. 23.10.1998, Nr. 10 i.G.F..

Il responsabile di ragioneria in ordine alla regolarità contabile:

Viene attestata la copertura finanziaria dell'impegno di spesa ai sensi dell'art. 62/4 - L.R. 23.10.1998, n. 10 e successive modifiche ed integrazioni.

nicht erforderlich ☒ non necessario

Kindertagesstätte "Baby Pavillon Sand in Taufers". Anpassung der Tarife zu Lasten der Familien an die auf Landesebene geltenden einheitlichen Tarife

VORAUSGESCHICKT:

- Mit Beschluss des Gemeindevausschusses Nr. 650 vom 13.10.2009 wurden die Tarife zu Lasten der Familien, welche den Kindertagesstättendienst nutzen, wie folgt festgelegt:

- Höchststundentarif: 3,00 €

- Mindeststundentarif: 1,00 €

Höchststundenanzahl pro Monat: 160 – ab der 160. Stunde wird der volle Stundentarif berechnet (€ 12,00 pro Stunde).

Festgestellt, dass das Landesgesetz vom 17.05.2013, Nr. 8 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“, die Harmonisierung der Tarife der Kleinkinderbetreuung vorsieht;

Festgestellt, dass mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1817 vom 02.12.2013 die Änderungen der Durchführungsverordnungen im Bereich Kleinkinderbetreuung genehmigt wurden. Aufgrund dieser Änderungen gelten ab 01.01.2014 auf Landesebene folgende einheitlichen Tarife zu Lasten der Familien für die Nutzung der Kleinkindertagesstätten:

- Höchststundentarif: 3,65 €

- Mindeststundentarif: 0,90 €

Die Tarife werden jährlich im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden und der Landesregierung im Rahmen des Beschlusses der Tagsätze und Tarife der Sozialdienste festgelegt.

Festgestellt, dass es ist notwendig die einheitlichen Tarife auch für die Kindertagesstätte der Gemeinde Sand in Taufers anzuwenden.

Nach Kenntnisnahme der von der geltenden Gemeindeordnung vorgeschriebenen Gutachten hinsichtlich der administrativen Ordnungsmäßigkeit;

aufgrund:

- der Satzungen dieser Gemeinde, veröffentlicht im außerordentlichen Beiblatt zum Amtsblatt Nr. 11 der Autonomen Region Trentino – Südtirol vom 14.03.2006 und nachfolgende Änderungen und Ergänzungen;
- der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden der Autonomen Region Trentino Südtirol, (D.P. Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L, abgeändert durch das D.P. Reg. vom 03.04.2013, Nr. 25, koordiniert mit den Bestimmungen, die durch das Regionalgesetz vom 02.05.2013, Nr. 3, eingeführt wurden), sowie der diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen;

beschließt

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

einstimmig bei 07 Anwesenden und Abstimmenden durch Handerheben

Microstruttura per l'infanzia "Baby Pavillon Campo Tures". Adeguamento delle tariffe a carico delle famiglie alle tariffe unitarie del territorio provinciale

PREMESSO:

- con la delibera della giunta comunale n. 650 del 13/10/2009 sono state determinate le tariffe a carico delle famiglie utenti della microstruttura come segue:

- tariffa oraria massima: 3,00

- tariffa oraria minima: 1,00 €

Massimale quota oraria mensile: 160 – a partire dalla 160* ora verrà calcolata la tariffa piena (12,00 €/h)

Constatato, che la legge provinciale del 17/05/2013 n. 8 “Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige”, prevede l'armonizzazione delle tariffe per i servizi per la prima infanzia;

Constatato, che con delibera della giunta provinciale n. 1817 del 02/12/2013 sono state approvate le modifiche di regolamenti di esecuzione in materia di assistenza alla prima infanzia. Dal 01/01/2014 sul territorio provinciale vengono applicate le seguenti tariffe unitarie a carico delle famiglie utenti della microstruttura:

- tariffa oraria massima: 3,65 €

- tariffa oraria minima: 0,90 €

Le tariffe vengono stabilite annualmente d'intesa con il consiglio dei comuni dalla giunta provinciale nel quadro della deliberazione di determinazione delle rette e tariffe sociali.

Constatato, che è necessario applicare le tariffe unitarie anche per la microstruttura d'infanzia del comune di Campo Tures.

Visti i pareri prescritti dal vigente Ordinamento dei comuni in ordine alla regolarità tecnico-amministrativa;

visti:

- lo Statuto di questo Comune, pubblicato nel supplemento straordinario al Bollettino Ufficiale n° 11 della Regione Autonoma Trentino – Alto Adige del 14/03/2006 e successive modifiche ed integrazioni;
- le leggi regionali sull'Ordinamento dei Comuni della Regione Autonoma Trentino Alto Adige, (D.P. Reg. 01/02/2005, n. 3/L, modificato dal D.P. Reg. 03/04/2013 n. 25, coordinato con le disposizioni introdotte dalla legge regionale 02/05/2013, n. 3) nonché il relativo regolamento di esecuzione;

LA GIUNTA COMUNALE

delibera

ad unanimità di voti su 07 presenti e votanti per alzata di mano

1. Ab 01.01.2014 gelten folgende Tarife zu Lasten der Familien für die Nutzung der Kleinkindertagesstätte:
 - Höchststundentarif: 3,65 €
 - Mindeststundentarif: 0,90 €
 2. Der volle Tarif von 12,00 € pro Stunde ab der 160. Stunde wird beibehalten.
1. Dal 01/01/2014 vengono applicate le seguenti tariffe a carico delle famiglie utenti della microstruttura d'infanzia:
 - tariffa oraria massima: 3,65 €
 - tariffa oraria minima: 0,90 €
 2. È confermato a partire dalla 160* ora la tariffa piena di 12,00 €/h.

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Letto, confermato e sottoscritto.

Der Vorsitzende - Il Presidente

Der Sekretär - Il Segretario

gez.-f.to **Helmuth Innerbichler**

gez.-f.to **Dr. Hansjörg Putzer**

Dieser Beschluss wird heute am

Questa delibera viene pubblicata oggi il

20.12.2013

und für 10 aufeinanderfolgende Tage an der digitalen
Amtstafel der Marktgemeinde Sand in Taufers unter
www.sandintaufers.eu veröffentlicht.

e per 10 giorni consecutivi all'albo pretorio
digitale del Comune di Borgata Campo Tures sotto
www.campotures.eu.

Der Gemeindesekretär - Il Segretario Comunale

gez.-f.to **Dr. Hansjörg Putzer**

Im Sinne des Art. 79 des D.P.Reg. vom 01.02.2005,
Nr. 3/L wird gegenständlicher Beschluss vollstreckbar
am

Ai sensi dell'art. 79 del DPREG. del 01/02/2005, n. 3/L
la presente delibera diviene esecutiva il

31.12.2013

Der Gemeindesekretär - Il Segretario Comunale

gez.-f.to **Dr. Hansjörg Putzer**

Jeder Bürger kann gegen angeführten Beschluss
während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung von
10 Tagen beim Gemeindeausschuss Einspruch
erheben.

Ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione di
10 giorni, presentare reclamo alla Giunta Comunale.

Innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses
Beschlusses kann beim Regionalen
Verwaltungsgerichtshof - Autonome Sektion Bozen -
Rekurs eingebracht werden.

Entro 60 giorni dall'esecutività della deliberazione può
essere presentato ricorso al Tribunale di Giustizia
Amministrativa - Sezione autonoma di Bolzano.

Für die Übereinstimmung der Abschrift mit der Ur-
schrift, auf stempelfreiem Papier für Verwaltungszwe-
cke ausgestellt.

Per la copia conforme all'originale, rilasciata in carta li-
bera per uso amministrativo.

Der Gemeindesekretär - Il segretario comunale

Dr. Hansjörg Putzer

EDV -
CED Nr.

Verpflichtung -
Impegno Nr.

Zahlungsauf. - Mandato
pag. Nr.

vom

Kap. -
Cap.Nr.

**Beschluss
der Landesregierung****Deliberazione
della Giunta Provinciale**

Nr. 666
Sitzung vom 30/07/2019 Seduta del

ANWESEND SIND

Landeshauptmannstellvertr.
Landeshauptmannstellvertr.
Landeshauptmannstellvertr.
Landesräte

Vize-Generalsekretär

Arnold Schuler
Giuliano Vettorato
Daniel Alfreider
Massimo Bessone
Waltraud Deeg
Maria Hochgruber Kuenzer

Thomas Mathà

SONO PRESENTI

Vicepresidente
Vicepresidente
Vicepresidente
Assessori

Vicesegretario generale

Betreff:

Genehmigung der Richtlinien für die
Finanzierung der Kindertagesstätten und
des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes und
Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20.
November 2018

Oggetto:

Approvazione dei Criteri per il
finanziamento di microstrutture e del
servizio di assistenza domiciliare all'infanzia
e revoca della deliberazione n. 1198 del 20
novembre 2018

Vorschlag vorbereitet von
Abteilung / Amt Nr.

R5.1

Proposta elaborata dalla
Ripartizione / Ufficio n.

Die Landesregierung hat folgende Rechtsvorschriften, Verwaltungsakte und Tatsachen zur Kenntnis genommen:

Landesgesetz vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, „Regelung des Verwaltungsverfahrens“ in geltender Fassung, Artikel 2, laut welchem die Landesregierung die Kriterien und Modalitäten für die Gewährung von wirtschaftlichen Vergünstigungen jeglicher Art an Personen und öffentliche und private Einrichtungen sowie die Modalitäten der entsprechenden Auszahlung und die in diesem Zusammenhang vorzulegenden Unterlagen festlegt;

Landesgesetz vom 17. Mai 2013 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“, Nr. 8, Artikel 21 in geltender Fassung, welches die Gewährung von Beiträgen an öffentliche und gemeinnützige private Organisationen vorsieht;

Bekanntmachung der Kommission (2016/C262/01) wonach das Land durch die Errichtung und Erhaltung eines lokalen Betreuungs- und Bildungssystems, das großteils aus dem Landeshaushalt und nicht von den Familien finanziert wird, keine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt, sondern vielmehr seine Aufgaben auf sozialem, kulturellem und bildungspolitischem Gebiet gegenüber seinen Bürgern erfüllt;

die Tatsache, dass die finanziellen Beiträge nutznießender Familien nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten der Dienstleistung abdecken und daher nicht als Entgelt für die erbrachte Dienstleistung angesehen werden können; dieser Grundsatz gilt für die Bildungsdienstleistungen wie Berufsausbildung, private und öffentliche Grundschulen sowie Kindergärten, Kleinkindbetreuungsdienste und außerschulische Betreuungs- sowie Familienbildungsangebote;

Dekret des Landeshauptmannes vom 21. November 2017, Nr. 42 betreffend Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten;

Beschluss der Landesregierung vom 20. November 2018, Nr. 1198, welcher die Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes genehmigt;

La Giunta provinciale dopo aver considerato le leggi, gli atti amministrativi nonché i fatti e le circostanze di seguito elencati:

Legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, recante „Disciplina del procedimento amministrativo“, e successive modifiche, articolo 2 che demanda alla Giunta provinciale l’emanazione dei criteri per l’attribuzione di vantaggi economici di qualunque genere a persone ed enti pubblici e privati, nonché per la definizione delle modalità di liquidazione dei medesimi e la documentazione di spesa da presentarsi;

Legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, articolo 21, e successive modifiche, che prevede la concessione di contributi a organizzazioni pubbliche e organizzazioni private senza scopo di lucro;

comunicazione della Commissione 2016/C262/01, in base alla quale la Provincia mediante la creazione ed il mantenimento di un sistema di istruzione locale finanziato in misura maggiore dal bilancio provinciale e non dalle famiglie non svolge attività economica, bensì assolve ai propri compiti sociali, culturali ed educativi nei confronti dei suoi cittadini;

il fatto che i contributi finanziari delle famiglie utenti coprono solo una parte del costo effettivo delle prestazioni e non possono pertanto essere considerati come un compenso per il servizio prestato; tale principio vale per i servizi educativi quali la formazione professionale, le scuole elementari private e pubbliche e le scuole materne, i servizi di assistenza alla prima infanzia e l’assistenza extrascolastica nonché per le attività di formazione a favore delle famiglie;

decreto del Presidente della Provincia del 21 novembre 2017, n. 42 concernenti standard qualitativi per l’attività pedagogica nei servizi di assistenza alla prima infanzia;

Deliberazione della Giunta provinciale del 20 novembre 2018, n. 1198 che approva i Criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all’infanzia;

die Notwendigkeit, die geltenden „Richtlinien über die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes“ laut Anlage „A“ des Beschlusses der Landesregierung vom 20. November 2018, Nr. 1198 zu überarbeiten, da aufgrund der Erfahrungen in Umsetzung der neuen Beitragskriterien auf Stundenbasis in diesem Bereich sowohl von Seiten der Nutzerfamilien als auch von Seiten der Trägerkörperschaften der Dienste Änderungsvorschläge herangetragen worden sind;

die Zweckmäßigkeit, daher den Beschluss der Landesregierung vom 20. November 2018, Nr. 1198 samt dessen Anlage „A“ zu widerrufen;

den Entwurf der Richtlinien zur Finanzierung der Betreuung in den Kleinkindbetreuungsdiensten laut Anlage „A“, welche wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses ist;

nach Einsichtnahme in das am 18.06.2019 von der Anwaltschaft des Landes erlassene Gutachten in rechtlicher, sprachlicher und legislatischer Hinsicht samt Gutachten der für EU-Recht zuständigen Stellen;

nach Einsicht in das Gutachten des Rates der Gemeinden vom 17.07.2019 sowie einer nachträglichen Präzisierungsmail vom 22. Juli 2019;

All dies vorausgeschickt und berücksichtigt

b e s c h l i e ß t:

die Landesregierung mit gesetzmäßig zum Ausdruck gebrachter Stimmeneinhelligkeit:

1. den Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 samt dessen Anlage „A“ zu widerrufen;
2. die beiliegenden Richtlinien zur Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Anlage „A“ dieses Beschlusses, die wesentlicher Bestandteil ist, zu genehmigen;
3. diesen Beschluss gemäß Artikel 2 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17 im Amtsblatt der Region Trentino-Südtirol zu veröffentlichen.

DER LANDESHAUPTMANN

la necessità di aggiornare i vigenti “Criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all’infanzia” di cui all’allegato “A” della deliberazione della Giunta provinciale del 20 novembre 2018, n. 1198 in quanto sulla base delle esperienze in seguito all’applicazione dei nuovi criteri di contribuzione su base oraria in questo ambito sono state avanzate delle proposte di modifica sia da parte delle famiglie utenti che da parte degli enti gestori dei servizi;

l’opportunità di revocare pertanto la deliberazione della Giunta provinciale del 20 novembre 2018, n. 1198 e relativo allegato “A”;

proposta concernente i criteri di finanziamento dell’assistenza nei servizi di assistenza alla prima infanzia di cui all’allegato “A” parte integrante della presente deliberazione;

il parere dell’Avvocatura della Provincia di data 18/06/2019 sugli aspetti giuridici, linguistici e di tecnica legislativa, incluso il parere dell’Ufficio competente per le norme comunitarie;

visti il parere del Consiglio dei Comuni di data 17/07/2019, nonché una successiva mail con precisazioni di data 22 luglio 2019;

Tutto ciò premesso e considerato la Giunta provinciale

d e l i b e r a

a voti unanimi legalmente espressi:

1. di revocare la deliberazione della Giunta provinciale n. 1198 del 20 novembre 2018 con relativo allegato “A”;
2. di approvare i criteri di cui all’Allegato “A” parte integrante della presente deliberazione concernente il finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare;
3. di provvedere alla pubblicazione della presente delibera nel Bollettino Ufficiale della Regione Trentino-Alto Adige, ai sensi dell’articolo 2, comma 1, della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17.

IL PRESIDENTE DELLA PROVINCIA

DER GENERALSEKRETÄR DER
LANDESREGIERUNG

IL SEGRETARIO GENERALE DELLA
GIUNTA PROVINCIALE

ANLAGE A

ALLEGATO A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1

Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.

2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2

Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3

Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, zur Verfügung.

2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in

Criteri per il finanziamento di microstrutture e del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia

Art. 1

Ambito di applicazione

1. I presenti criteri disciplinano, ai sensi degli articoli 13 e 15 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, il finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia destinati a bambini e bambine di età compresa fra i tre mesi e i tre anni di età, e la concessione dei contributi provinciali per la loro gestione. I presenti criteri disciplinano inoltre altri aspetti riguardanti i suindicati servizi.

2. Gli enti gestori privati accreditati senza scopo di lucro che erogano i servizi di cui agli articoli 13 e 15 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, sono di seguito denominati enti gestori.

Art. 2

Piano di sviluppo

1. Ogni Comune elabora un proprio Piano di sviluppo della rete di servizi per la prima infanzia, che andrà aggiornato annualmente e presentato entro il 30 novembre all'Agenzia per la famiglia. Il Piano di sviluppo è uno strumento strategico di programmazione, condiviso con gli enti gestori, orientato al soddisfacimento del concreto fabbisogno di assistenza delle famiglie presenti sul territorio comunale e all'ottimale utilizzo delle strutture e dei servizi.

Art. 3

Posti di assistenza

1. I Comuni mettono a disposizione posti-bambino nelle diverse tipologie di servizi disciplinate al capo IV della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche.

2. I Comuni possono mettere a disposizione i servizi socio-educativi per la prima infanzia presenti sul proprio territorio o avvalersi di

anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.

3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.

4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.

5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den

servizi di altri Comuni della provincia di Bolzano o di Comuni fuori provincia.

3. Il Comune può avvalersi di posti-bambino nelle microstrutture aziendali di cui all'articolo 16 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, nei limiti dei vigenti criteri per la concessione dei contributi per microstrutture aziendali e l'acquisto di posti-bambino presso servizi analoghi. Viceversa, nelle microstrutture comunali alcuni posti-bambino possono essere assegnati a bambini per i quali il datore di lavoro di uno dei genitori contribuisca finanziariamente al costo del servizio di assistenza all'infanzia, a condizione che non vi siano liste di attesa presso il Comune gestore o presso altri Comuni.

4. Il numero dei posti-bambino deve essere adeguato al fabbisogno concreto, che il Comune deve rilevare e soddisfare in maniera ottimale. Deve essere garantito un posto di assistenza per almeno il 15 per cento dei bambini in età 0-3 anni residenti nel territorio comunale al 31 dicembre dell'anno precedente a quello di presentazione della domanda di contributo. Il Comune di residenza o di stabile dimora del bambino/della bambina partecipa ai costi sostenuti dalle famiglie che usufruiscono di servizi presso altri Comuni della provincia di Bolzano, come stabilito all'articolo 7. L'ampliamento del numero di posti-bambino avviene in ogni caso tenendo conto dell'effettivo fabbisogno della popolazione e della necessità di creare posti-bambino per almeno il 33 per cento dei bambini presenti sul territorio, in linea con gli obiettivi fissati dal Consiglio europeo in occasione del convegno di Barcellona del 2002, poi ribaditi nella Strategia di Lisbona e successivamente nella Strategia Europa 2020.

5. Ogni posto-bambino corrisponde convenzionalmente a 1.200 ore annue di assistenza.

6. Ai fini del raggiungimento dell'obiettivo di cui al comma 4, si considerano i bambini e le bambine che usufruiscono di una delle forme di assistenza di cui al capo IV della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, con il cofinanziamento di Provincia, Comuni e utenti ai sensi dell'articolo 7 dei presenti criteri e dei criteri relativi agli asili nido.

7. Al Comune che, in mancanza di adeguate motivazioni, non è in grado di raggiungere l'obiettivo di cui al comma 4, si applica, nel primo esercizio finanziario utile, una detrazione dai trasferimenti correnti a titolo di finanza locale pari a un importo calcolato in

Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,

b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,

c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,

d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;

e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:

1) Vollzeit,

2) Teilzeit über 50 Prozent,

3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

a) alleinerziehendes Elternteil,

b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,

c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,

d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,

e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,

proportionale all'offerta mancante. L'ammontare della detrazione è pari al 20 per cento dell'importo determinato moltiplicando le ore di assistenza mancanti al raggiungimento del 15 per cento di cui al comma 4 per il costo orario standard del servizio previsto all'articolo 8, comma 1, lettera a), per le microstrutture con più di dieci posti. Gli importi dedotti verranno riutilizzati per il finanziamento dei servizi per la prima infanzia.

Art. 4

Accesso ai servizi

1. Per l'accesso ai servizi si applicano i seguenti criteri di precedenza vincolanti, indicati in ordine decrescente di importanza:

a) la riammissione del bambino/dalla bambina dopo la disdetta del contratto di assistenza per malattia di durata prolungata ai sensi dell'articolo 9, comma 7;

b) la residenza del bambino/della bambina nel comune;

c) lo stato di lavoratore/lavoratrice di entrambi i genitori o del genitore monoparentale;

d) problematiche fisiche e/o psichiche certificate riguardanti il bambino/la bambina da assistere, un fratello/una sorella oppure un genitore;

e) l'orario lavorativo di ciascun genitore:

1) a tempo pieno;

2) a tempo parziale superiore al 50 per cento;

3) a tempo parziale fino al 50 per cento compreso.

2. Il Comune, in caso di microstruttura, e l'ente gestore, in caso di servizio di assistenza domiciliare all'infanzia, possono applicare ulteriori criteri di valutazione, quali:

a) lo stato di genitore monoparentale;

b) la situazione di disagio psico-sociale o economico della famiglia del bambino/della bambina;

c) lo stato di disoccupazione di uno o entrambi i genitori, attestato dalla relativa iscrizione nelle liste di disoccupazione;

d) la frequenza di corsi di formazione da parte di uno o di entrambi i genitori;

e) la frequenza da parte di uno o di entrambi i genitori di un corso per l'apprendimento di una delle lingue principali della provincia;

- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-

- f) lo stato di lavoratore/lavoratrice nel settore privato;
- g) la presenza di minori di 10 anni, iscritti nello stesso stato di famiglia del bambino/della bambina da assistere;
- h) la data di iscrizione al servizio;
- i) la stabile dimora del bambino/della bambina nel comune.

Art. 5

Requisiti di ammissione e requisiti dei servizi

1. Di regola sono ammessi solo bambini e bambine che frequentano il servizio per almeno 12 ore settimanali.
2. Per i bambini e le bambine in età prescolare che hanno compiuto i quattro anni, o anche di età inferiore se già frequentanti la scuola dell'infanzia, che usufruiscono del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia per il quale i genitori corrispondono l'intero costo orario, vengono fatturate le ore effettivamente utilizzate e non sussiste l'obbligo della frequenza minima di 12 ore settimanali.
3. Comune ed enti gestori garantiscono la continuità del servizio.
4. Comune ed enti gestori garantiscono la trasparenza nell'istruttoria delle domande e nella procedura di ammissione.
5. Al fine di garantire la continuità pedagogica, i bambini già frequentanti il servizio mantengono il posto con diritto di precedenza rispetto ad eventuali nuove ammissioni.

Art. 6

Beneficiari

1. Possono beneficiare dei contributi provinciali:
 - a) i Comuni della provincia di Bolzano, in forma singola o associata, che gestiscono il servizio di microstruttura di cui all'articolo 15 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, e/o acquistano ore di assistenza nelle microstrutture aziendali di cui all'articolo 16 della medesima legge;
 - b) gli enti gestori che erogano il servizio di

/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.

2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.

2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.

3. Hat die Familie im Sinne des Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30, in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.

4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in

assistenza domiciliare all'infanzia di cui all'articolo 13 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, per conto dei Comuni.

2. Al fine di ottenere un contributo provinciale e un eventuale anticipo, devono essere rispettati i requisiti di base per l'avvio del servizio ai sensi dei vigenti standard qualitativi per l'attività pedagogica nei servizi di assistenza alla prima infanzia.

3. Il contributo provinciale di cui al comma 2 o l'eventuale saldo può essere liquidato solo a fronte dell'avvenuto accreditamento del servizio ai sensi dei vigenti standard qualitativi per l'attività pedagogica nei servizi di assistenza alla prima infanzia.

Art. 7

Finanziamento dei servizi

1. I servizi di cui all'articolo 1, comma 1, vengono finanziati su base oraria da Provincia e Comuni con la compartecipazione tariffaria degli utenti. Il Comune competente per il finanziamento è quello di residenza del bambino/della bambina. Se il bambino/la bambina non ha la residenza in provincia di Bolzano, è competente il Comune di stabile dimora.

2. La differenza tra il costo orario convenzionale di cui all'articolo 8 e la tariffa oraria massima a carico dell'utente di cui all'articolo 9 viene coperta da Provincia e Comuni con quote fisse di pari entità. Se il costo orario effettivo è inferiore al costo orario convenzionale, la differenza viene calcolata sul costo orario effettivo.

3. Qualora la famiglia usufruisca di un'agevolazione tariffaria ai sensi del decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30, e successive modifiche, la Provincia integra il pagamento fino alla tariffa oraria massima.

4. I contratti e gli accordi tra Comuni ed enti gestori devono essere stipulati su base oraria e riportare il costo orario effettivo arrotondato al secondo decimale e il costo orario di aggiudicazione con e senza IVA.

Art. 8

Costo orario dei servizi

1. I costi dei servizi sono espressi in costi orari

konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:

a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,

b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,

c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,

d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.

2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.

3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.

4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.

5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.

6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte

konventionellen und sind differenziert nach Typologie des Dienstes. Der Stundensatz konventionell genehmigt, beträgt a:

a) maximal euro 12,00, Steuer auf den Wert hinzugefügt (IVA) ausgeschlossen, für die Mikrostrukturen mit einer Kapazität von mehr als 10 Plätzen;

b) maximal euro 14,00, IVA ausgeschlossen, für die Mikrostrukturen bis zu 10 Plätzen und für die neu eröffneten Mikrostrukturen im ersten Geschäftsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr;

c) maximal euro 10,20, eventuelle IVA eingeschlossen, für den Dienst der Tagesmütter/-väter;

d) maximal euro 12,00, IVA ausgeschlossen, für die betrieblichen Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.

2. Der Stundensatz konventionell umfasst alle Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.

3. Im Falle der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.

4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.

5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.

6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte

konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.

7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30, in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.

2. Die Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.

3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.

4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu

maggiorato per le microstrutture fino a 10 posti trova applicazione solamente nel caso in cui la capacità ricettiva massima sia di 10 posti.

7. Il finanziamento dei costi aggiuntivi per il personale addetto all'assistenza di bambini con disabilità è disciplinato con appositi criteri.

Art. 9

Tariffa a carico degli utenti

1. La compartecipazione tariffaria degli utenti dei servizi viene calcolata ai sensi del decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30, e successive modifiche. La tariffa oraria a carico degli utenti è onnicomprensiva e include pasti, pannolini e prodotti igienici. Ai costi derivanti da esigenze o richieste particolari avanzate dai genitori devono provvedere le famiglie stesse.

2. La compartecipazione tariffaria degli utenti, di cui al comma 1, prevede una tariffa oraria minima di euro 0,90 e una tariffa oraria massima di euro 3,65, IVA inclusa.

3. Le tariffe orarie minime e massime possono essere aggiornate dalla Giunta provinciale d'intesa con il Consiglio dei Comuni.

4. Il sistema tariffario di cui al comma 2 trova applicazione per una frequenza massima di 1.920 ore annue a bambino/bambina oppure per un numero di ore proporzionalmente ridotto a fronte di una minore durata del contratto di assistenza. Se le ore di assistenza superano invece il limite massimo stabilito dal sistema tariffario, il costo delle ore eccedenti è totalmente a carico degli utenti.

5. Agli utenti vengono fatturate, in base al sistema tariffario, le ore previste dal contratto di assistenza, tenuto conto del limite massimo di cui al comma 4 e delle eventuali assenze per ferie o malattia di cui ai commi 6 e 7.

6. Se il bambino/la bambina frequenta il servizio per tutto l'anno, non viene fatturato un periodo di assenza per ferie di quattro settimane; in caso di frequenza inferiore all'anno, non viene fatturato un periodo ridotto in proporzione. Il periodo di ferie si aggiunge ai giorni di chiusura della struttura per altri motivi o di ferie del/della assistente domiciliare all'infanzia. È facoltà delle parti contrattuali aumentare il periodo di assenza per ferie, concordando contestualmente il contributo ai costi a carico degli utenti durante il

verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

prolongamento del periodo delle ferie risp. il contributo ai costi a carico degli utenti in caso di sfioramento del periodo di ferie. Il contributo ai costi a carico degli utenti non può in nessun caso superare il costo orario pattuito contrattualmente per la microstruttura risp. il costo orario convenzionale per il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia. Tutti i periodi di assenza per ferie non vengono cofinanziati dagli enti pubblici.

7. In caso di malattia del bambino/della bambina i giorni di assenza vengono fatturati agli utenti in base alla tariffa dovuta, a condizione che entro il primo giorno di assenza la famiglia informi l'ente gestore della malattia e della sua durata presunta, e che al momento del reingresso presenti il certificato medico, privo della diagnosi, che attesti la durata della malattia. In mancanza del certificato medico sarà addebitato alla famiglia l'intero costo orario del servizio per i giorni di assenza ingiustificata a partire dal quarto giorno. Vengono considerati in tal caso i giorni di frequenza previsti dal contratto, esclusi i fine settimana, le festività ed eventuali altri giorni in cui il servizio non viene erogato. Per assenze per malattia di durata superiore a quattro settimane, la famiglia ha la facoltà di rescindere dal contratto con diritto di precedenza per la riammissione in struttura dopo la guarigione del bambino/della bambina.

8. Se la famiglia rifiuta, senza fornire adeguate motivazioni, un posto-bambino rispondente alle proprie esigenze nel comune in cui il bambino/la bambina risiede o ha stabile dimora, e ricorre al servizio di assistenza di un altro Comune, la tariffa oraria a suo carico può essere aumentata di 1,00 euro, IVA inclusa. In questo caso si riduce di pari misura la quota di competenza del Comune in cui il bambino/la bambina risiede o ha stabile dimora.

9. È facoltà dell'ente gestore esonerare la famiglia dal pagamento della tariffa dovuta per andare incontro ad esigenze particolari della famiglia stessa (ad esempio malattia di familiari residenti fuori provincia, impossibilità di rispettare i termini di preavviso in caso di disdetta). Queste ore non vengono cofinanziate dall'ente pubblico.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 10

Ammontare del contributo provinciale

1. Il contributo erogato dalla Provincia ai Comuni e agli enti gestori dei servizi di assistenza domiciliare all'infanzia viene concesso su base oraria per le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario di cui all'articolo 9, comma 5. Il contributo provinciale non spetta invece per le ore da non fatturare agli utenti e per quelle totalmente a carico della famiglia.

2. Agli utenti con un contratto di assistenza inferiore alle 12 ore settimanali sono fatturate minimo di 12 ore settimanali alla tariffa dovuta in base al sistema tariffario, fatti salvi i giorni di assenza per ferie concordati. Vengono fatturate invece solo le ore di assistenza effettivamente usufruite se il bambino/la bambina non frequenta, per cause non dipendenti dalla famiglia, le 12 ore minime settimanali (ad esempio per festività, chiusura della microstruttura, malattia o ferie dell'assistente domiciliare all'infanzia, inizio o fine servizio non coincidenti con il primo o l'ultimo giorno della settimana). Per i minori da assistere con disabilità certificata vengono fatturate solo le ore di assistenza effettivamente usufruite.

3. L'ammontare del contributo provinciale erogato ai Comuni per le microstrutture viene calcolato moltiplicando la quota oraria fissa a carico della Provincia per il numero di ore di servizio ammesse a finanziamento per l'anno di riferimento, con l'aggiunta della quota di compartecipazione tariffaria a carico della Provincia stimata sulla base delle domande di contributo.

4. L'ammontare del contributo provinciale agli enti gestori del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia viene calcolato moltiplicando la quota oraria fissa a carico della Provincia e dei Comuni per il numero di ore di servizio ammesse a finanziamento per l'anno di riferimento, con l'aggiunta della quota di compartecipazione tariffaria a carico della Provincia stimata sulla base delle domande di contributo. La Provincia anticipa agli enti gestori la quota fissa a carico dei Comuni, che verrà recuperata dai trasferimenti correnti a titolo di finanza locale nel primo esercizio finanziario utile in seguito alle rendicontazioni degli enti gestori.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.

2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tariffeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, berücksichtigt werden.

3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.

4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.

5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss,

Art. 11

Termine di presentazione delle domande di contributo e di anticipo

1. Le domande di contributo e le domande per la concessione di un anticipo devono essere presentate all'Agenzia per la famiglia, utilizzando gli appositi moduli, entro il 15 dicembre dell'anno precedente a quello cui si riferisce il contributo e devono riferirsi all'anno solare. Per le domande relative all'anticipo il termine è da considerarsi perentorio.

2. La domanda di contributo deve contenere le ore di servizio previste, il relativo costo orario e le entrate stimate, derivanti dalla compartecipazione tariffaria a carico degli utenti dei servizi, e deve tenere conto della programmazione dei servizi di cui all'articolo 18, comma 1, della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8.

3. La domanda di contributo per il servizio di microstruttura viene presentata all'Agenzia per la famiglia unicamente dal Comune gestore della microstruttura, indipendentemente dai comuni di provenienza dei bambini assistiti. Il Comune gestore provvederà in seguito a regolare i rapporti economici con gli altri Comuni di provenienza dei bambini frequentanti il servizio di microstruttura, chiedendo il rimborso della compartecipazione concordata a loro carico. Nella domanda di contributo i Comuni gestori di microstrutture devono indicare anche le ore di servizio eventualmente acquistate in microstrutture aziendali. I Comuni che, non disponendo di una propria microstruttura, acquistano ore di assistenza in una microstruttura aziendale, presentano un'apposita domanda di contributo.

4. In presenza di residua disponibilità finanziaria, potranno essere accettate nuove domande o domande di contributo integrativo per ore aggiuntive di assistenza. Le nuove domande vanno presentate entro il termine perentorio del 30 settembre dell'anno di riferimento e verranno trattate in ordine cronologico di entrata. La domanda di contributo integrativo per ore aggiuntive deve essere presentata entro il 30 settembre dell'anno di riferimento e deve essere corredata da un report delle ore erogate e delle entrate fino alla fine del mese precedente a quello di presentazione. Eventuali domande correttive di contributo vengono accettate soltanto fino all'emanazione del decreto di concessione.

5. In caso di domande irregolari o incomplete, il/la responsabile del procedimento assegna agli interessati, a pena di decadenza, un termine congruo dal ricevimento della richiesta

eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.

6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.

2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.

2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, in geltender Fassung, muss enthalten:

per regolarizzare o integrare la domanda.

6. I termini per la conclusione del procedimento amministrativo decorrono dal termine di presentazione delle domande indicato al comma 1 o al comma 4. Per le domande di contributo di cui al comma 1 presentate dopo il 15 dicembre, il termine per la conclusione del procedimento amministrativo decorre dalla data di presentazione della domanda. Tali termini sono sospesi per l'acquisizione di informazioni o documenti mancanti.

Art. 12

Anticipi

1. Su richiesta dell'ente gestore può essere concesso un anticipo del 70 per cento del contributo concesso nell'anno precedente. Qualora il contributo richiesto per l'anno di riferimento sia inferiore al contributo concesso nell'anno precedente, l'anticipo del 70 per cento viene calcolato sul contributo richiesto.

2. In caso di enti richiedenti che presentino domanda di contributo per la prima volta o che non abbiano presentato la domanda di anticipo di cui al comma 1, contestualmente al contributo può essere concesso, su richiesta, un anticipo del 50 per cento del contributo concesso per l'anno di riferimento.

Art. 13

Rendicontazione e liquidazione

1. La rendicontazione e la domanda di liquidazione devono essere presentate entro il 31 dicembre dell'anno successivo a quello di concessione, o di imputazione della spesa se diverso, pena la revoca del beneficio.

2. Per gravi e motivate ragioni può essere concessa una proroga fino a un ulteriore anno; trascorso inutilmente tale termine, il contributo è automaticamente revocato. Se il beneficiario ha percepito un anticipo, deve restituirlo maggiorato degli interessi legali.

3. Il rendiconto, consistente in una dichiarazione sostitutiva ai sensi dell'articolo 2, comma 2/ter, della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, e successive modifiche, da redigersi sull'apposito modulo predisposto dall'Agenzia per la famiglia, deve riportare:

a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,

b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30, in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tariffbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

a) le ore di servizio fatturate agli utenti in base al sistema tariffario nell'anno di riferimento;

b) le entrate suddivise tra la quota dovuta in base al decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30, e successive modifiche, e l'eventuale quota ulteriore a carico delle famiglie che hanno usufruito del servizio al di fuori del proprio territorio comunale ai sensi dell'articolo 9, comma 8, dei presenti criteri.

4. Per le microstrutture il Comune deve rendicontare alla Provincia le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario, distinte per singola struttura e Comune di provenienza dei bambini e delle bambine, e dichiarare l'avvenuto pagamento all'ente gestore delle ore di assistenza rendicontate.

5. Per il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia l'ente gestore deve rendicontare alla Provincia le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario, distinte per Comune di competenza. Alla rendicontazione l'ente gestore deve allegare anche il report annuale delle ore erogate inviato ad ogni Comune. Nel corso dell'anno, l'ente gestore informa regolarmente i singoli Comuni in merito alle ore di assistenza erogate e fatturate in base al sistema tariffario agli utenti residenti o aventi stabile dimora nel rispettivo territorio.

6. Non devono essere rendicontati i costi e le entrate relativi alle ore di assistenza non cofinanziate dagli enti pubblici. Queste ore vengono comunque rilevate separatamente a fini amministrativi e statistici.

7. Il contributo spettante viene rideterminato, nei limiti dell'importo del contributo concesso, sulla base delle ore fatturate agli utenti in base al sistema tariffario nell'anno di riferimento e tenuto conto della effettiva compartecipazione tariffaria da parte degli utenti stessi.

8. Qualora in sede di rendicontazione l'ente non documenti una spesa a suo carico pari almeno all'anticipo già percepito, deve restituire l'importo eccedente maggiorato degli interessi legali.

9. I termini per la conclusione del procedimento amministrativo decorrono dalla data di presentazione del rendiconto e della domanda di liquidazione, e vengono sospesi per l'acquisizione delle informazioni o dei documenti necessari a regolarizzare la

rendicontazione.

Art. 14

Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15

Art. 14

Controlli

1. Ai sensi dell'articolo 2, comma 3, della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, e successive modifiche, l'Agenzia per la famiglia effettua controlli a campione su almeno il sei per cento delle dichiarazioni sostitutive relative ai contributi per i quali è stato liquidato il saldo. Può inoltre procedere alla verifica di congruità dei costi orari.

2. L'individuazione delle dichiarazioni sostitutive da sottoporre a controllo avviene mediante sorteggio effettuato da una apposita commissione. Il sorteggio è effettuato secondo il principio di casualità dalla lista dei contributi erogati nell'anno di riferimento. La commissione è nominata dal direttore/dalla direttrice di ripartizione competente ed è composta dal direttore/dalla direttrice di ripartizione competente, dalla direttrice/dal direttore dell'Agenzia per la famiglia e da un funzionario esperto/una funzionaria esperta.

3. Nei controlli viene esaminata la veridicità delle dichiarazioni sostitutive rilasciate in sede di rendicontazione dal/dalla rappresentante legale dell'ente beneficiario del contributo e viene verificata la regolarità della documentazione contabile in originale e la sua conformità in relazione alle ore di assistenza rendicontate. A tal fine gli enti gestori devono consentire all'Agenzia per la famiglia l'accesso alla loro documentazione contabile e provvedere a fornire le necessarie informazioni ai sensi delle norme vigenti in materia.

4. Sono inoltre sottoposti a controllo tutti i casi ritenuti dubbi dall'Agenzia per la famiglia.

5. Gli enti gestori devono mettere a disposizione dei Comuni soggetti a controllo la documentazione originale in loro possesso.

6. I controlli possono essere effettuati anche in collaborazione con funzionari di altre ripartizioni dell'Amministrazione provinciale, mediante sopralluogo presso la sede dell'ente oppure tramite richiesta di invio della documentazione originale di spesa.

Art. 15

Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.

Norme transitorie

1. I presenti criteri sostituiscono quelli approvati con delibera della Giunta provinciale n. 1198 del 20 novembre 2018. La detrazione di cui all'articolo 3, comma 7, viene calcolata ai sensi dei presenti criteri a partire dall'anno di gestione 2018.

2. Per i contratti già in essere riguardanti la gestione di un servizio di microstruttura non stipulati su base oraria, e fino alla scadenza degli stessi, il Comune dovrà comunicare all'Agenzia per la famiglia, ai fini della concessione del contributo, il costo orario deliberato per l'anno cui si riferisce il contributo richiesto. Tale costo orario è determinato dal Comune nel rispetto di quanto stabilito all'articolo 8. Gli importi fatturati ai Comuni da parte degli enti gestori dovranno essere in ogni caso calcolati e rendicontati su base oraria.

Sichtvermerke i. S. d. Art. 13 L.G. 17/93
über die fachliche, verwaltungsgemäße
und buchhalterische Verantwortung

Visti ai sensi dell'art. 13 L.P. 17/93
sulla responsabilità tecnica,
amministrativa e contabile

Die Amtsdirektorin / La Direttrice d'ufficio
Der Ressortdirektor / Il Direttore di dipartimento

SUMMA ISABELLA
CRITELLI LUCA

08/08/2019 15:44:44
13/08/2019 21:15:52

Laufendes Haushaltsjahr

Esercizio corrente

La presente delibera non dà luogo a
impegno di spesa.
Dieser Beschluss beinhaltet keine
Zweckbindung

zweckgebunden

impegnato

als Einnahmen
ermittelt

accertato
in entrata

auf Kapitel

sul capitolo

Vorgang

operazione

Der Direktor des Amtes für Ausgaben

Il direttore dell'Ufficio spese

Der Direktor des Amtes für Einnahmen

Il direttore dell'Ufficio entrate

Diese Abschrift
entspricht dem Original

Per copia
conforme all'originale

Datum / Unterschrift

data / firma

Abschrift ausgestellt für

Copia rilasciata a



Der Landeshauptmannstellvertreter
Il Vice-Presidente della Provincia

SCHULER ARNOLD

20/08/2019

Der Vizegeneralsekretär
Il Vice Segretario Generale

MATHA THOMAS

20/08/2019

Es wird bestätigt, dass diese analoge Ausfertigung, bestehend - ohne diese Seite - aus 20 Seiten, mit dem digitalen Original identisch ist, das die Landesverwaltung nach den geltenden Bestimmungen erstellt, aufbewahrt, und mit digitalen Unterschriften versehen hat, deren Zertifikate auf folgende Personen lauten:

nome e cognome: Arnold Schuler

Si attesta che la presente copia analogica è conforme in tutte le sue parti al documento informatico originale da cui è tratta, costituito da 20 pagine, esclusa la presente. Il documento originale, predisposto e conservato a norma di legge presso l'Amministrazione provinciale, è stato sottoscritto con firme digitali, i cui certificati sono intestati a:

nome e cognome: Thomas Matha'

Die Landesverwaltung hat bei der Entgegennahme des digitalen Dokuments die Gültigkeit der Zertifikate überprüft und sie im Sinne der geltenden Bestimmungen aufbewahrt.

Ausstellungsdatum

30/07/2019

Diese Ausfertigung entspricht dem Original

L'Amministrazione provinciale ha verificato in sede di acquisizione del documento digitale la validità dei certificati qualificati di sottoscrizione e li ha conservati a norma di legge.

Data di emanazione

Per copia conforme all'originale

Datum/Unterschrift

Data/firma

GEMEINDE TSCHERMS

Provinz Bozen

**COMUNE DI CERMES**

Provincia di Bolzano

**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT
DES GEMEINDEAUSSCHUSSES****VERBALE DI DELIBERAZIONE
DELLA GIUNTA COMUNALE****Betreff:**

KITA Tschermes - Festlegung der Tarife für den
Besuch der Kindertagesstätte - Jahr 2018

Oggetto:

KITA Cermes - determinazione delle tariffe per
la frequenza della microstruttura per la prima
infanzia - anno 2018

Sitzung vom - Seduta del
16.04.2018

Uhr - ore
17:00

Nach Erfüllung der in der geltenden
Gemeindesatzung enthaltenen Formvor-
schriften wurden für heute, im üblichen
Sitzungssaal, die Mitglieder des
Gemeindeausschusses einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte
dallo statuto comunale vigente vennero per
oggi convocati, nella solita sala delle adunanze,
i componenti di questa Giunta comunale.

Sono presenti:

Anwesend sind:

			entschuldigt abwesend assente giustificato	unentschuldigt abwesend assente ingiustificato
Roland Pernthaler	Bürgermeister	Sindaco		
Dr. Ladurner Christa Maria	Gemeindereferent	Assessore	X	
Daniel Seifarth	Gemeindereferent	Assessore	X	
Othmar Innerhofer	Gemeindereferent	Assessore		
Astrid Kuprian	Gemeindereferent	Assessore		

Seinen Beistand leistet der Gemeindesekretär,
Herr Dr. Paolo Dalmonego

Assiste il Segretario Comunale, Signor Dr.
Paolo Dalmonego

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit
übernimmt Herr Roland Pernthaler, in seiner
Eigenschaft als Bürgermeister, den Vorsitz.

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti,
il Signor Roland Pernthaler, nella sua qualità di
Sindaco, assume la presidenza.

Beschluss des Gemeindevausschusses Nr. 77 vom 16.04.2018

Betrifft: KITA Tscherms - Festlegung der Tarife für den Besuch der Kindertagesstätte - Jahr 2018

Es wird vorausgeschickt:

- mit eigenem Beschluss Nr. 214 vom 20.11.2017 wurde die Führung der Kindertagesstätte Tscherms an die Sozialgen. Tagesmütter Gen. aus Bozen für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.12.2019 (bis 31.12.2021 verlängerbar) übertragen;

-
Festgestellt, dass die Landesregierung mit Beschluss Nr. 889 vom 09.08.2016 das neue Finanzierungssystem für die Dienste Kindertagesstätte und Tagesmütter/-väterdienst, welche ab 2017 gelten, genehmigt hat;

Festgestellt, dass mit obgenanntem Beschluss der konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Kindern auf maximal Euro 12,00 pro Stunde, zuzüglich MwSt. festgelegt wurde. Der konventionelle Stundensatz muss sämtliche Kosten umfassen, mit Ausnahme von eventuellen zusätzlichen Kosten für die Betreuung von Kindern mit Beeinträchtigungen oder Migrationshintergrund und Investitionen;

festgestellt, dass nun der im Vertrag zur Führung des Dienstes angeführte Stundenkostensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde enthalten muss. Diese Kosten werden der Trägerkörperschaft in Rechnung gestellt.

Darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Tscherms einen geltenden Führungsvertrag hat, weshalb für den Besuch der Kindertagesstätte Tscherms der konventionelle Stundensatz von Euro 11,81 zzgl. 5% MwSt. für das Jahr 2018 angewandt wird.

Vorausgeschickt, dass der Tarif für die Unterbringung jener Kinder, welche die monatliche Stundenanzahl von 160 Stunden überschreiten, den Vollkosten von 11,81 Euro zzgl. 5% MwSt. entsprechen soll.

Festgestellt, dass folgende Tarife zu Lasten der Familien ab dem Jahr 2014 mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1817 vom 02.12.2013 festgelegt und bisher nicht abgeändert wurden:

Delibera della Giunta comunale n. 77 dd. 16.04.2018

Oggetto: KITA Cermes - determinazione delle tariffe per la frequenza della microstruttura per la prima infanzia - anno 2018

Viene premesso che:

- con propria delibera n. 214 del 20/11/2017 è stata affidata la gestione della microstruttura per l'infanzia di Cermes alla Cooperativa sociale Tagesmütter soc. coop. a r.l d per il periodo dal 01/01/2018 al 31/12/2019 (prorogabile 31/12/2021);

constatato che la giunta provinciale con delibera n. 889 del 09/08/2016 ha approvato i nuovi criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia che troveranno applicazione a partire dall'anno 2017;

constatato che con predetta delibera il costo orario convenzionale per microstrutture fino a 10 bambini è stato fissato al massimo di Euro 12,00 per ora, più IVA. Il costo orario convenzionale è onnicomprensivo e pertanto include tutte le spese per la gestione del servizio, fatta eccezione per eventuali costi aggiuntivi per l'assistenza a bambini con disabilità e bambini immigrati ed investimenti;

constatato che il costo orario indicato nel contratto per l'affidamento del servizio deve comprendere anche gli eventuali costi a carico del comune. contratto per l'affidamento del servizio deve comprendere anche gli eventuali costi a carico del comune. Tali costi devono essere fatturati all'ente gestore

Ricordato che il Comune di Cermes ha un contratto di gestione valido, per cui per la microstruttura per l'infanzia di Cermes viene applicata la tariffa oraria di Euro 11,81 oltre al 5% d'IVA anche per l'anno 2018.

Premesso che la tariffa per l'alloggiamento dei bambini che superano le 160 ore al mese deve corrispondere ai costi pieni del servizio pari a 11,81 Euro oltre il 5% d'IVA.

Constatato che le seguenti tariffe orarie a carico delle famiglie sono state approvate con la deliberazione della Giunta Provinciale n. 1817 dd. 02/12/2013 a partire dall'anno 2014 e fino ad oggi invariate:

Stundenmindesttarif / tariffa oraria minima	Stundenhöchsttarif / tariffa oraria massima
Euro 0,90	Euro 3,65

In der Erachtung, vorliegende Maßnahme für unmittelbar vollstreckbar zu erklären, damit die aus gegenständlicher Maßnahme erwachsenden Obliegenheiten termingerecht erfüllt werden können;

Nach Einsichtnahme in den E.T.G.O. sowie in das geltende Statut der Gemeinde Tscherms.

Nach Einsichtnahme in die Gutachten zur Beschlussvorlage, im Sinne des Art. 81 des E.T.G.O., hinsichtlich der

a) administrativen Ordnungsmäßigkeit
Bb8aJ5QJdirA1YrO3UGsAxWc11H5BHTVJkiFK6Y3lm0=

b) buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit
NHEyhsVOuD11Ml0X0Ji0kDhYAOrhW1hqCTJ8gV8y1Fc=

b e s c h l i e ß t
DER GEMEINDEAUSSCHUSS

einstimmig und in gesetzlicher Form

1. ab dem Jahr 2018 den Stundentarif für den Besuch der Kindertagesstätte in Tscherms auf Euro 11,81 zzgl. 5% MwSt., also insgesamt Euro 12,40, je Betreuungsstunde festzulegen;
2. zur Kenntnis zu nehmen, dass die folgenden mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1817 vom 02.12.2013 festgelegten Mindeststunden- und Höchststundentarife zu Lasten der Familien für die Kindertagesstätte Tscherms gelten:

Stundenmindesttarif / tariffa oraria minima	Stundenhöchsttarif / tariffa oraria massima
Euro 0,90	Euro 3,65

3. den Stundentarif der Vollkosten zu Lasten jener Nutzer und Nutzerinnen der Kindertagesstätte Tscherms, welche die monatliche Stundenanzahl von 160 Stunden überschreiten ab dem Jahr 2018 auf Euro 11,81 zzgl. 5% MwSt. festzusetzen;
4. vorliegenden Beschluss, im Sinne des Art. 79, 4. Absatz, des E.T.G.O., genehmigt mit Dekret des Präsidenten der Region Trentino - Südtirol Nr. 3/L vom 01.02.2005, unverzüglich für vollstreckbar zu erklären;

Ritenuto di dichiarare immediatamente esecutiva la presente deliberazione vengano compiuti in tempo utile;

Visto il T.U.O.C. nonché il vigente Statuto del Comune di Cermes.

Visti i pareri sulla proposta di deliberazione, ai sensi dell'art. 81 del T.U.O.C., in ordine

a) alla regolarità tecnico-amministrativa
Bb8aJ5QJdirA1YrO3UGsAxWc11H5BHTVJkiFK6Y3lm0=

b) alla regolarità contabile
NHEyhsVOuD11Ml0X0Ji0kDhYAOrhW1hqCTJ8gV8y1Fc=

LA GIUNTA COMUNALE
d e l i b e r a

ad unanimità di voti espressi in forma di legge

1. di fissare la tariffa oraria per la microstruttura per l'infanzia di Cermes a partire dall'anno 2018 a Euro 11,81 oltre il 5% d'IVA;
2. di prendere atto che le seguenti tariffe orarie minime e massime a carico delle famiglie sono previste dalla deliberazione della Giunta Provinciale n. 1817 dd. 02/12/2013:
3. di confermare che a partire dall'anno 2018 la tariffa dei costi pieni a carico di quelle famiglie utenti della microstruttura per la prima infanzia Cermes che superano le 160 ore al mese è pari a Euro 11,81 oltre il 5% d'IVA;
4. di dichiarare la presente deliberazione immediatamente esecutiva, ai sensi dell'art. 79, 4° comma, del T.U.O.C., approvato con Decreto del Presidente della Regione Trentino Alto Adige 01/02/2005, n. 3/L;

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

DER VORSITZENDE – IL PRESIDENTE

Roland Pernthaler

Letto, confermato e sottoscritto.

DER SEKRETÄR – IL SEGRETARIO

Dr. Paolo Dalmonego

Digital signiertes Dokument – documento firmato tramite firma digitale

Gegen diesen Beschluss kann während des Zeitraumes der Veröffentlichung Einspruch beim Gemeindevausschuss erhoben werden. Innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit können Betroffene Rekurs beim Regionalen Verwaltungsgericht – Autonome Sektion Bozen – einbringen. Im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe beträgt die Rekursfrist 30 Tage (Art. 120 gesetzesvertretendes Dekret Nr. 104/2010).

Contro la presente deliberazione ogni cittadino può presentare opposizione alla Giunta Comunale entro il periodo di pubblicazione della stessa. Entro 60 giorni dalla data di esecutività di questa deliberazione ogni interessato può presentare ricorso al Tribunale di giustizia amministrativa – Sezione Autonoma di Bolzano. Nel settore affidamenti pubblici il termine di ricorso è di 30 giorni (art. 120 Decreto legislativo 104/2010).

**Beschlussniederschrift
des Gemeindeausschusses****Nr.
36/2016****Verbale di deliberazione
della giunta comunale****Abschrift - Copia**

Datum/Data

01.02.2016

Uhr/Ore

16:00**Gegenstand:****Kindertagesstätte Klausen: Festlegung der Tarife zu Lasten der Familien für das Jahr 2016.****Oggetto:****Microstruttura per l'infanzia di Chiusa: Determinazione delle tariffe a carico delle famiglie per l'anno 2016.**

Nach Erfüllung der im geltenden Einheitstext der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden der Autonomen Region Trentino - Südtirol enthaltenen Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen. Anwesend sind:

Previo esaurimento delle formalità prescritte dal vigente Testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni della Regione autonoma Trentino - Alto Adige vennero per oggi convocati, nella solita sala delle riunioni, i componenti di questa giunta comunale. Sono presenti:

			entschuldigt abwesend assente giustificato	unentschuldigt abwesend assente ingiustificato
GASSER FINK Maria-Anna	Bürgermeisterin	Sindaca		
DEPORTA Stefan	Gemeindereferent	Assessore		
VERGINER Helmut	Gemeindereferent	Assessore		
PFATTNER Josef	Gemeindereferent	Assessore		
VIKOLER Daniela	Gemeindereferentin	Assessora		
KERSCHBAUMER Josef	Gemeindereferent	Assessore		

Ihren Beistand leistet die Generalsekretärin, Frau

Assiste la Segretaria generale, Signora

WIEDENHOFER Dr. Maria TeresaNach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt
FrauConstatato che il numero degli intervenuti è sufficiente
per la legalità dell'adunanza, la sig.raGASSER FINK Maria-Annain ihrer Eigenschaft als Bürgermeisterin den Vorsitz
und erklärt die Sitzung für eröffnet.nella sua qualità di Sindaca ne assume la presidenza
e dichiara aperta la seduta.

Vorausgeschickt, dass in der Gemeinde Klausen im Zuge des Neubaus des Kindergartens Klausen auch eine Kindertagesstätte mit einer Aufnahmekapazität von 15 Plätzen errichtet wurde;

Dass mit Ausschussbeschluss Nr. 204 vom 07.05.2012 der Dienst zur Führung der Kindertagesstätte in Klausen aufgrund und im Sinne des Ergebnisses des halbamtlichen Wettbewerbes mit Beginn ab dem 01.07.2012 für die Dauer von 3 Jahren an die Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen. aus Bozen vergeben wurde;

Dass mit Ausschussbeschluss Nr. 211 vom 08.06.2015, vollstreckbar geworden im Sinne des Gesetzes, beschlossen worden ist, die Vereinbarung für die Führung der Kindertagesstätte durch die Sozialgenossenschaft Tagesmütter, mit Sitz in Bozen, Kornplatz 4, für den Zeitraum vom 01.07.2015 bis zum 31.12.2016 zu verlängern, und zwar zu den bestehenden Bedingungen laut Vereinbarung Rep. Nr. 1363 vom 18.06.2012;

Dass aufgrund der Durchführungsverordnung im Bereich Kleinkinderbetreuung die Gemeinde den Mindest- und den Höchststundentarif zu Lasten der Familien, die den Dienst in Anspruch nehmen, festsetzen muss;

Dass es notwendig ist, die Tarife zu Lasten der Familien für das Jahr 2016 festzulegen;

Nach Einsichtnahme in das L.G. vom 17.05.2013, Nr. 8 betreffend die Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol;

Nach Einsicht in den Ansatz des Haushaltes;

Nach Einsicht in das positive Gutachten im Sinne des Artikels 81 des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden der Autonomen Region Trentino - Südtirol, welches wesentlichen und ergänzenden Bestandteil vorliegender Maßnahme bildet;

Nach Einsicht in die geltende Gemeindeordnung;

Nach Einsicht in die geltende Gemeindegatsung;

B E S C H L I E S S T
DER GEMEINDEAUSSCHUSS
einstimmig

- 1) Die Tarife zu Lasten der Familien, welche den Dienst der Kindertagesstätte in Klausen in Anspruch nehmen, für das Jahr 2016 wie folgt festzulegen:

Mindeststundentarif	0,90 €
Höchststundentarif	3,65 €
Höchststundenanzahl pro Monat: 160 – ab der 160. Stunde wird der volle Stundentarif berechnet	8,69 €/St.

Premesso che nel Comune di Chiusa nel corso della costruzione della scuola materna di Chiusa è stata realizzata anche una microstruttura per la prima infanzia con una capacità ricettiva per l'accoglienza di 15 bambini;

Che con deliberazione della Giunta comunale n. 204 dd. 07.05.2012 il servizio per la gestione della microstruttura per la prima infanzia di Chiusa è stato affidato in base e ai sensi del risultato della gara informale a partire dal 01.07.2012 per la durata di 3 anni alla Cooperativa sociale Tagesmütter Soc.Coop. di Bolzano;

Che con deliberazione della Giunta comunale n. 211 dd. 08.06.2015, divenuta esecutiva ai sensi di legge, è stato deliberato di prorogare per il periodo dal 01.07.2015 al 31.12.2016 la convenzione per la gestione del servizio di microstruttura tramite la Cooperativa Sociale Tagesmütter, con sede a Bolzano, Piazza del Grano 4, e cioè alle condizioni in essere di cui alla convenzione rep. n. 1363 del 18.06.2012;

Che ai sensi del regolamento di esecuzione nell'ambito dell'assistenza alla prima infanzia il Comune dovrà determinare la tariffa oraria minima e massima a carico delle famiglie utenti;

Che esiste la necessità di fissare le tariffe a carico delle famiglie per l'anno 2016;

Vista la L.P. del 17.05.2013, n. 8 riguardante lo sviluppo e il sostegno della famiglia in Alto Adige,

Vista la previsione nel bilancio;

Visto il parere favorevole ai sensi dell'articolo 81 del Testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni della Regione autonoma Trentino - Alto Adige, che forma parte essenziale ed integrante del presente provvedimento;

Visto il vigente ordinamento dei comuni;

Visto il vigente statuto del comune;

ad unanimità di voti
LA GIUNTA COMUNALE
D E L I B E R A

- 1) Di fissare le tariffe a carico delle famiglie utenti della microstruttura per la prima infanzia di Chiusa per l'anno 2016 come segue:

Tariffa oraria minima	0,90 €
Tariffa oraria massima	3,65 €
Quota oraria mensile massima: 160 – a partire dalla 160° ora verrà calcolata la tariffa piena	8,69 €/ora

- 2) Festzuhalten, dass der vorliegende Beschluss weder Ausgaben noch Einnahmen mit sich bringt.
- 3) Festzuhalten, dass gemäß Artikel 79 Absatz 3 des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden der Autonomen Region Trentino - Südtirol vorliegender Beschluss zehn Tage nach dem Beginn der Veröffentlichung vollstreckbar wird.
- 4) Festzuhalten, dass jeder Bürger gegen den vorliegenden Beschluss während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung gemäß Art. 79, Abs. 5 des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung, genehmigt mit D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L, Einspruch beim Gemeindevorstand erheben und innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieser Maßnahme beim Regionalen Verwaltungsgericht für Trentino-Südtirol, Autonome Sektion Bozen, Rekurs einreichen kann. Betrifft der Beschluss die Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist die Rekursfrist, gemäß Art. 120, Abs. 5, GvD 104 vom 02.07.2010, auf 30 Tagen ab Kenntnisnahme reduziert.
- 2) Di dare atto che la presente deliberazione non comporta ne spese ne entrate.
- 3) Di dare atto che ai sensi dell'articolo 79 comma 3 del Testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni della Regione autonoma Trentino - Alto Adige la presente delibera diviene esecutiva il decimo giorno dall'inizio della sua pubblicazione.
- 4) Di dare atto che ogni cittadino, ai sensi dell'art. 79, comma 5, del Testo unico delle Leggi Regionali sull'Ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.Reg. del 01.02.2005, n. 3/L, può presentare opposizione contro la presente deliberazione alla Giunta comunale entro il periodo della sua pubblicazione, e presentare ricorso al Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa per la Regione Trentino-Alto Adige, Sezione autonoma di Bolzano, entro 60 giorni dall'esecutività della stessa. Se la deliberazione interessa l'affidamento di lavori pubblici il termine di ricorso, ai sensi dell'art. 120, c. 5, D.Lgs 104 del 02.07.2010, è ridotto a 30 giorni dalla conoscenza dell'atto.

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Letto, confermato e sottoscritto.

Die Vorsitzende/La Presidente
f.to-gez. GASSER FINK Maria-Anna

Die Generalsekretärin / La Segretaria generale
f.to-gez. WIEDENHOFER Dr. Maria Teresa

Ich Unterfertigte bestätige, dass im Sinne des Artikels 79 Absatz 1 des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden der Autonomen Region Trentino - Südtirol eine Abschrift des gegenständlichen Beschlusses am

lo sottoscritta certifico, che ai sensi dell'articolo 79 comma 1 del Testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni della Regione autonoma Trentino - Alto Adige una copia della presente delibera viene pubblicata il giorno

04.02.2016

auf der digitalen Amtstafel der Gemeinde veröffentlicht wird, wo sie für 10 aufeinander folgende Tage verbleibt.

all'albo pretorio digitale del comune dove rimarrà esposta per 10 giorni consecutivi.

Die Generalsekretärin / La Segretaria generale
f.to-gez. WIEDENHOFER Dr. Maria Teresa

Für die Übereinstimmung der Abschrift mit der Urschrift, auf stempelfreiem Papier für Verwaltungszwecke ausgestellt.

Per la copia conforme all'originale, rilasciata in carta libera per uso amministrativo.

Die Generalsekretärin - La Segretaria generale
WIEDENHOFER Dr. Maria Teresa

Vorliegender Beschluss, veröffentlicht für die vorgeschriebene Dauer ohne Einwände, ist am

La presente delibera, pubblicata senza opposizione per il periodo prescritto, è divenuta esecutiva il giorno

15.02.2016

☒ im Sinne des Artikels 79 Absatz 3 des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden der Autonomen Region Trentino - Südtirol

☒ ai sensi dell'articolo 79 comma 3 del Testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni della Regione autonoma Trentino - Alto Adige

☐ im Sinne des Artikels 79 Absatz 4 des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden der Autonomen Region Trentino - Südtirol

☐ ai sensi dell'articolo 79 comma 4 del Testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni della Regione autonoma Trentino - Alto Adige

vollstreckbar geworden.

Die Generalsekretärin / La Segretaria generale
f.to-gez. WIEDENHOFER Dr. Maria Teresa

GEMEINDE KURTATSCH

an der Weinstraße
Autonome Provinz Bozen-Südtirol



COMUNE DI CORTACCIA

sulla Strada del Vino
Provincia Autonoma di Bolzano

**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT
DES GEMEINDEAUSSCHUSSES**

**VERBALE DI DELIBERA
DELLA GIUNTA COMUNALE**

SITZUNG VOM/SEDUTA DEL: 16.04.2020 UHR/ORE: 17:00

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung enthaltenen Formvorschriften wurden für heute, im nicht üblichen Sitzungssaal sondern gemäß Art. 73 des Dekretes „Cura Italia“ per Videokonferenz nach vorheriger Feststellung der jeweiligen persönlichen Identitäten, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge Regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, non nella solita sala delle riunioni ma secondo l'art. 73 del decreto "Cura Italia" in videoconferenza previa verifica delle rispettive identità personali, i componenti di questa Giunta comunale.

Vor- und Nachname Nome e Cognome	Anwesend presente	Entschuldigt abwesend assente giustificato	Unentschuldigt abwesend assente ingiustificato	Fernzugang Videoconf.
Dr. Martin FISCHER	X			
Kurt TERZER	X			
Maria GAMPER MAYR	X			
Helga RUATTI MAIR	X			
Ernst FISCHER	X			

Beistand leistet die Gemeindesekretärin, Frau

Assiste la Segretaria comunale, Signora

Dr. Anita Niederstätter

welche gemäß Art. 73 des Dekretes "Cura Italia" per Videokonferenz zugeschaltet ist.

La quale secondo l'art. 73 del decreto "Cura Italia" é collegata tramite videoconferenza.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt Herr

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti, il Signor

Dr. Martin FISCHER

in der Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet.

nella qualità di Sindaco ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta.

G E G E N S T A N D

O G G E T T O

d3 Akt 1200: Verlängerung der Führung der Kindertagesstätte Kurtatsch für den Zeitraum 01.07.2020 bis 31.12.2020 CIG: 7034986E16

atto d3 1200: Prolungamento della gestione della microstruttura di Cortaccia per il periodo 01.07.2020 fino al 31.12.2020 CIG: 7034986E16

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

- Mit Beschluss des Gemeinderates Nr. 2/R vom 26.01.2016 wurde beschlossen eine Kindertagesstätte im Ansitz Freienfeld, in den Räumen der gemeindeeigenen Wohnung, gelegen im Erdgeschoss mit insgesamt 109,05 m² in Betrieb zu nehmen.
- Festgestellt, dass mit eigenem Beschluss Nr. 208/A vom 26.08.2016 die Sozialgenossenschaft Tagesmütter mit der vorläufigen Führung einer Kindertagesstätte als integrierenden Kinderbetreuungsdienst der Gemeinde Kurtatsch adW. vom 01.09.2016 bis zum 31.12.2016, verlängerbar bis zum 30.06.2017 (sollte das Ausschreibungsverfahren noch nicht abgeschlossen sein) beauftragt wurde;
- Die Ausschreibung für die Vergabe der Führung der Kindertagesstätte von Kurtatsch wurde am 26.04.2017 veröffentlicht und die Öffnung der Angebote fand am 15.05.2017, am 22.05.2017 und am 29.05.2017 statt;
- Mit Beschluss Nr. 159/A vom 30.05.2017 wurden die Niederschriften der Wettbewerbsbehörde vom 15.05.2017 und vom 29.05.2017 genehmigt und jene der technischen Kommission vom 22.05.2017 für die Vergabe der Führung der Kindertagesstätte der Gemeinde Kurtatsch im Zeitraum 01.07.2017 – 30.06.2020 genehmigt und der Sozialgenossenschaft Tagesmütter der Auftrag für die Führung der Kindertagesstätte der Gemeinde Kurtatsch für den Zeitraum 01.07.2017 – 30.06.2020 erteilt;
- Nach Einsichtnahme in den Vertrag Rep. Nr. 534/2017 vom 18.07.2017;
- Festgestellt, dass der gegenständliche Dienst gut angenommen wird und bereits einige Konventionen mit anderen Gemeinden bestehen;
- Festgestellt weiters, dass die Führung der Kindertagesstätte in der Gemeinde Kurtatsch mit 30.06.2020 ausläuft der ursprüngliche Vergabebetrag von € 440.250,00.- noch nicht erreicht ist, da die Kindertagesstätte aufgrund der Corona-Krise die Tätigkeit einstellen musste und derzeit nicht absehbar ist, wann die Kindertagesstätte wieder geöffnet werden kann;
- Nach Einsichtnahme in den Beschluss des Ministerrates vom 31.01.2020 mit welchem auf dem ganzen Staatsgebiet für sechs Monate ein epidemiologischer Notstand in Bezug auf das Gesundheitsrisiko durch das Virus COVID-19 erklärt wurde;

LA GIUNTA COMUNALE

- Con delibera del consiglio comunale n. 2/A del 26.01.2016 è stato deliberato di attivare una microstruttura per la prima infanzia nella tenuta Freienfeld nei vani siti nel pianterreno di complessivi 109,05 mq nell'appartamento comunale.;
- Constatato che con propria delibera n. 208/A del 26.08.2016 è stata incaricata la cooperativa sociale Tagesmütter con la gestione provvisoria di una microstruttura come servizio integrativo per la prima infanzia del comune Cortaccia ssdv dal 01.09.2016 fino al 31.12.2016, rinnovabile fino al 30.06.2017 (nel caso non fosse concluso il procedimento di appalto);
- La gara per l'appalto del servizio di gestione della microstruttura del Comune di Cortaccia è stata pubblicata in data 26.04.2017 e l'apertura delle offerte è avvenuta in data 15.05.2017, in data 22.05.2017 e 29.05.2017
- Con delibera n. 159/A del 30.05.2017 sono stati approvati i verbali dell'autorità di gara del 15.05.2017 e del 29.05.2017 e il verbale della commissione tecnica del 22.05.2017 per l'appalto del servizio di gestione della microstruttura del comune di Cortaccia per il periodo 01.07.2017 – 30.06.2020 ed è stato affidato alla Cooperativa Sociale Tagesmütter la gestione della microstruttura del comune di Cortaccia per il periodo 01.07.2017 – 30.06.2020;
- Visto il contratto n. 534/2017 del 18.07.2017;
- Accertato che il presente servizio è ben accettato e che sussistono già alcune convenzioni con altri comuni;
- Constatato inoltre, che la gestione della microstruttura del Comune di Cortaccia scadrà il 30.06.2020 e accertato che l'importo originario dell'aggiudicazione di € € 440.250,00.- non è stato ancora raggiunto perché la microstruttura doveva fermare il lavoro a causa della crisi per il COVID-19;
- Vista la deliberazione del Consiglio dei Ministri del 31 gennaio 2020 con la quale è stato dichiarato per sei mesi lo stato di emergenza epidemiologica sull'intero territorio nazionale relativo al rischio sanitario da virus COVID-19

- Nach Einsichtnahme in das DPCM vom 4.03.2020 mit welchem die Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten u.ä. ab 5.03.2020 geschlossen wurden;
- Nach Einsichtnahme in die darauffolgenden DPCM, welche derzeit eine Schließung der Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten bis zum 3. Mai 2020 vorsehen, vorbehaltlich Verlängerung;
- Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, vorerst keine Ausschreibung für die Vergabe der Führung der Kindertagesstätte vorzunehmen, sondern den Vertrag mit der beauftragten Sozialgenossenschaft zu verlängern damit die aufgrund höherer Gewalt nicht geöffneten Tage nachgeholt werden können;
- Nach ausführlicher Diskussion;
- Nach Einsichtnahme in den BLR Nr. 236 vom 07.04.2020 betreffend die Ajournierung der Richtlinie betreffend öffentliche Auftragsvergaben während der Covid19-Notstandslage
- Nach Dafürhalten aufgrund der genannten Gründe die Führung der gemeindeeigenen Kindertagesstätte für den Zeitraum vom 01.07.2020 bis zum 31.12.2020 zu verlängern;
- Es wird Einsicht genommen in folgende Rechtsgrundlagen:
 - Einheitliche Strategiedokument (ESD) für die Haushaltsjahre 2020-2022
 - Haushaltsvoranschlag 2020-2022
 - Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2
 - Gemeindegesetz
- Es wird Einsicht in die im Sinne von Art. 185 und Art. 187 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018 Nr. 2 abgegebenen Gutachten:
 - fachliches Gutachten R9tQzhCDOOnUpkwtzhH+cXCFJhfBCyyaqySQ6VTcSEVk=
 - buchhalterisches Gutachten
- Visto il DPCM del 4.03.2020 con il quale sono state chiuse le scuole di ogni ordine e grado e tutte le attività didattiche comprese le microstrutture;
- Visti i DPCM successivi che attualmente prevedono una chiusura delle scuole di ogni ordine e grado e delle microstrutture fino al 3 maggio, previo prolungamento;
- Per questo motivi di ritiene opportuno non procedere ad una gara per l'appalto del servizio di gestione della microstruttura, ma di prolungare il contratto con la Cooperativa sociale incaricata che doveva chiudere per motivi di forza maggiore;
- Dopo un'esauriente discussione;
- Vista la DGP n. 236 del 07.04.2020 riguardante l'aggiornamento delle linee guida per gli appalti pubblici durante l'emergenza Covid19;
- Ritenuto opportuno per i motivi citati prolungare la gestione della microstruttura di Cortaccia per il periodo dal 01.07.2020 fino al 31.12.2020;
- Si prende atto delle seguenti basi giuridiche:
 - Documento unico di programmazione (DUP) per gli esercizi finanziari 2020-2022
 - bilancio di previsione 2020-2022
 - codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino – Alto Adige, approvato con Legge Regionale del 3 maggio 2018, n. 2
 - Statuto Comunale
- Visti i pareri ai sensi degli art. 185 e 187 del codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino Alto Adige, approvato con Legge Regionale del 3 maggio 2018 n. 2:
 - parere tecnico: R9tQzhCDOOnUpkwtzhH+cXCFJhfBCyyaqySQ6VTcSEVk=
 - parere contabile:

b e s c h l i e ß t

in gesetzlich zum Ausdruck gebrachter Stimmeneinhelligkeit

1. aus den in den Prämissen genannten Gründen, die Führung der gemeindeeigenen Kindertagesstätte mit der Sozialgenossenschaft Tagesmütter für den Zeitraum vom 01.07.2020 bis zum 31.12.2020 zu verlängern.

2. Festzuhalten, dass aus dieser Maßnahme keine Ausgaben entstehen.

d e l i b e r a

ad unanimità di voti espressi in forma legale

1. di prolungare per i motivi citati nelle premesse la gestione della microstruttura comunale con la cooperativa Tagesmütter dal 01.07.2020 fino al 31.12.2020.

2. di accertare, che da questo provvedimento non derivano spese.

Jeder Bürger kann gemäß Art. 183, Absatz 5 des geltenden neuen „Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol“, genehmigt mit Regionalgesetz vom 03 Mai 2018, Nr. 2 gegen vorliegenden Beschluss, innerhalb des Zeitraumes seiner Veröffentlichung von 10 Tagen beim Gemeindevorstand Einspruch erheben. Innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses Beschlusses kann bei der Autonomen Sektion Bozen des Regionalen Verwaltungsgerichtshofes für Trentino-Südtirol Rekurs eingebracht werden.

=====

Ogni cittadino può ai sensi dell'art. 183, comma 5 del nuovo "Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige" approvato con Legge Regionale del 3 maggio 2018, n. 2, entro il periodo di pubblicazione di 10 giorni, presentare alla Giunta Comunale opposizione avverso questa deliberazione. Entro 60 giorni dall'esecutività della delibera può essere presentato ricorso alla Sezione Autonoma di Bolzano del Tribunale di Giustizia Amministrativa Trentino-Alto Adige.

=====

Gelesen, genehmigt und gefertigt – Letto, confermato e sottoscritto

Der Vorsitzende
Il Presidente
Dr. Martin FISCHER

Die Gemeindesekretärin
La segretaria comunale
Dr. Anita Niederstätter

digital signiertes Dokument

Die digitalen Unterschriften wurden im Sinne des Art. 24 des GvD vom 07.03.2005 Nr. 82 i.g.F. (CAD) auf dem Original dieses Aktes angebracht. Das Original dieses Beschlusses wird in den digitalen Archiven der Gemeinde Kurtatsch im Sinne des Art. 22 des GvD 82/2005 aufbewahrt.

documento firmato digitalmente

Le forme in formato digitale, sono state apposte sull'originale del presente atto ai sensi dell'art. 24 D.Lgs. 07.03.2005 n. 82 e s.m.i. (CAD). La presente deliberazione è conservata in originale negli archivi informatici del Comune di Cortaccia ai sensi dell'art. 22 del D.Lgs. 82/2005.

Beschluss vom 30. Juli 2019, Nr. 666

Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter- /Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018

ANLAGE A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1 Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.
2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2 Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3 Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, zur Verfügung.
2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.
3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.
4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.
5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

- a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,
- b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,
- c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,
- d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;
- e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:
 - 1) Vollzeit,
 - 2) Teilzeit über 50 Prozent,
 - 3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

- a) alleinerziehendes Elternteil,
- b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,
- c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,
- d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,
- e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,
- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.
2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.
3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.
2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.
3. Hat die Familie im Sinne des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.
4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:
 - a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,
 - b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,
 - c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,
 - d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.
2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.
3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.
4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.
5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.
6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.
7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.
2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.
3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.
4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.
2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tarifbeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), berücksichtigt werden.
3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.
4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.
5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss, eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.
6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12 Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.
2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13 Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.
2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.
3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, muss enthalten:
 - a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,
 - b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß [Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer

Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tarifbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 14 Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15 Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis

Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.

Beschluss vom 30. Juli 2019, Nr. 666

Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter- /Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018

ANLAGE A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1 Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.
2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2 Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3 Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, zur Verfügung.
2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.
3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.
4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.
5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

- a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,
- b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,
- c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,
- d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;
- e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:
 - 1) Vollzeit,
 - 2) Teilzeit über 50 Prozent,
 - 3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

- a) alleinerziehendes Elternteil,
- b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,
- c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,
- d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,
- e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,
- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.
2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.
3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.
2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.
3. Hat die Familie im Sinne des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.
4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:
 - a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,
 - b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,
 - c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,
 - d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.
2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.
3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.
4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.
5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.
6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.
7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.
2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.
3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.
4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.
2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tarifbeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), berücksichtigt werden.
3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.
4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.
5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss, eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.
6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.
2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.
2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.
3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, muss enthalten:
 - a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,
 - b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß [Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer

Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tarifbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 14 Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15 Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis

Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.

GEMEINDE TOBLACH
AUTONOME PROVINZ BOZEN



COMUNE DI DOBBIACO
PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

**Beschlussniederschrift des
Gemeindeausschusses**

SITZUNG VOM - SEDUTA DEL
16.12.2013

**Verbale di deliberazione della
Giunta comunale**

UHR – ORE
14.00

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung enthaltenen Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge Regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti di questa Giunta comunale.

Vor- und Zuname <i>Nome e cognome</i>	Eigenschaft	Qualifica	Abwes. entsch <i>Assente giust.</i>	Abwes. unentsch <i>Assente ingiust.</i>
Bocher Dr. Guido	Bürgermeister	Sindaco		
Mair Bernhard	Vize-Bürgermeister	Vicesindaco		
Kamenschek Wolfgang	Gemeindereferent	Assessore		
Rienzner Martin	Gemeindereferent	Assessore		
Schubert Watschinger Irene	Gemeindereferent	Assessore		
Tschurtschenthaler Anton	Gemeindereferent	Assessore		

Seinen Beistand leistet der Gemeindegsekretär

Assiste il Segretario comunale

Taschler Dr. Wilfried

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt Herr

Constatato che il numero degli intervenuti è sufficiente per la legalità dell'adunanza, il Signor

Bocher Dr. Guido

in seiner Eigenschaft als **Bürgermeister** den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet. Der Ausschuss behandelt folgenden

nella sua qualità di **Sindaco** ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta. La Giunta passa alla trattazione del seguente

G E G E N S T A N D

O G G E T T O

Kleinkindertagesstätte Toblach: Anpassung der Tarife zu Lasten der Familien an die auf Landesebene geltenden einheitlichen Tarife

Microstruttura per l'infanzia di Dobbiaco: Adeguamento delle tariffe a carico delle famiglie alle tariffe unitarie del territorio provinciale

Vorherige zustimmende Gutachten im Sinne des Art. 81 des D.P.Reg. vom 01.02.2005 Nr. 3/L, zur vorliegenden Beschlussvorlage
Der Verantwortliche der zuständigen Organisationseinheit für die administrative Ordnungsmäßigkeit:

Pareri preventivi favorevoli ai sensi dell'art. 81 del D.P.Reg. 01/02/2005, n° 3/L sulla presente proposta di deliberazione
Il responsabile della struttura competente in ordine alla regolarità tecnico-amministrativa:

DER GEMEINDESEKRETÄR - IL SEGRETARIO COMUNALE
Taschler Dr. Wilfried

Der Verantwortliche des Rechnungsamtes für die buchhalterische Ordnungsmäßigkeit:
Es wird die finanzielle Deckung der Ausgabenverpflichtung bestätigt gemäß Art. 19 – D.P.Reg. 28.05.1999 Nr. 4/L (abgeändert durch D.P.Reg. 01.02.2005, Nr. 4/L)

Il responsabile di ragioneria in ordine alla regolarità contabile:

Viene attestata la copertura finanziaria dell'impegno di spesa ai sensi dell'art. 19 – D.P.Reg. 28/05/1999, n° 4/L (modificato con D.P.Reg. 01/02/2005, n° 4/L)

Nicht erforderlich

☒

Non necessario

Ausgabenkonto/
intervento

Verpfl./impegno

Wisthaler Wilhelm

- Stundenmindesttarif € 1,70
- Stundenhöchsttarif € 5,00
- Höchststundenanzahl pro Monat: 160 – ab der 160. Stunde wird der volle Stundentarif berechnet
- Reduzierung des Stundentarifs um 20% ab der 5. Stunde pro Tag

Vorausgeschickt, dass das Landesgesetz vom 17.05.2013, Nr. 8 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“, die Harmonisierung der Tarife der Kleinkinderbetreuung vorsieht;

Dass, mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1817 vom 02.12.2013 Änderungen der Durchführungsverordnungen im Bereich Kleinkinderbetreuung genehmigt wurden. Aufgrund dieser Änderungen gelten ab 01.01.2014 auf Landesebene folgende einheitlichen Tarife zu Lasten der Familien für die Nutzung der Kleinkindertagesstätten:

Höchststundentarif: 3,65 €

Mindeststundentarif: 0,90 €

Dass die Tarife jährlich im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden und der Landesregierung im Rahmen des Beschlusses der Tagesätze und Tarife der Sozialdienste festgelegt werden;

Darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, die einheitlichen Tarife auch für die Kindertagesstätte der Gemeinde Toblach anzuwenden;

Nach ausführlicher Diskussion:

Nach Einsichtnahme in die vorliegende Beschlussvorlage, vorgelegt von Bürgermeister, Herrn Dr. Guido Bocher;

Nach Einsichtnahme in das zur Beschlussvorlage erforderliche Gutachten über die administrative Ordnungsmäßigkeit vom Verantwortlichen der für die Bearbeitung zuständigen Organisationseinheit bzw. vom Gemeindesekretär und das Gutachten über die buchhalterische Ordnungsmäßigkeit des Verantwortlichen des Rechnungsamtes, abgegeben im Sinne des Art. 81 des D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L genehmigten E.T. der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung;

Nach Einsichtnahme in die R.G. Nr. 1 vom 04.01.1993, Nr. 3 vom 30.11.1994 und Nr. 10 vom 23.10.1998, Nr. 7 vom 22.12.2004 sowie in die

Premesso che con delibera della Giunta comunale n° 91/A del 04/03/2013 le tariffe a carico delle famiglie utenti della microstruttura per l'infanzia a Dobbiaco sono state determinate come segue:

- tariffa oraria minima
- tariffa oraria massima
- quota oraria massima al mese: 160 – a partire dalla 160^a ora verrà calcolata la tariffa piena
- Riduzione del 20% della tariffa oraria a partire dalla 5a ora al giorno

Premesso che la legge provinciale del 17/05/2013 n. 8 “Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige” prevede l'armonizzazione delle tariffe per i servizi per la prima infanzia;

Che con delibera della giunta provinciale n. 1817 del 02/12/2013 sono state approvate le modifiche di regolamenti di esecuzione in materia di assistenza alla prima infanzia. Dall' 01/01/2014 sul territorio provinciale vengono applicate le seguenti tariffe unitarie a carico delle famiglie utenti della microstruttura:

tariffa oraria massima: 3.65 €

tariffa oraria minima: 0,90 €

Che le tariffe vengono stabilite annualmente d'intesa con il consiglio dei comuni dalla giunta provinciale nel quadro della deliberazione di determinazione delle rette e tariffe sociali;

Dato che è necessario applicare le tariffe unitarie anche per la microstruttura d'infanzia del Comune di Dobbiaco:

Esaurita la discussione:

Vista la proposta di delibera agli atti, presentata dal sig. sindaco, dott. Guido Bocher;

Visto il necessario parere in ordine alla regolarità tecnico-amministrativa dal responsabile della struttura competente dell'istruttoria rispettivamente dal segretario comunale ed il parere in ordine alla regolarità contabile dal responsabile di ragioneria, espressi ai sensi dell'art. 81 del T.U. delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni, approvato con DPR 01/02/2005, n. 3/L;

Viste le LL.RR. n° 1 del 04/01/1993, n° 3 del 30/11/1994 e n° 10 del 23/10/1998, n° 7 del 22/12/2004 nonché le norme di attuazione in vigore;

geltenden Durchführungsbestimmungen;

Nach Einsichtnahme in die Gemeindeordnung
(D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L)

B E S C H L I E S S T
DER GEMEINDEAUSSCHUSS
einstimmig und in gesetzlicher Form:

1. Ab 01.01.2014 gelten folgende Tarife zu Lasten der Familien für die Nutzung der Kleinkindertagesstätte von Toblach:

- Mindeststundentarif € 0,90
- Höchststundentarif € 3,65
- Höchststundenanzahl pro Monat: 160 – ab der 160. Stunde wird der volle Stundentarif berechnet

2. Die Tarife werden in der Folge jährlich angepasst.

3. Mit dieser Maßnahme ist keine Ausgabe verbunden.

4. Gleichzeitig mit dem Aushang an der Amtstafel / Internetseite der Gemeinde wird eine Abschrift gegenständlichen Beschlusses den Fraktionssprechern des Gemeinderates übermittelt.

5. Gegenständlicher Beschluss wird gemäß Art. 79, Abs. 4 des D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L mit dem gleichen Abstimmungsergebnis (6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen bei 6 anwesenden und abstimmenden Ausschussmitgliedern) für unverzüglich vollstreckbar erklärt.

Rechtsmittel: Jeder Bürger kann gegen diesen Beschluss während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung Einspruch beim Gemeindeausschuss erheben; dieser wird davon in der ersten folgenden Sitzung unterrichtet. Gegen diesen Beschluss kann außerdem innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit beim regionalen Verwaltungsgericht in Bozen Rekurs eingebracht werden.

Visto l'Ordinamento dei Comuni (DPRReg. 01/02/2005, n. 3/L)

LA GIUNTA COMUNALE
D E L I B E R A
ad unanimità di voti e nella forma di legge:

1. Dal 01/01/2014 vengono applicate le seguenti tariffe a carico delle famiglie utenti della microstruttura d'infanzia di Dobbiaco:

- tariffa oraria minima
- tariffa oraria massima
- quota oraria massima al mese: 160 – a partire dalla 160^a ora verrà calcolata la tariffa piena

2. In seguito le tariffe vengono adeguate annualmente.

3. Il presente provvedimento non comporta alcuna spesa.

4. Di comunicare copia della presente delibera ai capigruppo consiliari contestualmente all'affissione all'albo / sito internet del comune.

5. La presente delibera è stata dichiarata immediatamente esecutiva ai sensi dell'art. 79, comma 4 del DPRReg. 01/02/2005, n° 3/L con lo stesso risultato di voto (favorevoli n. 6 e contrari n. 0 su n. 6 assessori presenti e votanti).

Mezzi d'impugnazione: Ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione, presentare opposizione a questa deliberazione alla Giunta comunale che ne verrà informata nella prima seduta successiva. Contro questa delibera può essere presentato inoltre ricorso al Tribunale di Giustizia Amministrativa di Bolzano entro sessanta giorni dall'esecutività.

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Letto, confermato e sottoscritto

Ein Gemeindereferent - Un Assessore
Mair Bernhard

Der Bürgermeister - Il Sindaco
Bocher Dr. Guido

Der Sekretär - Il Segretario
Taschler Dr. Wilfried

VERÖFFENTLICHUNGSBERICHT
(Art.79 des D.P.Reg. vom 1.2.2005, Nr. 3/L)

Ich unterfertigter Gemeindesekretär bestätige, dass eine Abschrift des gegenständlichen Beschlusses am

17.12.2013

an der Amtstafel und auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht wird, wo sie für 10 aufeinanderfolgende Tage verbleibt.

REFERTO DI PUBBLICAZIONE
(Art. 79 – DPREg 1/2/2005, n. 3/L)

Io sottoscritto Segretario comunale certifico che copia della presente delibera viene pubblicata il giorno

all'albo pretorio e sul sito internet del Comune ove rimarrà esposta per 10 giorni consecutivi.

DER GEMEINDESEKRETÄR - IL SEGRETARIO COMUNALE
Taschler Dr. Wilfried

VOLLSTRECKBARKEITSBESCHEINIGUNG

Es wird bescheinigt, dass gegenständlicher Beschluss in Übereinstimmung mit den Gesetzesnormen an der Amtstafel und auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht wurde und dass derselbe im Sinne des Art. 79, Abs. 4 des D.P.Reg. Nr. 3/L vom 01.02.2005 am

16.12.2013

für sofort vollstreckbar erklärt worden ist.

CERTIFICATO DI ESECUTIVITÀ

Si certifica che la presente deliberazione è stata pubblicata nelle forme di legge all'albo pretorio e sul sito internet del Comune e che la stessa è stata dichiarata immediata esecutiva ai sensi dell'art. 79, quarto comma, del DPREg. 01/02/2005, n. 3/L il giorno

DER GEMEINDESEKRETÄR - IL SEGRETARIO COMUNALE
Taschler Dr. Wilfried

**MARKTGEMEINDE
NEUMARKT**

AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL


**COMUNE DI
EGNA**

PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO - ALTO ADIGE

**Beschlussniederschrift
des Gemeindevausschusses NR.
316**
**Verbale di deliberazione
della Giunta Comunale**

SITZUNG VOM - SEDUTA DEL

UHR - ORE

10.12.2013**16:00**

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung festgesetzten Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindevausschusses einberufen:

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge Regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle riunioni, i componenti di questa Giunta Comunale:

Anwesenheitsübersicht - Quadro delle presenze:			entschuldigt abwesend assente giustificato	unentschuldigt abwesend assente ingiustificato
Horst Pichler	Bürgermeister	Sindaco		
Giorgio Nones	Vize-Bürgermeister	Vicesindaco		
Michele Braito	Gemeindereferent	Assessore		
Andrea Olivetti	Gemeindereferent	Assessore		
Hildegard Ursch Vill	Gemeindereferent	Assessore		
Cristina Wegher Pellegrini	Gemeindereferent	Assessore		
Bruno Zanotti	Gemeindereferent	Assessore		

Den Beistand leistet die Generalsekretärin Frau

Assiste la segretaria generale sig.ra

Lucia Attinà

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt Herr

Constatato che il numero degli intervenuti è sufficiente per la legalità dell'adunanza, il Signor

Horst Pichler

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet.

nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta.

Der Ausschuss behandelt folgenden

La Giunta passa alla trattazione del seguente

G E G E N S T A N D**O G G E T T O**

Genehmigung der Mindeststundentarif und Höchststundentarif zu Lasten der Nutzer des Kindertagesstättendienstes mit Wirkung von 01.01.2014

Approvazione delle tariffe orarie minime e massime a carico degli utenti per il servizio di microstruttura a decorrere dal 01.01.2014

Regierungskommissariat
Commissariato del GovernoLandesregierung
Amministrazione Provinciale

N.Impegno Nr.Verpfl.	N. Atto Akt Nr.	Cap. Kap.	€
-------------------------	--------------------	--------------	---

Sichtvermerk für die erfolgte Ausgabenverpflichtung
Visto per l'assunzione dell'impegno

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

Die Gemeinde Neumarkt hat seit dem Jahr 2002 im eigenen Gemeindegebiet den Kindertagesstättendienst eingerichtet;

In folgende Rechtsvorschriften und Verwaltungsakte Einsicht genommen:

Landesgesetz vom 9. April 1996, Nr. 8, „Maßnahmen zur Kinderbetreuung“, mit welchem der Tagesmütterdienst, der Kindertagesstättendienst und die betrieblichen Tagesstätten für Kleinkinder errichtet worden sind;

DLH vom 30. Dezember 1997, Nr. 40 „Durchführungsverordnung zur Kinderbetreuung“;

DLH vom 7. September 2005, Nr. 43 „Durchführungsverordnung Kindertagesstätten“;

DLH vom 11. August 2000, Nr. 30 „Durchführungsverordnung zu den Maßnahmen der finanziellen Sozialhilfe und zur Zahlung der Tarife der Sozialdienste“ insbesondere Art. 40bis, welcher die Modalitäten der Kostenmitbeteiligung von Seiten der Familien, welche den Tagesmütterdienst nutzen, vorsieht;

Landesgesetz vom 17. Mai 2013, Nr. 8 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“, welche im Abschnitt 4 „Kleinkinderbetreuung“ die Harmonisierung der Tarife der Kleinkinderbetreuungsdienste vorsieht;

Mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1817 vom 2. Dezember 2013 wurde der Landeshauptmann ermächtigt das entsprechende Änderungsdekret der bestehenden Durchführungsverordnungen, d.h. das Dekret des Landeshauptmannes Nr. 43 vom 7. September 2005, betreffend die „Verordnung für die Kindertagesstätten“, zu erlassen;

Artikel 11 des Dekretes des Landeshauptmannes Nr. 43 vom 7. September 2005 hat folgende Fassung erhalten:

LA GIUNTA COMUNALE

Il Comune di Egna ha attivato dal 2002 sul proprio territorio il servizio di microstruttura;

Preso visione delle seguenti norme giuridiche e dei seguenti atti amministrativi:

la legge provinciale 9 aprile 1996, n. 8 „Provvedimenti in materia di assistenza all'infanzia“ istitutiva dei servizi di assistenza domiciliare all'infanzia - Tagesmütter, del servizio di microstruttura per la prima infanzia nonché delle microstrutture servizi aziendali per l'infanzia;

il D.P.G.P. 30 dicembre 1997, n. 40 recante il „Regolamento di esecuzione relativo all'assistenza all'infanzia“;

il D.P.G.P. 7 settembre 2005, n. 43 recante il „Regolamento di esecuzione microstrutture per la prima infanzia“;

il D.P.G.P. 11 agosto 2000, n. 30 recante il „Regolamento relativo agli interventi di assistenza economica sociale ed al pagamento delle tariffe nei servizi sociali“ ed in particolare l'art. 40bis che disciplina le modalità di compartecipazione ai costi del servizio di assistenza all'infanzia Tagesmütter da parte delle famiglie utenti del servizio;

la della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8 „Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige“, che prevede al Capo IV l'armonizzazione delle tariffe per i servizi per la prima infanzia;

Con deliberazione della Giunta Provinciale n. 1817 del 2 dicembre 2013 il Presidente della Provincia è stato autorizzato ad emanare il decreto di modifica degli attuali regolamenti di esecuzione, ovvero il Decreto del Presidente della Provincia 7 settembre 2005, n. 43 avente ad oggetto „Regolamento di esecuzione microstrutture per la prima infanzia“;

L'articolo 11 del Decreto del Presidente della Provincia 7 settembre 2005, n. 43 è stato così sostituito:

„1. Eine Familie, die den Dienst einer akkreditierten Kindertagesstätte in Anspruch nimmt, beteiligt sich an den entsprechenden Kosten in jenem Ausmaß, das sich durch die Anwendung der Kriterien zur Bewertung der wirtschaftlichen Lage laut Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30, in geltender Fassung, ergibt, und zwar auch dann, wenn der Standort der Kindertagesstätte nicht in der Gemeinde liegt, in der sich die betreffende Familie ständig aufhält;

2. Die Gemeinde, in der die jeweilige Familie den ständigen Aufenthalt hat, und das Land übernehmen zu je 50 Prozent die Zahlung des von der betreffenden Familie nicht abgedeckten Teils des Tarifs der Kindertagesstätte und zwar auch dann, wenn der Standort der Kindertagesstätte nicht in der Gemeinde liegt, in der sich die betreffende Familie ständig aufhält. Im letzteren Fall ist die ausdrückliche schriftliche Zustimmung der Gemeinde, in welcher die Familie den ständigen Aufenthalt hat, Voraussetzung. Weiters übernehmen Land und Gemeinde den Restbetrag bis zur Abdeckung der anerkannten vollen Kosten, wobei der Dienst maximal 160 Stunden im Monat in Anspruch genommen werden kann. Die Eingewöhnungszeiten fallen auch im Rahmen der maximal begünstigten 160 Stunden im Monat unter die Tarifbegünstigung;

3. Der Mindeststundentarif zu Lasten der Nutzer des Dienstes beträgt Euro 0,90 und der Höchststundentarif Euro 3,65 für das erste Jahr der Anwendung;

4. In der weiteren Folge wird der Mindest- und Höchststundentarif jährlich im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden von der Landesregierung im Rahmen des Beschlusses der Tagsätze und Tarife der Sozialdienste festgelegt;

5. Nicht berücksichtigt werden die Abwesenheiten aus Urlaubsgründen, sofern im Betreuungsvertrag/Vereinbarung vorgesehen. Sind die Urlaubszeiten hingegen nicht im Betreuungsvertrag/Vereinbarung festgehalten wird ein Abwesenheitszeitraum aus Urlaubsgründen von maximal drei Wochen nicht berücksichtigt, falls von der Familie zuvor mitgeteilt.“

Das oben genannte Dekret wird am 1. Januar 2014 in Kraft treten;

Einsicht genommen in die zustimmenden Pflichtgutachten gemäß Art. 81 des E.T.O.G.;

“1. La famiglia utente del servizio erogato da microstrutture accreditate anche se la struttura ha sede in un Comune diverso da quello in cui l'utente ha stabile dimora, partecipa ai relativi costi nella misura risultante dall'applicazione dei criteri di valutazione della situazione economica di cui al decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30, e successive modifiche;

2. Il Comune in cui ha stabile dimora la famiglia e la Provincia integrano, ciascuno per il 50 per cento, il pagamento della tariffa del servizio di microstruttura per la parte non coperta dalla famiglia utente, anche se la struttura ha sede in un Comune diverso da quello in cui l'utente ha stabile dimora. Nell'ultimo caso presupposto l'assenso specifico rilasciato per iscritto dal Comune in cui la famiglia ha stabile dimora. Inoltre Provincia e Comune integrano il rimanente importo fino alla copertura del costo pieno riconosciuto, per un massimo di 160 ore mensili di utilizzo del servizio da parte dell'utente. L'agevolazione tariffaria spetta anche per le ore di inserimento del bambino, sempre che rientrino nel suddetto limite;

3. La tariffa oraria minima a carico degli utenti dei servizi è pari ad Euro 0,90 e la tariffa oraria massima è pari ad Euro 3,65 per il primo anno di applicazione;

4. Successivamente la tariffa oraria minima e massima viene stabilita annualmente d'intesa con il Consiglio dei Comuni dalla Giunta provinciale nel quadro della deliberazione di determinazione delle rette e tariffe dei servizi sociali;

5. Le assenze per ferie, se previste nel relativo contratto/accordo, non vengono fatturate. Qualora le ferie non siano previste nel contratto/accordo si considera un periodo annuale di assenza per ferie di massimo tre settimane comunicato preventivamente dalla famiglia all'ente erogatore del servizio.“

Il suddetto decreto entrerà in vigore il 1° gennaio 2014;

Visti i pareri obbligatori favorevoli ai sensi dell'art. 81 del T.U.O.C.;

Gestützt auf den Einheitstext der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden, genehmigt mit D.P.Reg. Nr. 3/L vom 01.02.2005;

Gestützt auf die Satzung der Gemeinde;

BESCHLIESST
EINSTIMMIG:

1. zwecks Umsetzung der Landesgesetz vom 17. Mai 2013, Nr. 8, ab dem 1. Januar 2014 den Mindeststundentarif und Höchststundentarif zu Lasten der Nutzer des Kindertagesstättendienstes, wie folgt festzusetzen:

- Mindeststundentarif: 0,90 Euro,
- Höchststundentarif: 3,65 Euro, wobei der Dienst maximal 160 Stunden im Monat in Anspruch genommen werden kann, bei einer eventuell höheren Stundenanzahl ist die Gemeinde zu keiner Tarifbeteiligung mehr verpflichtet.

Gegen diese Maßnahme kann jeder Bürger während des Zeitraumes ihrer Veröffentlichung Einspruch beim Gemeindeausschuss erheben. Innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses Aktes kann jeder Interessierte beim Regionalen Verwaltungsgerechtshof, Autonome Sektion Bozen, Rekurs einreichen.

* * * * *

Visto il Testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni, approvato con D.P.Reg. n. 3/L del 01.02.2005;

Visto lo statuto del Comune;

DELIBERA
UNANIMEMENTE:

1. di fissare a decorrere dal 1 gennaio 2014, in attuazione della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, le tariffe minime e massime orarie per la fruizione del servizio di micro-struttura come segue:

- tariffa minima oraria: Euro 0,90,
- tariffa massima oraria: Euro 3,65 per un massimo di 160 ore mensili di utilizzo del servizio da parte dell'utente, oltre il quale in Comune non è più tenuto ad alcuna integrazione tariffaria.

Avverso il presente provvedimento durante il periodo di pubblicazione ogni cittadino può presentare ricorso in opposizione alla Giunta Municipale. Entro 60 giorni dall'esecutività del presente atto ogni interessato può presentare ricorso al Tribunale di Giustizia Amministrativa Regionale, sezione autonoma di Bolzano.

* * * * *

Der Vorsitzende - Il Presidente

Die Generalsekretärin - La segretaria generale

Horst Pichler

Lucia Attinà

VERÖFFENTLICHUNGSBERICHT

REFERTO DI PUBBLICAZIONE

Es wird bestätigt, dass der gegenständliche Beschluss am

Si certifica che la presente delibera viene pubblicata il giorno

11.12.2013

in der Webseite sowie an der Amtstafel der Gemeinde veröffentlicht wird, wo er für 10 aufeinanderfolgende Tage verbleiben wird.

sul sito internet nonché all'albo pretorio comunale ove rimarrà esposta per 10 giorni consecutivi.

Die Generalsekretärin - La segretaria generale

Lucia Attinà

VOLLSTRECKBARKEITSBESCHEINIGUNG

CERTIFICATO DI ESECUTIVITA'

Vorliegender Beschluss ist am

La presente deliberazione è divenuta esecutiva il

22.12.2013

im Sinne des Art. 79 - 1. Absatz des E.T.O.G. vollstreckbar geworden.

ai sensi dell'art. 79 – 1° comma del T.U.O.C.

Die Generalsekretärin - La segretaria generale

Lucia Attinà

Beschluss vom 30. Juli 2019, Nr. 666

Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter- /Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018

ANLAGE A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1 Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.
2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2 Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3 Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, zur Verfügung.
2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.
3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.
4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.
5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

- a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,
- b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,
- c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,
- d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;
- e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:
 - 1) Vollzeit,
 - 2) Teilzeit über 50 Prozent,
 - 3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

- a) alleinerziehendes Elternteil,
- b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,
- c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,
- d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,
- e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,
- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.
2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.
3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.
2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.
3. Hat die Familie im Sinne des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.
4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:
 - a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,
 - b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,
 - c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,
 - d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.
2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.
3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.
4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.
5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.
6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.
7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.
2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.
3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.
4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.
2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tarifbeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), berücksichtigt werden.
3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.
4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.
5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss, eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.
6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.
2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.
2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.
3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, muss enthalten:
 - a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,
 - b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß [Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer

Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tarifbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 14 Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15 Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis

Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.

GEMEINDE VÖLS AM SCHLERN

Autonome Provinz Bozen - Südtirol



COMUNE DI FIE' ALLO SCILIAR

Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige

BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES GEMEINDEAUSSCHUSSES

VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA GIUNTA COMUNALE

Sitzung vom

Seduta del

Uhr - ore

03.03.202018:30

Nach Erfüllung der im geltenden Kodex der Örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol festgesetzten Formvorschriften wurden für heute die Mitglieder des Gemeindevausschusses im üblichen Sitzungssaal des Rathauses einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dal vigente Codice degli Enti Locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, vennero convocati per oggi nella solita sala di seduta del Municipio i membri della Giunta Comunale.

Anwesend sind:**Sono presenti:**

abwesend/assente

Othmar Stampfer
Maria Kritzinger Nössing
Peter Kompatscher
Isidor Kompatscher
Gregor Kompatscher

Bürgermeister	sindaco
Vizebürgermeisterin	vicesindaco
Gemeindereferent	assessore
Gemeindereferent	assessore
Gemeindereferent	assessore

Nach Feststellung der Gültigkeit der Sitzung und der Beschlussfähigkeit, übernimmt der **Bürgermeister**

Constatata la legalità dell'adunanza e la capacità deliberativa, il **sindaco**

Othmar Stampfer

den Vorsitz und eröffnet die Sitzung, an welcher
der Gemeindevsekretär, Herr

assume la presidenza ed apre la seduta, alla quale
partecipa e assiste **il segretario comunale, signor**

Heinold Rottensteiner

teilnimmt und seinen Beistand leistet.

Der Gemeindevausschuss behandelt folgenden

La Giunta Comunale passa alla trattazione del
seguente

Gegenstand:**Oggetto:**

Festsetzung der Tarife 2020 zu Lasten der Familien, welche den Dienst der Kindertagesstätte in Völs am Schlern in Anspruch nehmen

Determinazione delle tariffe 2020 a carico delle famiglie utenti della microstruttura per la prima infanzia a Fiè allo Sciliar

Dieser Beschluss ist vollstreckbar am:
Dieser Beschluss ist veröffentlicht am:

20.03.2020
09.03.2020

Questa delibera è eseguibile il:
Questa delibera è pubblicata il:

Der zuständige Gemeindereferent Gregor Kompatscher berichtet.

Mit Gemeindeausschussbeschluss Nr. 146 vom 28.03.2017 wurde die Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen. mit der Vergabe der Führung der Kindertagesstätte (KITA) der Gemeinde Völs am Schlern für den Zeitraum vom 01.07.2017 bis 30.06.2020 beauftragt.

Für notwendig erachtet, nunmehr die Tarife zu Lasten der Familie festzulegen, welche den Dienst der Kindertagesstätte im Jahr 2020 in Anspruch nehmen.

Nach Einsichtnahme in das Landesgesetz Nr. 8 vom 17.05.2013, welches die Harmonisierung der Tarife der Kleinkinderbetreuungsdienste vorsieht.

Nach Einsicht in den Beschluss der Landesregierung Nr. 666 vom 30.07.2019 mit welchem die Richtlinien über die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes im Sinne des Landesgesetzes vom 17. Mai. 2013, Nr. 8 und der Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigt wurden.

Festgestellt, dass mit obgenannten Beschluss ein einheitlicher Mindeststundentarif von 0,90 Euro und ein einheitlicher Höchststundentarif von 3,65 Euro festgelegt wurde.

Festgestellt, dass laut Art. 9, Absatz 4 des Beschlusses der Landesregierung Nr. 666 vom 30.07.2019 die jeweilige Familie den Kostenbeitrag des Landes nur für maximal 1.920 Stunden jährlich in Anspruch nehmen kann.

Vorausgeschickt, dass der Tarif für die Unterbringung jener Kinder, welche die jährliche Stundenanzahl von 1.920 Stunden überschreiten, den Vollkosten entsprechen soll.

Festgestellt, dass sich laut Berechnung anhand der angenommenen Stunden und Kosten für 2020 für die Vollkosten ein Tarif von 9,92 Euro für die Kindertagesstätte Völs am Schlern ergibt.

Nach Einsichtnahme in:

- Den Kodex der Örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, Regionalgesetz vom 3. Mai 2018 Nr. 2 und in die durch das Regionalgesetz vom 8. August 2018 Nr. 6 eingeführten Änderungen.
- Die Satzung dieser Gemeinde.
- Die Gemeindeverordnung über das Rechnungswesen.
- Den geltenden Haushaltsvoranschlag des laufenden Finanzjahres 2020.
- Die im Sinne des Art. 185 und Art. 187 des Kodex der Örtlichen Körperschaften der Au-

Riferisce l'assessore competente Gregor Kompatscher.

Con delibera della Giunta comunale n. 146 del 28.03.2017 è stato approvato l'appalto della gestione del servizio di microstruttura (KITA) del comune di Fiè allo Sciliar per il periodo 01.07.2017 – 30.06.2020 alla cooperativa sociale "Tagesmütter" Gen.

Ritenuto necessario di fissare ora la tariffa a carico delle famiglie utenti della microstruttura per la prima infanzia per l'anno 2020.

Vista la legge provinciale n. 8 del 17.05.2013, la quale prevede l'armonizzazione delle tariffe per i servizi per la prima infanzia.

Vista la delibera della Giunta Provinciale n.666 del 30.07.2019 con la quale vennero approvati dei criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia ai sensi della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8 e revoca della deliberazione n. 1198 del 20 novembre 2018.

Constatato che con la delibera sudetta è stata stabilita una tariffa oraria minima unitaria di 0,90 Euro ed una tariffa oraria massima unitaria di 3,65 Euro.

Constatato che secondo l'art. 9, paragr. 4 della delibera della Giunta Comunale n. 666 del 30.07.2019 ogni famiglia può usufruire del contributo provinciale solo fino ad un massimo di 1.920 ore all'anno.

Premesso che la tariffa per l'alloggiamento dei bambini che superano le 1.920 ore all'anno deve corrispondere ai costi pieni del servizio.

Constatato che ai sensi del calcolo in base alle ore ed ai costi previsti per il 2020 la tariffa per i costi pieni del servizio ammonta a 9,92 Euro per la microstruttura di Fiè allo Sciliar.

Visto:

- Il Codice degli Enti Locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, Legge Regionale del 3 maggio 2018 n. 2 con le modifiche apportate dalla Legge Regionale dell'8 agosto 2018 n. 6.
- Lo Statuto di questo Comune.
- Il regolamento comunale di contabilità.
- Il vigente bilancio di previsione dell'anno finanziario corrente 2020.
- Ed in base ai pareri espressi ai sensi dell'art. 185 e dell'art. 187 del Codice degli

tonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018 Nr. 2, geändert durch das Regionalgesetz vom 8. August 2018 Nr. 6 und gestützt auf die wie folgt abgegebenen Gutachten:

- Positives technisch-administratives Gutachten abgegeben von Heinold Rottensteiner am 03.03.2020 elektronischen Fingerabdruck des Gutachtens (8C9PYXIVQjf/Yb1PSV+AP5EmFL1uB-HkAT90cEC93DC0=)
- Positives buchhalterisches Gutachten abgegeben von Adelheid Pigneter am 03.03.2020 elektronischen Fingerabdruck des Gutachtens (cuOJa+leK-cgLLwS844GHorlLel2ou-V3iF697L52Wgj0=).

Dies vorausgeschickt und nach eingehender Diskussion,

beschließt der Gemeindeausschuss

einstimmig, ausgedrückt in gesetzlicher Form durch Handerheben:

1. Die Tarife zu Lasten der Familien, welche den Dienst der Kindertagesstätte in Völs am Schlern im Jahr 2020 in Anspruch nehmen wie folgt festzulegen:

Mindeststundentarif bei einer Höchststundenanzahl von 1.920/Jahr	0,90 €
Höchststundentarif bei einer Höchststundenanzahl von 1.920/Jahr	3,65 €
Falls möglich und zutreffend: ab 1.920 Stunden/Jahr wird der volle Stundentarif berechnet	9,92 €/St.

2. Der geschuldete Betrag wird für jedes Kind im Rahmen der unter Punkt 1. genannten Mindest- und Höchstarife aufgrund der einheitlichen Einkommens- und Vermögenssituation der Eltern mittels EEEV-Berechnung ermittelt.

3. Festzuhalten, dass die obengenannten Tarife ab 01.01.2020 in Kraft treten.

4. Festzuhalten, dass gegenständlicher Beschluss keine Ausgabenverpflichtung mit sich bringt.

5. Dieser Beschluss wird zehn Tage nach dem Beginn seiner Veröffentlichung rechtskräftig, im Sinne von Art. 183, Abs. 3, des Kodex der Örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, Regionalgesetz vom 3. Mai 2018 Nr. 2, geändert durch das Regionalgesetz vom 8. August 2018 Nr. 6.

Enti Locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con Legge Regionale del 3 maggio 2018 n. 2, modificato con Legge Regionale dell'8 agosto 2018 n. 6:

- parere tecnico-amministrativo Positivo espresso da Heinold Rottensteiner il 03.03.2020, impronta digitale del parere (8C9PYXIVQjf/Yb1PSV+AP5EmFL1uBHkAT90-cEC93DC0=)
- parere contabile Positivo espresso da Adelheid Pigneter il 03.03.2020, impronta digitale del parere (cuOJa+leKcgLLwS844GHorlLel2ouV3iF697L52Wgj0=).

Ciò premesso e dopo esauriente discussione,

la Giunta Comunale delibera

ad unanimità di voti, espressi in forma di legge con alzata di mano:

1. Le tariffe per l'anno 2020 a carico delle famiglie utenti della microstruttura per la prima infanzia di Fiè allo Sciliar vengono fissate come segue:

Tariffa oraria minima con quota oraria annuale massima: 1.920/anno	0,90 €
Tariffa oraria massima con quota oraria annuale massima: 1.920/anno	3,65 €
In caso di applicabilità secondo le possibilità: a partire dalla 1.920 ora verrà calcolata la tariffa piena	9,92 €/ora

2. L'importo dovuto per ogni bambino verrà determinato nei limiti delle tariffe minime e massime – di cui al precedente punto 1. - sulla base del rilevamento unificato di reddito e patrimonio dei genitori DURP.

3. Di dare atto che le predette tariffe entrano in vigore a partire dal 01.01.2020.

4. Di tenere presente, che la presente deliberazione non comporta alcun impegno di spesa.

5. Questa delibera diventa esecutiva dopo il decimo giorno dall'inizio della sua pubblicazione, ai sensi dell'art. 183, comma 3, del Codice degli Enti Locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, Legge Regionale del 3 maggio 2018 n. 2, modificato dalla Legge Regionale dell'8 agosto 2018 n. 6.

Jede Bürgerin/jeder Bürger kann gegen alle Beschlüsse während des Zeitraumes ihrer Veröffentlichung Einspruch beim Gemeindevorstand erheben, im Sinne des Art. 183, Absatz 5, des Kodex der Örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, Regionalgesetz vom 3. Mai 2018 Nr. 2, geändert durch das Regionalgesetz vom 8. August 2018 Nr. 6.

Jede/jeder rechtlich Interessierte kann gegen den vorliegenden Beschluss Beschwerde beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof, Autonome Sektion Bozen, innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit des Beschlusses, führen. Bei öffentlichen Arbeiten und Enteignungen ist diese Frist auf 30 Tage reduziert.

Verfasst, gelesen, bestätigt und unterzeichnet

DER VORSITZENDE
IL PRESIDENTE

Othmar Stampfer

(digital signiertes Dokument – documento firmato digitalmente)

Entro il periodo di pubblicazione, ogni cittadino può presentare alla Giunta Comunale opposizioni a tutte le deliberazioni, ai sensi dell'art. 183, comma 5, del Codice degli Enti Locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, Legge Regionale del 3 maggio 2018 n. 2, modificato con Legge Regionale dell'8 agosto 2018 n. 6.

Per ogni giuridicamente interessato è ammesso avverso la presente delibera ricorso innanzi al Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa, Sezione Autonoma di Bolzano, entro 60 giorni dall'intervenuta esecutività della delibera. Per lavori pubblici ed espropri questo termine è ridotto su 30 giorni.

Redatto, letto, confermato e firmato

DER GEMEINDESEKRETÄR
IL SEGRETARIO COMUNALE

Heinold Rottensteiner

(digital signiertes Dokument – documento firmato digitalmente)

**Beschluss
der Landesregierung****Deliberazione
della Giunta Provinciale**

Nr. 666
Sitzung vom 30/07/2019
Seduta del

ANWESEND SIND

Landeshauptmannstellvertr.
Landeshauptmannstellvertr.
Landeshauptmannstellvertr.
Landesräte

Vize-Generalsekretär

Arnold Schuler
Giuliano Vettorato
Daniel Alfreider
Massimo Bessone
Waltraud Deeg
Maria Hochgruber Kuenzer

Thomas Mathà

SONO PRESENTI

Vicepresidente
Vicepresidente
Vicepresidente
Assessori

Vicesegretario generale

Betreff:

Genehmigung der Richtlinien für die
Finanzierung der Kindertagesstätten und
des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes und
Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20.
November 2018

Oggetto:

Approvazione dei Criteri per il
finanziamento di microstrutture e del
servizio di assistenza domiciliare all'infanzia
e revoca della deliberazione n. 1198 del 20
novembre 2018

Vorschlag vorbereitet von
Abteilung / Amt Nr.

R5.1

Proposta elaborata dalla
Ripartizione / Ufficio n.

Die Landesregierung hat folgende Rechtsvorschriften, Verwaltungsakte und Tatsachen zur Kenntnis genommen:

Landesgesetz vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, „Regelung des Verwaltungsverfahrens“ in geltender Fassung, Artikel 2, laut welchem die Landesregierung die Kriterien und Modalitäten für die Gewährung von wirtschaftlichen Vergünstigungen jeglicher Art an Personen und öffentliche und private Einrichtungen sowie die Modalitäten der entsprechenden Auszahlung und die in diesem Zusammenhang vorzulegenden Unterlagen festlegt;

Landesgesetz vom 17. Mai 2013 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“, Nr. 8, Artikel 21 in geltender Fassung, welches die Gewährung von Beiträgen an öffentliche und gemeinnützige private Organisationen vorsieht;

Bekanntmachung der Kommission (2016/C262/01) wonach das Land durch die Errichtung und Erhaltung eines lokalen Betreuungs- und Bildungssystems, das großteils aus dem Landeshaushalt und nicht von den Familien finanziert wird, keine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt, sondern vielmehr seine Aufgaben auf sozialem, kulturellem und bildungspolitischem Gebiet gegenüber seinen Bürgern erfüllt;

die Tatsache, dass die finanziellen Beiträge nutznießender Familien nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten der Dienstleistung abdecken und daher nicht als Entgelt für die erbrachte Dienstleistung angesehen werden können; dieser Grundsatz gilt für die Bildungsdienstleistungen wie Berufsausbildung, private und öffentliche Grundschulen sowie Kindergärten, Kleinkindbetreuungsdienste und außerschulische Betreuungs- sowie Familienbildungsangebote;

Dekret des Landeshauptmannes vom 21. November 2017, Nr. 42 betreffend Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten;

Beschluss der Landesregierung vom 20. November 2018, Nr. 1198, welcher die Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes genehmigt;

La Giunta provinciale dopo aver considerato le leggi, gli atti amministrativi nonché i fatti e le circostanze di seguito elencati:

Legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, recante „Disciplina del procedimento amministrativo“, e successive modifiche, articolo 2 che demanda alla Giunta provinciale l’emanazione dei criteri per l’attribuzione di vantaggi economici di qualunque genere a persone ed enti pubblici e privati, nonché per la definizione delle modalità di liquidazione dei medesimi e la documentazione di spesa da presentarsi;

Legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, articolo 21, e successive modifiche, che prevede la concessione di contributi a organizzazioni pubbliche e organizzazioni private senza scopo di lucro;

comunicazione della Commissione 2016/C262/01, in base alla quale la Provincia mediante la creazione ed il mantenimento di un sistema di istruzione locale finanziato in misura maggiore dal bilancio provinciale e non dalle famiglie non svolge attività economica, bensì assolve ai propri compiti sociali, culturali ed educativi nei confronti dei suoi cittadini;

il fatto che i contributi finanziari delle famiglie utenti coprono solo una parte del costo effettivo delle prestazioni e non possono pertanto essere considerati come un compenso per il servizio prestato; tale principio vale per i servizi educativi quali la formazione professionale, le scuole elementari private e pubbliche e le scuole materne, i servizi di assistenza alla prima infanzia e l’assistenza extrascolastica nonché per le attività di formazione a favore delle famiglie;

decreto del Presidente della Provincia del 21 novembre 2017, n. 42 concernenti standard qualitativi per l’attività pedagogica nei servizi di assistenza alla prima infanzia;

Deliberazione della Giunta provinciale del 20 novembre 2018, n. 1198 che approva i Criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all’infanzia;

die Notwendigkeit, die geltenden „Richtlinien über die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes“ laut Anlage „A“ des Beschlusses der Landesregierung vom 20. November 2018, Nr. 1198 zu überarbeiten, da aufgrund der Erfahrungen in Umsetzung der neuen Beitragskriterien auf Stundenbasis in diesem Bereich sowohl von Seiten der Nutzerfamilien als auch von Seiten der Trägerkörperschaften der Dienste Änderungsvorschläge herangetragen worden sind;

die Zweckmäßigkeit, daher den Beschluss der Landesregierung vom 20. November 2018, Nr. 1198 samt dessen Anlage „A“ zu widerrufen;

den Entwurf der Richtlinien zur Finanzierung der Betreuung in den Kleinkindbetreuungsdiensten laut Anlage „A“, welche wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses ist;

nach Einsichtnahme in das am 18.06.2019 von der Anwaltschaft des Landes erlassene Gutachten in rechtlicher, sprachlicher und legislativer Hinsicht samt Gutachten der für EU-Recht zuständigen Stellen;

nach Einsicht in das Gutachten des Rates der Gemeinden vom 17.07.2019 sowie einer nachträglichen Präzisierungsmail vom 22. Juli 2019;

All dies vorausgeschickt und berücksichtigt

b e s c h l i e ß t:

die Landesregierung mit gesetzmäßig zum Ausdruck gebrachter Stimmeneinhelligkeit:

1. den Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 samt dessen Anlage „A“ zu widerrufen;
2. die beiliegenden Richtlinien zur Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Anlage „A“ dieses Beschlusses, die wesentlicher Bestandteil ist, zu genehmigen;
3. diesen Beschluss gemäß Artikel 2 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17 im Amtsblatt der Region Trentino-Südtirol zu veröffentlichen.

DER LANDESHAUPTMANN

la necessità di aggiornare i vigenti “Criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all’infanzia” di cui all’allegato “A” della deliberazione della Giunta provinciale del 20 novembre 2018, n. 1198 in quanto sulla base delle esperienze in seguito all’applicazione dei nuovi criteri di contribuzione su base oraria in questo ambito sono state avanzate delle proposte di modifica sia da parte delle famiglie utenti che da parte degli enti gestori dei servizi;

l’opportunità di revocare pertanto la deliberazione della Giunta provinciale del 20 novembre 2018, n. 1198 e relativo allegato “A”;

proposta concernente i criteri di finanziamento dell’assistenza nei servizi di assistenza alla prima infanzia di cui all’allegato “A” parte integrante della presente deliberazione;

il parere dell’Avvocatura della Provincia di data 18/06/2019 sugli aspetti giuridici, linguistici e di tecnica legislativa, incluso il parere dell’Ufficio competente per le norme comunitarie;

visti il parere del Consiglio dei Comuni di data 17/07/2019, nonché una successiva mail con precisazioni di data 22 luglio 2019;

Tutto ciò premesso e considerato la Giunta provinciale

d e l i b e r a

a voti unanimi legalmente espressi:

1. di revocare la deliberazione della Giunta provinciale n. 1198 del 20 novembre 2018 con relativo allegato “A”;
2. di approvare i criteri di cui all’Allegato “A” parte integrante della presente deliberazione concernente il finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare;
3. di provvedere alla pubblicazione della presente delibera nel Bollettino Ufficiale della Regione Trentino-Alto Adige, ai sensi dell’articolo 2, comma 1, della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17.

IL PRESIDENTE DELLA PROVINCIA

DER GENERALSEKRETÄR DER
LANDESREGIERUNG

IL SEGRETARIO GENERALE DELLA
GIUNTA PROVINCIALE

ANLAGE A

ALLEGATO A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1

Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.

2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2

Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3

Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, zur Verfügung.

2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in

Criteri per il finanziamento di microstrutture e del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia

Art. 1

Ambito di applicazione

1. I presenti criteri disciplinano, ai sensi degli articoli 13 e 15 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, il finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia destinati a bambini e bambine di età compresa fra i tre mesi e i tre anni di età, e la concessione dei contributi provinciali per la loro gestione. I presenti criteri disciplinano inoltre altri aspetti riguardanti i suindicati servizi.

2. Gli enti gestori privati accreditati senza scopo di lucro che erogano i servizi di cui agli articoli 13 e 15 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, sono di seguito denominati enti gestori.

Art. 2

Piano di sviluppo

1. Ogni Comune elabora un proprio Piano di sviluppo della rete di servizi per la prima infanzia, che andrà aggiornato annualmente e presentato entro il 30 novembre all'Agenzia per la famiglia. Il Piano di sviluppo è uno strumento strategico di programmazione, condiviso con gli enti gestori, orientato al soddisfacimento del concreto fabbisogno di assistenza delle famiglie presenti sul territorio comunale e all'ottimale utilizzo delle strutture e dei servizi.

Art. 3

Posti di assistenza

1. I Comuni mettono a disposizione posti-bambino nelle diverse tipologie di servizi disciplinate al capo IV della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche.

2. I Comuni possono mettere a disposizione i servizi socio-educativi per la prima infanzia presenti sul proprio territorio o avvalersi di

anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.

3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.

4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.

5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den

servizi di altri Comuni della provincia di Bolzano o di Comuni fuori provincia.

3. Il Comune può avvalersi di posti-bambino nelle microstrutture aziendali di cui all'articolo 16 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, nei limiti dei vigenti criteri per la concessione dei contributi per microstrutture aziendali e l'acquisto di posti-bambino presso servizi analoghi. Viceversa, nelle microstrutture comunali alcuni posti-bambino possono essere assegnati a bambini per i quali il datore di lavoro di uno dei genitori contribuisca finanziariamente al costo del servizio di assistenza all'infanzia, a condizione che non vi siano liste di attesa presso il Comune gestore o presso altri Comuni.

4. Il numero dei posti-bambino deve essere adeguato al fabbisogno concreto, che il Comune deve rilevare e soddisfare in maniera ottimale. Deve essere garantito un posto di assistenza per almeno il 15 per cento dei bambini in età 0-3 anni residenti nel territorio comunale al 31 dicembre dell'anno precedente a quello di presentazione della domanda di contributo. Il Comune di residenza o di stabile dimora del bambino/della bambina partecipa ai costi sostenuti dalle famiglie che usufruiscono di servizi presso altri Comuni della provincia di Bolzano, come stabilito all'articolo 7. L'ampliamento del numero di posti-bambino avviene in ogni caso tenendo conto dell'effettivo fabbisogno della popolazione e della necessità di creare posti-bambino per almeno il 33 per cento dei bambini presenti sul territorio, in linea con gli obiettivi fissati dal Consiglio europeo in occasione del convegno di Barcellona del 2002, poi ribaditi nella Strategia di Lisbona e successivamente nella Strategia Europa 2020.

5. Ogni posto-bambino corrisponde convenzionalmente a 1.200 ore annue di assistenza.

6. Ai fini del raggiungimento dell'obiettivo di cui al comma 4, si considerano i bambini e le bambine che usufruiscono di una delle forme di assistenza di cui al capo IV della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, con il cofinanziamento di Provincia, Comuni e utenti ai sensi dell'articolo 7 dei presenti criteri e dei criteri relativi agli asili nido.

7. Al Comune che, in mancanza di adeguate motivazioni, non è in grado di raggiungere l'obiettivo di cui al comma 4, si applica, nel primo esercizio finanziario utile, una detrazione dai trasferimenti correnti a titolo di finanza locale pari a un importo calcolato in

Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,

b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,

c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,

d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;

e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:

1) Vollzeit,

2) Teilzeit über 50 Prozent,

3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

a) alleinerziehendes Elternteil,

b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,

c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,

d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,

e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,

proportionale all'offerta mancante. L'ammontare della detrazione è pari al 20 per cento dell'importo determinato moltiplicando le ore di assistenza mancanti al raggiungimento del 15 per cento di cui al comma 4 per il costo orario standard del servizio previsto all'articolo 8, comma 1, lettera a), per le microstrutture con più di dieci posti. Gli importi dedotti verranno riutilizzati per il finanziamento dei servizi per la prima infanzia.

Art. 4

Accesso ai servizi

1. Per l'accesso ai servizi si applicano i seguenti criteri di precedenza vincolanti, indicati in ordine decrescente di importanza:

a) la riammissione del bambino/dalla bambina dopo la disdetta del contratto di assistenza per malattia di durata prolungata ai sensi dell'articolo 9, comma 7;

b) la residenza del bambino/della bambina nel comune;

c) lo stato di lavoratore/lavoratrice di entrambi i genitori o del genitore monoparentale;

d) problematiche fisiche e/o psichiche certificate riguardanti il bambino/la bambina da assistere, un fratello/una sorella oppure un genitore;

e) l'orario lavorativo di ciascun genitore:

1) a tempo pieno;

2) a tempo parziale superiore al 50 per cento;

3) a tempo parziale fino al 50 per cento compreso.

2. Il Comune, in caso di microstruttura, e l'ente gestore, in caso di servizio di assistenza domiciliare all'infanzia, possono applicare ulteriori criteri di valutazione, quali:

a) lo stato di genitore monoparentale;

b) la situazione di disagio psico-sociale o economico della famiglia del bambino/della bambina;

c) lo stato di disoccupazione di uno o entrambi i genitori, attestato dalla relativa iscrizione nelle liste di disoccupazione;

d) la frequenza di corsi di formazione da parte di uno o di entrambi i genitori;

e) la frequenza da parte di uno o di entrambi i genitori di un corso per l'apprendimento di una delle lingue principali della provincia;

- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-

- f) lo stato di lavoratore/lavoratrice nel settore privato;
- g) la presenza di minori di 10 anni, iscritti nello stesso stato di famiglia del bambino/della bambina da assistere;
- h) la data di iscrizione al servizio;
- i) la stabile dimora del bambino/della bambina nel comune.

Art. 5

Requisiti di ammissione e requisiti dei servizi

1. Di regola sono ammessi solo bambini e bambine che frequentano il servizio per almeno 12 ore settimanali.
2. Per i bambini e le bambine in età prescolare che hanno compiuto i quattro anni, o anche di età inferiore se già frequentanti la scuola dell'infanzia, che usufruiscono del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia per il quale i genitori corrispondono l'intero costo orario, vengono fatturate le ore effettivamente utilizzate e non sussiste l'obbligo della frequenza minima di 12 ore settimanali.
3. Comune ed enti gestori garantiscono la continuità del servizio.
4. Comune ed enti gestori garantiscono la trasparenza nell'istruttoria delle domande e nella procedura di ammissione.
5. Al fine di garantire la continuità pedagogica, i bambini già frequentanti il servizio mantengono il posto con diritto di precedenza rispetto ad eventuali nuove ammissioni.

Art. 6

Beneficiari

1. Possono beneficiare dei contributi provinciali:
 - a) i Comuni della provincia di Bolzano, in forma singola o associata, che gestiscono il servizio di microstruttura di cui all'articolo 15 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, e/o acquistano ore di assistenza nelle microstrutture aziendali di cui all'articolo 16 della medesima legge;
 - b) gli enti gestori che erogano il servizio di

/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.

2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.

2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.

3. Hat die Familie im Sinne des Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30, in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.

4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in

assistenza domiciliare all'infanzia di cui all'articolo 13 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, per conto dei Comuni.

2. Al fine di ottenere un contributo provinciale e un eventuale anticipo, devono essere rispettati i requisiti di base per l'avvio del servizio ai sensi dei vigenti standard qualitativi per l'attività pedagogica nei servizi di assistenza alla prima infanzia.

3. Il contributo provinciale di cui al comma 2 o l'eventuale saldo può essere liquidato solo a fronte dell'avvenuto accreditamento del servizio ai sensi dei vigenti standard qualitativi per l'attività pedagogica nei servizi di assistenza alla prima infanzia.

Art. 7

Finanziamento dei servizi

1. I servizi di cui all'articolo 1, comma 1, vengono finanziati su base oraria da Provincia e Comuni con la compartecipazione tariffaria degli utenti. Il Comune competente per il finanziamento è quello di residenza del bambino/della bambina. Se il bambino/la bambina non ha la residenza in provincia di Bolzano, è competente il Comune di stabile dimora.

2. La differenza tra il costo orario convenzionale di cui all'articolo 8 e la tariffa oraria massima a carico dell'utente di cui all'articolo 9 viene coperta da Provincia e Comuni con quote fisse di pari entità. Se il costo orario effettivo è inferiore al costo orario convenzionale, la differenza viene calcolata sul costo orario effettivo.

3. Qualora la famiglia usufruisca di un'agevolazione tariffaria ai sensi del decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30, e successive modifiche, la Provincia integra il pagamento fino alla tariffa oraria massima.

4. I contratti e gli accordi tra Comuni ed enti gestori devono essere stipulati su base oraria e riportare il costo orario effettivo arrotondato al secondo decimale e il costo orario di aggiudicazione con e senza IVA.

Art. 8

Costo orario dei servizi

1. I costi dei servizi sono espressi in costi orari

konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:

a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,

b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,

c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,

d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.

2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.

3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.

4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.

5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.

6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte

konventionellen und sind differenziert nach Typologie des Dienstes. Der Stundensatz konventionell genehmigt, beträgt a:

a) maximal euro 12,00, Steuer auf den Wert hinzugefügt (IVA) ausgeschlossen, für die Mikrostrukturen mit einer Kapazität von mehr als 10 Plätzen;

b) maximal euro 14,00, IVA ausgeschlossen, für die Mikrostrukturen bis zu 10 Plätzen und für die neu eröffneten Mikrostrukturen im ersten Geschäftsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr;

c) maximal euro 10,20, eventuelle IVA eingeschlossen, für den Dienst der Tagesmütter/-väter;

d) maximal euro 12,00, IVA ausgeschlossen, für die betrieblichen Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.

2. Der Stundensatz konventionell umfasst alle Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.

3. Im Falle der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.

4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.

5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.

6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte

konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.

7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30, in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.

2. Die Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.

3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.

4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu

maggiorato per le microstrutture fino a 10 posti trova applicazione solamente nel caso in cui la capacità ricettiva massima sia di 10 posti.

7. Il finanziamento dei costi aggiuntivi per il personale addetto all'assistenza di bambini con disabilità è disciplinato con appositi criteri.

Art. 9

Tariffa a carico degli utenti

1. La compartecipazione tariffaria degli utenti dei servizi viene calcolata ai sensi del decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30, e successive modifiche. La tariffa oraria a carico degli utenti è onnicomprensiva e include pasti, pannolini e prodotti igienici. Ai costi derivanti da esigenze o richieste particolari avanzate dai genitori devono provvedere le famiglie stesse.

2. La compartecipazione tariffaria degli utenti, di cui al comma 1, prevede una tariffa oraria minima di euro 0,90 e una tariffa oraria massima di euro 3,65, IVA inclusa.

3. Le tariffe orarie minime e massime possono essere aggiornate dalla Giunta provinciale d'intesa con il Consiglio dei Comuni.

4. Il sistema tariffario di cui al comma 2 trova applicazione per una frequenza massima di 1.920 ore annue a bambino/bambina oppure per un numero di ore proporzionalmente ridotto a fronte di una minore durata del contratto di assistenza. Se le ore di assistenza superano invece il limite massimo stabilito dal sistema tariffario, il costo delle ore eccedenti è totalmente a carico degli utenti.

5. Agli utenti vengono fatturate, in base al sistema tariffario, le ore previste dal contratto di assistenza, tenuto conto del limite massimo di cui al comma 4 e delle eventuali assenze per ferie o malattia di cui ai commi 6 e 7.

6. Se il bambino/la bambina frequenta il servizio per tutto l'anno, non viene fatturato un periodo di assenza per ferie di quattro settimane; in caso di frequenza inferiore all'anno, non viene fatturato un periodo ridotto in proporzione. Il periodo di ferie si aggiunge ai giorni di chiusura della struttura per altri motivi o di ferie del/della assistente domiciliare all'infanzia. È facoltà delle parti contrattuali aumentare il periodo di assenza per ferie, concordando contestualmente il contributo ai costi a carico degli utenti durante il

verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

prolongamento del periodo delle ferie risp. il contributo ai costi a carico degli utenti in caso di sfioramento del periodo di ferie. Il contributo ai costi a carico degli utenti non può in nessun caso superare il costo orario pattuito contrattualmente per la microstruttura risp. il costo orario convenzionale per il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia. Tutti i periodi di assenza per ferie non vengono cofinanziati dagli enti pubblici.

7. In caso di malattia del bambino/della bambina i giorni di assenza vengono fatturati agli utenti in base alla tariffa dovuta, a condizione che entro il primo giorno di assenza la famiglia informi l'ente gestore della malattia e della sua durata presunta, e che al momento del reingresso presenti il certificato medico, privo della diagnosi, che attesti la durata della malattia. In mancanza del certificato medico sarà addebitato alla famiglia l'intero costo orario del servizio per i giorni di assenza ingiustificata a partire dal quarto giorno. Vengono considerati in tal caso i giorni di frequenza previsti dal contratto, esclusi i fine settimana, le festività ed eventuali altri giorni in cui il servizio non viene erogato. Per assenze per malattia di durata superiore a quattro settimane, la famiglia ha la facoltà di rescindere dal contratto con diritto di precedenza per la riammissione in struttura dopo la guarigione del bambino/della bambina.

8. Se la famiglia rifiuta, senza fornire adeguate motivazioni, un posto-bambino rispondente alle proprie esigenze nel comune in cui il bambino/la bambina risiede o ha stabile dimora, e ricorre al servizio di assistenza di un altro Comune, la tariffa oraria a suo carico può essere aumentata di 1,00 euro, IVA inclusa. In questo caso si riduce di pari misura la quota di competenza del Comune in cui il bambino/la bambina risiede o ha stabile dimora.

9. È facoltà dell'ente gestore esonerare la famiglia dal pagamento della tariffa dovuta per andare incontro ad esigenze particolari della famiglia stessa (ad esempio malattia di familiari residenti fuori provincia, impossibilità di rispettare i termini di preavviso in caso di disdetta). Queste ore non vengono cofinanziate dall'ente pubblico.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmaligen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 10

Ammontare del contributo provinciale

1. Il contributo erogato dalla Provincia ai Comuni e agli enti gestori dei servizi di assistenza domiciliare all'infanzia viene concesso su base oraria per le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario di cui all'articolo 9, comma 5. Il contributo provinciale non spetta invece per le ore da non fatturare agli utenti e per quelle totalmente a carico della famiglia.

2. Agli utenti con un contratto di assistenza inferiore alle 12 ore settimanali sono fatturate minimo di 12 ore settimanali alla tariffa dovuta in base al sistema tariffario, fatti salvi i giorni di assenza per ferie concordati. Vengono fatturate invece solo le ore di assistenza effettivamente usufruite se il bambino/la bambina non frequenta, per cause non dipendenti dalla famiglia, le 12 ore minime settimanali (ad esempio per festività, chiusura della microstruttura, malattia o ferie dell'assistente domiciliare all'infanzia, inizio o fine servizio non coincidenti con il primo o l'ultimo giorno della settimana). Per i minori da assistere con disabilità certificata vengono fatturate solo le ore di assistenza effettivamente usufruite.

3. L'ammontare del contributo provinciale erogato ai Comuni per le microstrutture viene calcolato moltiplicando la quota oraria fissa a carico della Provincia per il numero di ore di servizio ammesse a finanziamento per l'anno di riferimento, con l'aggiunta della quota di compartecipazione tariffaria a carico della Provincia stimata sulla base delle domande di contributo.

4. L'ammontare del contributo provinciale agli enti gestori del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia viene calcolato moltiplicando la quota oraria fissa a carico della Provincia e dei Comuni per il numero di ore di servizio ammesse a finanziamento per l'anno di riferimento, con l'aggiunta della quota di compartecipazione tariffaria a carico della Provincia stimata sulla base delle domande di contributo. La Provincia anticipa agli enti gestori la quota fissa a carico dei Comuni, che verrà recuperata dai trasferimenti correnti a titolo di finanza locale nel primo esercizio finanziario utile in seguito alle rendicontazioni degli enti gestori.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.

2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tariffeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, berücksichtigt werden.

3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.

4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.

5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss,

Art. 11

Termine di presentazione delle domande di contributo e di anticipo

1. Le domande di contributo e le domande per la concessione di un anticipo devono essere presentate all'Agenzia per la famiglia, utilizzando gli appositi moduli, entro il 15 dicembre dell'anno precedente a quello cui si riferisce il contributo e devono riferirsi all'anno solare. Per le domande relative all'anticipo il termine è da considerarsi perentorio.

2. La domanda di contributo deve contenere le ore di servizio previste, il relativo costo orario e le entrate stimate, derivanti dalla compartecipazione tariffaria a carico degli utenti dei servizi, e deve tenere conto della programmazione dei servizi di cui all'articolo 18, comma 1, della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8.

3. La domanda di contributo per il servizio di microstruttura viene presentata all'Agenzia per la famiglia unicamente dal Comune gestore della microstruttura, indipendentemente dai comuni di provenienza dei bambini assistiti. Il Comune gestore provvederà in seguito a regolare i rapporti economici con gli altri Comuni di provenienza dei bambini frequentanti il servizio di microstruttura, chiedendo il rimborso della compartecipazione concordata a loro carico. Nella domanda di contributo i Comuni gestori di microstrutture devono indicare anche le ore di servizio eventualmente acquistate in microstrutture aziendali. I Comuni che, non disponendo di una propria microstruttura, acquistano ore di assistenza in una microstruttura aziendale, presentano un'apposita domanda di contributo.

4. In presenza di residua disponibilità finanziaria, potranno essere accettate nuove domande o domande di contributo integrativo per ore aggiuntive di assistenza. Le nuove domande vanno presentate entro il termine perentorio del 30 settembre dell'anno di riferimento e verranno trattate in ordine cronologico di entrata. La domanda di contributo integrativo per ore aggiuntive deve essere presentata entro il 30 settembre dell'anno di riferimento e deve essere corredata da un report delle ore erogate e delle entrate fino alla fine del mese precedente a quello di presentazione. Eventuali domande correttive di contributo vengono accettate soltanto fino all'emanazione del decreto di concessione.

5. In caso di domande irregolari o incomplete, il/la responsabile del procedimento assegna agli interessati, a pena di decadenza, un termine congruo dal ricevimento della richiesta

eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.

6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.

2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.

2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, in geltender Fassung, muss enthalten:

per regolarizzare o integrare la domanda.

6. I termini per la conclusione del procedimento amministrativo decorrono dal termine di presentazione delle domande indicato al comma 1 o al comma 4. Per le domande di contributo di cui al comma 1 presentate dopo il 15 dicembre, il termine per la conclusione del procedimento amministrativo decorre dalla data di presentazione della domanda. Tali termini sono sospesi per l'acquisizione di informazioni o documenti mancanti.

Art. 12

Anticipi

1. Su richiesta dell'ente gestore può essere concesso un anticipo del 70 per cento del contributo concesso nell'anno precedente. Qualora il contributo richiesto per l'anno di riferimento sia inferiore al contributo concesso nell'anno precedente, l'anticipo del 70 per cento viene calcolato sul contributo richiesto.

2. In caso di enti richiedenti che presentino domanda di contributo per la prima volta o che non abbiano presentato la domanda di anticipo di cui al comma 1, contestualmente al contributo può essere concesso, su richiesta, un anticipo del 50 per cento del contributo concesso per l'anno di riferimento.

Art. 13

Rendicontazione e liquidazione

1. La rendicontazione e la domanda di liquidazione devono essere presentate entro il 31 dicembre dell'anno successivo a quello di concessione, o di imputazione della spesa se diverso, pena la revoca del beneficio.

2. Per gravi e motivate ragioni può essere concessa una proroga fino a un ulteriore anno; trascorso inutilmente tale termine, il contributo è automaticamente revocato. Se il beneficiario ha percepito un anticipo, deve restituirlo maggiorato degli interessi legali.

3. Il rendiconto, consistente in una dichiarazione sostitutiva ai sensi dell'articolo 2, comma 2/ter, della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, e successive modifiche, da redigersi sull'apposito modulo predisposto dall'Agenzia per la famiglia, deve riportare:

a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,

b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30, in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tariffbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

a) le ore di servizio fatturate agli utenti in base al sistema tariffario nell'anno di riferimento;

b) le entrate suddivise tra la quota dovuta in base al decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30, e successive modifiche, e l'eventuale quota ulteriore a carico delle famiglie che hanno usufruito del servizio al di fuori del proprio territorio comunale ai sensi dell'articolo 9, comma 8, dei presenti criteri.

4. Per le microstrutture il Comune deve rendicontare alla Provincia le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario, distinte per singola struttura e Comune di provenienza dei bambini e delle bambine, e dichiarare l'avvenuto pagamento all'ente gestore delle ore di assistenza rendicontate.

5. Per il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia l'ente gestore deve rendicontare alla Provincia le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario, distinte per Comune di competenza. Alla rendicontazione l'ente gestore deve allegare anche il report annuale delle ore erogate inviato ad ogni Comune. Nel corso dell'anno, l'ente gestore informa regolarmente i singoli Comuni in merito alle ore di assistenza erogate e fatturate in base al sistema tariffario agli utenti residenti o aventi stabile dimora nel rispettivo territorio.

6. Non devono essere rendicontati i costi e le entrate relativi alle ore di assistenza non cofinanziate dagli enti pubblici. Queste ore vengono comunque rilevate separatamente a fini amministrativi e statistici.

7. Il contributo spettante viene rideterminato, nei limiti dell'importo del contributo concesso, sulla base delle ore fatturate agli utenti in base al sistema tariffario nell'anno di riferimento e tenuto conto della effettiva compartecipazione tariffaria da parte degli utenti stessi.

8. Qualora in sede di rendicontazione l'ente non documenti una spesa a suo carico pari almeno all'anticipo già percepito, deve restituire l'importo eccedente maggiorato degli interessi legali.

9. I termini per la conclusione del procedimento amministrativo decorrono dalla data di presentazione del rendiconto e della domanda di liquidazione, e vengono sospesi per l'acquisizione delle informazioni o dei documenti necessari a regolarizzare la

rendicontazione.

Art. 14

Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15

Art. 14

Controlli

1. Ai sensi dell'articolo 2, comma 3, della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, e successive modifiche, l'Agenzia per la famiglia effettua controlli a campione su almeno il sei per cento delle dichiarazioni sostitutive relative ai contributi per i quali è stato liquidato il saldo. Può inoltre procedere alla verifica di congruità dei costi orari.

2. L'individuazione delle dichiarazioni sostitutive da sottoporre a controllo avviene mediante sorteggio effettuato da una apposita commissione. Il sorteggio è effettuato secondo il principio di casualità dalla lista dei contributi erogati nell'anno di riferimento. La commissione è nominata dal direttore/dalla direttrice di ripartizione competente ed è composta dal direttore/dalla direttrice di ripartizione competente, dalla direttrice/dal direttore dell'Agenzia per la famiglia e da un funzionario esperto/una funzionaria esperta.

3. Nei controlli viene esaminata la veridicità delle dichiarazioni sostitutive rilasciate in sede di rendicontazione dal/dalla rappresentante legale dell'ente beneficiario del contributo e viene verificata la regolarità della documentazione contabile in originale e la sua conformità in relazione alle ore di assistenza rendicontate. A tal fine gli enti gestori devono consentire all'Agenzia per la famiglia l'accesso alla loro documentazione contabile e provvedere a fornire le necessarie informazioni ai sensi delle norme vigenti in materia.

4. Sono inoltre sottoposti a controllo tutti i casi ritenuti dubbi dall'Agenzia per la famiglia.

5. Gli enti gestori devono mettere a disposizione dei Comuni soggetti a controllo la documentazione originale in loro possesso.

6. I controlli possono essere effettuati anche in collaborazione con funzionari di altre ripartizioni dell'Amministrazione provinciale, mediante sopralluogo presso la sede dell'ente oppure tramite richiesta di invio della documentazione originale di spesa.

Art. 15

Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.

Norme transitorie

1. I presenti criteri sostituiscono quelli approvati con delibera della Giunta provinciale n. 1198 del 20 novembre 2018. La detrazione di cui all'articolo 3, comma 7, viene calcolata ai sensi dei presenti criteri a partire dall'anno di gestione 2018.

2. Per i contratti già in essere riguardanti la gestione di un servizio di microstruttura non stipulati su base oraria, e fino alla scadenza degli stessi, il Comune dovrà comunicare all'Agenzia per la famiglia, ai fini della concessione del contributo, il costo orario deliberato per l'anno cui si riferisce il contributo richiesto. Tale costo orario è determinato dal Comune nel rispetto di quanto stabilito all'articolo 8. Gli importi fatturati ai Comuni da parte degli enti gestori dovranno essere in ogni caso calcolati e rendicontati su base oraria.

Sichtvermerke i. S. d. Art. 13 L.G. 17/93
über die fachliche, verwaltungsgemäße
und buchhalterische Verantwortung

Visti ai sensi dell'art. 13 L.P. 17/93
sulla responsabilità tecnica,
amministrativa e contabile

Die Amtsdirektorin / La Direttrice d'ufficio
Der Ressortdirektor / Il Direttore di dipartimento

SUMMA ISABELLA
CRITELLI LUCA

08/08/2019 15:44:44
13/08/2019 21:15:52

Laufendes Haushaltsjahr

Esercizio corrente

La presente delibera non dà luogo a
impegno di spesa.
Dieser Beschluss beinhaltet keine
Zweckbindung

zweckgebunden

impegnato

als Einnahmen
ermittelt

accertato
in entrata

auf Kapitel

sul capitolo

Vorgang

operazione

Der Direktor des Amtes für Ausgaben

Il direttore dell'Ufficio spese

Der Direktor des Amtes für Einnahmen

Il direttore dell'Ufficio entrate

Diese Abschrift
entspricht dem Original

Per copia
conforme all'originale

Datum / Unterschrift

data / firma

Abschrift ausgestellt für

Copia rilasciata a



Der Landeshauptmannstellvertreter
Il Vice-Presidente della Provincia

SCHULER ARNOLD

20/08/2019

Der Vizegeneralsekretär
Il Vice Segretario Generale

MATHA THOMAS

20/08/2019

Es wird bestätigt, dass diese analoge Ausfertigung, bestehend - ohne diese Seite - aus 20 Seiten, mit dem digitalen Original identisch ist, das die Landesverwaltung nach den geltenden Bestimmungen erstellt, aufbewahrt, und mit digitalen Unterschriften versehen hat, deren Zertifikate auf folgende Personen lauten:

*nome e cognome: Arnold Schuler
codice fiscale: TINIT-SCHRLD62M19F132V
certification authority: InfoCert Firma Qualificata 2
numeri di serie: 00B11EA1
data scadenza certificato: 11/02/2022*

Am 26/11/2019 erstellte Ausfertigung

Si attesta che la presente copia analogica è conforme in tutte le sue parti al documento informatico originale da cui è tratta, costituito da 20 pagine, esclusa la presente. Il documento originale, predisposto e conservato a norma di legge presso l'Amministrazione provinciale, è stato sottoscritto con firme digitali, i cui certificati sono intestati a:

*nome e cognome: Thomas Matha'
codice fiscale: TINIT-MTHTMS72E29A952J
certification authority: InfoCert Firma Qualificata 2
numeri di serie: 00A77A65
data scadenza certificato: 27/12/2021*

Copia prodotta in data 26/11/2019

Die Landesverwaltung hat bei der Entgegennahme des digitalen Dokuments die Gültigkeit der Zertifikate überprüft und sie im Sinne der geltenden Bestimmungen aufbewahrt.

Ausstellungsdatum

30/07/2019

Diese Ausfertigung entspricht dem Original

L'Amministrazione provinciale ha verificato in sede di acquisizione del documento digitale la validità dei certificati qualificati di sottoscrizione e li ha conservati a norma di legge.

Data di emanazione

Per copia conforme all'originale

Datum/Unterschrift

Data/firma



**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES
STADTRAT**

**VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA
GIUNTA COMUNALE**

Nr. 355

Sitzung vom

14/12/2016

Seduta del

Uhr

19:30

Ore

ORT: Sitzungssaal Stadtrat

LOCALITÀ: Sala riunione G.C

ANWESEND SIND:

SONO PRESENTI:

		e.a./a.g.
Frank Alois	Bürgermeister / Sindaco	
Niederholzer Ignaz	Gemeindereferent / Assessore	
Oberrauch Elisabeth Maria	Gemeindereferentin / Assessora	
Windegger Armin	Vize-Bürgermeister / Vicesindaco	
Bertagnolli Armin	Gemeindereferent / Assessore	

Seinen Beistand leistet der Sekretär, Herr

Assiste il Segretario, sig.

Dr. Georg Sagmeister

Vorsitz

Frank Alois

Presidente

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister

nella sua qualifica di Sindaco

DER STADTRAT BESCHLIESST IN FOLGENDER
ANGELEGENHEIT:

LA GIUNTA COMUNALE DELIBERA SUL SE-
GUENTE OGGETTO:

**GENEHMIGUNG EINER VEREINBARUNG
MIT DER GEMEINDE MALS BETREFFEND
DIE NEUREGELUNG DER
KLEINKINDBETREUUNG**

**APPROVAZIONE DI UNA CONVENZIONE
CON IL COMUNE DI MALLES
CONCERNENTE IL NUOVO REGOLAMENTO
PER L'ASSISTENZA DEI BIMBI**

Das Landesgesetz Nr. 8/1996 in geltender Fassung regelt mit Art. 1 den Tagesmütter- bzw. Tagesväterdienst und mit Art. 1/bis die Kindertagesstätten für Kinder im Alter von 3 Monaten bis drei Jahren.

Im Abschnitt IV des Landesgesetzes Nr. 8/2013 finden sich weitere Bestimmungen in Bezug auf die Kleinkinderbetreuung.

Mit Dekret des Landeshauptmannes Nr. 40/1997 wurde die Durchführungsverordnung zur Kleinkinderbetreuung genehmigt.

Mit Beschluss des Landesausschusses Nr. 889/2016 sind die Kriterien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter/Tagesväter genehmigt worden. Diese Verordnung sieht im Art. 3 die Verpflichtung der Gemeinde vor, Betreuungsplätze im Ausmaß von 15 % der Kinderanzahl im Alter von 0-3 Jahren anzubieten. Jeder Platz entspricht einer jährlichen Betreuung von 1.200 Stunden.

Im Herbst wurde eine Erhebung unter den Eltern der Kinder bis zu 3 Jahren durchgeführt. In der Gemeinde Glurns erreicht der erhobene Bedarf in keinem Fall die 1200 Stunden pro Jahr, da sich nur 2 Eltern verbindlich für eine Kleinkinderbetreuung angemeldet haben.

In der Gemeinde Glurns gibt es keine aktive Tagesmutter bzw. Tagesvater. Die Nachbargemeinde Mals führt eine Betreuungsstätte (KITA) für 20 Kleinkinder. Zudem sind in Mals noch Tagesmütter tätig mit weiteren 12 Betreuungsplätzen. Eine von der Gemeinde Mals durchgeführte Erhebung hat ergeben, dass das Angebot größer ist als der Bedarf. Deshalb ist die Gemeinde Mals bereit, mit Nachbargemeinden entsprechende Vereinbarungen abzuschließen und dortige Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Aus diesem Grund soll eine Vereinbarung mit der Gemeinde Mals abgeschlossen werden, damit die eventuellen freien Plätze der Kindertagesstätte Mals genutzt werden können.

Es wurde eine entsprechende Vereinbarung ausgearbeitet.

Die Stundenvergütung zulasten der Gemeinde Glurns kann im Moment noch nicht ge-

La legge provinciale 8/1996 in forma attuale disciplina nell'articolo 1 il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia ed all'articolo 1/bis le microstrutture per bambini di età compresa tra tre mesi e tre anni.

Nel capo IV della legge provinciale 8/2013 si trovano ulteriori disposizioni a riguardo dei servizi di assistenza alla prima infanzia.

Con decreto del Presidente della giunta provinciale 40/19978 è stato approvato il Regolamento di esecuzione relativo all'assistenza all'infanzia.

Con Deliberazione della Giunta Provinciale 889/2016 sono stati approvati i criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia.

Tale regolamento prevede all'articolo 3 l'obbligo per i comuni di offrire posti di assistenza per il 15 % dei bambini in età 0-3 anni. Ogni posto corrisponde convenzionalmente a 1.200 ore di assistenza annue.

In autunno è stato espletato un sondaggio tra i genitori con bambini con una età fino a tre anni. Da questo sondaggio risulta che nel Comune di Glorenza il fabbisogno non raggiunge i 1200 ore per anno, in quanto solo due genitori si sono interessati senz'impegno per l'assistenza alla prima infanzia;

Nel Comune di Glorenza non esiste il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia. Il comune vicino di Malles Venosta gestisce una microstruttura con 20 posti. Inoltre sul territorio di Malles vengono offerte servizi domiciliari di assistenza. Un sondaggio da parte del Comune di Malles Venosta ha mostrato che l'offerta supera il fabbisogno effettivo sul territorio comunale. Per questo motivo l'amministrazione comunale di Malles Venosta è propensa a mettere a disposizione eventuali posti liberi a favore dei comuni limitrofi.

Pertanto si intende stipulare una convenzione con il Comune di Malles Venosta per poter usufruire dei posti eventualmente disponibili nella microstruttura di Malles.

È stata elaborata una apposita bozza di convenzione.

La spesa oraria a carico del Comune di Glorenza al momento non può essere determina-

nau quantifiziert werden, nachdem der Dienst in den nächsten Wochen erst neu vergeben werden wird.

Nach Einsichtnahme in die geltende Satzung der Gemeinde Glurns;

Nach Einsichtnahme in den Einheitstext der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung, genehmigt mit D.P.Reg. vom 1. Februar 2005, Nr.3/L;

Nach Einsichtnahme in die vorliegenden positiven Gutachten gemäß Artikel 81 des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung;

ta in quanto il servizio deve essere appaltato nelle prossime settimane.

Visto lo statuto vigente del Comune di Glorenza;

Visto il testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni, approvato con D.P.Reg. 1 febbraio 2005, n.3/L;

Visti i presentati pareri favorevoli ai sensi dell'articolo 81 del testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni;

b e s c h l i e ß t

DER STADTRAT

mit Stimmeneinhelligkeit, kundgetan durch Handerheben:

1. Die Vereinbarung, die nur als Entwurf diesem Beschluss beigelegt wird, mit der Gemeinde Mals i.V. für die Kleinkinderbetreuung mit dem folgenden wesentlichen Inhalt zu genehmigen:

- bei Vorhandensein von freien Plätzen können auch Eltern mit dem Wohnsitz in Glurns die Kindertagesstätte bzw. die Betreuung durch Tagesmütter/väter von Mals nutzen.

2. Den Bürgermeister zu ermächtigen die Vereinbarung abzuschließen.

3. Festzuhalten, dass dieser Beschluss keine Ausgaben mit sich bringt.

4. vorliegenden Beschluss im Sinne von Art. 79, Abs. 4 des E.T.G.O., genehmigt mit D.P.R.A vom 01.02.2005, N. 3/L, mit demselben Abstimmungsergebnis, für unverzüglich vollstreckbar zu erklären.

LA GIUNTA COMUNALE

d e l i b e r a

ad unanimità di voti, espressa per alzata di mano:

1. Di approvare una convenzione, che viene allegata solo come bozza, con il Comune di Malles Venosta per i servizi alla prima infanzia con i seguenti contenuti essenziali:

- In caso di disponibilità anche i genitori con residenza a Glorenza possono usufruire dei servizi offerti dalla microstruttura di Malles e dell'assistenza domiciliare all'infanzia.

2. Di incaricare il Sindaco con la stipula della convenzione.

3. Di dare atto che la presente delibera non comporta spese.

4. di dichiarare il presente provvedimento con lo stesso esito di voto immediatamente eseguibile ai sensi dell'art. 79, comma 4 del T.U.O.C., approvato con D.P.G.R. 01.02.2005, n. 3/L.

Gelesen, genehmigt und gefertigt

Letto, confermato e sottoscritto

DER VORSITZENDE – IL PRESIDENTE
Frank Alois

EIN REFERENT - UN'ASSESSORE
Oberrauch Elisabeth Maria

DER SEKRETÄR - IL SEGRETARIO
Dr. Georg Sagmeister

VERÖFFENTLICHUNGSBESTÄTIGUNG

RELAZIONE DI PUBBLICAZIONE

Diese Niederschrift wird an der Amtstafel und auf der
Internetseite der Gemeinde Glurns am

Il presente verbale viene pubblicato all'Albo Pretorio
nonché sul sito Internet del Comune di Glorenza

15/12/2016

für 10 aufeinanderfolgende Tage veröffentlicht.

per 10 giorni consecutivi

DER SEKRETÄR - IL SEGRETARIO
Dr. Georg Sagmeister

Vorliegender Beschluss ist am ,

La presente deliberazione è divenuta esecutiva il

26/12/2016

gemäß Art.79, 1. Absatz, des geltenden E.T.G.O. voll-
streckbar geworden.

ai sensi dell'art. 79, 1 comma, del vigente T.U.O.C..

DER SEKRETÄR - IL SEGRETARIO
Dr. Georg Sagmeister

Privaturkunde Nr. 341 vom 03.01.2017

Vereinbarung

abgeschlossen zwischen

1) der Gemeinde Mals mit Sitz in 39024 Mals, Bahnhofstraße 19 , Steuer-
nummer 82006550212, vertreten durch den amtierenden Bürgermeister-
stellvertreter Josef Thurner in Ausführung des Gemeindeausschussbe-
schlusses Nr. 507 vom 14.12.2016

2) der Stadtgemeinde Glurns mit Sitz in 39020 Glurns, Rathausplatz 1,
Steuernummer 00432110211, vertreten durch den amtierenden Bürger-
meister Frank Alois in Ausführung des Gemeindeausschussbeschlusses Nr.
355 vom 14.12.2016

Prämissen

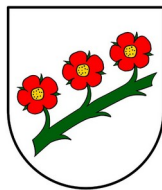
Die Gemeinde Mals betreibt eine Kleinkindertagesstätte mit 20 Betreu-
ungsplätzen und zudem sind Tagesmütter in Mals tätig, bei denen jeweils 6
Betreuungsplätze, also insgesamt weitere 12 Betreuungsplätze zur Verfü-
gung stehen. Die durchgeführte Erhebung des Bedarfes an Betreuungs-
plätzen für die Kleinkinder in Mals hat einen Bedarf von 12-15 Betreuungs-
plätzen für die kommenden 3 Jahre ergeben. Somit kann die Gemeinde
Mals die restlichen zur Verfügung stehenden Plätze den Nachbargemein-
den zur Verfügung stellen.

Die Gemeinde Glurns kann aktuell den Verpflichtungen der Kleinkinderbe-
treuung weder mittels Kindertagesstätte noch mittels Tagesmutterdienst
(es gibt keine aktive Tagesmutter in der Gemeinde Glurns) nach kommen.

Vereinbarung

**MARKTGEMEINDE
LATSCH**

Autonome Provinz Bozen - Südtirol

**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES
GEMEINDEAUSSCHUSSES**

**COMUNE DI
LACES**

Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige

**VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA
GIUNTA COMUNALE**

Prot.Nr.

Sitzung vom - Seduta del: 10.12.2020

Uhr - Ore: 13:30

Sitzung in Videokonferenz

Seduta in videoconferenza

Virtuell anwesend sind die Damen und Herren:

Sono virtualmente presenti le Signore e i Signori:

			A. E. A. G.	A. U. A. I.
Bürgermeister	DALLA BARBA Mauro	Sindaco		
Vize-Bürgermeister	STRICKER Christian	Vicesindaco		
Gemeindereferentin	GUNSCH Gertraud	Assessore		
Gemeindereferent	PLATZGUMMER Manuel	Assessore		
Gemeindereferentin	DR. GAMPER Irmgard	Assessore		
Gemeindereferentin	KUPPELWIESER Maria Anna	Assessore		

Seinen Beistand leistet Der Gemeindesekretär

Assiste Il Segretario comunale

Georg Schuster

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt
HerrConstatato che il numero degli intervenuti é sufficiente
per la legalità dell'adunanza, il signor

Mauro Dalla Barba

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz.

nella sua qualifica di sindaco ne assume la
presidenza.

Der Gemeindeausschuss behandelt folgenden

La Giunta comunale delibera sul seguente

GEGENSTAND:	OGGETTO:
Festsetzung der Tarife für den Besuch der Kleinkinderbetreuungsstätte in Latsch für das Jahr 2021	Determinazione del tariffa per la frequentazione del servizio di microstruttura di Laces per l'anno 2021

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

Es wird vorausgeschickt:

- Mit Beschluss Nr. 28 vom 21.06.2004 hat sich der Gemeinderat grundsätzlich für die Errichtung einer Kleinkinderbetreuungsstätte in der Gemeinde Latsch ausgesprochen.
- Laut Art. 12 des Dekretes des Landeshauptmannes vom 07.09.2005 Nr. 43 fällt die Festlegung der Tarife in die Zuständigkeit der Gemeindeverwaltung.

Nach Einsichtnahme in den Beschluss der Landesregierung Nr. 666 vom 30.07.2019 mit welchem die Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter-/Tagesväterdienstes beschlossen wurden sowie der Beschluss Nr. 1198/2018 widerrufen wurde.

Das Landesgesetz vom 17.05.2013, Nr. 8 "Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol" sieht im Abschnitt 4 "Kleinkinderbetreuung" die Einführung eines neuen Finanzierungssystems sowie die Harmonisierung der Tarife der Kleinkinderbetreuungsdienste vor.

Ab 01.01.2014 gilt für die Dienstform Kindertagesstätte:

- ein einheitlicher Mindeststundentarif in Höhe von 0,90 €;
- ein einheitlicher Höchststundentarif in Höhe von 3,65 €;

Festgehalten, dass die Anlage A des Beschlusses der Landesregierung Nr. 666 vom 30.07.2019 folgende Neuerungen für die Finanzierung von Kleinkinderbetreuungsstätten vorsieht:

- Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

LA GIUNTA COMUNALE

Viene premesso che:

- Con delibera n. 28 del 21/06/2004 il Consiglio Comunale si è espresso in linea di massima favorevole all'insediamento di un asilo nido nel comune di Laces.
- Ai sensi dell'art 12 del Decreto del Presidente della Provincia del 07/09/2005 n. 43 la determinazione dei costi del servizio è di competenza dell'amministrazione comunale.

Visto la delibera della Giunta provinciale n. 666 del 30/07/2016 con la quale sono stati deliberati i criteri per il finanziamento di microstrutture e del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia e revocata la delibera n. 1198/2018.

La legge provinciale 17/05/2013, n. 8 "Sviluppo" e sostegno della famiglia in Alto Adige" prevede al Capo IV l'introduzione di un nuovo sistema di finanziamento nonché l'armonizzazione delle tariffe per i servizi per la prima infanzia.

Dal 01/01/2014 per il servizio di microstruttura viene applicata:

- una tariffa oraria minima unitaria di € 0,90;
- una tariffa oraria massima unitaria di € 3,65;

Dato atto che l'allegato A della delibera della Giunta provinciale n. 666 del 30/07/2019 prevede le seguenti novità riguardante il finanziamento del servizio di microstruttura :

- Il contributo erogato dalla Provincia ai Comuni e agli enti gestori dei servizi di assistenza domiciliare all'infanzia viene concesso su base oraria per le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario di cui all'articolo 9, comma 5. Il contributo provinciale non spetta invece per le ore da non fatturare agli utenti e per quelle totalmente a carico della famiglia.

- Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.
- Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarifbeteiligung zu Lasten des Landes.
- Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarifbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.
- pro Jahr können 1.920 tarifiermäßige Betreuungsstunden pro Kind in Anspruch genommen werden;
- die Verträge zur Führung von Kleinkinderbetreuungsstätten müssen auf
- Agli utenti con un contratto di assistenza inferiore alle 12 ore settimanali sono fatturate minimo di 12 ore settimanali alla tariffa dovuta in base al sistema tariffario, fatti salvi i giorni di assenza per ferie concordati. Vengono fatturate invece solo le ore di assistenza effettivamente usufruite se il bambino/la bambina non frequenta, per cause non dipendenti dalla famiglia, le 12 ore minime settimanali (ad esempio per festività, chiusura della microstruttura, malattia o ferie dell'assistente domiciliare all'infanzia, inizio o fine servizio non coincidenti con il primo o l'ultimo giorno della settimana). Per i minori da assistere con disabilità certificata vengono fatturate solo le ore di assistenza effettivamente usufruite.
- L'ammontare del contributo provinciale erogato ai Comuni per le microstrutture viene calcolato moltiplicando la quota oraria fissa a carico della Provincia per il numero di ore di servizio ammesse a finanziamento per l'anno di riferimento, con l'aggiunta della quota di compartecipazione tariffaria a carico della Provincia stimata sulla base delle domande di contributo.
- L'ammontare del contributo provinciale agli enti gestori del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia viene calcolato moltiplicando la quota oraria fissa a carico della Provincia e dei Comuni per il numero di ore di servizio ammesse a finanziamento per l'anno di riferimento, con l'aggiunta della quota di compartecipazione tariffaria a carico della Provincia stimata sulla base delle domande di contributo. La Provincia anticipa agli enti gestori la quota fissa a carico dei Comuni, che verrà recuperata dai trasferimenti correnti a titolo di finanza locale nel primo esercizio finanziario utile in seguito alle rendicontazioni degli enti gestori
- il numero massimo di ore a tariffa agevolata usufruibili dagli utenti ammonta a 1.920 ore annuali per bambino;
- i contratti per la gestione di microstrutture devono essere stipulati su base oraria;

Stundenbasis abgeschlossen werden;

- der konventionelle Stundensatz von Kindertagesstätten beträgt max. 12,00 €, zuzüglich MwSt.;
- Mitfinanzierung des Tagesmütter/-väterdienstes durch die Gemeinde;
- der konventionelle Stundensatz für Tagesmütter/-väterdienstes beträgt 10,20 € inkl. MwSt.,

- il costo orario convenzionale per microstrutture ammonta a max. 12,00 €, più IVA;
- il Comune deve cofinanziare il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia;
- il costo orario convenzionale il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia ammonta a 10,20 € incl. IVA

Nach Einsichtnahme in die Aufstellung der Gesamtkosten, sowie nach Vornahme der entsprechenden Berechnungen.

Vista la distinta dei costi complessivi nonché effettuati i relativi calcoli.

Dafürgehalten, die Tarife für den Besuch der Kleinkinderbetreuungsstätte in Latsch für das Jahr 2021 wie folgt festzusetzen:

Ritenuto opportuno di determinare le tariffe per la frequentazione dell'asilo nido di Laces per l'anno 2021 come segue:

**Stundenmindesttarif
tariffa oraria minima**

**Stundenmaximal-
tarif / max. tariffa
oraria**

**Voller Tarif ab 1920
Stunden/ tariffa
piena a partire da
1920 ore**

**Monatlicher
Höchstbetrag /
importo mensile
massimo**

**Euro 0,90
inkl. MwSt. / incl. IVA**

**Euro 3,65
inkl. MwSt. / incl. IVA**

**Euro 12,60
inkl. MwSt. / incl. IVA**

**Kein Betrag / nessun
importo**

Nach kurzer Diskussion und Beratung.

Dopo breve discussione e consultazione.

Nach Einsichtnahme in die Gutachten der für die zuständigen Organisationseinheiten verantwortlichen Beamtinnen und Beamten gemäß Art. 185 und Art. 187 des Regionalgesetzes Nr. 2 vom 03.05.2018 (Kodex der örtlichen Körperschaften) hinsichtlich:

Visti i pareri delle funzionarie e dei funzionari responsabili delle strutture competenti ai sensi dell'art. 185 e dell'art. 187 della legge regionale n. 2 di data 03.05.2018 (Codice degli enti locali) in ordine alla:

a) administrativen Ordnungsmäßigkeit
(jMuBqrMVxRFFsFrAQCGrJAJWuK9BxTpONgb
01twlJwo=)

a) alla regolarità tecnico-amministrativa
(jMuBqrMVxRFFsFrAQCGrJAJWuK9BxTpONgb
01twlJwo=)

Nach Einsichtnahme in die geltenden Regionalgesetze über die Gemeindeordnung in der Region Trentino – Südtirol, sowie in die Satzung der Gemeinde Latsch.

Viste le vigenti Leggi Regionali sull'Ordinamento dei Comuni nella Regione Trentino – Alto Adige, nonché lo statuto del Comune di Laces.

Einstimmig und in gesetzlicher Form durch Handerheben

Ad unanimità di voti favorevoli espressi nella forma di legge per alzata di mano

b e s c h l i e ß t

d e l i b e r a

1. Die Tarife für den Besuch der Kleinkinderbetreuungsstätte in Latsch für das Jahr 2021 wie folgt festzusetzen:

1. Di determinare le tariffe per la frequentazione dell'asilo nido di Laces per l'anno 2021 come segue:

- als Stundentarif zu Lasten der Nutzer und Nutzerinnen der Kleinkinderbetreuungsstätte Latsch den Betrag von € 3,65 festzusetzen;

- di fissare in € 3,65 la tariffa oraria a carico delle famiglie utenti del servizio di asilo nido di Laces;

- di fissare in € 0,90 la tariffa oraria minima a

- als Stundenmindesttarif zu Lasten der Nutzer und Nutzerinnen der Kleinkinderbetreuungsstätte Latsch den Betrag von € 0,90 festzusetzen.

- keinen monatlichen Höchstbetrag zu Lasten der Nutzer und Nutzerinnen der Kleinkinderbetreuungsstätte Latsch festzusetzen.

- Grenze von 1920 Stunden im Jahr für das Anrecht auf die Tarifbegünstigung: darüber hinaus hat der Nutzer darauf kein Anrecht mehr und wird der leistungserbringenden Körperschaft die Vollkosten aller übrigen Betreuungsstunden zahlen.

- Voller Tarif ab 1920 Stunden

2. Festzuhalten, dass die o.g. Tarife ab 01.01.2021 in Kraft treten.

3. Festzustellen, dass der Gemeindeverwaltung aus diesem Beschluss keinerlei Ausgaben erwachsen.

carico delle famiglie utenti del servizio di asilo nido di Laces;

- di fissare nessun importo massimo mensile a carico delle famiglie utenti del servizio di asilo nido di Laces;

- limite di 1920 ore di servizio annuale usufruibile a tariffa agevolata: oltre a tale limite l'utente non ha più diritto all'agevolazione tariffaria e dovrà corrispondere all'ente erogatore del servizio l'importo del costo orario pieno per ogni ora usufruita oltre il suddetto limite mensile.

- Tariffa piena a partire da 1920 ore

2. Di dare atto che le predette tariffe entrano in vigore a partire dal 01.01.2021.

3. Di Constatare che la presente delibera non comporta nessuna spesa per l'amministrazione comunale.

Gegen den vorliegenden Beschluss kann jeder Interessierte innerhalb von 10 Tagen ab seiner Veröffentlichung an der Amtstafel Beschwerde beim Gemeindevausschuss oder innerhalb von 60 Tagen beim Regionalen Verwaltungsgericht, Sektion Bozen, einreichen.

Avverso il presente provvedimento ogni interessato può presentare osservazioni o reclami entro il termine di gg. 10 a partire dalla data della sua pubblicazione all'albo comunale presso la Giunta comunale o entro 60 giorni presso il TAR, sezione di Bolzano.

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Letto, approvato e sottoscritto.

DER Mauro Dalla Barba

VORSITZENDE

IL PRESIDENTE

DER Georg Schuster

GEMEINDESEKRETÄR

IL SEGRETARIO

COMUNALE

VERÖFFENTLICHUNGSBESTÄTIGUNG

RELAZIONE DI PUBBLICAZIONE

Diese Niederschrift wurde an der Amtstafel der Gemeinde Latsch und an der digitalen Amtstafel am

La presente deliberazione è stata pubblicata all'Albo Pretorio del Comune di Laces ed all'albo pretorio digitale il

15.12.2020

für 10 aufeinander folgende Tage veröffentlicht.

per 10 giorni consecutivi.

DER GEMEINDESEKRETÄR – IL SEGRETARIO COMUNALE

Georg Schuster

Digital signiertes Dokument – documento firmato digitalmente

Delibera 30 luglio 2019, n. 666

Approvazione dei Criteri per il finanziamento di microstrutture e del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia e revoca della deliberazione n. 1198 del 20 novembre 2018

Delibera 20 novembre 2018, n. 1198

Approvazione dei Criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia e revoca della deliberazione n. 597 del 19 giugno 2018

ALLEGATO A

Criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia

Art. 1

Ambito di applicazione

1. I presenti criteri disciplinano, ai sensi degli articoli 13 e 15 della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche, il finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia destinati a bambini e bambine di età compresa fra i tre mesi e i tre anni di età e la concessione dei contributi provinciali per la loro gestione. I presenti criteri disciplinano inoltre altri aspetti riguardanti i suindicati servizi.

2. Gli enti gestori privati accreditati senza scopo di lucro che erogano i servizi di cui agli articoli 13 e 15 della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche, sono di seguito denominati enti gestori.

Art. 2

Piano di sviluppo

1. Ogni Comune elabora un proprio Piano di sviluppo della rete di servizi per la prima infanzia, che andrà aggiornato annualmente e presentato entro il 30 novembre all'Agenzia per la famiglia. Il Piano di sviluppo è uno strumento di programmazione orientato e subordinato al concreto fabbisogno delle famiglie presenti sul territorio comunale, condiviso con gli enti gestori a livello comunale e orientato all'ottimale utilizzo delle strutture e dei servizi presenti sul territorio comunale.

2. I Comuni possono mettere a disposizione servizi socio-educativi per la prima infanzia presenti sul territorio comunale o avvalersi di servizi di altri Comuni della provincia di Bolzano o di Comuni fuori provincia.

Art. 3

Posti di assistenza

1. I Comuni mettono a disposizione posti di assistenza nelle diverse tipologie di servizi disciplinate al capo IV della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche.

2. Il Comune può avvalersi di posti-bambino nelle microstrutture aziendali di cui all'articolo 16 della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche, nei limiti dei vigenti criteri per la concessione dei contributi per microstrutture aziendali e l'acquisto di posti bambino presso servizi analoghi. Viceversa, nelle microstrutture comunali possono essere ceduti anche alcuni posti-bambino per i casi in cui il datore di lavoro di uno dei genitori contribuisca finanziariamente al costo del servizio di assistenza all'infanzia, a condizione che non vi siano liste di attesa presso il Comune gestore o presso altri Comuni.

3. Per cui il numero dei posti di assistenza deve essere tarato sul fabbisogno concreto, che il Comune deve rilevare e soddisfare in maniera ottimale. Deve essere garantito un posto di assistenza per almeno il 15 per cento dei bambini in età 0-3 anni residenti sul territorio comunale al 31 dicembre dell'anno precedente a quello di presentazione della domanda di contributo. Il Comune di residenza o di stabile dimora del bambino/della bambina partecipa ai costi sostenuti dalle famiglie che usufruiscono di servizi presso altri Comuni della provincia di Bolzano, come stabilito all'articolo 7. L'ampliamento del numero di posti di assistenza avviene in ogni caso tenendo conto dell'effettivo fabbisogno della popolazione e della necessità di creare posti di assistenza per almeno il 33 per cento dei bambini presenti sul territorio, in linea con gli obiettivi posti dal Consiglio europeo in occasione del convegno di Barcellona del 2002, poi ribaditi nella Strategia di Lisbona e successivamente nella Strategia Europa 2020.

4. Ogni posto di assistenza corrisponde convenzionalmente a 1.200 ore di assistenza annue.

5. Ai fini del raggiungimento dell'obiettivo di cui al comma 3, si considerano i bambini che usufruiscono di una delle forme di assistenza di cui al capo IV della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche, con il cofinanziamento da parte della Provincia, dei Comuni e degli utenti ai sensi dell'articolo 7 dei presenti criteri.

6. Al Comune che, in mancanza di adeguate motivazioni, non è in grado di raggiungere l'obiettivo di cui al comma 3, si applica nel primo esercizio finanziario utile una detrazione dai trasferimenti correnti a titolo di finanza locale pari a un importo calcolato in proporzione all'offerta mancante. L'ammontare della detrazione è determinato moltiplicando le ore di assistenza mancanti al raggiungimento del 15 per cento di cui al comma 3 per il costo orario standard del servizio previsto all'articolo 8, comma 1, lettera a), per le microstrutture superiori a dieci posti. Gli importi dedotti verranno riutilizzati per il finanziamento dei servizi per la prima infanzia.

Art. 4

Accesso ai servizi

1. Per l'accesso ai servizi si applicano i seguenti criteri di precedenza vincolanti, indicati in ordine decrescente di importanza:

- a) la residenza del bambino/della bambina nel comune;
- b) lo stato di lavoratore/lavoratrice di entrambi i genitori o del genitore monoparentale;
- c) problematiche fisiche e/o psichiche certificate riguardanti il bambino/la bambina da assistere, un fratello/una sorella oppure un genitore;
- d) l'orario lavorativo di ciascun genitore:
 - 1) a tempo pieno;
 - 2) a tempo parziale superiore al 50 per cento;
 - 3) a tempo parziale fino al 50 per cento compreso.

2. Il Comune, in caso di servizio di microstruttura, e l'ente gestore, in caso di servizio di assistenza domiciliare all'infanzia, possono applicare ulteriori criteri di valutazione, quali ad esempio:

- a) lo stato di genitore monoparentale;
- b) la situazione di disagio psico-sociale o economico della famiglia del bambino/della bambina;
- c) lo stato di disoccupazione di uno o entrambi i genitori, attestato dalla relativa iscrizione nella lista di disoccupazione;
- d) la frequenza di corsi di formazione da parte di uno o di entrambi i genitori;
- e) la frequenza da parte di uno o di entrambi i genitori di un corso per l'apprendimento di una delle lingue principali della provincia;
- f) lo stato di lavoratore/lavoratrice nel settore privato;
- g) la presenza di minori di 10 anni, iscritti nello stesso stato di famiglia del bambino/della bambina da assistere;
- h) la data di iscrizione al servizio;
- i) la stabile dimora del bambino/della bambina nel comune.

Art. 5

Requisiti di ammissione degli utenti e requisiti dei servizi

1. Di regola sono ammessi solo bambini e bambine che frequentano il servizio per almeno 12 ore settimanali.
- 2 Per i bambini e le bambine in età prescolare che hanno compiuto i quattro anni, o anche di età inferiore se già frequentanti la scuola dell'infanzia, che usufruiscono del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia per il quale i genitori corrispondono la tariffa oraria piena, vengono fatturate le ore effettivamente utilizzate e non sussiste l'obbligo della frequenza minima di 12 ore settimanali.
3. Comune ed enti gestori garantiscono la continuità del servizio.
4. Comune ed enti gestori garantiscono la trasparenza nell'istruttoria delle domande e nella procedura di ammissione.
5. Al fine di garantire la continuità pedagogica, i bambini già frequentanti il servizio mantengono il posto con diritto di precedenza rispetto ad eventuali nuove ammissioni.

Art. 6 Beneficiari dei contributi provinciali

1. Possono beneficiare dei contributi provinciali:
 - a) i Comuni della provincia di Bolzano, in forma singola o associata, che gestiscono il servizio di microstruttura di cui all'articolo 15 della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche, e/o acquistano ore di assistenza nelle microstrutture aziendali di cui all'articolo 16 della medesima legge;
 - b) gli enti gestori che erogano il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia di cui all'articolo 13 della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche, per conto dei Comuni.
2. Al fine di ottenere un contributo provinciale e un eventuale anticipo, devono essere rispettati i requisiti di base per l'avvio del servizio ai sensi dei vigenti standard qualitativi per l'attività pedagogica nei servizi di assistenza alla prima infanzia.
3. Il contributo provinciale di cui al comma 2 o l'eventuale saldo può essere liquidato solo a fronte dell'avvenuto accreditamento del servizio ai sensi dei vigenti standard qualitativi per l'attività pedagogica nei servizi di assistenza alla prima infanzia.

Art. 7 Finanziamento dei servizi

1. I servizi di cui all'articolo 1, comma 1, vengono finanziati su base oraria da Provincia e Comuni, e con la compartecipazione tariffaria degli utenti. Il Comune competente per il finanziamento è quello in cui i bambini e le bambine hanno la residenza. Se il bambino/la bambina non ha la residenza in provincia di Bolzano, è competente il Comune di stabile dimora.
2. La differenza tra il costo orario convenzionale di cui all'articolo 8 e la tariffa oraria massima a carico dell'utente di cui all'articolo 9, viene coperta con quote fisse di pari entità da parte della Provincia e dei Comuni. Se il costo orario effettivo è inferiore al costo orario convenzionale, la differenza viene calcolata sul costo orario effettivo.
3. Qualora la famiglia usufruisca di un'agevolazione tariffaria ai sensi del [decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30](#), e successive modifiche, la Provincia integra il pagamento fino alla tariffa oraria massima.
4. I contratti e gli accordi tra Comuni ed enti gestori devono essere stipulati su base oraria e contenere il costo orario effettivo. Per il calcolo del contributo il costo orario effettivo va indicato con e senza IVA e arrotondato al secondo decimale.

Art. 8 Costo orario convenzionale dei servizi

1. I costi dei servizi sono espressi in costi orari convenzionali e sono differenziati per tipologia di servizio. Il costo orario convenzionale ammesso a contributo provinciale, ammonta a:

a) massimo euro 12,00, imposta sul valore aggiunto (IVA) esclusa, per le microstrutture con capacità superiore ai 10 posti;

b) massimo euro 14,00, IVA esclusa, per le microstrutture fino a 10 posti e per nuove microstrutture nell'anno di apertura e nel successivo anno solare;

c) massimo euro 10,20, eventuale IVA inclusa, per il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia;

d) massimo euro 12,00, IVA esclusa, per le microstrutture aziendali; il prezzo applicato ai Comuni non può superare il prezzo più alto applicato alle aziende nella stessa microstruttura.

2. Il costo orario convenzionale include tutte le spese per la gestione del servizio. Le spese per investimenti, per manutenzione straordinaria e i costi amministrativi dei Comuni non concorrono a determinare il costo orario convenzionale.

3. Per il servizio di microstruttura il costo orario convenzionale indicato nel contratto di gestione può contenere anche eventuali costi a carico del Comune. Tali costi possono essere imputati - in parte o per intero - agli enti gestori.

4. I costi per la messa a disposizione di locali di proprietà comunale a un ente gestore possono concorrere a determinare il costo orario del servizio nella misura massima stabilita dall'Ufficio Estimo della Provincia per il canone di locazione convenzionale.

5. I costi per i pasti delle operatrici e degli operatori addetti all'assistenza dei bambini concorrono a determinare il costo orario convenzionale e pertanto non sono a carico del personale di assistenza.

6. Le microstrutture vengono accreditate per la loro capacità ricettiva massima. Il servizio viene affidato per la gestione della capacità ricettiva massima. Il costo orario convenzionale maggiorato per le microstrutture fino a 10 posti trova applicazione solamente nel caso in cui la capacità ricettiva massima sia di 10 posti.

7. Il finanziamento dei costi aggiuntivi per operatrici e operatori addetti all'assistenza di bambini con disabilità è disciplinato con appositi criteri.

Art. 9

Tariffe a carico degli utenti

1. La tariffa a carico degli utenti dei servizi viene calcolata ai sensi del [decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30](#), e successive modifiche. La tariffa oraria a carico degli utenti è onnicomprensiva e include pasti, pannolini e prodotti igienici. Ai costi derivanti da esigenze o richieste particolari avanzate dai genitori devono provvedere le famiglie stesse.

2. La compartecipazione tariffaria per gli utenti dei servizi, di cui al comma 1, prevede una tariffa oraria minima di euro 0,90 e una tariffa oraria massima di euro 3,65, IVA inclusa.

3. Le tariffe orarie minime e massime possono essere aggiornate dalla Giunta provinciale d'intesa con il Consiglio dei Comuni.

4. Il sistema tariffario di cui al comma 2 trova applicazione per una frequenza massima di 1.920 ore annue a bambino/bambina oppure per un numero di ore proporzionalmente ridotto a fronte di una minore frequenza prevista dal contratto di assistenza. Se le ore di assistenza superano invece il limite massimo stabilito dal sistema tariffario, il costo delle ore eccedenti è a totale carico degli utenti.

5. A carico degli utenti dei servizi vengono fatturate, in base al sistema tariffario, le ore previste dal contratto di assistenza, tenuto conto del limite massimo di cui al comma 4 e delle eventuali assenze per ferie o malattia di cui ai commi 6 e 7.

6. Se il bambino/la bambina frequenta il servizio per tutto l'anno, non viene fatturato un periodo di assenza per ferie di tre settimane; in caso di frequenza inferiore all'anno, viene fatturato un periodo ridotto in proporzione. Il periodo delle ferie si aggiunge ai giorni di chiusura della struttura o di ferie del/della assistente domiciliare all'infanzia. È facoltà delle parti contrattuali aumentare il periodo di assenza per ferie da non fatturare. Agli utenti che superano il periodo massimo di ferie concordato viene fatturato il costo intero del servizio.

7. In caso di malattia del bambino vengono fatturati agli utenti del servizio i primi tre giorni di assenza in base alla tariffa dovuta. I giorni successivi vengono fatturati in base alla tariffa dovuta e per l'intero periodo di malattia a condizione che entro il terzo giorno di assenza del bambino/della bambina la famiglia presenti il certificato medico. In mancanza del certificato medico sarà addebitato alla famiglia l'intero costo orario del servizio per i giorni di assenza a partire dal quarto giorno. Vengono considerati in tal caso i giorni di frequenza previsti da contratto, esclusi i fine settimana, le festività ed eventuali altri giorni in cui il servizio non viene erogato.

8. Se la famiglia rifiuta, senza fornire adeguate motivazioni, un posto di assistenza rispondente alle proprie esigenze nel comune in cui il bambino/la bambina risiede o ha stabile dimora, e ricorre al servizio di assistenza di un altro Comune, la tariffa oraria a suo carico può essere aumentata di 1,00 euro, IVA inclusa. In questo caso si riduce di pari misura la quota di competenza del Comune in cui il bambino/la bambina risiede o ha stabile dimora.

Art. 10

Ammontare del contributo provinciale

1. Il contributo erogato dalla Provincia ai Comuni e agli enti gestori dei servizi di assistenza domiciliare all'infanzia viene concesso su base oraria per le ore di assistenza fatturate agli utenti dei servizi in base al sistema tariffario di cui all'articolo 9, comma 5. Il contributo provinciale non spetta invece per le ore da non fatturare agli utenti e per quelle a totale carico della famiglia.

2. Agli utenti dei servizi viene fatturata la tariffa dovuta in base al sistema tariffario per un numero minimo di 12 ore settimanali, anche qualora il bambino/la bambina abbia usufruito del servizio per un numero di ore inferiore. Vengono fatturate invece solo le ore di assistenza effettivamente usufruite se il bambino/la bambina non frequenta, per cause non dipendenti dalla famiglia, le 12 ore minime settimanali (ad es. per festività, chiusura della microstruttura, malattia o ferie dell'assistente domiciliare all'infanzia, inizio o fine servizio non coincidenti con il primo/l'ultimo giorno della settimana).

3. L'ammontare del contributo provinciale erogato ai Comuni per il servizio di microstruttura viene calcolato moltiplicando la quota oraria fissa a carico della Provincia per il numero di ore di servizio ammesse a finanziamento per l'anno di riferimento, con l'aggiunta della quota media di partecipazione tariffaria a carico della Provincia stimata sulla base delle domande di contributo.

4. L'ammontare del contributo provinciale agli enti gestori del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia viene calcolato moltiplicando la quota oraria fissa a carico della Provincia e dei Comuni per il numero di ore di servizio ammesse a finanziamento per l'anno di riferimento, con l'aggiunta della quota media di partecipazione tariffaria a carico della Provincia stimata sulla base delle domande di contributo. La Provincia anticipa agli enti gestori la quota fissa a carico dei Comuni, che verrà recuperata dai trasferimenti correnti a titolo di finanza locale nel primo esercizio finanziario utile in seguito alle rendicontazioni degli enti gestori.

Art. 11

Termine di presentazione delle domande di contributo e di anticipo

1. Le domande di contributo e le domande per la concessione di un anticipo devono essere presentate all'Agenzia per la famiglia, utilizzando gli appositi moduli, entro il 30 novembre dell'anno precedente a quello cui si riferisce il contributo e riferirsi all'anno solare.

2. La domanda di contributo deve contenere le ore di servizio previste, il relativo costo orario e le entrate stimate, derivanti dalla compartecipazione tariffaria a carico degli utenti dei servizi, e deve tenere conto della programmazione dei servizi di cui all'articolo 18, comma 1, della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#).

3. La domanda di contributo per il servizio di microstruttura viene presentata all'Agenzia per la famiglia unicamente dal Comune gestore della microstruttura, indipendentemente dai comuni di provenienza dei bambini assistiti. Il Comune gestore provvederà in seguito a regolare i rapporti economici con gli altri Comuni di provenienza dei bambini frequentanti il servizio di microstruttura, chiedendo il rimborso della compartecipazione concordata a loro carico. Nella domanda di contributo i Comuni gestori di microstrutture devono indicare anche le ore di servizio eventualmente acquistate in microstrutture aziendali. I Comuni che, non disponendo di una propria microstruttura, acquistano ore di assistenza in una microstruttura aziendale, presentano una propria domanda di contributo.

4. In presenza di residua disponibilità finanziaria, potranno essere accettate nuove domande o domande di contributo integrativo per ore aggiuntive di assistenza. Queste domande vanno presentate entro e non oltre il 30 settembre dell'anno di riferimento e verranno trattate in ordine cronologico di entrata. La domanda di contributo integrativo per ore aggiuntive deve essere corredata da un report delle ore erogate fino alla fine del mese precedente a quello di presentazione. Eventuali domande correttive di contributo vengono accettate soltanto fino all'emanazione del decreto di concessione.

5. I Comuni che aprono una nuova microstruttura possono presentare entro il 15 novembre domanda di contributo per l'anno in corso.

6. In caso di domande irregolari o incomplete, il/la responsabile del procedimento assegna agli interessati, a pena di decadenza, un termine congruo dal ricevimento della richiesta per regolarizzare o integrare la domanda.

7. I termini per la conclusione del procedimento amministrativo decorrono dai termini di presentazione indicati ai commi 1 e 4, e vengono sospesi per l'acquisizione delle informazioni o dei documenti necessari.

Art. 12 Anticipi

1. Su richiesta dell'ente può essere concesso un anticipo del 70 per cento del contributo concesso nell'anno precedente. Qualora il contributo richiesto per l'anno di riferimento sia inferiore al contributo concesso nell'anno precedente, l'anticipo del 70 per cento viene calcolato sul contributo richiesto.

2. In caso di enti richiedenti che presentino domanda di contributo per la prima volta o che non abbiano presentato la domanda di anticipo di cui al comma 1, contestualmente al contributo può essere concesso, su richiesta, un anticipo del 50 per cento del contributo concesso per l'anno di riferimento.

Art. 13 Rendicontazione e liquidazione

1. Il contributo deve essere rendicontato entro il 31 dicembre dell'anno successivo a quello di concessione o di imputazione della spesa, se diverso, pena la revoca del beneficio.

2. Per gravi e motivate ragioni può essere concessa una proroga fino a un ulteriore anno; trascorso inutilmente tale termine, il contributo è automaticamente revocato. Se il beneficiario ha percepito un anticipo, deve restituirlo maggiorato degli interessi legali.

3. Il rendiconto, consistente in una dichiarazione sostitutiva ai sensi dell'articolo 2, comma 2/ter, della [legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17](#), e successive modifiche, da redigersi sull'apposito modulo predisposto dall'Agenzia per la famiglia, deve riportare:

a) le ore di servizio fatturate agli utenti nell'anno di riferimento in base al sistema tariffario;

b) le entrate suddivise tra la quota dovuta in base al [decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30](#), e successive modifiche, e l'eventuale quota ulteriore a carico delle famiglie che hanno usufruito del servizio al di fuori del proprio territorio comunale ai sensi dell'articolo 9, comma 8, dei presenti criteri.

4. Per il servizio di microstruttura il Comune deve rendicontare alla Provincia le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario, distinte per singola struttura e Comune di provenienza dei bambini e delle bambine, e dichiarare l'avvenuto pagamento all'ente gestore delle ore di assistenza rendicontate.

5. Per il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia l'ente gestore deve rendicontare alla Provincia le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario, distinte per Comune di competenza. Alla rendicontazione l'ente gestore deve allegare anche la relazione annuale inviata ad ogni Comune. Nel corso dell'anno, l'ente gestore informa regolarmente i singoli Comuni in merito alle ore di assistenza erogate e fatturate in base al sistema tariffario agli utenti residenti o aventi stabile dimora nel rispettivo territorio.

6. Non devono essere rendicontate le ore di ferie non fatturate alle famiglie. Queste ore vengono comunque rilevate separatamente a fini amministrativi e statistici.

7. Non devono essere rendicontati i costi e le entrate relativi alle ore di assistenza che superano il limite massimo stabilito all'articolo 9, comma 4, e quelle a totale carico degli utenti dei servizi. Queste ore vanno comunque rilevate separatamente a fini amministrativi e statistici.

8. Il contributo spettante viene rideterminato, nel limite dell'importo del contributo concesso, sulla base delle ore fatturate in base al sistema tariffario agli utenti dei servizi nell'anno di riferimento e tenuto conto della effettiva compartecipazione tariffaria da parte degli utenti stessi.

9. Qualora in sede di rendicontazione l'ente non documenti una spesa a suo carico pari almeno all'anticipo già percepito, deve restituire l'importo eccedente maggiorato degli interessi legali.

10. I termini per la conclusione del procedimento amministrativo decorrono dal termine di cui al comma 1, previsto per la presentazione della domanda di liquidazione, e vengono sospesi per l'acquisizione delle informazioni o dei documenti necessari a regolarizzare la rendicontazione.

Art. 14

Controlli

1. Ai sensi dell'articolo 2, comma 3, della [legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17](#), e successive modifiche, l'Agenzia per la famiglia effettua controlli a campione su almeno il sei per cento delle dichiarazioni sostitutive relative ai contributi per i quali è stato liquidato il saldo. Può inoltre procedere alla verifica di congruità dei costi orari convenzionali in ottemperanza a quanto disposto all'articolo 8, comma 1, lettere c) e d).

2. L'individuazione delle dichiarazioni sostitutive da sottoporre a controllo avviene mediante sorteggio effettuato da una apposita commissione. Il sorteggio è effettuato secondo il principio di casualità dalla lista dei contributi erogati nell'anno di riferimento. La commissione è nominata dal direttore/dalla direttrice di ripartizione competente ed è composta dal direttore/dalla direttrice di ripartizione competente, dalla direttrice/dal direttore dell'Agenzia per la famiglia e da un funzionario esperto/una funzionaria esperta.

3. Nei controlli viene esaminata la veridicità delle dichiarazioni sostitutive rilasciate in sede di rendicontazione dal/dalla rappresentante legale dell'ente beneficiario del contributo e viene verificata la regolarità della documentazione contabile in originale e la sua conformità in relazione alle ore di assistenza rendicontate. A tal fine gli enti gestori devono consentire all'Agenzia per la famiglia l'accesso alla loro documentazione contabile e provvedere a fornire le necessarie informazioni ai sensi delle norme vigenti in materia.

4. Sono inoltre sottoposti a controllo tutti i casi ritenuti dubbi dall'Agenzia per la famiglia.

5. Gli enti gestori devono mettere a disposizione dei Comuni soggetti a controllo la documentazione originale in loro possesso.

6. I controlli possono essere effettuati anche in collaborazione con funzionari di altre ripartizioni dell'Amministrazione provinciale, mediante sopralluogo presso la sede dell'ente oppure tramite richiesta di invio della documentazione originale di spesa.

Art. 15

Norme transitorie

1. I presenti criteri sostituiscono quelli approvati con delibera della Giunta provinciale n. 597 del 19 giugno 2018, e si applicano con decorrenza dal 1° gennaio 2019.

2. Per i contratti già in essere riguardanti la gestione di un servizio di microstruttura non stipulati su base oraria, e fino alla scadenza degli stessi, il Comune dovrà comunicare all'Agenzia per la famiglia, ai fini della concessione del contributo, il costo orario deliberato per l'anno cui si riferisce il contributo richiesto. Tale costo orario è determinato dal Comune nel rispetto di quanto stabilito all'articolo 8. Gli importi fatturati ai Comuni da parte degli enti gestori dovranno essere in ogni caso calcolati e rendicontati su base oraria.

3. Per i contratti in vigore riguardanti la gestione di una microstruttura, che non possono essere adeguati ai presenti criteri prima del termine di cui al comma 1, vige un periodo transitorio fino alla loro scadenza naturale.

Delibera 30 luglio 2019, n. 666

Approvazione dei Criteri per il finanziamento di microstrutture e del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia e revoca della deliberazione n. 1198 del 20 novembre 2018

ALLEGATO A

Criteri per il finanziamento di microstrutture e del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia

Art. 1

Ambito di applicazione

1. I presenti criteri disciplinano, ai sensi degli articoli 13 e 15 della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche, il finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia destinati a bambini e bambine di età compresa fra i tre mesi e i tre anni di età, e la concessione dei contributi provinciali per la loro gestione. I presenti criteri disciplinano inoltre altri aspetti riguardanti i suindicati servizi.

2. Gli enti gestori privati accreditati senza scopo di lucro che erogano i servizi di cui agli articoli 13 e 15 della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche, sono di seguito denominati enti gestori.

Art. 2

Piano di sviluppo

1. Ogni Comune elabora un proprio Piano di sviluppo della rete di servizi per la prima infanzia, che andrà aggiornato annualmente e presentato entro il 30 novembre all'Agenzia per la famiglia. Il Piano di sviluppo è uno strumento strategico di programmazione, condiviso con gli enti gestori, orientato al soddisfacimento del concreto fabbisogno di assistenza delle famiglie presenti sul territorio comunale e all'ottimale utilizzo delle strutture e dei servizi.

Art. 3

Posti di assistenza

1. I Comuni mettono a disposizione posti-bambino nelle diverse tipologie di servizi disciplinate al capo IV della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche.

2. I Comuni possono mettere a disposizione i servizi socio-educativi per la prima infanzia presenti sul proprio territorio o avvalersi di servizi di altri Comuni della provincia di Bolzano o di Comuni fuori provincia.

3. Il Comune può avvalersi di posti-bambino nelle microstrutture aziendali di cui all'articolo 16 della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche, nei limiti dei vigenti criteri per la concessione dei contributi per microstrutture aziendali e l'acquisto di posti-bambino presso servizi analoghi. Viceversa, nelle microstrutture comunali alcuni posti-bambino possono essere assegnati a bambini per i quali il datore di lavoro di uno dei genitori contribuisca finanziariamente al costo del servizio di assistenza all'infanzia, a condizione che non vi siano liste di attesa presso il Comune gestore o presso altri Comuni.

4. Il numero dei posti-bambino deve essere adeguato al fabbisogno concreto, che il Comune deve rilevare e soddisfare in maniera ottimale. Deve essere garantito un posto di assistenza per almeno il 15 per cento dei bambini in età 0-3 anni residenti nel territorio comunale al 31 dicembre dell'anno precedente a quello di presentazione della domanda di contributo. Il Comune di residenza o di stabile dimora del bambino/della bambina partecipa ai costi sostenuti dalle famiglie che usufruiscono di servizi presso altri Comuni della provincia di Bolzano, come stabilito all'articolo 7. L'ampliamento del numero di posti-bambino avviene in ogni caso tenendo conto dell'effettivo fabbisogno della popolazione e della necessità di creare posti-bambino per almeno il 33 per cento dei bambini presenti sul territorio, in linea con gli obiettivi fissati dal Consiglio europeo in occasione del convegno di Barcellona del 2002, poi ribaditi nella Strategia di Lisbona e successivamente nella Strategia Europa 2020.

5. Ogni posto-bambino corrisponde convenzionalmente a 1.200 ore annue di assistenza.

6. Ai fini del raggiungimento dell'obiettivo di cui al comma 4, si considerano i bambini e le bambine che usufruiscono di una delle forme di assistenza di cui al capo IV della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche, con il cofinanziamento di Provincia, Comuni e utenti ai sensi dell'articolo 7 dei presenti criteri e dei criteri relativi agli asili nido.

7. Al Comune che, in mancanza di adeguate motivazioni, non è in grado di raggiungere l'obiettivo di cui al comma 4, si applica, nel primo esercizio finanziario utile, una detrazione dai trasferimenti correnti a titolo di finanza locale pari a un importo calcolato in proporzione all'offerta mancante. L'ammontare della detrazione è pari al 20 per cento dell'importo determinato moltiplicando le ore di assistenza mancanti al raggiungimento del 15 per cento di cui al comma 4 per il costo orario standard del servizio previsto all'articolo 8, comma 1, lettera a), per le microstrutture con più di dieci posti. Gli importi dedotti verranno riutilizzati per il finanziamento dei servizi per la prima infanzia.

Art. 4

Accesso ai servizi

1. Per l'accesso ai servizi si applicano i seguenti criteri di precedenza vincolanti, indicati in ordine decrescente di importanza:

a) la riammissione del bambino/dalla bambina dopo la disdetta del contratto di assistenza per malattia di durata prolungata ai sensi dell'articolo 9, comma 7;

b) la residenza del bambino/della bambina nel comune;

c) lo stato di lavoratore/lavoratrice di entrambi i genitori o del genitore monoparentale;

d) problematiche fisiche e/o psichiche certificate riguardanti il bambino/la bambina da assistere, un fratello/una sorella oppure un genitore;

e) l'orario lavorativo di ciascun genitore:

1) a tempo pieno;

2) a tempo parziale superiore al 50 per cento;

3) a tempo parziale fino al 50 per cento compreso.

2. Il Comune, in caso di microstruttura, e l'ente gestore, in caso di servizio di assistenza domiciliare all'infanzia, possono applicare ulteriori criteri di valutazione, quali:

a) lo stato di genitore monoparentale;

b) la situazione di disagio psico-sociale o economico della famiglia del bambino/della bambina;

c) lo stato di disoccupazione di uno o entrambi i genitori, attestato dalla relativa iscrizione nelle liste di disoccupazione;

d) la frequenza di corsi di formazione da parte di uno o di entrambi i genitori;

e) la frequenza da parte di uno o di entrambi i genitori di un corso per l'apprendimento di una delle lingue principali della provincia;

f) lo stato di lavoratore/lavoratrice nel settore privato;

g) la presenza di minori di 10 anni, iscritti nello stesso stato di famiglia del bambino/della bambina da assistere;

h) la data di iscrizione al servizio;

i) la stabile dimora del bambino/della bambina nel comune.

Art. 5

Requisiti di ammissione e requisiti dei servizi

1. Di regola sono ammessi solo bambini e bambine che frequentano il servizio per almeno 12 ore settimanali.
2. Per i bambini e le bambine in età prescolare che hanno compiuto i quattro anni, o anche di età inferiore se già frequentanti la scuola dell'infanzia, che usufruiscono del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia per il quale i genitori corrispondono l'intero costo orario, vengono fatturate le ore effettivamente utilizzate e non sussiste l'obbligo della frequenza minima di 12 ore settimanali.
3. Comune ed enti gestori garantiscono la continuità del servizio.
4. Comune ed enti gestori garantiscono la trasparenza nell'istruttoria delle domande e nella procedura di ammissione.
5. Al fine di garantire la continuità pedagogica, i bambini già frequentanti il servizio mantengono il posto con diritto di precedenza rispetto ad eventuali nuove ammissioni.

Art. 6

Beneficiari

1. Possono beneficiare dei contributi provinciali:
 - a) i Comuni della provincia di Bolzano, in forma singola o associata, che gestiscono il servizio di microstruttura di cui all'articolo 15 della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche, e/o acquistano ore di assistenza nelle microstrutture aziendali di cui all'articolo 16 della medesima legge;
 - b) gli enti gestori che erogano il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia di cui all'articolo 13 della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche, per conto dei Comuni.
2. Al fine di ottenere un contributo provinciale e un eventuale anticipo, devono essere rispettati i requisiti di base per l'avvio del servizio ai sensi dei vigenti standard qualitativi per l'attività pedagogica nei servizi di assistenza alla prima infanzia.
3. Il contributo provinciale di cui al comma 2 o l'eventuale saldo può essere liquidato solo a fronte dell'avvenuto accreditamento del servizio ai sensi dei vigenti standard qualitativi per l'attività pedagogica nei servizi di assistenza alla prima infanzia.

Art. 7

Finanziamento dei servizi

1. I servizi di cui all'articolo 1, comma 1, vengono finanziati su base oraria da Provincia e Comuni con la compartecipazione tariffaria degli utenti. Il Comune competente per il finanziamento è quello di residenza del bambino/della bambina. Se il bambino/la bambina non ha la residenza in provincia di Bolzano, è competente il Comune di stabile dimora.
2. La differenza tra il costo orario convenzionale di cui all'articolo 8 e la tariffa oraria massima a carico dell'utente di cui all'articolo 9 viene coperta da Provincia e Comuni con quote fisse di pari entità. Se il costo orario effettivo è inferiore al costo orario convenzionale, la differenza viene calcolata sul costo orario effettivo.
3. Qualora la famiglia usufruisca di un'agevolazione tariffaria ai sensi del [decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30](#), e successive modifiche, la Provincia integra il pagamento fino alla tariffa oraria massima.
4. I contratti e gli accordi tra Comuni ed enti gestori devono essere stipulati su base oraria e riportare il costo orario effettivo arrotondato al secondo decimale e il costo orario di aggiudicazione con e senza IVA.

Art. 8

Costo orario dei servizi

1. I costi dei servizi sono espressi in costi orari convenzionali e sono differenziati per tipologia di servizio. Il costo orario convenzionale ammesso a contributo provinciale, ammonta a:
 - a) massimo euro 12,00, imposta sul valore aggiunto (IVA) esclusa, per le microstrutture con capacità superiore a 10 posti;
 - b) massimo euro 14,00, IVA esclusa, per le microstrutture fino a 10 posti e per le nuove microstrutture nell'anno di apertura e nel successivo anno solare;
 - c) massimo euro 10,20, eventuale IVA inclusa, per il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia;
 - d) massimo euro 12,00, IVA esclusa, per le microstrutture aziendali; il prezzo applicato ai Comuni non può superare il prezzo più alto applicato alle aziende nella stessa microstruttura.
2. Il costo orario convenzionale include tutte le spese per la gestione del servizio. Le spese per investimenti, per manutenzione straordinaria e i costi amministrativi dei Comuni non concorrono a determinare il costo orario convenzionale.
3. Per le microstrutture il costo orario può contenere anche eventuali costi a carico del Comune. Tali costi possono essere imputati - in parte o per intero - agli enti gestori. Qualora il Comune non imputi tutti i suoi costi all'ente gestore, il contratto di gestione deve indicare il costo orario di aggiudicazione e anche il costo orario complessivo del servizio comprensivo dei costi rimasti a carico del Comune. Il costo orario complessivo non può in ogni caso superare di oltre un terzo il costo orario convenzionale.
4. I costi per la messa a disposizione di locali di proprietà comunale a un ente gestore possono concorrere a determinare il costo orario del servizio nella misura massima stabilita dall'Ufficio Estimo della Provincia per il canone di locazione convenzionale.
5. I costi per i pasti delle operatrici e degli operatori addetti all'assistenza dei bambini concorrono a determinare il costo orario convenzionale e pertanto non sono a carico del personale addetto all'assistenza.
6. Le microstrutture vengono accreditate per la loro capacità ricettiva massima. Il servizio viene affidato per la gestione della capacità ricettiva massima. Il costo orario convenzionale maggiorato per le microstrutture fino a 10 posti trova applicazione solamente nel caso in cui la capacità ricettiva massima sia di 10 posti.
7. Il finanziamento dei costi aggiuntivi per il personale addetto all'assistenza di bambini con disabilità è disciplinato con appositi criteri.

Art. 9

Tariffa a carico degli utenti

1. La compartecipazione tariffaria degli utenti dei servizi viene calcolata ai sensi del [decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30](#), e successive modifiche. La tariffa oraria a carico degli utenti è onnicomprensiva e include pasti, pannolini e prodotti igienici. Ai costi derivanti da esigenze o richieste particolari avanzate dai genitori devono provvedere le famiglie stesse.
2. La compartecipazione tariffaria degli utenti, di cui al comma 1, prevede una tariffa oraria minima di euro 0,90 e una tariffa oraria massima di euro 3,65, IVA inclusa.
3. Le tariffe orarie minime e massime possono essere aggiornate dalla Giunta provinciale d'intesa con il Consiglio dei Comuni.
4. Il sistema tariffario di cui al comma 2 trova applicazione per una frequenza massima di 1.920 ore annue a bambino/bambina oppure per un numero di ore proporzionalmente ridotto a fronte di una minore durata del contratto di assistenza. Se le ore di assistenza superano invece il limite massimo stabilito dal sistema tariffario, il costo delle ore eccedenti è totalmente a carico degli utenti.
5. Agli utenti vengono fatturate, in base al sistema tariffario, le ore previste dal contratto di assistenza, tenuto conto del limite massimo di cui al comma 4 e delle eventuali assenze per ferie o malattia di cui ai commi 6 e 7.

6. Se il bambino/la bambina frequenta il servizio per tutto l'anno, non viene fatturato un periodo di assenza per ferie di quattro settimane; in caso di frequenza inferiore all'anno, non viene fatturato un periodo ridotto in proporzione. Il periodo di ferie si aggiunge ai giorni di chiusura della struttura per altri motivi o di ferie del/della assistente domiciliare all'infanzia. È facoltà delle parti contrattuali aumentare il periodo di assenza per ferie, concordando contestualmente il contributo ai costi a carico degli utenti durante il prolungamento del periodo delle ferie risp. il contributo ai costi a carico degli utenti in caso di sfioramento del periodo di ferie. Il contributo ai costi a carico degli utenti non può in nessun caso superare il costo orario pattuito contrattualmente per la microstruttura risp. il costo orario convenzionale per il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia. Tutti i periodi di assenza per ferie non vengono cofinanziati dagli enti pubblici.

7. In caso di malattia del bambino/della bambina i giorni di assenza vengono fatturati agli utenti in base alla tariffa dovuta, a condizione che entro il primo giorno di assenza la famiglia informi l'ente gestore della malattia e della sua durata presunta, e che al momento del reingresso presenti il certificato medico, privo della diagnosi, che attesti la durata della malattia. In mancanza del certificato medico sarà addebitato alla famiglia l'intero costo orario del servizio per i giorni di assenza ingiustificata a partire dal quarto giorno. Vengono considerati in tal caso i giorni di frequenza previsti dal contratto, esclusi i fine settimana, le festività ed eventuali altri giorni in cui il servizio non viene erogato. Per assenze per malattia di durata superiore a quattro settimane, la famiglia ha la facoltà di rescindere dal contratto con diritto di precedenza per la riammissione in struttura dopo la guarigione del bambino/della bambina.

8. Se la famiglia rifiuta, senza fornire adeguate motivazioni, un posto-bambino rispondente alle proprie esigenze nel comune in cui il bambino/la bambina risiede o ha stabile dimora, e ricorre al servizio di assistenza di un altro Comune, la tariffa oraria a suo carico può essere aumentata di 1,00 euro, IVA inclusa. In questo caso si riduce di pari misura la quota di competenza del Comune in cui il bambino/la bambina risiede o ha stabile dimora.

9. È facoltà dell'ente gestore esonerare la famiglia dal pagamento della tariffa dovuta per andare incontro ad esigenze particolari della famiglia stessa (ad esempio malattia di familiari residenti fuori provincia, impossibilità di rispettare i termini di preavviso in caso di disdetta). Queste ore non vengono cofinanziate dall'ente pubblico.

Art. 10

Ammontare del contributo provinciale

1. Il contributo erogato dalla Provincia ai Comuni e agli enti gestori dei servizi di assistenza domiciliare all'infanzia viene concesso su base oraria per le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario di cui all'articolo 9, comma 5. Il contributo provinciale non spetta invece per le ore da non fatturare agli utenti e per quelle totalmente a carico della famiglia.

2. Agli utenti con un contratto di assistenza inferiore alle 12 ore settimanali sono fatturate minimo di 12 ore settimanali alla tariffa dovuta in base al sistema tariffario, fatti salvi i giorni di assenza per ferie concordati. Vengono fatturate invece solo le ore di assistenza effettivamente usufruite se il bambino/la bambina non frequenta, per cause non dipendenti dalla famiglia, le 12 ore minime settimanali (ad esempio per festività, chiusura della microstruttura, malattia o ferie dell'assistente domiciliare all'infanzia, inizio o fine servizio non coincidenti con il primo o l'ultimo giorno della settimana). Per i minori da assistere con disabilità certificata vengono fatturate solo le ore di assistenza effettivamente usufruite.

3. L'ammontare del contributo provinciale erogato ai Comuni per le microstrutture viene calcolato moltiplicando la quota oraria fissa a carico della Provincia per il numero di ore di servizio ammesse a finanziamento per l'anno di riferimento, con l'aggiunta della quota di compartecipazione tariffaria a carico della Provincia stimata sulla base delle domande di contributo.

4. L'ammontare del contributo provinciale agli enti gestori del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia viene calcolato moltiplicando la quota oraria fissa a carico della Provincia e dei Comuni per il numero di ore di servizio ammesse a finanziamento per l'anno di riferimento, con l'aggiunta della quota di compartecipazione tariffaria a carico della Provincia stimata sulla base delle domande di contributo. La Provincia anticipa agli enti gestori la quota fissa a carico dei Comuni, che verrà recuperata dai trasferimenti correnti a titolo di finanza locale nel primo esercizio finanziario utile in seguito alle rendicontazioni degli enti gestori.

Art. 11

Termine di presentazione delle domande di contributo e di anticipo

1. Le domande di contributo e le domande per la concessione di un anticipo devono essere presentate all'Agenzia per la famiglia, utilizzando gli appositi moduli, entro il 15 dicembre dell'anno precedente a quello cui si riferisce il contributo e devono riferirsi all'anno solare. Per le domande relative all'anticipo il termine è da considerarsi perentorio.

2. La domanda di contributo deve contenere le ore di servizio previste, il relativo costo orario e le entrate stimate, derivanti dalla compartecipazione tariffaria a carico degli utenti dei servizi, e deve tenere conto della programmazione dei servizi di cui all'articolo 18, comma 1, della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#).

3. La domanda di contributo per il servizio di microstruttura viene presentata all'Agenzia per la famiglia unicamente dal Comune gestore della microstruttura, indipendentemente dai comuni di provenienza dei bambini assistiti. Il Comune gestore provvederà in seguito a regolare i rapporti economici con gli altri Comuni di provenienza dei bambini frequentanti il servizio di microstruttura, chiedendo il rimborso della compartecipazione concordata a loro carico. Nella domanda di contributo i Comuni gestori di microstrutture devono indicare anche le ore di servizio eventualmente acquistate in microstrutture aziendali. I Comuni che, non disponendo di una propria microstruttura, acquistano ore di assistenza in una microstruttura aziendale, presentano un'apposita domanda di contributo.

4. In presenza di residua disponibilità finanziaria, potranno essere accettate nuove domande o domande di contributo integrativo per ore aggiuntive di assistenza. Le nuove domande vanno presentate entro il termine perentorio del 30 settembre dell'anno di riferimento e verranno trattate in ordine cronologico di entrata. La domanda di contributo integrativo per ore aggiuntive deve essere presentata entro il 30 settembre dell'anno di riferimento e deve essere corredata da un report delle ore erogate e delle entrate fino alla fine del mese precedente a quello di presentazione. Eventuali domande correttive di contributo vengono accettate soltanto fino all'emanazione del decreto di concessione.

5. In caso di domande irregolari o incomplete, il/la responsabile del procedimento assegna agli interessati, a pena di decadenza, un termine congruo dal ricevimento della richiesta per regolarizzare o integrare la domanda.

6. I termini per la conclusione del procedimento amministrativo decorrono dal termine di presentazione delle domande indicato al comma 1 o al comma 4. Per le domande di contributo di cui al comma 1 presentate dopo il 15 dicembre, il termine per la conclusione del procedimento amministrativo decorre dalla data di presentazione della domanda. Tali termini sono sospesi per l'acquisizione di informazioni o documenti mancanti.

Art. 12

Anticipi

1. Su richiesta dell'ente gestore può essere concesso un anticipo del 70 per cento del contributo concesso nell'anno precedente. Qualora il contributo richiesto per l'anno di riferimento sia inferiore al contributo concesso nell'anno precedente, l'anticipo del 70 per cento viene calcolato sul contributo richiesto.

2. In caso di enti richiedenti che presentino domanda di contributo per la prima volta o che non abbiano presentato la domanda di anticipo di cui al comma 1, contestualmente al contributo può essere concesso, su richiesta, un anticipo del 50 per cento del contributo concesso per l'anno di riferimento.

Art. 13

Rendicontazione e liquidazione

1. La rendicontazione e la domanda di liquidazione devono essere presentate entro il 31 dicembre dell'anno successivo a quello di concessione, o di imputazione della spesa se diverso, pena la revoca del beneficio.

2. Per gravi e motivate ragioni può essere concessa una proroga fino a un ulteriore anno; trascorso inutilmente tale termine, il contributo è automaticamente revocato. Se il beneficiario ha percepito un anticipo, deve restituirlo maggiorato degli interessi legali.

3. Il rendiconto, consistente in una dichiarazione sostitutiva ai sensi dell'articolo 2, comma 2/ter, della [legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17](#), e successive modifiche, da redigersi sull'apposito modulo predisposto dall'Agenzia per la famiglia, deve riportare:

a) le ore di servizio fatturate agli utenti in base al sistema tariffario nell'anno di riferimento;

b) le entrate suddivise tra la quota dovuta in base al [decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30](#), e successive modifiche, e l'eventuale quota ulteriore a carico delle famiglie che hanno usufruito del servizio al di fuori del proprio territorio comunale ai sensi dell'articolo 9, comma 8, dei presenti criteri.

4. Per le microstrutture il Comune deve rendicontare alla Provincia le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario, distinte per singola struttura e Comune di provenienza dei bambini e delle bambine, e dichiarare l'avvenuto pagamento all'ente gestore delle ore di assistenza rendicontate.

5. Per il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia l'ente gestore deve rendicontare alla Provincia le ore di assistenza fatturate agli utenti in base al sistema tariffario, distinte per Comune di competenza. Alla rendicontazione l'ente gestore deve allegare anche il

report annuale delle ore erogate inviato ad ogni Comune. Nel corso dell'anno, l'ente gestore informa regolarmente i singoli Comuni in merito alle ore di assistenza erogate e fatturate in base al sistema tariffario agli utenti residenti o aventi stabile dimora nel rispettivo territorio.

6. Non devono essere rendicontati i costi e le entrate relativi alle ore di assistenza non cofinanziate dagli enti pubblici. Queste ore vengono comunque rilevate separatamente a fini amministrativi e statistici.

7. Il contributo spettante viene rideterminato, nei limiti dell'importo del contributo concesso, sulla base delle ore fatturate agli utenti in base al sistema tariffario nell'anno di riferimento e tenuto conto della effettiva compartecipazione tariffaria da parte degli utenti stessi.

8. Qualora in sede di rendicontazione l'ente non documenti una spesa a suo carico pari almeno all'anticipo già percepito, deve restituire l'importo eccedente maggiorato degli interessi legali.

9. I termini per la conclusione del procedimento amministrativo decorrono dalla data di presentazione del rendiconto e della domanda di liquidazione, e vengono sospesi per l'acquisizione delle informazioni o dei documenti necessari a regolarizzare la rendicontazione.

Art. 14

Controlli

1. Ai sensi dell'articolo 2, comma 3, della [legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17](#), e successive modifiche, l'Agenzia per la famiglia effettua controlli a campione su almeno il sei per cento delle dichiarazioni sostitutive relative ai contributi per i quali è stato liquidato il saldo. Può inoltre procedere alla verifica di congruità dei costi orari.

2. L'individuazione delle dichiarazioni sostitutive da sottoporre a controllo avviene mediante sorteggio effettuato da una apposita commissione. Il sorteggio è effettuato secondo il principio di casualità dalla lista dei contributi erogati nell'anno di riferimento. La commissione è nominata dal direttore/dalla direttrice di ripartizione competente ed è composta dal direttore/dalla direttrice di ripartizione competente, dalla direttrice/dal direttore dell'Agenzia per la famiglia e da un funzionario esperto/una funzionaria esperta.

3. Nei controlli viene esaminata la veridicità delle dichiarazioni sostitutive rilasciate in sede di rendicontazione dal/dalla rappresentante legale dell'ente beneficiario del contributo e viene verificata la regolarità della documentazione contabile in originale e la sua conformità in relazione alle ore di assistenza rendicontate. A tal fine gli enti gestori devono consentire all'Agenzia per la famiglia l'accesso alla loro documentazione contabile e provvedere a fornire le necessarie informazioni ai sensi delle norme vigenti in materia.

4. Sono inoltre sottoposti a controllo tutti i casi ritenuti dubbi dall'Agenzia per la famiglia.

5. Gli enti gestori devono mettere a disposizione dei Comuni soggetti a controllo la documentazione originale in loro possesso.

6. I controlli possono essere effettuati anche in collaborazione con funzionari di altre ripartizioni dell'Amministrazione provinciale, mediante sopralluogo presso la sede dell'ente oppure tramite richiesta di invio della documentazione originale di spesa.

Art. 15

Norme transitorie

1. I presenti criteri sostituiscono quelli approvati con delibera della Giunta provinciale n. 1198 del 20 novembre 2018. La detrazione di cui all'articolo 3, comma 7, viene calcolata ai sensi dei presenti criteri a partire dall'anno di gestione 2018.

2. Per i contratti già in essere riguardanti la gestione di un servizio di microstruttura non stipulati su base oraria, e fino alla scadenza degli stessi, il Comune dovrà comunicare all'Agenzia per la famiglia, ai fini della concessione del contributo, il costo orario deliberato per l'anno cui si riferisce il contributo richiesto. Tale costo orario è determinato dal Comune nel rispetto di quanto stabilito all'articolo 8. Gli importi fatturati ai Comuni da parte degli enti gestori dovranno essere in ogni caso calcolati e rendicontati su base oraria.

Beschluss vom 30. Juli 2019, Nr. 666

Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter- /Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018

ANLAGE A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1 Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.
2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2 Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3 Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, zur Verfügung.
2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.
3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.
4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.
5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

- a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,
- b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,
- c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,
- d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;
- e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:
 - 1) Vollzeit,
 - 2) Teilzeit über 50 Prozent,
 - 3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

- a) alleinerziehendes Elternteil,
- b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,
- c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,
- d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,
- e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,
- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.
2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.
3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.
2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.
3. Hat die Familie im Sinne des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.
4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:
 - a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,
 - b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,
 - c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,
 - d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.
2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.
3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.
4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.
5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.
6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.
7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.
2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.
3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.
4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.
2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tarifbeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), berücksichtigt werden.
3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.
4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.
5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss, eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.
6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.
2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.
2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.
3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, muss enthalten:
 - a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,
 - b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß [Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer

Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tarifbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 14 Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15 Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis

Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.



Beschlussniederschrift des Gemeindeausschusses

Verbale di deliberazione della Giunta Comunale

Nr. 50

Sitzung vom - seduta del 28.02.2019

Uhr - ore: 08:30

GEGENSTAND: Abschluss eines Konzessionsvertrages mit der Sozialgenossenschaft Tagesmuetter Gen. betreffend die Überlassung der Räumlichkeiten der Kindertagesstätte Lösen

OGGETTO: Stipulazione di un contratto di concessione con la Cooperativa Sociale Tagesmuetter Gen. concernente la messa a disposizione dei vani della microstruttura di Luson

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung festgesetzten Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen:

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente legge regionale sull'ordinamento dei comuni vennero per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti di questa giunta comunale:

			abwesend ent. assente giust.	Abwesend unent assente ingiust.
Josef Maria Fischnaller	Bürgermeister	Sindaco		
Martin Kaser	Vizebürgermeister	Vicesindaco		
Herbert Federspieler	Gemeindereferent	Assessore		
DDDr. Carmen Plaseller	Gemeindereferentin	Assessore		
Martin Ragginer	Gemeindereferent	Assessore		

Mit der Teilnahme der Gemeindesekretärin

Assiste la Segretaria comunale

Dr. Evi Oberhuber Zingerle

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt
Herr

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti, il
signor

Josef Maria Fischnaller

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz
und erklärt die Sitzung für eröffnet.

nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza
e dichiara aperta la seduta

Beschluss Nr. 50 vom 28.02.2019

GEGENSTAND: Abschluss eines Konzessionsvertrages mit der Sozialgenossenschaft Tagesmuetter Gen. betreffend die Überlassung der Räumlichkeiten der Kindertagesstätte Lüssen

Mit Beschluss des Gemeindevausschusses Nr. 392 vom 19.12.2018 wurde die Führung der Kindertagesstätte Lüssen an die Sozialgenossenschaft Tagesmuetter Gen. vergeben für den Zeitraum vom 01.04.2019 bis zum 31.03.2022;

Es ist notwendig die Räumlichkeiten der Kindertagesstätte Lüssen an die obengenannte Sozialgenossenschaft mittels Konzessionsvertrag zu überlassen;

Der Gemeindevausschuss nimmt Einsicht in den Konzessionsvertrag, welcher eine Überlassung der Räumlichkeiten vom 01.04.2019 bis zum 31.03.2022 vorsieht;

Nach Einsichtnahme:

- in den Einheitstext der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden;
- in den Art. 36 des E.T. der R.G. über die Ordnung des Personals der Gemeinden;
- in das LG vom 12.12.2016, Nr. 25 betreffend die Buchhaltung und Finanzordnung der Gemeinden und Bezirksgemeinschaften;
- in die Verordnung über Arbeiten, Lieferungen und Dienstleistungen in Regie der Gemeinde;
- in die Verordnung zur Regelung der Verträge der Gemeinde;
- in den Art. 21-ter des L.G. Nr. 1 vom 29.01.2002 „Spending review des Landes Südtirol“;
- In den Artikel 41 des L.G. Nr. 16/2015 betreffend die Beschaffungen in Regie;
- in das GVD vom 23.06.2011, Nr. 118 betreffend die Harmonisierung der öffentlichen Haushalte;
- in das administrative Gutachten im Sinne der Artikel 185 und 187 des R.G. vom 03.05.2018, positiv. Es werden nachfolgend die Hash-Werte des Gutachten wiedergegeben:

i9NQWgHpi2Lwh56airzy0qtRGNyPDDMYvi/
OJrR7hQ=

- in die Verordnung über das Rechnungswesen dieser Gemeinde;
- in den Haushaltsvoranschlag und in den Arbeitsplan dieser Gemeinde;
- in die Gemeindevsatzung;

Delibera n. 50 del 28.02.2019

OGGETTO: Stipulazione di un contratto di concessione con la Cooperativa Sociale Tagesmuetter Gen. concernente la messa a disposizione dei vani della microstruttura di Luson

Con delibera della Giunta comunale n. 392 del 19/12/2018 é stato affidato il servizio di microstruttura di Luson alla Cooperativa Sociale Tagesmuetter Gen. per il periodo dal 01/04/2019 al 31.03.2022;

È necessario mettere a disposizione i locali della microstruttura di Luson alla Cooperativa Sociale sopra nominata mediante atto di concessione;

Visto il contratto di concessione, il quale prevede la messa a disposizione dei vani dal 01/04/2019 fino al 31/03/2022;

Visti:

- il testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei Comuni;
- l'art. 36 del T.U. delle LL.RR. sull'ordinamento del personale dei comuni;
- la legge provinciale del 12.12.2016, n. 25 riguardante l'ordinamento finanziario e contabile dei comuni e delle comunità comprensoriali;
- il regolamento sui lavori, forniture e servizi in economia del Comune;
- il regolamento per la disciplina dei contratti del Comune;
- l'art. 21-ter della L.P. n. 1 del 29.01.2002 “Spending review della Provincia Autonoma Alto Adige”;
- L'articolo 41 della L.P. n. 16/2015 concernente gli acquisti in economia;
- il D.lgs. del 23.06.2011, n. 118 riguardante l'armonizzazione dei bilanci pubblici;
- Il parere tecnico-amministrativo ai sensi degli articoli 185 e 187 della L.R. del 03.05.2018, n. 2., positivo. Di seguito sono riportati i valori hash del parere:

i9NQWgHpi2Lwh56airzy0qtRGNyPDDMYvi/
OJrR7hQ=

- il regolamento comunale di contabilità;
- il bilancio di previsione ed il piano operativo di questo comune;
- lo statuto comunale;

b e s c h l i e ß t
DER GEMEINDEAUSSCHUSS

- 1) die Räumlichkeiten der Kindertagesstätte Lüssen an die Sozialgenossenschaft Tagesmutter Gen. mit Sitz in Bozen, Kornplatz 4, zum Zweck der Führung der Kindertagesstätte im Konzessionswege zu überlassen;
- 2) mit der Sozialgenossenschaft Tagesmutter Gen. einen Konzessionsvertrag abzuschließen und zu diesem Zweck den beigelegten Entwurf des Vertrages zu genehmigen;
- 3) den eingehobenen Betrag der Kostenstelle 11100, Pos. Kode 30100.03.030200, unter "Allgemeine Verwaltung: Mieten, Leihgebühren und Verpachtungen" gutzuschreiben;
- 4) den Bürgermeister mit dem Abschluss und der Unterzeichnung des entsprechenden Konzessionsvertrages zu beauftragen;
- 5) **mit der gleichen oben genannten Mehrheit der Abstimmenden vorliegenden Beschluss im Sinne des Art. 183, 4. Absatz des geltenden E.T.G.O. für sofort vollstreckbar zu erklären.**

Gegen diesen Beschluss kann während des Zeitraums seiner Veröffentlichung beim Gemeindeausschuss Einspruch erhoben werden. Innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses Beschlusses kann beim Regionalen Verwaltungsgericht Trient – Autonome Sektion Bozen – Rekurs eingebracht werden. Im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe beträgt die Rekursfrist 30 Tage (Art. 119 und 120 GvD Nr. 104/2010)

LA GIUNTA COMUNALE
d e l i b e r a

- 1) di mettere a disposizione mediante atto di concessione i vani nella microstruttura di Lusón alla Cooperativa Sociale Tagesmutter Gen. con sede a Bolzano, Piazza del Grano 4, allo scopo della gestione dell'asilo nido;
- 2) di stipulare un contratto di concessione con la Cooperativa Sociale Tagesmutter Gen. e di approvare a tale scopo l'allegata bozza di contratto, la quale forma parte integrante di questa deliberazione;
- 3) di accreditare l'importo incassato al centro costi 11100, codice pos. 30100.03.030200, "amministrazione generale: fitti, noleggi e locazioni";
- 4) di incaricare il Sindaco alla stipulazione e la sottoscrizione del relativo contratto di concessione;
- 5) **di dichiarare con la stessa maggioranza sopra espressa la presente deliberazione immediatamente eseguibile ai sensi dell'art. 183, 4° comma del T.U.O.C. vigente.**

Ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione, presentare alla giunta comunale reclamo avverso la presente deliberazione. Entro 60 giorni dall'esecutività della presente deliberazione può essere presentato ricorso al Tribunale di giustizia amministrativa di Trento – sezione autonoma di Bolzano. Nel settore dei lavori pubblici il termine di ricorso è di 30 giorni (art. 119 e 120 D.Lgs. n. 104/2010)

digital signiertes Dokument - documento firmato digitalmente

DER BÜRGERMEISTER / IL SINDACO

Josef Maria Fischnaller

DIE GEMEINDESEKRETÄRIN / LA SEGRETARIA COMUNALE

Dr. Evi Oberhuber Zingerle

*Unterschrift auf Dokument in Papierform nicht angebracht im Sinne des Art. 3 Gv.D. Nr. 39/1993
Originales elektronisches Verwaltungsdokument erstellt und aufbewahrt gemäß Vorschriften des Art. 71 Gv.D. Nr. 82/2005*

*Firma autografa omessa su documento in forma cartacea ai sensi dell'art. 3 D.Lgs. n. 39/1993
Documento amministrativo elettronico originale redatto e conservato secondo le prescrizioni dell'art. 71 D.Lgs. n. 82/2005*

MARKTGEMEINDE MALS
Autonome Provinz Bozen - Südtirol



COMUNE DI MALLES VENOSTA
Provincia Autonoma di Bolzano – Alto Adige

Beschluss des Gemeindeausschusses

Delibera della Giunta comunale

Sitzung vom - Seduta del: **14.12.2016**

Uhr - Ore: **10:30**

Im Sinne des geltenden E.T.G.O. wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen

Ai sensi del vigente T.U.O.C. sono stati convocati per oggi, nella solita sala delle riunioni, i membri di questa Giunta comunale.

Anwesend sind:

Sono presenti:

			abwesend entsch. assente giustificato	abwesend unentsch. assente ingiustif.
Mag. (FH) Ulrich VEITH	Bürgermeister	Sindaco		
Josef THURNER	Vizebürgermeister	Vicesindaco		
Dr. Marion JANUTH	Gemeindereferentin	Assessore		
Gertrud TELSER SCHWABL	Gemeindereferentin	Assessore		
Joachim THEINER	Gemeindereferent	Assessore		
Günther WALLNÖFER	Gemeindereferent	Assessore		

Beistand leistet die Generalsekretärin

Assiste la Segretaria generale

Dr. Monika Platzgummer Spiess

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt

Constatato che il numero degli intervenuti è sufficiente per la legalità dell'adunanza,

Mag. (FH) Ulrich Veith

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz.

nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza.

Der Ausschuss behandelt folgenden

La Giunta passa alla trattazione del seguente

G E G E N S T A N D :

O G G E T T O :

Festlegung der Tarife zu Lasten der Familien für den Dienst der Kindertagesstätte in Mals ab dem Jahr 2017

Determinazione delle tariffe a carico delle famiglie utenti della microstruttura per la prima infanzia di Malles a partire dall' anno 2017

Vorausgeschickt, dass mit Beschluss des Gemeinderates Nr. 48 vom 10.12.2014 bestimmt wurde, zur Förderung und Unterstützung der Familien in Mals eine Kindertagesstätte „KITA“ nach den Vorgaben der Landesbestimmungen (Landesgesetz vom 9. April 1996, Nr. 8, insbesondere Artikel 1/bis und nachfolgende Änderungen und Ergänzungen sowie Durchführungsverordnung zur Kinderbetreuung laut D.L.H. Nr. 40 vom 30.12.1997 mit nachfolgenden Änderungen und Ergänzungen) einzurichten, wobei der außerfamiliäre Dienst zur Führung der Kindertagesstätte nicht in Eigenregie geführt, sondern ausgelagert und einer kompetenten Organisationsstruktur übertragen wird, um die professionelle, sozialpädagogische Betreuung von Kleinkindern bedarfsorientiert und durch einen erzieherisch sinnvoll strukturierten Tagesablauf gewährleisten zu können;

mit Beschluss des Gemeindeausschusses Nr. 506 vom 14.12.2016 der Dienst zur Führung der Kindertagesstätte in Mals für die Dauer vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2019 an die Sozialgenossenschaft Kinderfreunde aus Bozen vergeben wurde;

für notwendig erachtet, nunmehr die Tarife zu Lasten der Familie festzulegen, welche den Dienst der Kindertagesstätte in Mals im Zeitraum 01.01.2017 – 31.12.2019 in Anspruch nehmen;

nach Anhören des Berichtes der zuständigen Referentin;

nach Einsichtnahme in das Landesgesetz vom 09.04.1996, Nr. 8, und nachfolgende Änderungen und Ergänzungen, laut welchen die Gemeinde erster Verantwortlicher Träger für die Führung einer Kindertagesstätte als integrierenden Kinderbetreuungsdienst ist;

in Kenntnis des Dekretes des Landeshauptmanns von Südtirol vom 30. Dezember 1997, Nr. 40 betreffend „Durchführungsverordnung zur Kinderbetreuung“, i.g.F.;

angeführt, dass mit Dekret des Landeshauptmannes Nr. 43 vom 07.09.2005 neue Richtlinien für die Errichtung einer Kindertagesstätte erlassen worden sind;

- dass mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1598 vom 13.05.2008 die neuen Kriterien zur Akkreditierung von Kindertagesstätten genehmigt worden sind;

nach Einsichtnahme in das Landesgesetz Nr. 8 vom 17.05.2013, betreffend die Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol;

nach Einsichtnahme in den Beschluss der Südtiroler Landesregierung Nr. 1817 vom 02.12.2013, betreffend die Änderung von Durchführungsverordnungen im Bereich Kleinkinderbetreuung, welcher die Kostenbeteiligung und Tarifgestaltung regelt;

Premesso che con deliberazione del Consiglio comunale n° 48 del 10.12.2014 - sulla base delle norme provinciali (Legge provinciale 09/04/1996, n.° 8, soprattutto articolo 1/bis e succ. modificazioni ed integrazioni nonché norme di attuazione per l'assistenza all'infanzia giusto il D.P.G.P. n° 40 dd. 30.12.1997 e succ. modificazioni ed integrazioni) - è stato disposto di istituire a Malles Venosta una microstruttura per la prima infanzia „KITA“, ciò per la promozione ed il sostegno delle famiglie, fissando di non gestire in forma diretta il servizio di assistenza extrafamiliare per la gestione della microstruttura, bensì di affidarlo ad una competente struttura organizzativa per poter garantire una professionale assistenza socio-educativa dei bambini con idonee iniziative mirate alle esigenze delle famiglie con svolgimento dei compiti tramite la valorizzazione educativa della quotidianità;

con deliberazione della Giunta comunale n. 506 del 14.12.2016 la gestione del servizio di micro-struttura per la prima infanzia di Malles Venosta è stata affidata per il periodo dal 01.01.2017 al 31.12.2019 alla Cooperativa sociale Kinderfreunde di Bolzano;

ritenuto necessario di fissare ora la tariffa a carico delle famiglie utenti della microstruttura per la prima infanzia di Malles Venosta per il periodo dal 01.01.2017 al 31.12.2019;

sentita la relazione da parte dell' assessore competente;

vista la legge provinciale 09/04/1996, n. 8, e successive modificazioni ed integrazioni, che riconosce l'ente comunale quale responsabile della gestione della microstruttura per la prima infanzia come servizio integrativo;

in cognizione del Decreto del Presidente della Giunta provinciale di Bolzano n° 40 del 30 dicembre 1997, riguardante „norme di attuazione per l'assistenza all'infanzia“, i.v.v.;

accennato che con decreto del Presidente della Provincia n. 43 del 07.09.2005 sono state emanate nuove linee in riguardo all'istituzione di una microstruttura per la prima infanzia;

- che con deliberazione della Giunta provinciale n° 1598 del 13.05.2008 sono stati approvati i criteri di accreditamento per il servizio di microstruttura per la prima infanzia;

vista la Legge provinciale 17.05.2013, n° 8 riguardante lo sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige;

vista la deliberazione della Giunta provinciale di Bolzano n° 1817 dd. 02.12.2013 riguardante „Modifica di regolamenti di esecuzione in materia di assistenza all'infanzia“, la quale disciplina la partecipazione ai costi e la struttura tariffaria;

nach Einsichtnahme in die zustimmenden Gutachten gemäß Art. 81 des E.T.G.O., genehmigt mit D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L;

nach Einsichtnahme in die geltende Satzung der Gemeinde Mals;

nach eingehender Diskussion und nach Einsichtnahme in den geltenden ETGO sowie in den HVA 2016;

b e s c h l i e ß t

DER GEMEINDEAUSSCHUSS mit Stimmeneinhelligkeit in gesetzlicher Form:

1. die Tarife zu Lasten der Familien, welche den Dienst der Kindertagesstätte in Mals im Zeitraum 01.01.2017 bis auf Widerruf in Anspruch nehmen wie folgt festzulegen:

Mindeststundentarif bei einer Höchststundenanzahl pro Monat: 160	0,90 €/ora
Höchststundentarif bei einer Höchststundenanzahl pro Monat: 160	3,65 €/ora
<u>falls möglich und zutreffend:</u> ab der 160. Stunde wird der volle Stundentarif berechnet	10,00 €/St.

2. der geschuldete Betrag wird für jedes Kind im Rahmen der unter Punkt 1) genannten Mindest- und Höchstarife aufgrund der einheitlichen Einkommens- und Vermögenssituation der Eltern mittels EEEV-Berechnung ermittelt. Die Abteilung „Sozialdienste“ der Bezirksgemeinschaft Vinschgau wird mit der Berechnung der Tarifbegünstigung beauftragt.
3. festzuhalten, dass diese Beschlussmaßnahme keine direkte Ausgabe zu Lasten des Gemeindehaushaltes mit sich bringt.

RECHTSMITTELBELEHRUNG

Gegen diesen Beschluss kann während des Zeitraums seiner Veröffentlichung Einspruch beim Gemeindeausschuss und innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit desselben beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof in Bozen Rekurs eingelegt werden.

visti i pareri positivi ai sensi dell'art. 81 del T.U.O.C., approvato con D.P.Reg. 01.02.2005, n. 3/L;

visto il vigente statuto del Comune di Malles;

dopo ampia discussione e visto il vigente TUOC nonché il bilancio di previsione 2016;

la GIUNTA COMUNALE ad unanimità di voti espressi legalmente:

d e l i b e r a

1. le tariffe a decorrere dal 01.01.2017 e fino revoca a carico delle famiglie utenti della microstruttura per la prima infanzia di Malles Venosta vengono fissate come segue:

tariffa oraria minima con quota oraria mensile massima: 160	0,90 €/ora
tariffa oraria massima con quota oraria mensile massima: 160	3,65 €/ora
<u>in caso di applicabilità secondo le possibilità:</u> a partire dalla 160 ^a ora verrà calcolata la tariffa piena	10,00 €/ora

2. l'importo dovuto per ogni bambino verrà determinato nei limiti delle tariffe minime e massime – di cui al precedente punto 1) – sulla base del rilevamento unificato di reddito e patrimonio dei genitori DURP. La ripartizione “Servizi Sociali” della Comunità comprensoriale Val Venosta viene incaricata dell'accertamento delle agevolazioni tariffarie.
3. di dare atto che la presente deliberazione non comporta alcuna spesa a carico del bilancio comunale.

AUTORITÀ E TERMINE PER RICORRERE

Contro la presente deliberazione può essere presentato opposizione alla giunta comunale entro il periodo di pubblicazione e entro 60 giorni dall'esecutività della stessa può essere presentato ricorso al Tribunale di giustizia amministrativa di Bolzano.

Vorherige Gutachten im Sinne des Art. 81 der geltenden Gemeindeordnung (D.P.Reg. 3/L/2005)	Pareri preventivi ai sensi dell'art. 81 del vigente ordinamento dei Comuni (DPR 3/L/2005)								
Der/Die Unterfertigte erteilt sein/ihr zustimmendes Gutachten hinsichtlich der fachlichen Ordnungsmäßigkeit der vorliegenden Beschlussvorlage.	Il/La sottoscritto/a esprime parere favorevole in ordine alla regolarità tecnica sulla presente proposta di deliberazione.								
Die Generalsekretärin Dr. Monika Platzgummer Spiess 	La Segretaria generale								
Der/Die Unterfertigte erteilt sein/ihr zustimmendes Gutachten hinsichtlich der buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit der vorliegenden Beschlussvorlage.	Il/La sottoscritto/a esprime parere favorevole in ordine alla regolarità contabile sulla presente proposta di deliberazione.								
Die Verantwortliche des Finanzdienstes Edeltraud Patscheider 	La responsabile del servizio finanziario								
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 25%; text-align: center; padding: 2px;">Verpflichtung Impegno</td> <td style="width: 25%; text-align: center; padding: 2px;">Feststellung Nr.: Accertamento n.</td> <td style="width: 25%; text-align: center; padding: 2px;">pagato con mand. bezahlt mit Mand.</td> <td style="width: 25%; text-align: center; padding: 2px;">Kapitel Capitolo</td> </tr> <tr> <td style="height: 20px;"></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>	Verpflichtung Impegno	Feststellung Nr.: Accertamento n.	pagato con mand. bezahlt mit Mand.	Kapitel Capitolo					
Verpflichtung Impegno	Feststellung Nr.: Accertamento n.	pagato con mand. bezahlt mit Mand.	Kapitel Capitolo						

Gelesen, genehmigt und gefertigt. Der Bürgermeister – Il Sindaco Mag. (FH) Ulrich Veith	Letto, confermato e sottoscritto. Die Generalsekretärin – La Segretaria generale Dr. Monika Platzgummer Spiess
---	--

VERÖFFENTLICHUNG	PUBBLICAZIONE
Dieser Beschluss wird heute und für 10 aufeinanderfolgende Tage an der Amtstafel und auf der Internetseite der Gemeinde Mals veröffentlicht.	La presente delibera viene pubblicata oggi e per 10 giorni consecutivi all'Albo Pretorio e sul sito internet del Comune di Malles Venosta.
19.12.2016 Die Vizegeneralsekretärin – La Vicesegretaria generale Dr. Daniela Lechthaler 	
VOLLSTRECKBARKEIT	ESECUTIVITÀ
Gemäß Art. 79, Abs. 3 des geltenden ETGO ist vorliegender Beschluss vollstreckbar geworden am	Ai sensi dell'art. 79, comma 3 del TUOC la presente delibera è diventata esecutiva in data
30.12.2016 Die Vizegeneralsekretärin – La Vicesegretaria generale Dr. Daniela Lechthaler 	

COMUNE DI
MAREBBE
Provincia di Bolzano

GEMEINDE
ENNEBERG
Provinz Bozen

COMUN DE
MAREO
Provincia da Balsan

DELIBERA DELLA
GIUNTA COMUNALE

BESCHLUSS DES
GEMEINDEAUSSCHUSSES

DELIBERAZIUN DLA
JUNTA DE COMUN

Seduta del/Sitzung vom/Sontada dai

ore/Uhr/ora

29.03.2021

15:00 h

OGGETTO:

BETRIFT:

ARGOMONT:

Affidamento della gestione della microstruttura per l'infanzia a San Vigilio di Marebbe alla cooperativa sociale Soc.Coop. Casa Bimbo Tagesmutter Onlus per il periodo dal 01.04.2021 al 30.06.2021

Vergabe der Führung der Kindertagesstätte in St. Vigil in Enneberg an die Sozialgenossenschaft Soc.Coop. Casa Bimbo Tagesmutter Onlus für den Zeitraum vom 01.04.2021 bis zum 30.06.2021

Sorandada dla gestiun dla strotöra por i pici a Al Plan de Mareo ala cooperativa sociala Soc.Coop. Casa Bimbo Tagesmutter Onlus per le tomp dai 01.04.2021 ai 30.06.2021

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente legge regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti di questa Giunta comunale.

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung enthaltenen Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.

Dô l'adempliment dles formalitês scrites dant dla lege regionala en valüta sö'l Ordinamont dai Comuns, èl gnü cherdé éte, tal salf dles sontades, i componënc' de cösta Junta de Comun.

Sono presenti:

Anwesend sind:

Presënc' è:

	(1)	(2)
dott. Felix Ploner Sindaco/Bürgermeister/Ombolt		
dott.ssa Elisabeth Frenner Vicesindaco/Vizebürgermeister/Vizeombolt Suani		
Paul Pisching Assessore/Gemeindereferent/Assessor		
Ludwig Rindler Assessore/Gemeindereferent/Assessor		
Giuseppe Tasser Assessore/Gemeindereferent/Assessor		

Assiste la Segretaria comunale, Sign.ra

Seinen Beistand leistet Die Gemeindegsekretärin, Frau

Secretêr dla sontada è la Secretêria de Comun, Sign.ra

dott. Verena Ellecosta

Constatato che il numero degli intervenuti è sufficiente per la legalità dell'adunanza, il Sig.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt Herr

Dô avëi constaté che la numera dai antergnüs basta por la legalité dl'endünada, sorantöl le Sign.

dott. Albert Palfrader

nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza e sottopone alla Giunta comunale la trattazione dell'oggetto suddetto.

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und unterbreitet dem Gemeindeausschuss die Behandlung des obgenannten Gegenstandes.

te söa cualité da Ombolt la presidënza y i sotmët ala Junta de Comun la trataziun dal argomont soradit.

(1) assente/abwesend/assënt

(2) assente nella trattazione e votazione del presente oggetto/abwesend bei Behandlung und Abstimmung dieses Gegenstandes/assënt pla trataziun y votaziun de cösc argomont

PARERI

ART. 185 - 187, Legge regionale del 3 maggio 2018, n.2

GUTACHTEN

ART. 185 - 187, Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2

ARAC

ART. 185 - 187, Lege regionala dal 3 de ma 2018, n. 2

*Parere tecnico-amministrativo con l'impronta digitale**Fachliches Gutachten mit dem elektronischen Fingerabdruck**Arat tecnic-aministratif cun la merscia a dèit digitala**ADcstqO6LgidppNLiRDRC+3SX2
awMuMSkYTIk3xM2wY=**Parere contabile con l'impronta digitale**Buchhalterisches Gutachten mit dem elektronischen Fingerabdruck**Arat contabl cun la merscia a dèit digitala**9dO/
ocje5O0HMqbo3B2u0QnyuYLtU5z
HJMA+bIc3blw=***LA GIUNTA COMUNALE****DER GEMEINDEAUSSCHUSS****LA JUNTA DE COMUN**

Vista la L.P. n. 8/2013 "Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige" n.t.v.;

Nach Einsichtnahme in das L.G. Nr. 8/2013 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“ i.g.F.;

Odüda la L.P. nra. 8/2013 "Svilup y sostegn dla familia te Südtirol" tal test en valüta;

Constatato, che il capo IV (artt. 13-19) della citata legge è relativo all'assistenza alla prima infanzia;

Festgestellt, dass der Abschnitt IV (Art. 13-19) des genannten Gesetzes sich auf die Kleinkinderbetreuungsdienste bezieht;

Constaté che le cé IV (artt. 13-19) dla lege soradita reverda l'assistènza dai pici mituns;

Vista la D.G.P. n. 889/2016, con la quale sono stati approvati i criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia;

Nach Einsichtnahme in den B.L.R. Nr. 889/2016, mit welchem die Richtlinien über die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes genehmigt worden sind;

Odüda la D.J.P. nra. 889/2016, con chëra ch'al è gnü aproé i critërs sön le finanziamnt dai sorvisc de microstrotöra y de assistènza te ciasa dai pici mituns;

Constatato che l'amministrazione comunale intende procedere a breve all'apertura di una microstruttura per la prima infanzia nel Comune di Marebbe, ai sensi dell'art. 15 della L.P. n. 8/2013 n.t.v.;

Festgestellt, dass die Gemeindeverwaltung beabsichtigt, in Kürze eine Kindertagesstätte in der Gemeinde Enneberg, im Sinne von Art. 15 des L.G. Nr. 8/2013 i.g.F., zu eröffnen;

Constaté che l'aministrazion de Comun á entenziun da daurì prêsc na strotöra por i pici mituns tal Comun de Mareo aladò dal art. 15 dla L.P. nra. 8/2013 n.t.v.;

Constatato quindi, che è necessario affidare la gestione del servizio;

Festgestellt daher, dass es notwendig ist, die Führung des Dienstes zu vergeben;

Constaté, ensciö, ch'al vá debojügn da sorandé la gestiun dal sorvisc;

Vista la relativa offerta della cooperativa sociale Soc.Coop. Casa Bimbo Tagesmutter Onlus del 01.02.2021, la quale prevede un importo di 14,00 Euro più IVA al 5% per ora di assistenza per ogni bambino assistito;

Nach Einsichtnahme in das entsprechende Angebot der Sozialgenossenschaft Soc.Coop. Casa Bimbo Tagesmutter Onlus vom 01.02.2021, welches einen Betrag von 14,00 Euro zzgl. MwSt. zu 5% pro Betreuungsstunde pro Kind vorsieht;

Odüda l'offerta revardonta dla cooperativa sozuala Soc.Coop. Casa Bimbo Tagesmutter Onlus dai 01.02.2021, co prevëiga na soma de 14,00 Euro plü IVA al 5% al'ora de assistènza por vigne möt assistí;

Visto inoltre il prospetto di calcolo redatto dall'amministrazione comunale, dal quale risulta per il servizio nel periodo dal 01.04.2021 al 30.06.2021 una spesa massima di 22.500,00 Euro, IVA compresa a carico dell'amministrazione comunale;

Nach Einsichtnahme weiters in die Kostenschätzung, welche von der Gemeindeverwaltung ausgearbeitet worden ist und für die Führung des Dienstes im Zeitraum vom 01.04.2021 bis zum 30.06.2021 eine Höchstaussgabe von 22.500,00 Euro MwSt. inbegriffen, vorsieht;

Odüda ince la calcolaziun dai cose', lauráda fora dl'aministrazion de Comun, co prevëiga por le sorvisc tal tomp dai 01.04.2021 ai 30.06.2021 na spëisa mascima de 22.500,00 Euro, IVA laprò, a ciaria dl'aministrazion de Comun;

Constatato, quindi, che è necessario incaricare la cooperativa sociale Soc.Coop. Casa Bimbo Tagesmutter

Festgestellt, daher, dass es notwendig ist, die Sozialgenossenschaft Soc.Coop. Casa Bimbo Tagesmutter

Constaté, porchël, ch'al vá debojügn da enciarié la cooperativa sozuala Soc.Coop. Casa Bimbo Tagesmutter

Onlus con la gestione della microstruttura per l'infanzia di Marebbe nel periodo dal 01.04.2021 al 30.06.2021, impegnando una spesa presunta di 22.500,00 Euro IVA compresa;	Onlus für den Zeitraum vom 01.04.2021 bis zum 30.06.2021 mit der Führung der Kindertagesstätte in Enneberg zu beauftragen und eine mutmaßliche Ausgabe von 22.500,00 Euro MwSt. inbegriffen, zu verpflichten;	Onlus con la gestiuon dla microstro-töra por i pici mituns de Mareo por le tomp dai 01.04.2021 ai 30.06.2021 y da impegné na spëisa preodüda de 22.500,00 Euro IVA la-prò;
Constatato, inoltre, che è necessario autorizzare il sindaco alla firma della relativa convenzione;	Festgestellt, weiters, dass es notwendig ist, den Bürgermeister zur Unterzeichnung der entsprechenden Vereinbarung zu ermächtigen;	Constaté, ince, ch'al vá debojügn da autorisé l'ombolt da firmé la convenziun revardonta;
Ritenuto opportuno e necessario pubblicare l'esito della presente procedura tramite il portale SICP;	Als notwendig und zweckmäßig erachtet, die Vergabebekanntmachung für das gegenständliche Verfahren mittels ISOV-Portal zu veröffentlichen;	Araté de öga y nezesciar da publiché le resultat de cösta prozedöra tres le portal SICP;
Ritenuto opportuno e necessario utilizzare gli strumenti di acquisizione elettronici per le acquisizioni di modico valore, ovverosia beni, servizi e lavori di valore fino a 40.000,00 Euro;	Als notwendig und zweckmäßig erachtet, für Beschaffungen von geringfügigem Wert, das heißt Güter, Dienstleistungen und Bauaufträge im Wert von bis zu 40.000,00 Euro die Beschaffung über elektronische Instrumente vorzunehmen;	Araté de öga y nezesciar anüzé i strumonc' de acuisiziun eletronicas por les acuisiziuns de picia valüta, co ô dí bëns, sorvisc y laürs de na valüta fina a 40.000,00 Euro;
Ritenuto opportuno e necessario affidare il presente procedimento tramite affidamento diretto senza previa pubblicazione per razionalizzare e aumentare l'efficienza degli affidamenti visto anche l'importo esiguo del contratto e per facilitare l'accesso delle piccole e medie imprese alle procedure di affidamento;	Als notwendig und zweckmäßig erachtet, im Sinne der Verfahrensvereinfachung für den erleichterten Zugang von Klein- und Mittelbetrieben, aus Gründen der Effizienz und der Rationalisierung und angesichts des verhältnismäßig geringen Vertragswertes das Verfahren der Direktvergabe zu wählen und von der Veröffentlichung einer vorherigen Kundmachung abzusehen;	Araté de öga y nezesciar da soranté cösta enciaria tres prozedöra con sorandada direta sonza publicaziun de en avis damperfora, por rajuns de razionalité y efiziënza, en conscideraziun ince dla picia soma dal contrat y por alesiré l'azès dles pices imprej y dles imprejes mesanes ales prozedöres de sorandada;
Visto il bilancio di previsione 2021;	Nach Einsichtnahme in den Haushaltsvoranschlag 2021;	Odü le bilanz de previjiun 2021;
Visto lo Statuto comunale;	Nach Einsicht in die Gemeindegesetz;	Odü le Statut de Comun;
Vista la Legge regionale del 3 maggio 2018, n. 2;	Nach Einsichtnahme in das Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2;	Odüda la Lege regionala dal 3 de ma 2018, n. 2;
Visti i pareri di cui all'art. 185 e art. 187 della Legge regionale del 3 maggio 2018, n. 2, in ordine alla regolarità tecnico-amministrativa e contabile della presente deliberazione;	Nach Kenntnisnahme der Gutachten laut Art. 185 und Art. 187 des Regionalgesetzes vom 3. Mai 2018, Nr. 2 hinsichtlich der fachlichen und buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit des gegenständlichen Beschlusses;	Odüs i bunarac' aladô dal art. 185 y art. 187 dla Lege regionala dal 3 de ma 2018, n. 2. sön la regolarité technich-aministrativa y contabla de cösta deliberaziun;
presenti e votanti 5; Con 5 voti favorevoli espressi per alzata di mano -	- beschließt -	presënc' y litanc' 5; Con 5 usc de sciö manifestades tignínn sö les mans -
- delibera -	5 Anwesende und Abstimmende; Mit 5 Jastimmen durch Handerheben -	- fej fòra -

- | | | |
|---|--|--|
| <p>1) di affidare, in base alle motivazioni di cui alle premesse, la gestione della microstruttura per l'infanzia di San Vigilio di Marebbe nel periodo dal 01.04.2021 al 30.06.2021 alla Cooperativa sociale Soc.Coop. Casa Bimbo Tagesmutter Onlus per un importo di 14,00 Euro più IVA per ora di assistenza per ogni bambino assistito;</p> <p>2) di impegnare la spesa presunta di 22.500,00 Euro come segue:</p> | <p>1) aufgrund der in den Prämissen angeführten Begründung die Führung der Kindertagesstätte in St. Vigil in Enneberg an die Sozial-genossenschaft Soc.Coop. Casa Bimbo Tagesmutter Onlus für den Zeitraum vom 01.04.2021 bis zum 30.06.2021 zu einem Betrag von 14,00 Euro zzgl. MwSt. pro Betreuungsstunde pro Kind, zu vergeben;</p> <p>2) die mutmaßliche Ausgabe von 22.500,00 Euro wie folgt zu verpflichten:</p> | <p>1) da i sorandé, aladô dles motivaziuns soradites, la gestiun dla microstrotöra por pici mituns d'Al Plan de Mareo por le tomp dai 01.04.2021 ai 30.06.2021 ala cooperativa sozuala Soc.Coop. Casa Bimbo Tagesmutter Onlus por na soma de 14,00 Euro plü IVA al'ora de assistënza por vigne môt assistî;</p> <p>2) da adebité la spëisa preodüda de 22.500,00 Euro ensciö:</p> |
|---|--|--|

Importo/Betrag/soma	Centro di costo/Kostenstelle/zënter de cost	Capitolo/Kapitel/capitul
€ 22.500,00	120100	12051.04.010200

- | | | |
|--|--|---|
| <p>3) di dare atto che i dettagli degli impegni di spesa scadono nei relativi anni di contabilizzazione;</p> <p>4) di autorizzare il sindaco alla firma della relativa convenzione;</p> <p>5) di pubblicare l'esito della presente procedura tramite il portale SICP;</p> <p>6) di dare atto che il presente provvedimento riguarda una'attività istituzionale' dell'ente;</p> <p>7) di dare atto che in base alla normativa IVA la fatturazione dovrà avvenire applicando la scissione dell'IVA (Split Payment, artt. 17-73 DPR n. 633/1972);</p> <p>8) di liquidare e pagare l'importo dopo regolare esecuzione su presentazione della relativa fattura;</p> <p>9) di dare atto che l'appaltatore assume tutti gli obblighi di tracciabilità dei flussi finanziari dei cui all'art. 3 della legge n. 136/2010;</p> <p>10) di dare atto che la presente deliberazione diverrà esecutiva dopo il decimo giorno dall'inizio della sua pubblicazione;</p> | <p>3) festzuhalten, dass die Details der Ausgabenverpflichtungen im entsprechenden Jahr der Verbuchung verfallen;</p> <p>4) den Bürgermeister zur ermächtigen die entsprechende Vereinbarung zu unterzeichnen;</p> <p>5) die Vergabebekanntmachung für das gegenständliche Verfahren mittels ISOV Portal zu veröffentlichen;</p> <p>6) festzuhalten, dass die gegenständliche Maßnahme eine institutionelle Tätigkeit der Gemeindeverwaltung betrifft;</p> <p>7) festzuhalten, dass aufgrund der MwSt.-Bestimmungen die Rechnungsstellung nach dem System der geteilten MwSt. (Split Payment, Art. 17-ter des DPR Nr. 633/1972) erfolgen muss;</p> <p>8) den Betrag nach ordnungsgemäßer Durchführung und gegen Vorlage der entsprechenden Rechnung zu liquidieren und auszubezahlen;</p> <p>9) festzuhalten, dass der Auftragnehmer alle Verpflichtungen über die Verfolgbarkeit der Geldflüsse laut Art. 3 des Gesetzes Nr. 136/2010 übernimmt;</p> <p>10) anzumerken, dass der gegenständliche Beschluss zehn Tage nach dem Beginn seiner Veröffentlichung vollstreckbar wird;</p> | <p>3) da anoté che i detai dai impëgns de spëisa tóma tai agn revardonc' de contabilisaziun;</p> <p>4) da autorizé l'ombolt a firmé la convenziun revardonta;</p> <p>5) da publiché le resultat de cösta prozedöra tres le portal SICP;</p> <p>6) da anoté che cösc provedimont reverda na attività istituzionala dal ënt;</p> <p>7) da anoté che aladô dla normativa IVA mëss la fatturaziun gní fata en aplicaziun dla spartiziun dl'IVA (Split Payment, artt. 17-73 DPR nra. 633/1972);</p> <p>8) da licuidé y paié la soma dô l'esecuziun endortöra y presentaziun dal cunt revardont;</p> <p>9) da anoté che l'apaltadú sorantòl dôtes les oblianzas da i jí dô ai paiamonc' finanziaers aladô dal art. 3 dla lege nra. 136/2010;</p> <p>10) da anoté che cösta deliberaziun jará en faziun dô le diejim dé dal mëterman dla publicaziun;</p> |
|--|--|---|

11) di dare atto che ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione di 10 giorni, presentare alla Giunta comunale opposizione o reclamo avverso la presente deliberazione. Entro 60 giorni dall'esecutività della deliberazione può essere presentato ricorso al Tribunale di Giustizia amministrativa di Bolzano.

presenti e votanti 5;
Con 5 voti favorevoli espressi per
alzata di mano -

- delibera inoltre -

- di dichiarare la presente delibera immediatamente esecutiva ai sensi dell'art. 183 della Legge regionale del 3 maggio 2018, n. 2

11) festzuhalten, dass gegen den gegenständlichen Beschluss während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung von 10 Tagen beim Gemeindeausschuss Einspruch oder Beschwerde erhoben werden kann. Innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit des Beschlusses kann beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof in Bozen Rekurs eingebracht werden.

- beschließt weiters-

5 Anwesende und Abstimmende;
Mit 5 Jastimmen durch
Handerheben -

- diesen Beschluss im Sinne des , Art. 183 des Regionalgesetzes vom 3. Mai 2018, Nr. 2, für unverzüglich vollstreckbar zu erklären.

11) da anoté che vigne zitadin pò, anter le temp de publicaziun de 10 dis, presenté oposiziun o retlami-ziun ala Junta de Comun cuntra cösta deliberaziun. Anter 60 dis dla faziun dla deliberaziun pôl gní presenté recurs al Tribunal de Iustizia aministrativa da Balsan.

presënc' y litanc' 5;
Con 5 usc de scio manifestades
tignínn sö les mans -

- fej fòra emplü -

- da detlaré cösta deliberaziun atira en faziun legala aladô dal art. 183 dla Lege regionala dal 3 de ma 2018, n. 2

Letto, confermato e sottoscritto

Gelesen, genehmigt und gefertigt

Lit, aproé y sotescrit

Il Presidente/Der Präsident/Le Président

La Segretaria/Die Sekretärin/La Secretèria

dott. Albert Palfrader

dott. Verena Ellecosta

Ogni cittadino/a può entro il periodo di pubblicazione pari a 10 giorni presentare opposizione contro questa delibera alla giunta comunale e, entro 60 giorni dall'esecutività, ricorso contro la stessa al Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa, sezione autonoma di Bolzano.

Jede/r Bürger/in kann während der zehntägigen Veröffentlichungsfrist gegen diesen Beschluss Einspruch beim Gemeindevausschuss erheben und innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit beim Regionalen Verwaltungsgericht, Autonome Sektion Bozen Rekurs einreichen.

Vigne zitadin/a pò anter la perioda de publicaziun de 10 dis presentè oposiziun cuntra cösta deliberaziun ala junta de comun y, anter 60 dis dal'esecutivité, recurs cuntra la medema al Tribunal Regional Aministratif, seziun autonoma da Balsan.

documento firmato tramite firma digitale

digital signiertes Dokument

document firmé cun firma digitala

Fascicolo/Akt/Pratica D3	Impegno / Verpflichtung / Impëgn	Mandato / Zahlungsauftrag / Mandat

La presente delibera viene pubblicata all'albo pretorio digitale del Comune di Marebbe dal 31.03.2021 al 29.03.2021.

Gegenständlicher Beschluss wird vom 31.03.2021 bis zum 29.03.2021 auf der digitalen Amtstafel der Gemeinde Enneberg veröffentlicht.

Cösta deliberaziun vëgn publicada al'albo digital dal Comun de Mareo dai 31.03.2021 ai 29.03.2021.

**GEMEINDE
MARTELL**

Autonome Provinz Bozen

**COMUNE DI
MARTELLO**

Provincia Autonoma di Bolzano

**Beschlussniederschrift
des Gemeindeausschusses****Verbale di deliberazione
della Giunta Comunale**Sitzung vom/Seduta del
11.01.2021Uhr - ore
17:00

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung festgelegten Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses zu einer Sitzung einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge Regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti di questa Giunta Comunale a una seduta.

Erschienen sind die Herren:

Presenti i Signori:

		entschuldigt abwesend assente giustificato	unentschuldigt abwesend assente ingiustificato
Altstätter Georg	Bürgermeister/Sindaco		
Schwienbacher Roland	Vize-Bürgermeister/Vicesindaco		
Eberhöfer Andreas	Gemeindereferent/Assessore		
Gamper Heidi	Gemeindereferent/Assessore		
Rieder Andreas	Gemeindereferent/Assessore		

Seinen Beistand leistet der Gemeindesekretär, Herr Assiste il Segretario Comunale, Signor

Dr. Ludwig Thoma

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit
übernimmt Herr

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti, il
Signor

Altstätter Georg

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz
und erklärt die Sitzung für eröffnet. Der
Gemeindeausschuss behandelt folgenden

nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza
e dichiara aperta la seduta. La Giunta Comunale
passa alla trattazione del seguente

G E G E N S T A N D**O G G E T T O**

**Vergabe der Führung der
Kleinkinderbetreuungsstätte in Martell für
den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2021 an
die Sozialgenossenschaft LOLA. CIG:
8587924314**

**Affidamento della gestione del servizio di
microstruttura per la prima infanzia di
Martello per il periodo 01.01.2021 al
31.12.2021 alla società cooperativa LOLA.
CIG: 8587924314**

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

Es wird vorausgeschickt dass in der Gemeinde Martell eine Kleinkindertagesstätte mit einer Aufnahmekapazität von maximal 10 Plätzen errichtet wurde;

Weiters darauf hingewiesen, dass mit Beschluss des Gemeindeausschusses Martell Nr. 534 vom 23.12.2019 an die Sozialgenossenschaft LOLA aus Mals der Dienst zur Führung der Kindertagesstätte in Martell für den Zeitraum 01.01.2020 bis 31.12.2020 erteilt wurde;

Mit Beschluss des Gemeindeausschussbeschluss Nr. 520 vom 01.12.2020 wurde verfügt, den Dienst zur Führung der Kindertagesstätte in Martell für den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2021 in der Gemeinde Martell, wie folgt zu vergeben:

Direktauftrag mit vorheriger Konsultation von mindestens 3 Wirtschaftsteilnehmern laut Art. 26 Absatz 3, des L.G. vom 17.12.2015, Nr. 16.

Mit dem Schreiben vom 04.12.2020, übermittelt mittels elektronischer Post wurden insgesamt Nr. 3 Wirtschaftsteilnehmer zur Teilnahme an der Konsultation mit Vorlage des Angebotes innerhalb 14.12.2020, eingeladen.

Festgehalten, dass nur ein Angebot eingegangen ist.

Nach Einsichtnahme in das Angebot vom 11.12.2020 der Sozialgenossenschaft LOLA mit Sitz in Mals, Bahnhofstraße 39 zum Preis von 108.300,00 € zzgl. MwSt. 5%, insgesamt also 113.715,00 €.

Festgehalten, dass das Unternehmen im telematischen Verzeichnis der Wirtschaftsteilnehmer laut Art. 27 Absatz 5 des L.G. Nr. 16/2015 eingetragen ist; die Kontrollen über die Teilnahmeanforderungen für Vergaben bis zu einem Betrag von € 150.000,00, die über elektronische Instrumente abgewickelt werden, müssen vor dem Vertragsabschluss nicht mehr von den einzelnen Vergabestellen durchgeführt werden müssen, da die AOV zentral das telematische Verzeichnis der Wirtschaftsteilnehmer stichprobenartig kontrollieren wird (Art. 32 des zitierten Landesgesetzes);

LA GIUNTA COMUNALE

Viene premesso che nel Comune di Martello é stato realizzato un servizio di microstruttura, con una capacità ricettiva massima per l'accoglienza di 10 bambini;

Dato atto che con deliberazione della Giunta comunale di Martello n. 534 del 23.12.2019 la gestione del servizio di microstruttura per la prima infanzia di Martello é stato affidato alla Cooperativa sociale LOLA di Malles per il periodo dal 01.01.2020 al 31.12.2020;

Con deliberazione della Giunta comunale di Martello n. 520 del 01.12.2020 é stato disposto di appaltare la gestione del servizio di microstruttura per la prima infanzia di Martello per il periodo dal 01.01.2021 al 31.12.2021, come segue:

Affidamento diretto previa consultazione di n. 3 operatori economici ai sensi dell'art. 26 comma 3, della L.P. del 17.12.2015, n. 16;

Con lettera del 04.12.2020, inoltrata mediante posta elettronica, quest'Amministrazione ha consultato n. 3 operatori economici invitandoli a presentare le loro offerte entro il 14.12.2020.

Dato atto che è stata presentata soltanto un'offerta.

Vista l'offerta del 11/12/2020 della ditta Cooperativa Sociale LOLA con sede a Malles, Via Stazione 39 al prezzo di 108.300,00 €, più IVA 5%, totale importo quindi 113.715,00 €.

Visto che l'impresa è iscritta nell'elenco telematico di cui all'art. 27 comma 5 della L.P. n. 16/2015; per affidamenti fino ad un importo di € 150.000 effettuati utilizzando gli strumenti elettronici, le stazioni appaltanti non saranno più tenute ad effettuare la verifica dei requisiti di partecipazione prima della stipula del contratto; sarà l'ACP a occuparsene a livello centrale, controllando e a campione l'elenco telematico degli operatori economici (art. 32 della L.P. citata);

Festgestellt, dass das Ergebnis der Konsultation mit dem daraufhin telematisch eingelangten Angebot genehmigt und der Firma Sozialgenossenschaft LOLA mit Sitz in Mals, Bahnhofstraße 39 der Zuschlag im Wege der Direktvergabe zum Gesamtbetrag von € 108.300,00 + MwSt. durch den Gemeindevorstand erteilt werden kann;

Nach Einsichtnahme in das geltende Einheitliche Strategiedokument für den Dreijahreszeitraum 2021 – 2023;

Nach Einsichtnahme in den Haushaltsvoranschlag 2021 – 2023 der Gemeinde Martell, und in den Arbeitsplan für das Finanzjahr 2021;

nach kurzer Diskussion und Beratung;

Nach Einsichtnahme in das zustimmende fachliche Gutachten sowie in das zustimmende buchhalterische Gutachten im Sinne der Art. 185 und 187 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit R.G. vom 03.05.2018, Nr. 2;

nach Einsichtnahme in die Regionalgesetze über die Gemeindeordnung sowie in die Satzung der Gemeinde Martell und den laufenden Haushaltsvoranschlag;

einstimmig in gesetzlicher Form

Elektronischer Fingerabdruck fachliches Gutachten:

tGC6kWmOZMv8zMO16HssR8Eign3FvsGejT6QND+N7Ug=

Elektronischer Fingerabdruck buchhalterisches Gutachten:

dB1p4K5FIwu0QOHB7ycokQ7H12FKk+tOXazQ8KR+ew=

b e s c h l i e ß t

1. mit Verweis auf die im Vorspann angeführten Begründungen wird an die Firma Sozialgenossenschaft LOLA mit Sitz in Mals, Bahnhofstraße 39 der Auftrag zur Führung der Kindertagesstätte in Martell für den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2021 in der Gemeinde Martell zu den Bedingungen gemäß Angebot ausgestellt über das telematische Vergabeportal der Provinz gegen Bezahlung des Gesamtbetrages von 108.300,00 € zzgl. MwSt. 5%, insgesamt also 113.715,00 € erteilt.

Considerato che l'esito della consultazione con l'offerta pervenuta telematicamente può essere approvato ed i lavori possono essere aggiudicati mediante affidamento diretto dalla Giunta comunale all'impresa Cooperativa Sociale LOLA con sede a Malles, Via Stazione 39 per l'importo complessivo di € 108.300,00 + IVA;

Visto il vigente Documento Unico di Programmazione per il triennio 2021 – 2023;

Visto il bilancio di previsione 2021 – 2023 del Comune di Martello ed il piano operativo per l'esercizio finanziario 2021;

dopo breve discussione;

Visto il parere favorevole tecnico nonché il parere favorevole contabile ai sensi degli artt. 185 e 187 del Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con L.R. del 03.05.2018, n. 2;

Visto le leggi regionali sull'Ordinamento dei Comuni nonché lo statuto del Comune di Martello ed il bilancio di previsione corrente;

ad unanimità di voti espressi nella forma di legge;

Impronta digitale parere tecnico:

d e l i b e r a

1. di affidare, acquisite le motivazioni esplicate in premessa, alla ditta Cooperativa Sociale LOLA con sede a Malles, Via Stazione 39 alle condizioni di cui all'offerta emessa l'incarico per la gestione del servizio di microstruttura per la prima infanzia di Martello per il periodo dal 01.01.2021 al 31.12.2021 per l'importo complessivo di 108.300,00 €, più IVA 5%, totale importo quindi 113.715,00 €.

2. festzuhalten, dass die CIG-Kennnummer 8587924314 ist und dass nach erfolgter und überprüfter Leistungserbringung die Liquidierung ohne weitere Verwaltungsmaßnahme innerhalb der vorliegenden Ausgabenverpflichtung vorgenommen wird;

3. darauf hinzuweisen, dass der gegenständliche Vertrag im Sinne von Art. 37 des Landesgesetzes N.16/2015 mittels Privaturkunde verfasst wird;

4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Übernehmerfirma den Vergabevertrag abzuschließen, wobei die Stillhaltefrist gemäß Art.32, Abs.10, GVD N.50/2016 nicht eingehalten werden muss;

2. di dare atto che il codice CIG è 8587924314 e che, a prestazione seguita e controllata, si procederà alla liquidazione senza necessità di ulteriore determinazione, nei limiti comunque dell'impegno di cui al presente atto;

3. di far constare che il presente contratto sarà concluso ai sensi dell'art. 37, della legge provinciale n.16/2015 tramite scrittura privata;

4. di autorizzare il Sindaco alla stipula del contratto di appalto, facendo presente che il termine dilatorio non deve essere applicato ai sensi dell'art.32, c.10, D.Lgs n.50/2016;

<i>Verpflichtung Nr. N. impegno</i>	<i>Kompetenzjahr Anno di competenza</i>	<i>Kapitel Capitolo</i>	<i>Kostenstelle Centro di costo</i>	<i>Betrag Importo</i>
11	2021	12011.03.21500 U.1.03.02.15.010	120100	79.040,00 €

Gegen diesen Beschluss kann während des Zeitraums seiner Veröffentlichung Einspruch beim Gemeindeausschuss und innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit desselben beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof in Bozen Rekurs eingelegt werden. Im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe beträgt die Rekursfrist 30 Tage (Art. 119 und 120, GvD N. 104/2010).

Gelesen, genehmigt und gefertigt

Altstätter Georg
(Vorsitzender – Presidente)

Contro la presente deliberazione può essere presentato opposizione alla giunta comunale entro il periodo di pubblicazione e entro 60 giorni dall'esecutività della stessa può essere presentato ricorso al Tribunale di giustizia amministrativa di Bolzano. Nell'ambito dell'affidamento pubblico il termine entro quale ricorrere è di 30 giorni (art. 119 e 120 D.Lgs. n. 140/2010).

Letto, confermato e sottoscritto

Dr. Thoma Ludwig
(Der Gemeindesekretär - Il Segretario comunale)

digital signiertes Dokument – documento firmato tramite firma digitale



STADTGEMEINDE MERAN
COMUNE DI MERANO

Prot. Nr.

DELIBERAZIONE BESCHLUSS
DELLA GIUNTA COMUNALE DES GEMEINDEAUSSCHUSSES

Nr. 237

Seduta del Sitzung vom

21.07.2020

OGGETTO: BETRIFFT:

**Asili nido e microstrutture - definizione
del costo orario pieno e del costo
giornaliero pieno**

**Kinderkrippen und Kindertagesstätten -
Festsetzung der vollen Stundenkosten
und der vollen Tageskosten**

Paul Rösch

Sindaco / Bürgermeister

Andrea Rossi

Vicesindaco / Vize-Bürgermeister

Stefan Frötscher

Assessore / Gemeindereferent

Madeleine Rohrer

Assessora / Gemeindereferentin

Gabriela Strohmer

Assessora / Gemeindereferentin

Nerio Zaccaria

Assessore / Gemeindereferent

Diego Zanella

Assessore / Gemeindereferent

Presenti Anwesend	Ass. giust. Ger. Abw.	Ass. ingiust. Unger. Abw.
X		
X		
X		
X		
	X	
X		
X		

Günther Bernhart

Segretario generale / Generalsekretär

Premesso che

La legge provinciale n. 8 del 17 maggio 2013, e successive modifiche, "Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige", che al capo 4 disciplina l'assistenza per la prima infanzia e prevede in particolare un nuovo sistema di finanziamento nonché lo sviluppo della rete dei servizi per la prima infanzia sia in termini di quantità che di qualità;

L'articolo 3, comma 4 della Delibera della Giunta Provinciale n. 666 del 30 luglio 2019 "Approvazione dei criteri per il finanziamento di microstrutture e del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia e revoca della deliberazione n. 1198 del 20 novembre 2018" stabilisce che il Comune di residenza o di stabile dimora del bambino/a partecipa ai costi sostenuti dalle famiglie che usufruiscono di servizi presso altri Comuni della provincia di Bolzano, come stabilito dall'articolo 7.

Attualmente diverse famiglie provenienti da altri Comuni usufruiscono del servizio di asilo nido e del servizio di microstruttura nel Comune di Merano e che occorre definire il costo giornaliero pieno e il costo orario pieno in modo tale da poter chiedere a tali Comuni la compartecipazione ai costi.

La deliberazione della Giunta provinciale n. 1436 del 20 dicembre 2016 definisce per il servizio di asilo nido le tariffe minime e massime a seconda delle varie fasce orarie di utilizzo del servizio.

con il decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30 meglio conosciuto come "decreto di armonizzazione" e successive modifiche ed integrazioni è stato approvato il "Regolamento relativo agli interventi di assistenza economica sociale ed al pagamento delle tariffe nei servizi sociali" che definisce i criteri da applicare per il calcolo delle tariffe dell'asilo nido e delle microstrutture;

Tutto ciò premesso, visti i pareri favorevoli sulla proposta di deliberazione, ai sensi degli artt. 185 e 187 del Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige L.R. n. 2/2018 in ordine alla regolarità tecnica-amministrativa e alla regolarità contabile;

**LA GIUNTA COMUNALE
d e l i b e r a**

a voti unanimi

Prämissen:

Landesgesetz vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“ das in Abschnitt 4 die Kleinkinderbetreuung regelt und insbesondere ein neues Finanzierungssystem sowie den Ausbau Familienergänzender Betreuungsangebote in quantitativer und qualitativer Hinsicht vorsieht.

Artikel 3, Komma 4 des Beschlusses der Landesregierung Nr. 666 vom 30 Juli 2019 „Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter-/Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018“ sieht vor dass die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7.

Derzeit nehmen mehrere Familien von anderen Gemeinden des Landes den Kinderhort- und Kindertagesstätten-Dienst der Gemeinde Meran in Anspruch. Deshalb sollen die vollen Stundenkosten und die vollen Tageskosten für Kindertagesstätte und für Kinderhort festgesetzt werden.

Für die Kinderkrippen hat die Landesregierung mit Beschluss Nr. 1436 vom 20. Dezember 2016 Mindest- und Höchstarife je nach genutzte Zeitspanne festgelegt.

Mit Dekret des Landeshauptmanns Nr. 30 vom 11. August 2000 – dem sogenannten „Harmonisierungsdekret“ – wurde die „Durchführungsverordnung zu den Maßnahmen der finanziellen Sozialhilfe und zur Zahlung der Tarife der Sozialdienste“ in geltender Fassung verabschiedet. Diese Verordnung regelt die Kriterien für die Berechnung der Tarife für die Kinderkrippe und die Kindertagesstätten.

Nach diesen Prämissen, die positiven Gutachten im Sinne der Artikel 185 und 187 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, Regionalgesetz Nr. 2/2018, hinsichtlich der technisch-administrativen Ordnungsmäßigkeit und der buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit des Beschlussvorschlags wurden eingesehen

**b e s c h l i e ß t
DER GEMEINDEAUSSCHUSS**

einstimmig,

- 1) di fissare il **costo pieno giornaliero** per la gestione degli **asili nido** come segue:
€ 27,00 per la fascia oraria mattutina e pomeridiana,
€ 47,00 per la fascia oraria normale,
€ 60,00 per la fascia oraria prolungata,
e di fissare il **costo pieno orario** per la gestione degli **asili nido** per la fascia oraria prolungata pari ad € 10,00.
- 2) di fissare il **costo pieno orario** per la gestione delle **microstrutture** pari a € 9,50.
- 3) di dare atto che ogni cittadino, ai sensi dell'art. 183, comma 5 del Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige L.R. n. 2/2018, può presentare alla Giunta Comunale opposizione alla presente deliberazione entro il periodo della sua pubblicazione, e presentare ricorso al Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa per la Regione Trentino-Alto Adige, Sezione autonoma di Bolzano, entro 60 giorni dall'esecutività della stessa. Se la deliberazione interessa l'affidamento di lavori pubblici il termine di ricorso, ai sensi dell'art. 120, c. 5, D.Lgs 104 del 02.07.2010, è ridotto a 30 giorni dalla conoscenza dell'atto.

Hash parere amministrativo
V8cZ3n3tJgD5zmo+1UJ/esGiJZS4q1Eaiqh3hR9syla=
Hash parere contabile
f+ig0Q78So01LrEEnQcCTqMuq7feh30enKsLAqUIQ4o=

1. Die **vollen Tageskosten** für die Führung der Kinderkrippen werden wie folgt festgesetzt:
€ 27,00 für die Vormittagszeitspanne und die Nachmittagszeitspanne,
€ 47,00 für die Tageszeitspanne,
€ 60,00 für die verlängerte Zeitspanne ,
und den folgenden **vollen Stundensatz** für die verlängerte Zeitspanne: € 10,00.
2. Für die Führung der **Kindertagesstätte** werden die **volle Stundenkosten** in Höhe von € 9,50 festgesetzt.
3. Alle BürgerInnen können gegen den vorliegenden Beschluss während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung gemäß Artikel 183 Absatz 5 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, Regionalgesetz Nr. 2/2018, Einwände beim Gemeindevorstand vorbringen und innerhalb von 60 Tagen ab Vollziehbarkeit dieser Maßnahme beim Regionalen Verwaltungsgericht für Trentino-Südtirol, Autonome Sektion Bozen, Rekurs einreichen. Betrifft der Beschluss die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, ist die Rekursfrist gemäß Artikel 120 Absatz 5 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 104 vom 02.07.2010 auf 30 Tage ab Kenntnisnahme reduziert.

Hash fachliches Gutachten
V8cZ3n3tJgD5zmo+1UJ/esGiJZS4q1Eaiqh3hR9syla=
Hash buchhalterisches Gutachten
f+ig0Q78So01LrEEnQcCTqMuq7feh30enKsLAqUIQ4o=



STADTGEMEINDE **MERAN**
COMUNE DI **MERANO**

Fatto, letto e sottoscritto

Sindaco

Verfasst, gelesen und unterzeichnet

Paul Rösch

Bürgermeister

Il segretario generale

Günther Bernhart

Der Generalsekretär

Digital signiertes Dokument – documento firmato tramite firma digitale

Beschluss vom 30. Juli 2019, Nr. 666

Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter- /Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018

ANLAGE A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1 Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.
2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2 Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3 Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, zur Verfügung.
2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.
3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.
4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.
5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

- a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,
- b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,
- c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,
- d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;
- e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:
 - 1) Vollzeit,
 - 2) Teilzeit über 50 Prozent,
 - 3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

- a) alleinerziehendes Elternteil,
- b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,
- c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,
- d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,
- e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,
- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.
2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.
3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.
2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.
3. Hat die Familie im Sinne des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.
4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:
 - a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,
 - b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,
 - c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,
 - d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.
2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.
3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.
4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.
5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.
6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.
7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.
2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.
3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.
4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarifbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarifbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.
2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tarifbeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), berücksichtigt werden.
3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.
4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.
5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss, eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.
6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.
2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.
2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.
3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, muss enthalten:
 - a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,
 - b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß [Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer

Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tarifbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 14 Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15 Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis

Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.

Beschluss vom 9. August 2016, Nr. 889

Genehmigung der Richtlinien über die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes im Sinne des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8 und Widerruf des Artikels 7 Absatz 1 Buchstaben a) und b) samt Anlage B des Beschlusses Nr. 58 vom 14. Jänner 2013 (abgeändert mit Beschluss Nr. 818 del 25.07.2017)

...omissis...

1. Das neue Finanzierungssystem für die Kleinkinderbetreuungsdienste laut Landesgesetz vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, Abschnitt 4 bezogen auf die beiden Angebotsformen Kindertagesstätte sowie Tagesmütter-/väterdienst, wie in den Richtlinien gemäß Anlage A, die wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses sind, definiert, zu genehmigen.

2. Das neue Finanzierungssystem der Kleinkinderbetreuungsdienste, bezogen auf die beiden Angebotsformen Kindertagesstätte sowie Tagesmütter-/väterdienst, wird ab dem Haushaltsjahr 2017 angewandt. Die notwendigen vorbereitenden Arbeiten erfolgen im Sinne der Kriterien.

3. Der Beschluss der Landesregierung Nr. 58 vom 14.01.2013, in geltender Fassung, betreffend die derzeit geltenden Kriterien und Modalitäten zur Beitragsgewährung für laufende Ausgaben für die Dienste Kindertagesstätte und Tagesmütter-/väterdienst ist bezogen auf Artikel 7 Absatz 1 Buchstaben a) und b) samt seiner Anlage B ab dem Haushaltsjahr 2017 aufgehoben.

4. Das bestehende Finanzierungssystem für die Dienstform Kinderhort laut Landesgesetz vom 8. November 1974, Nr. 26, in geltender Fassung, bleibt hingegen bis auf Widerruf aufrecht.

5. Die Überarbeitung der pädagogischen, betreuerischen, strukturellen und organisatorischen Merkmale einer qualitativ hochwertigen Betreuung durch Tagesmütterdienste/Tagesväterdienste, Kinderhorte, Kindertagesstätten und betriebliche Tageseinrichtungen für Vorschul- und Schulkinder und die entsprechenden Prüfmechanismen laut Artikel 17 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, wird mit einer nachfolgenden Maßnahme festgelegt.

Der vorliegende Beschluss bringt keine Ausgabenzweckbindung mit sich.

Dieser Beschluss wird im Amtsblatt der Region Trentino – Südtirol veröffentlicht.

Delibera 9 agosto 2016, n. 889

Approvazione dei criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia ai sensi della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8 e revoca dell'articolo 7, comma 1, lettere a) e b) e dell'allegato B della deliberazione della Giunta provinciale n. 58 del 14 gennaio 2013 (modificata con delibera n. 818 del 25.07.2017)

...omissis...

1. Di approvare il modello di finanziamento di cui al capo 4 della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, per le due tipologie di servizio microstruttura alla prima infanzia ed assistenza domiciliare all'infanzia, come definito attraverso i criteri di cui all'allegato "A", parte integrante della presente deliberazione.
2. Il nuovo sistema di finanziamento dei servizi di microstruttura alla prima infanzia ed assistenza domiciliare all'infanzia trova applicazione a partire dall'anno finanziario 2017. I necessari lavori preparatori hanno luogo in base a quanto previsto nei criteri.
3. L'articolo 7, comma 1, lettere a) e b) e l'allegato B della deliberazione della Giunta provinciale n. 58 del 14/01/2013, e successive modifiche, concernenti i criteri e le modalità di concessione di contributi per i servizi di microstruttura alla prima infanzia ed assistenza domiciliare all'infanzia sono revocati a partire dall'anno finanziario 2017.
4. Il modello di finanziamento del servizio di asilo nido, di cui alla legge provinciale 8 novembre 1974, n. 26, e successive modifiche, rimane per ora invariato.
5. La rideterminazione delle caratteristiche pedagogiche, assistenziali, organizzative e strutturali per un elevato livello qualitativo dei servizi di assistenza domiciliare all'infanzia, asili nido, microstrutture e servizi diurni aziendali per bambini e bambine in età prescolare e scolare nonché i relativi meccanismi di verifica, ai sensi dell'articolo 17 della Legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, avviene con provvedimento successivo.

La presente deliberazione non comporta impegno di spesa.

La presente deliberazione viene pubblicata sul Bollettino Ufficiale della Regione Trentino Alto Adige.



***Beschlussniederschrift des
Gemeindeausschusses***

***Verbale di deliberazione della
Giunta Comunale***

Sitzung vom – Seduta del **09.10.2017**

Uhr - ore **15:00**

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung enthaltenen Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.
Anwesend sind:

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti di questa Giunta Comunale.
Sono presenti:

			Entschuldigt abwesend Assente giustificato	Unentschuldigt abwesend Assente ingiustificato
Dr. Ing. Alexander Überbacher	Bürgermeister	Sindaco		
Georg Zingerle	Vize-Bürgermeister	Vice-Sindaco		
Helmut Plaickner	Gemeindereferent	Assessore		
Carmen Jaist	Gemeindereferentin	Assessore		
Hubert Rienzner	Gemeindereferent	Assessore		

Schriftführer: Der Gemeindesekretär

Segretario: Il Segretario comunale

Dr. Arnold Unterkircher

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit,
übernimmt Herr

Dr. Ing. Alexander Überbacher

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti, il Signor

in seiner Eigenschaft als **Bürgermeister** den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet. Behandelt wird folgender Gegenstand:

nella sua qualità di **Sindaco** assume la presidenza e dichiara aperto la seduta. Si tratta il seguente oggetto:

BETRIFFT: Kindertagesstätte Schabs - Anvertrauung der Führung für den Zeitraum 01.01.2018 - 31.12.2020 - Vergabe an die Sozialgenossenschaft "Coccinella onlus"

OGGETTO: Servizio di microstruttura per l'infanzia a Sciaves - Affidamento della gestione per il periodo dal 01.01.2018 dal 31.12.2020 - Affidamento alla società "Coccinella onlus"

Kindertagesstätte Schabs - Anvertrauung der Führung für den Zeitraum 01.01.2018 - 31.12.2020 - Vergabe an die Sozialgenossenschaft "Coccinella onlus"

- Vorausgeschickt, dass mit Beschluss des Gemeindeausschusses Nr. 321 vom 05.09.2017 die Führung der Kindertagesstätte in Schabs gemäß Art. 58, Absatz 1, Buchstabe c) des Landesgesetzes vom 17.12.2015, Nr. 16, mittels Verhandlungsverfahren mit dem Kriterium des wirtschaftlich günstigsten Angebotes ausgeschrieben worden ist, wobei für die Qualität max. 80, für den Preis max. 20 Punkte vergeben werden konnten;
- Festgehalten, dass die Ausschreibung am 07.09.2017 auf dem Portal www.ausschreibungen-suedtirol.it veröffentlicht worden ist und dass die Sozialgenossenschaft Coccinella onlus fristgerecht ein Angebot abgegeben hat;
- Festgehalten, dass am 27.09.2017 die Sitzung für die Angebotseröffnung stattfand; dass die Sitzung nach Öffnung des Umschlages für das technische Angebot unterbrochen wurde, damit die technische Kommission die eingereichten Unterlagen bewerten konnte (Sitzung am 03.10.2017); dass sie der Wettbewerbskommission ihr Ergebnis mitteilte, welche am 04.10.2017 das Verhandlungsverfahren fortsetzte;
- Nach Einsichtnahme in die abschließende Niederschrift des Verhandlungsverfahrens vom 04.10.2017, aus welcher hervorgeht, dass das entsprechende Angebot der Sozialgenossenschaft Coccinella onlus alle bisherigen Überprüfungen positiv überstanden hat. In der Folge hat der Einzige Verfahrensverantwortliche die entsprechende Niederschrift als Zuschlagsvorschlag übermittelt;
- Festgehalten, dass die technische Kommission für die Qualität des Angebots der Sozialgenossenschaft Coccinella onlus 57 Punkte vergeben hat;
- Festgehalten, dass der angebotene Stundenpreis des vorgenannten Unternehmens einen Betrag von 9,90 Euro + MwSt. vorsieht, wofür 20 Punkte vergeben wurden;
- Festgestellt, dass das Angebot insgesamt mit 77 Punkten bewertet worden ist und somit die Vergabe des Dienstes vorgenommen werden kann;
- Nach Einsichtnahme in das administrative und buchhalterische Gutachten im Sinne des Artikel 81, Absatz 1 des D.P. Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L;

Hashwert für das positive fachlich administrative Gutachten:
Zt6KXJpk5gC9z3WshbPTD/ECle3DsXpe2TBWB5FP/xY=

Hashwert für das positive buchhalterische Gutachten:

Servizio di microstruttura per l'infanzia a Sciaves - Affidamento della gestione per il periodo dal 01.01.2018 dal 31.12.2020 - Affidamento alla società "Coccinella onlus"

- Premesso che con delibera n. 321 del 05/09/2017 è stato bandito l'affidamento della gestione della microstruttura a Sciaves tramite procedura negoziata come definita dall'art. 58, comma 1, lettera c) della legge provinciale del 17/12/2015, n. 16, per cui è stato possibile assegnare 80 punti per l'elemento qualità e 20 punti per l'elemento prezzo;
- Accertato che il bando è stato pubblicato il 07/09/2017 sul portale www.bandi-altoadige.it e che la cooperativa sociale Coccinella onlus ha presentato un'offerta entro il termine convenuto;
- Accertato che la seduta per l'apertura delle offerte è stata effettuata il 27/09/2017; che dopo l'apertura della busta per l'offerta tecnica, la seduta è stata interrotta, sicché la commissione tecnica poteva valutare i documenti presentato (seduta del 03/10/2017); che di seguito, essa ha inoltrato l'esito all'Autorità di Gara che proseguiva con l'apertura delle offerte il 04/10/2017;
- Visto il verbale conclusivo sull'apertura delle offerte del 04.10.2017 di cui risulta che l'offerta della Cooperativa Sociale Coccinella onlus ha superato tutte le verifiche di rito fino alla detta data. Di seguito il Responsabile Unico di Procedura ha inoltrato il relativo verbale come proposta di aggiudicazione;
- Accertato che la commissione tecnica ha assegnato 57 punti alla qualità dell'offerta della Cooperativa Sociale Coccinella onlus;
- Accertato che il prezzo orario offerto dall'impresa soprannominata prevede un importo di Euro 9,90 più IVA per cui ci sono stati assegnati 20 punti;
- Accertato che l'offerta in somma è stata valutata con 77 punti e perciò può avvenire l'affidamento del servizio;
- Visto il parere in ordine alla regolarità tecnico-amministrativa e contabile, reso ai sensi dell'art. 81, comma 1, del D.P. reg. del 01.02.2005, n. 3/L;

Hashwert per parere tecnico amministrativo positivo:
Zt6KXJpk5gC9z3WshbPTD/ECle3DsXpe2TBWB5FP/xY=

Hashwert per il parere contabile positivo:

- Nach Einsichtnahme in die Bestimmungen über die Gemeindeordnung, gemäß zitiertem D.P. Reg. Nr. 3/L/05, sowie in die Satzung der Gemeinde Natz-Schabs, genehmigt mit Gemeinderatsbeschluss Nr. 61 vom 29. November 2005 und nachfolgenden Änderungen, und
- Dies vorausgesetzt, fasst der Gemeindeausschuss - einstimmig - in gesetzmäßiger Form folgenden

B E S C H L U S S

1. Die Vergabe des Dienstes erfolgt gemäß Lastenheft laut Ausschreibung und zu den dort genannten Bedingungen an die Sozialgenossenschaft Coccinella onlus aus Bozen und zwar mit Beginn am 01.01.2018 bis zum 31.12.2020. Gemäß Angebot beträgt der Stundenpreis 9,90 Euro zzgl. 5% Mehrwertsteuer, der angebotene Gesamtpreis inklusive 5% Mehrwertsteuer beträgt somit 748.440,00 Euro.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem vorgenannten Unternehmen einen Vertrag abzuschließen, dies mit dem Vorbehalt der Ordnungsmäßigkeit der Überprüfungsdokumente.
3. Gemäß Ausschreibungsbedingungen wird festgehalten, dass die Sozialgenossenschaft Coccinella onlus vor Unterzeichnung des Vertrages eine Bankgarantie in Höhe von 35.640,00 Euro zu Gunsten der Gemeinde Natz-Schabs zu hinterlegen hat.
4. Folgende Unterlage bildet, wenn auch nicht materiell beigelegt, wesentlichen Bestandteil des gegenständlichen Beschlusses und wird genehmigt:
- Protokoll der Wettbewerbsbehörde vom 04.10.2017.
5. Die entsprechende Ausgabe wird mit Erstellung des Haushaltsplanes 2018 verbucht.
6. Zu beurkunden, dass gegenständlicher Beschluss im Sinne des Art. 79, Absatz 4 des D.P.Reg. Nr. 3/L vom 01.02.2005 unverzüglich vollstreckbar erklärt wird, damit mit den Umbauarbeiten sofort begonnen werden kann.

Gegen diesen Beschluss kann jeder Bürger im Sinne des Art. 79, Absatz 5 des D.P. Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L, während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung von 10 Tagen beim Gemeindeausschuss Einspruch erheben. Innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses Beschlusses kann beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof in Bozen Rekurs eingebracht werden. Im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe und Enteignung beträgt die Rekursfrist 30 Tage (Art. 119 gesetzesvertretendes Dekret Nr. 104/2010).

- Viste le disposizioni sull'ordinamento dei comuni, contenuti nel citato D.P. reg. n. 3/L/05, nonché lo statuto del Comune di Naz Sciaves, approvato con deliberazione del Consiglio comunale n. 61 del 29 novembre 2005 e successive modifiche;
- Tutto ciò premesso, la Giunta Comunale – unanimemente - in forma legale

D E L I B E R A

1. L'affidamento del servizio avviene nel rispetto ed in osservanza di quanto previsto nelle condizioni di appalto indicato nel bando alla Cooperativa Sociale Coccinella onlus di Bolzano e quindi con inizio in data 01/01/2018 fino al 31/12/2020. Il prezzo orario è stabilito in Euro 9,90 più IVA del 5%, il prezzo complessivo offerto ammonta a Euro 748.440,00 (ivi inclusa l'IVA del 5%).
2. Il Sindaco viene incaricato a stipulare un contratto di affidamento con la società soprannominata. questo con riserva della regolarità della documentazione di verifica.
3. Come da bando di gara si precisa che la Cooperativa Sociale Coccinella onlus dovrà consegnare, ancora prima della firma del contratto, una garanzia fidejussoria bancaria per l'importo di Euro 35.640,00 a favore del Comune di Naz-Sciaves.
4. La seguente documentazione, anche se non materialmente allegata, costituisce parte essenziale della presente delibera e viene approvata:
- Verbale dell'autorità di gara del 04/10/2017.
5. La relativa spesa viene iscritta al bilancio di previsione 2018.
6. Di dare atto che la presente deliberazione ai sensi dell'art. 79, comma 4, del D.P.Reg. n. 3/L del 01.02.2005, viene dichiarata immediatamente esecutiva per poter iniziare subito i lavori di ristrutturazione.

Contro la presente deliberazione ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione di 10 giorni, presentare opposizione alla Giunta Comunale ai sensi dell'art. 79, comma 5 del D.P. reg. 01.02.2005, n. 3/L. Entro 60 giorni dall'esecutività della delibera può essere presentato ricorso al Tribunale di Giustizia Amministrativa di Bolzano. Nel settore dei lavori pubblici nonché degli espropri il termine di ricorso è di 30 giorni (art. 119 Decreto legislativo 104/2010).

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Der/die Vorsitzende – Il/La Preside
Dr. Ing. Alexander Überbacher

Letto, confermato e sottoscritto.

der Gemeindesekretär, Herr – il Segretario comunale, Signor
Dr. Arnold Unterkircher

digital signiertes Dokument

documento firmato digitalmente

Unterschrift auf Dokument in Papierform nicht angebracht im Sinne des Art. 3 Gv.D. Nr. 39/1993
Originales elektronisches Verwaltungsdokument erstellt und aufbewahrt gemäß Vorschriften des Art. 71 Gv.D. Nr. 82/2005

Firma autografa omessa su documento in forma cartacea ai sensi dell'art. 3 D.Lgs. n. 39/1993
Documento amministrativo elettronico originale redatto e conservato secondo le prescrizioni dell'art. 71 D.Lgs. n. 82/2005

**BESCHLUSS
DES GEMEINDEAUSSCHUSSES****DELIBERAZIONE
DELLA GIUNTA COMUNALE****Nr: 542 vom/dd. 17.11.2020 ore 14:40 Uhr**

Nach Erfüllung der im geltenden Kodex der öffentlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol festgesetzten Formvorschriften und gemäß Gesetzesdekret Nr. 18 vom 17.03.2020, Anordnung des Bürgermeisters Nr. 13 vom 23.03.2020 und Dringlichkeitsmaßnahme bei Gefahr im Verzug des Landeshauptmannes Nr. 68/2020 vom 08.11.2020, wurden für heute die Mitglieder des Gemeindeausschusses zu einer Sitzung mittels Videokonferenz einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dal vigente Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige e secondo il decreto legge n. 18 del 17.03.2020, l'ordinanza del Sindaco n. 13 del 23.03.2020 e l'ordinanza presidenziale contingibile n. 68/2020 del 08.11.2020, vennero per oggi convocati i componenti della Giunta Comunale ad una seduta mediante videoconferenza.

Anwesend sind:

Sono presenti:

Dejori Markus	Bürgermeister - Sindaco
Lunger Reinhard	Vize-Bürgermeister - Vicesindaco
Meraner Hannes	Gemeindereferent - Assessore
Rechenmacher Fäckl Katja	Gemeindereferentin - Assessora
Resch Oberegger Elisabeth	Gemeindereferentin - Assessora

Abwesend entschuld.	Assenti giustific.	Abwesend unentsch.	Assenti ingiustific.	Fern- zugang	Acc. remoto
				X	
				X	
				X	
				X	
				X	

Seinen Beistand leistet der Gemeindesekretär, Herr

Assiste il Segretario comunale, signor

Armin Leimgruber

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt Herr

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti, il signor

Markus Dejori

in der Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet.

nella sua qualità di Sindaco assume la presidenza e dichiara aperta la seduta.

GEGENSTAND:

**Kindertagesstätte der Gemeinde Welschnofen -
Vergabe des Dienstes für den Zeitraum 15.01.2021
- 14.01.2024
CIG: 8460965133**

OGGETTO:

**Microstruttura per la prima infanzia del Comune di
Nova Levante - appalto del servizio per il periodo
dal 15.01.2021 al 14.01.2024
CIG: 8460965133**

**DER GEMEINDEAUSSCHUSS**

Nach Einsichtnahme in das einheitliche Strategieprogramm zum Haushaltsvoranschlag der Gemeinde für die Jahre 2020 – 2022;

festgestellt, dass die Gemeinde Welschnofen eine Bekanntmachung zur Ermittlung von Wirtschaftsteilnehmern für die Anvertrauung des Kindertagesstättendienstes für den Zeitraum 15.01.2021 – 14.01.2024 veröffentlicht hat (Protokollnummer 10516);

nach Einsichtnahme in die Interessensbekundung der Sozialgenossenschaft Die Kinderfreunde Südtirol vom 16.09.2020 (Protokollnummer 10940);

vorausgeschickt, dass mit Beschluss des Gemeindeausschusses Nr. 481 vom 20.10.2020 entschieden wurde, die Führung des Kindertagesstättendienstes in Welschnofen für den Zeitraum 15.01.2021 – 14.01.2024 mit einem Ausschreibungsbetrag von Euro 288.000,00 gemäß Artikel 55 und 58, Absatz 1, Buchstabe c) des Landesgesetzes vom 17. Dezember 2015, Nr. 16 über ein Verhandlungsverfahren zu vergeben und jene Wirtschaftsteilnehmer zum Verfahren mittels Zuschlag aufgrund des wirtschaftlich günstigsten Angebotes (Qualität/Preis) nach Artikel 33 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 2015, Nr. 16 und Artikel 95 des Gesetzesvertretenden Dekretes vom 18. April 2016, Nr. 50, sofern vereinbar, anhand des „wirtschaftlichen Angebots“ durch prozentuellen Abschlag auf den Ausschreibungsbetrag einzuladen, welche fristgerecht ihr Interesse um Einladung bekundet haben;

festgehalten, dass die Ausschreibung über das telematische System der Landesagentur ISOV (Informationssystem für öffentliche Verträge) in elektronischer Form abgewickelt wurde;

festgestellt, dass innerhalb des festgelegten Abgabetermins 1 Angebot vorgelegt worden ist;

nach Einsichtnahme in die Niederschriften der Wettbewerbskommission und der technischen Kommission vom 16.11.2020 und festgestellt, dass sich nach Überprüfung des eingegangenen Angebots folgende Rangordnung ergibt:

Nummer numero	Bietter offerente	Punkte Qualität punti qualità
1.	Sozialgenossenschaft/ Cooperativa Sociale Die Kinderfreunde Südtirol	80

festgehalten, dass die Sozialgenossenschaft Die Kinderfreunde Südtirol ein Angebot in Höhe von 287.971,20 Euro (entsprechend 11,9988 Euro pro Betreuungsstunde – Abschlag von 0,01% auf die Ausschreibungssumme von 288.000,00 Euro) eingereicht hat und somit den provisorischen

LA GIUNTA COMUNALE

Visto il DUP (documento unico di programmazione) relativo al bilancio di previsione del Comune per gli esercizi 2020 -2022;

accertato che il Comune di Nova Levante ha pubblicato un avviso per l'individuazione di operatori economici da invitare alla gara per l'affidamento del servizio di microstruttura per la prima infanzia a Nova Levante per il periodo 15.01.2021 – 14.01.2024 (numero di protocollo 10516);

vista la manifestazione d'interesse della Cooperativa Sociale Die Kinderfreunde Südtirol del 16.09.2020 (numero di protocollo 10940);

premesso che con deliberazione della Giunta comunale n. 481 del 20.10.2020 è stato deliberato di appaltare l'affidamento del servizio di microstruttura per la prima infanzia a Nova Levante per il periodo 15.01.2021 – 14.01.2024, con un importo a base d'asta di Euro 288.000,00 ai sensi degli articoli 55 e 58, comma 1, lettera c) della Legge provinciale 17 dicembre 2015, n. 16 tramite una procedura negoziata e di invitare quelli operatori economici che hanno presentato tempestivamente manifestazione d'interesse all'invito, alla procedura secondo il criterio dell'offerta economicamente più vantaggiosa (qualità/prezzo), ai sensi dell'articolo 33 della Legge provinciale 17 dicembre 2015, n. 1 e dell'articolo 95 del Decreto legislativo 18 aprile 2016, n. 50, in quanto compatibile, con l'offerta economica da produrre secondo il metodo del ribasso percentuale sull'importo posto a base di gara;

accertato che la gara è stata svolta tramite il sistema telematico dell'agenzia provinciale SICP (sistema informativo contratti pubblici) in forma elettronica;

accertato che entro il termine fissato è pervenuta 1 offerta;

visti i verbali dell'autorità di gara e della commissione tecnica del 16.11.2020 e accertato che dopo l'esame dell'offerta presentata risulta la seguente graduatoria:

Preisangebot offerta economica	Punkte Preis punti prezzo	Gesamtpunktezahl punteggio totale
287.971,20 Euro	20	100

rilevato che la Cooperativa sociale Die Kinderfreunde Südtirol ha presentato un'offerta di 287.971,20 Euro (corrispondente a 11,9988 Euro per ora di assistenza – ribasso di 0,01% sull'importo a base d'asta di 288.000,00 Euro) e quindi ha ottenuto l'aggiudicazione provvisoria per l'importo di



Zuschlag zum Vergabebetrag von 287.971,20 Euro zuzüglich MwSt. (11,9988 Euro pro Betreuungsstunde zuzüglich MwSt.), erhalten hat;

festgestellt, dass das Angebot in Bezug auf den Vertragsgegenstand als angemessen und günstig erachtet wird;

nach Übereinkunft, diesen Beschluss für sofort vollstreckbar zu erklären, damit die Folgemaßnahmen getroffen werden können;

nach Einsichtnahme in das fachliche Gutachten I9On2NrMa0dKOdv3H4ClvuLWtNKuS9Fs7S7ixFyo3a c= vom 17.11.2020;

nach Einsichtnahme in das buchhalterische Gutachten 3wg+GwIGkSaIW+t1qeZ0c+z/q8FR0/G7HankAITFqh A= vom 16.11.2020

nach Einsichtnahme in die gültige Satzung der Gemeinde Welschnofen;

nach Einsichtnahme in den Haushaltsvoranschlag sowie in das Programm für öffentliche Arbeiten für die Jahre 2020 – 2022;

nach Einsichtnahme in den Arbeitsplan 2020 – 2022;

nach Einsichtnahme in den Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2;

beschließt

einstimmig in gesetzlicher Form

1. die Unterlagen, Maßnahmen und Protokolle des Verhandlungsverfahrens für die Vergabe des Dienstes zur Führung der Kindertagesstätte in Welschnofen für den Zeitraum vom 15.01.2021 bis zum 14.01.2024 mit folgender Rangordnung zur Kenntnis zu nehmen:

1. Sozialgenossenschaft Die Kinderfreunde Südtirol;
2. der Sozialgenossenschaft Die Kinderfreunde Südtirol, mit Sitz in 39031 Bruneck, Rienzfeldstraße 30, Steuernummer 02611570215 den Dienst zur Führung der Kindertagesstätte in Welschnofen für den Zeitraum vom 15.01.2021 bis zum 14.01.2024 zum angebotenen Gesamtpreis von 287.971,20 Euro (entsprechend 11,9988 Euro pro Betreuungsstunde – Abschlag von 0,01% auf die Ausschreibungssumme von 288.000,00 Euro) gemäß Preisangebot vom 29.10.2020, zu vergeben;
3. den Gemeindesekretär zu beauftragen, den definitiven Zuschlag über das Online-Portal ISOV der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol zu erteilen;
4. den Bürgermeister zu beauftragen, den entsprechenden Vertrag in Form einer öffentlichen Urkunde zu unterzeichnen;

aggiudicazione di 287.971,20 Euro più IVA (11,9988 Euro per ora di assistenza più IVA);

dato atto che l'offerta viene ritenuta congrua e conveniente in relazione all'oggetto del contratto;

convenuto di dichiarare la presente deliberazione immediatamente esecutiva affinché possano essere adottati i provvedimenti consecutivi;

visto il parere tecnico I9On2NrMa0dKOdv3H4ClvuLWtNKuS9Fs7S7ixFyo3a c= del 17.11.2020;

visto il parere contabile 3wg+GwIGkSaIW+t1qeZ0c+z/q8FR0/G7HankAITFqhA= del 16.11.2020;

visto lo statuto del Comune di Nova Levante in vigore;

visto il bilancio di previsione 2020 -2022 ed il relativo programma generale per le opere pubbliche;

visto il piano operativo 2020 – 2022;

visto il Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con Legge regionale 3 maggio 2018, n. 2;

delibera

a voti unanimi espressi in forma legale

1. di approvare gli atti, provvedimenti e verbali della procedura negoziata per l'affidamento della gestione del servizio di microstruttura per la prima infanzia di Nova Levante per il periodo dal 15.01.2021 al 14.01.2024 e di prendere atto della seguente graduatoria:

1. Cooperativa sociale Die Kinderfreunde Südtirol;
2. di affidare alla Cooperativa sociale Die Kinderfreunde Südtirol, con sede a 39031 Brunico Via dei Campi della Rienza 30, codice fiscale 02611570215 la gestione della microstruttura per la prima infanzia di Nova Levante per il periodo dal 15.01.2021 al 14.01.2024 all'importo complessivo di 287.971,20 Euro (corrispondente a 11,9988 Euro per ora di assistenza – ribasso del 0,01% sull'importo a base d'asta di 288.000,00 Euro) giusta offerta economica del 29.10.2020;
3. di incaricare il Segretario comunale a procedere all'aggiudicazione definitiva sul portale informatico SICP della Provincia Autonoma di Bolzano-Alto Adige;
4. di incaricare il sindaco di stipulare il relativo contratto in forma di atto pubblico;



5. festzuhalten, dass der endgültige Zuschlag erst nach Feststellung des Besitzes der vorgeschriebenen Voraussetzungen wirksam wird;
6. festzuhalten, dass im Sinne des Artikels 39, Absatz 1 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 2015, Nr. 16, die Stillhaltefrist von 35 Tagen ab Bekanntgabe der Zuschlagserteilung nicht eingehalten werden muss, da nur ein einziges Angebot abgegeben wurde;
7. die Ausgabe von Euro 92.308,54 zuzüglich 5% MwSt. im Jahr 2021, die Ausgabe von Euro 95.990,36 zuzüglich 5% MwSt. im Jahr 2022, die Ausgabe von Euro 95.990,36 zuzüglich 5% MwSt. im Jahr 2023 und die Ausgabe von Euro 3.681,94 zuzüglich 5% MwSt. im Jahr 2024 wird gemäß nachstehender Übersicht finanziert bzw. bei Erstellung des Haushaltsvoranschlages für das entsprechende Jahr vorgesehen:
5. di tener presente che l'aggiudicazione definitiva diventa efficace solamente dopo la verifica del possesso dei requisiti prescritti
6. di dare atto che ai sensi dell'articolo 39, comma 1 della Legge provinciale 17 dicembre 2015, n. 16 il termine dilatorio di 35 giorni dalla data di comunicazione dell'aggiudicazione non si applica, dato che è pervenuta un'unica offerta;
7. di finanziare la spesa di Euro 92.308,54 più 5% IVA nell'anno 2021, Euro 95.990,36 più 5% IVA nell'anno 2022, Euro 96.990,36 più 5% IVA nell'anno 2023 e Euro 3.681,94 più 5% IVA nell'anno 2024 come risulta dal seguente prospetto rispettivamente preventivato con l'elaborazione del bilancio di previsione per il l'anno riguardante:

Betrag importo	EDV-Kennz. UEB	Kapitel capitolo	Kompetenzjahr anno di comp.	Verpflichtung Nr. n. impegno	Mandat mandato	Datum data
96.923,97 €	12011.03	21500/	2021	897		
100.789,88 €	12011.03	21500/	2022	897		
100.789,88 €	12011.03	21500/	2023	897		
3.866,04 €	12011.03	21500/	2024	897		

8. den vorliegenden Beschluss im Sinne des Artikels 183, Absatz 4 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2, einstimmig für unverzüglich vollstreckbar zu erklären;
9. darauf hinzuweisen, dass jeder Bürger gegen diesen Beschluss im Sinne von Artikel 183, Absatz 5 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2, während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung von 10 Tagen beim Gemeindevorstand Einspruch erheben kann. Innerhalb von 60 Tagen ab dem Tage, an dem die Frist für die Veröffentlichung dieses Beschlusses abgelaufen ist (Art. 41, Absatz 2, Verwaltungsprozessordnung) kann beim Regionalen Verwaltungsgericht, Sektion Bozen, Rekurs eingebracht werden. Betrifft der Beschluss die Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist die Rekursfrist, gemäß Artikel 120, Absatz 5, GvD 104 vom 2. Juli 2010, auf 30 Tage ab Kenntnisnahme reduziert.
8. di dichiarare la presente deliberazione ad unanimità di voti immediatamente esecutiva ai sensi dell'articolo 183 comma 4 del Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con Legge regionale 3 maggio 2018, n. 2;
9. di dare atto che ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione di 10 giorni, presentare alla Giunta Comunale opposizione avverso questa deliberazione ai sensi dell'articolo 183, comma 5 del Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con Legge regionale 3 maggio 2018, n. 2. Entro 60 giorni dal giorno in cui sia scaduto il termine della pubblicazione della delibera (art. 41, comma 2 del Codice del Processo Amministrativo) può essere presentato ricorso al Tribunale di Giustizia Amministrativa, sezione di Bolzano. Se la deliberazione interessa l'affidamento di lavori pubblici il termine di ricorso, ai sensi dell'articolo 120, comma 5, D.Lgs 104 del 2 luglio 2010, è ridotto a 30 giorni dalla conoscenza dell'atto.

GEMEINDE WELSCHNOFEN

Autonome Provinz Bozen – Südtirol



COMUNE DI NOVA LEVANTE

Provincia Autonoma di Bolzano-Alto Adige

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Der Vorsitzende – Il Presidente

- Markus Dejori -

(digital signiert / firmato digitalmente)

Letto, confermato e sottoscritto.

Der Gemeindesekretär – Il Segretario comunale

- Armin Leimgruber -

(digital signiert / firmato digitalmente)

GEMEINDE DEUTSCHNOFENAUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL
-----**COMUNE DI NOVA PONENTE**PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO - ALTO ADIGE
-----**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT
DES GEMEINDEAUSSCHUSSES****VERBALE DI DELIBERAZIONE
DELLA GIUNTA COMUNALE**

GEGENSTAND:

Neufestlegung der Tarife für den Besuch der Kindertagesstätte in Deutschnofen ab dem 01.01.2014

OGGETTO:

Nuova determinazione delle tariffe per la frequenza della microstruttura per la prima infanzia a Nova Ponente a partire dal 01.01.2014

SITZUNG VOM

SEDUTA DEL

UHR - ORE

16/12/2013**18:30**

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung enthaltenen Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindevausschusses einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge Regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle riunioni, i componenti di questa Giunta comunale.

Anwesend sind:

Sono presenti:

Daum Bernhard	Bürgermeister - Sindaco
Gallmetzer Dr. Christian	Gemeindereferent - Assessore
Kofler Christoph	Gemeindereferent - Assessore
Pichler Petra	Gemeindereferentin - Assessora
Thaler Dr. Ursula	Gemeindereferentin - Assessora
Zelger Dr. Florian (Villa Zisa)	Gemeindereferent - Assessore
Zelger Dr. Florian (Halser)	Gemeindereferent - Assessore

Abwesend entschuld.	Assenti giustific.	Abwesend unensch.	Assenti ingiustific.
	X		
	X		

Seinen Beistand leistet der Generalsekretär, Herr

Assiste il segretario generale, Signor

Erich Nössing

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt Herr

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti, il Signor

Bernhard Daum

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Der Gemeindevausschuss behandelt obigen Gegenstand.

nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta.

La Giunta Comunale passa alla trattazione dell'oggetto suindicato.

Neufestlegung der Tarife für den Besuch der Kindertagesstätte in Deutschnofen ab dem 01.01.2014

Nuova determinazione delle tariffe per la frequenza della microstruttura per la prima infanzia a Nova Ponente a partire dal 01.01.2014

Vorherige Gutachten im Sinne des Art. 81, des D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L

Pareri preventivi ai sensi dell'art. 81 D.P.Reg. del 01.02.2005, n. 3/L

Der Unterfertigte erteilt hiermit sein
zustimmendes Gutachten
hinsichtlich der fachlichen Ordnungsmäßigkeit der vorliegenden Beschlussvorlage.

Il sottoscritto esprime
parere favorevole
in ordine alla regolarità tecnica sulla presente proposta di deliberazione.

DER VERANTWORTLICHE BEAMTE / L'IMPIEGATO RESPONSABILE
gez./f.to Oswald Mittermair

Der Unterfertigte erteilt hiermit sein
zustimmendes Gutachten
hinsichtlich der buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit der vorliegenden Beschlussvorlage und
bestätigt,
dass für die Ausgabenverpflichtung die erforderliche finanzielle Deckung gegeben ist

Il sottoscritto esprime
parere favorevole
in ordine alla regolarità contabile sulla presente proposta di deliberazione e
conferma
che per l'impegno di spesa esiste la necessaria copertura finanziaria.

DER VERANTWORTLICHE DES FINANZDIENSTES / IL RESPONSABILE DEL SERVIZIO FINANZIARIO
gez./f.to Oswald Mittermair

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

LA GIUNTA COMUNALE

Vorausgeschickt,

Premesso,

- dass mit eigenem Beschluss Nr. 471 vom 03.10.2011 die Tarife für den Besuch der Kindertagesstätte in Deutschnofen festgelegt wurden;
- dass die Landesregierung das Landesgesetz vom 17. Mai 2013, Nr. 8 betreffend die Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol erlassen hat;
- dass mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1817 vom 02.12.2013 die Tarife für die Kleinkinderbetreuungsdienste neu festgesetzt wurden, wonach ab dem 01.01.2014 der neue Mindesttarif von 0,90 € pro Stunde und ein Höchststundentarif von 3,65 € pro Stunde für die Kindertagesstätten angewandt werden muss;

Nach Einsicht in das Rundschreiben der Abteilung Sozialwesen der Autonomen Provinz Bozen vom 2. Dezember 2013;

Festgestellt, dass mit eigenem Beschluss Nr. 377 vom 05.08.2013 die Konzession mit der Sozial-

- che con propria delibera n. 471 del 03.10.2011 è stato fissato la tariffa per la frequenza della microstruttura per la prima infanzia a Nova Ponente;
- che la Giunta provinciale ha emanato la Legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, riguardante „Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige“;
- che con delibera della Giunta provinciale n. 1817 del 02.12.2013 sono state aggiornate le tariffe dei servizi di assistenza alla prima infanzia, secondo le quali a partire dal 01.01.2014 la tariffa minima per le microstrutture ammonta a € 0,90 all'ora e quella massima a € 3,65 all'ora;

Vista la circolare del 2 dicembre 2013 della Ripartizione politiche sociali della Provincia Autonoma di Bolzano;

Accertato che con propria delibera n. 377 del 05.08.2013 il contratto di concessione per la

genossenschaft Tagesmütter Gen. für die Führung der Kindertagesstätte in Deutschnofen für den Zeitraum vom 01.09.2013 bis zum 31.12.2014 verlängert wurde;

Auf Vorschlag, den Mindeststundentarif von 0,90 € und den Höchststundentarif mit 3,65 € festzulegen; das Limit von 160 Betreuungsstunden im Monat für das Anrecht auf die Tarifbegünstigung bleibt aufrecht;

Nach Einsichtnahme in den Haushaltsplan 2014, welcher in der Phase der Erstellung ist;

Nach Einsichtnahme in den E.T.G.O. genehmigt mit D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L;

b e s c h l i e ß t

einstimmig in gesetzlicher Form

1. aus den in den Prämissen erläuterten Gründen, für die Kindertagesstätte in Deutschnofen, einen Mindeststundentarif von 0,90 € und einen Höchststundentarif von 3,65 € festzulegen;
2. die vollen Kosten des Dienstes mit 9,00 € pro Stunde festzulegen;
3. das Limit von 160 Betreuungsstunden im Monat für das Anrecht auf die Tarifbegünstigung aufrecht zu lassen;
4. festzulegen, dass den Familien, die Betreuungsstunden über die 160 Stunden pro Monat hinaus in Anspruch nehmen, die vollen Kosten des Dienstes (9,00 € pro Stunde) in Rechnung gestellt werden;
5. dass die neuen Tarife ab 1. Jänner 2014 zur Anwendung kommen;

gestione della microstruttura Nova Ponente con la cooperativa sociale Tagesmütter soc. coop. è stata prorogata per la durata di tempo dal 01.09.2013 fino al 31.12.2014;

Su proposta dell'assessore comunale competente di fissare la tariffa oraria minima di € 0,90 e di fissare una tariffa oraria massima di € 3,65; rimane in vigore il limite di 160 ore di servizio mensile usufruibile a tariffa agevolata;

Visto il bilancio di previsione 2014, che si trova in fase di elaborazione;

Visto il T.U.O.C. approvato con D.P.Reg. del 01.02.2005, n. 3/L;

d e l i b e r a

a voti unanimi espressi in forma legale

1. di fissare, per i motivi illustrati nelle premesse, per la microstruttura per la prima infanzia a Nova Ponente una tariffa oraria minima di € 0,90 ed una tariffa oraria massima di € 3,65;
2. di fissare un costo pieno di € 9,00 all'ora;
3. di lasciare il limite di 160 ore di servizio mensile usufruibile a tariffa agevolata;
4. di stabilire che le famiglie che usufruiranno del servizio oltre il limite delle 160 ore mensili dovranno corrispondere il costo pieno del servizio (€ 9,00 all'ora);
5. che le nuove tariffe verranno applicate dal 1° gennaio 2014;

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Letto, confermato e sottoscritto.

DER VORSITZENDE - IL PRESIDENTE
gez./f.to Bernhard Daum

DER GENERALSEKRETÄR - IL SEGRETARIO GENERALE
gez./f.to Erich Nössing

Jeder Interessierte kann gegen diesen Beschluss im Sinne von Art. 79, Abs. 5 des D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung von 10 Tagen beim Gemeindevorstand Einspruch erheben. Innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses Beschlusses kann beim Regionalen Verwaltungsgericht, Sektion Bozen, Rekurs eingebracht werden.

Ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione di 10 giorni, presentare alla Giunta Comunale opposizione avverso questa deliberazione ai sensi dell'art. 79, comma 5 del D.P.Reg. del 01.02.2005, n. 3/L. Entro 60 giorni dall'esecutività della delibera può essere presentato ricorso al Tribunale di Giustizia Amministrativa, sezione di Bolzano.

VERÖFFENTLICHUNGSBESTÄTIGUNG

Dieser Beschluss wird heute und für 10 aufeinander folgende Tage an der Amtstafel und an der digitalen Amtstafel dieser Gemeinde veröffentlicht.

19/12/2013

Für die Übereinstimmung der Abschrift mit der Urschrift, auf stempelfreiem Papier für Verwaltungszwecke.

Der Generalsekretär - Il Segretario Generale
Erich Nössing

RELAZIONE DI PUBBLICAZIONE

La presente delibera viene pubblicata oggi e per 10 giorni consecutivi all'albo pretorio ed all'albo pretorio digitale di questo Comune.

Per copia conforme all'originale, rilasciata in carta libera per uso amministrativo.

Gemäß Art. 79, Abs. 3 ☒ In base all'art. 79, comma 3 del T.U.O.C. (D.P.Reg. 01.02.2005, Nr. 3/L) vollstreckbar am n. 3/L) esecutiva il

Gemäß Art. 79, Abs. 4 ☐ In base all'art. 79, comma 4 del T.U.O.C. (D.P.Reg. 01.02.2005, n. 3/L) sofort vollstreckbar am 3/L) immediatamente esecutiva il

30/12/2013

Der Generalsekretär - Il Segretario Generale
gez./f.to Erich Nössing

MARKTGEMEINDE AUER
Autonome Provinz Bozen • Südtirol



COMUNE DI ORA
Provincia Autonoma di Bolzano • Alto Adige

BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES GEMEINDEAUSSCHUSSES

VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA GIUNTA MUNICIPALE

Sitzung vom Seduta del

17/02/2016

Uhr - ore

09:00

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung enthaltenen Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.

Anwesend sind:

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente legge regionale sull'ordinamento dei Comuni, sono stati convocati per oggi, nella consueta sala delle adunanze, i componenti di questa Giunta comunale.

Sono presenti:

Roland Pichler	Bürgermeister	Sindaco
Stefano Sgarbossa	Vize-Bürgermeister	Vicesindaco
Hubert Bertoluzza	Referent	Assessore
Helga Aberham Glögg	Referentin	Assessora
Dr. Luigi Tava	Referent	Assessore
Ingrid March Perwanger	Referentin	Assessora

A.E. A.G.	A.U.A. .I.

Schriftführer: Generalsekretär,

Segretario: Segretario generale

Dr. Johann Kreithner

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit
übernimmt Herr

Verificata la presenza del numero legale
il signor

Roland Pichler

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister
den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet.
Behandelt wird folgender

nella sua qualità di Sindaco
assume la presidenza e dichiara aperta la seduta.
Si tratta il seguente

GEGENSTAND

OGGETTO

Festsetzung der Tarife zu Lasten der Familien die den Dienst der Kindertagesstätte Auer in Anspruch nehmen - Jahr 2016

Determinazione delle tariffe a carico delle famiglie utenti della microstruttura per la prima infanzia a Ora - Anno 2016

Die Gemeinde Auer hat seit dem Jahr 2012 im eigenen Gemeindegebiet den Kindertagesstätdienst eingerichtet

Es wird in folgende Rechtsvorschriften und Verwaltungsakte Einsicht genommen:

Landesgesetz vom 9. April 1996, Nr. 8, "Maßnahmen zur Kinderbetreuung", mit welchem der Tagesmütterdienst, der Kindertagesstätdienst und die betrieblichen Tagesstätten für Kleinkinder errichtet worden sind;

DLH vom 30. Dezember 1997, Nr. 40 "Durchführungsverordnung zur Kinderbetreuung";

DLH vom 7. September 2005, Nr. 43 "Durchführungsverordnung Kindertagesstätten";

DLH vom 11. August 2000, Nr. 30 "Durchführungsverordnung zu den Maßnahmen der finanziellen Sozialhilfe und zur Zahlung der Tarife der Sozialdienste" insbesondere Art. 40bis, welcher die Modalitäten der Kostenmitbeteiligung von Seiten der Familien, welche den Tagesmütterdienst nutzen, vorsieht;

Landesgesetz vom 17. Mai 2013, Nr. 8 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“, welche im Abschnitt 4 „Kleinkinderbetreuung“ die Harmonisierung der Tarife der Kleinkinderbetreuungsdienste vorsieht.

Mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1817 vom 2. Dezember 2013 wurde der Landeshauptmann ermächtigt, das entsprechende Änderungsdekret der bestehenden Durchführungsverordnungen, d.h. das Dekret des Landeshauptmannes Nr. 43 vom 7. September 2005, betreffend die „Verordnung für die Kindertagesstätten“, zu erlassen.

Der Artikel 11 des Dekretes des Landeshauptmannes Nr. 43 vom 7. September 2005 hat folgende Fassung erhalten:

„1. Eine Familie, die den Dienst einer akkreditierten Kindertagesstätte in Anspruch nimmt, beteiligt sich an den entsprechenden Kosten in jenem Ausmaß, das sich durch die Anwendung der Kriterien zur Bewertung der wirtschaftlichen Lage laut Dekret des Landeshauptmannes vom 11. August 2000, Nr. 30, in geltender Fassung, ergibt, und zwar auch dann, wenn der Standort der Kindertagesstätte nicht in der Gemeinde liegt, in der sich die betreffende Familie ständig aufhält;

2. die Gemeinde, in der die jeweilige Familie den ständigen Aufenthalt hat, und das Land übernehmen zu je 50 Prozent die Zahlung des von der betreffenden Familie nicht abgedeckten Teils des Tarifs der Kindertagesstätte und zwar auch dann, wenn der Standort der Kindertagesstätte nicht in der Gemeinde liegt, in der sich die betreffende Familie ständig aufhält. Im letzteren Fall ist die

Il Comune di Ora ha attivato dal 2012 sul proprio territorio il servizio di microstruttura;

Si prende visione delle seguenti norme giuridiche e dei seguenti atti amministrativi:

la legge provinciale 9 aprile 1996, n. 8 "Provvedimenti in materia di assistenza all'infanzia" istitutiva dei servizi di assistenza domiciliare all'infanzia - Tagesmütter, del servizio di microstruttura per la prima infanzia nonché delle microstrutture servizi aziendali per l'infanzia;

il D.P.G.P. 30 dicembre 1997, n. 40 recante il "Regolamento di esecuzione relativo all'assistenza all'infanzia";

il D.P.G.P. 7 settembre 2005, n. 43 recante il "Regolamento di esecuzione microstrutture per la prima infanzia";

il D.P.G.P. 11 agosto 2000, n. 30 recante il "Regolamento relativo agli interventi di assistenza economica sociale ed al pagamento delle tariffe nei servizi sociali" ed in particolare l'art. 40bis che disciplina le modalità di compartecipazione ai costi del servizio di assistenza all'infanzia Tagesmütter da parte delle famiglie utenti del servizio;

la legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8 "Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige", che prevede al Capo IV l'armonizzazione delle tariffe per i servizi per la prima infanzia.

Con deliberazione della Giunta Provinciale n. 1817 del 2 dicembre 2013 il Presidente della Provincia è stato autorizzato ad emanare il decreto di modifica degli attuali regolamenti di esecuzione, ovvero il Decreto del Presidente della Provincia 7 settembre 2005, n. 43 avente ad oggetto "Regolamento di esecuzione microstrutture per la prima infanzia".

L'articolo 11 del Decreto del Presidente della Provincia 7 settembre 2005, n. 43 è stato così sostituito:

“1. La famiglia utente del servizio erogato da microstrutture accreditate anche se la struttura ha sede in un Comune diverso da quello in cui l'utente ha stabile dimora, partecipa ai relativi costi nella misura risultante dall'applicazione dei criteri di valutazione della situazione economica di cui al decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30, e successive modifiche;

2. il Comune in cui ha stabile dimora la famiglia e la Provincia integrano, ciascuno per il 50 per cento, il pagamento della tariffa del servizio di microstruttura per la parte non coperta dalla famiglia utente, anche se la struttura ha sede in un Comune diverso da quello in cui l'utente ha stabile dimora. Nell'ultimo caso presupposto l'assenso specifico rilasciato per iscritto dal Comune in cui

ausdrückliche schriftliche Zustimmung der Gemeinde, in welcher die Familie den ständigen Aufenthalt hat, Voraussetzung. Weiters, übernehmen Land und Gemeinde den Restbetrag bis zur Abdeckung der anerkannten vollen Kosten, wobei der Dienst maximal 160 Stunden im Monat in Anspruch genommen werden kann. Die Eingewöhnungszeiten fallen auch im Rahmen der maximal begünstigten 160 Stunden im Monat unter die Tarifbegünstigung;

4. Der Mindest- und Höchststundentarif wird jährlich im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden von der Landesregierung im Rahmen des Beschlusses der Tagsätze und Tarife der Sozialdienste festgelegt.

3. Laut Rundschreiben Nr. 4/2015 der Autonomen Provinz Bozen – Abteilung 24 – Soziales vom 22.12.2015 wurde der Mindeststundentarif zu Lasten der Nutzer des Dienstes auf Euro 0,90 und der Höchststundentarif auf Euro 3,65 für das Jahr 2016 festgelegt.

5. Nicht berücksichtigt werden die Abwesenheiten aus Urlaubsgründen, sofern im Betreuungsvertrag/Vereinbarung vorgesehen. Sind die Urlaubszeiten hingegen nicht im Betreuungsvertrag/Vereinbarung festgehalten wird ein Abwesenheitszeitraum aus Urlaubsgründen von maximal drei Wochen nicht berücksichtigt, falls von der Familie zuvor mitgeteilt.“

Das oben genannte Dekret wird am 1. Januar 2014 in Kraft treten;

Es wird in die zustimmenden Pflichtgutachten gemäß Art. 81 des E.T. der R.G. über die Ordnung der Gemeinden, genehmigt mit D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L in geltender Fassung, Einsicht genommen.

Es wird in den Einheitstext der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden, genehmigt mit D.P.Reg. Nr. 3/L vom 01.02.2005 Einsicht genommen.

Dies vorausgeschickt, fasst der Gemeindeausschuss, nach Anhörung des Berichterstatters, in gesetzmäßiger Form und mit Stimmeneinhelligkeit, folgenden

B e s c h l u s s

1. zwecks Umsetzung der Landesgesetz vom 17. Mai 2013, Nr. 8, ab dem 1. Januar 2016 den Mindeststundentarif und Höchststundentarif zu Lasten der Nutzer des Kindertagesstättendienstes, laut Rundschreiben Nr. 4/2015 der Autonomen Provinz Bozen – Abteilung 24 – Soziales vom 22.12.2015 für das Jahr 2016, wie folgt festzulegen:
- Mindeststundentarif: 0,90 Euro;
- Höchststundentarif: 3,65 Euro, wobei der Dienst maximal 160 Stunden im Monat in Anspruch genommen werden kann, bei einer eventuell höheren Stundenanzahl ist die Gemeinde zu keiner Tariffbeteiligung mehr verpflichtet;

2. den Höchststundentarif für den Anspruch der

la famiglia ha stabile dimora. Inoltre Provincia e Comune integrano il rimanente importo fino alla copertura del costo pieno riconosciuto, per un massimo di 160 ore mensili di utilizzo del servizio da parte dell'utente. L'agevolazione tariffaria spetta anche per le ore di inserimento del bambino, sempre che rientrino nel suddetto limite;

4. La tariffa oraria minima e massima viene stabilita annualmente d'intesa con il Consiglio dei Comuni dalla Giunta provinciale nel quadro della deliberazione di determinazione delle rette e tariffe dei servizi sociali.

3. In base alla circolare n. 4/2015 della Provincia Autonoma di Bolzano – Ripartizione 24 – Politiche sociali, per l'anno 2016 la tariffa oraria minima a carico degli utenti del servizio è stata fissata ad Euro 0,90 e la tariffa oraria massima ad Euro 3,65.

5. Le assenze per ferie, se previste nel relativo contratto/accordo, non vengono fatturate. Qualora le ferie non siano previste nel contratto/accordo si considera un periodo annuale di assenza per ferie di massimo tre settimane comunicato preventivamente dalla famiglia all'ente erogatore del servizio.“

Il suddetto decreto entrerà in vigore il 1° gennaio 2014;

Si prende visione dei pareri obbligatori favorevoli ai sensi dell'art. 81 del T.U. delle LL.RR. sull'ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.Reg. del 01.02.2005, n. 3/L nel testo vigente.

Si prende visione del Testo Unico delle Leggi Regionali sull'ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.Reg. del 01.02.2005, n. 3/L.

Tutto ciò premesso, la Giunta municipale, sentito il relatore, ad unanimità di voti, legalmente espressi,

d e l i b e r a

1. di fissare, qui di seguito, a decorrere dal 1 gennaio 2016, in attuazione della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, le tariffe minime e massime orarie per la fruizione del servizio di microstruttura come previsto dalla circolare n. 4/2015 della Provincia Autonoma di Bolzano – Ripartizione 24 – Politiche sociali per l'anno 2016:
- tariffa minima oraria: Euro 0,90;
- tariffa massima oraria: Euro 3,65 per un massimo di 160 ore mensili di utilizzo del servizio da parte dell'utente, oltre il quale in Comune non è più tenuto ad alcuna integrazione tariffaria;

2. di fissare la tariffa massima oraria per l'utilizzo del

Kindertagesstätte über die 160 Stunden im Monat für das Jahr 2016 auf € 10,00 festzulegen;

3. Kopie dieses Beschlusses an die Autonome Provinz Bozen, Amt 24.1 Familie, Frau und Jugend zu übermitteln;
4. darauf hinzuweisen, dass im Sinne des Art. 79, Absatz 5 des E.T. der R.G. über die Ordnung der Gemeinden, genehmigt mit D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L gegen den gegenständlichen Beschluss während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung Einspruch beim Gemeindeausschuss erhoben werden kann; innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses Aktes kann der Interessierte/die Interessierte beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof - Autonome Sektion Bozen, Rekurs einreichen.

servizio di microstruttura oltre le 160 ore mensili per l'anno 2016 a € 10,00;

3. di inoltrare copia della presente deliberazione alla Provincia Autonoma di Bolzano, Ufficio 24.1 – Famiglia, donna e gioventù;
4. di dare atto che, ai sensi dell'art. 79, comma 5 del T.U. delle LL.RR. sull'ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.Reg. del 01.02.2005, n. 3/L durante il periodo di pubblicazione, avverso la presente delibera può essere presentato reclamo alla Giunta comunale; entro 60 giorni dall'esecutività del presente atto l'interessato/interessata può presentare ricorso al Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa - Sezione Autonoma di Bolzano.

Gelesen und unterzeichnet:

Der Vorsitzende - Il Presidente
- Roland Pichler -

Letto e sottoscritto:

Generalsekretär – Segretario generale
- Dr. Johann Kreithner -

Die finanzielle Deckung der Ausgabenverpflichtung wird
bestätigt

Si attesta la copertura finanziaria dell'impegno di spesa

Verpflichtung/Impegno N. _____ Zahlungsauftrag/mandato N. _____ vom/del _____

Verantwortliche der Buchhaltung – Responsabile dell'ufficio contabilità
Michela Soini

Veröffentlicht an der Amtstafel und auf der
Internetseite der Gemeinde Auer für die gesetzlich
vorgeschriebene Dauer.

Pubblicato all'albo pretorio e sul sito internet del
Comune di Ora per la durata prevista dalla legge.

19/02/2016

Generalsekretär – Segretario generale
Dr. Johann Kreithner

☒ Gemäß Art. 79, Abs. 3 des E.T.G.O. (D.P.Reg. 01.02.2005, Nr. 3/L) vollstreckbar am	Gemäß Art. 79, Abs. 4 des E.T.G.O. (D.P.Reg. 01.02.2005, Nr. 3/L) sofort vollstreckbar am.	☒ In base all'art. 79, comma 3 del T.U.O.C. (D.P.Reg. 01.02.2005, n. 3/L) esecutiva il	In base all'art. 79, comma 4 del T.U.O.C. (D.P.Reg. 01.02.2005, n. 3/L) dichiarata immediatamente esecutiva il
--	--	--	---

01/03/2016

Generalsekretär – Segretario generale
Dr. Johann Kreithner

Delibera 30 luglio 2019, n. 666

Approvazione dei Criteri per il finanziamento di microstrutture e del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia e revoca della deliberazione n. 1198 del 20 novembre 2018

**GEMEINDE
BURGSTALL**

AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL

**COMUNE
DI POSTAL**

PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO - ALTO ADIGE

**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES
GEMEINDEAUSSCHUSSES**Sitzung vom - Seduta del
26.11.2020**VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA
GIUNTA COMUNALE**Uhr - Ore
19:00

Kleinkindbetreuung - Genehmigung der Vereinbarung mit der Betriebskindertagesstätte Dr. Schär in Burgstall mit der Sozialgenossenschaft Tagesmütter

Oggetto: servizi all'infanzia - stipula di una convenzione con la microstruttura aziendale Dr. Schär con la cooperativa sociale Tagesmütter

Nach Erfüllung der im Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol Regionalgesetz Nr. 2/2018 festgesetzten Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dal Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige Legge Regionale n. 2/2018, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle riunioni, i componenti di questa Giunta comunale.

Anwesend sind:

Sono presenti:

	entschuldigt abwesend	assente giustificato	unentschuldigt abwesend	assente ingiustificato	Fern- zugang	modalità remota
UNTERKOFER Othmar					X	
AMORT Helene					X	
BRUGGER Hansjörg					X	
CONDOTTA Alessio					X	
NART Tanja					X	

Ihren Beistand leistet die Gemeindesekretärin

Assiste la Segretaria comunale

Dr. Doris von DELLEMANN

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt Herr

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti, il Signor

UNTERKOFER Othmar

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet. Der Gemeindeausschuss behandelt obigen Gegenstand.

nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta. La Giunta comunale passa alla trattazione dell'oggetto suindicato.

Kleinkindbetreuung - Genehmigung der Vereinbarung mit der Betriebskindertagesstätte Dr. Schär in Burgstall mit der Sozialgenossenschaft Tagesmütter

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

Die im Dezember 2018 abgeschlossene Vereinbarung betreffend den Kleinkindbetreuungsdienst in der Kindertagesstätte Dr. Schär, Winkelau 5 Burgstall mit der Sozialgenossenschaft Tagesmütter läuft mit 31.12.2020 aus.

Für die Deckung des Bedarfes und für den Besuch der Kindertagesstätten von Kleinkindern, welche ihren Wohnsitz in der Gemeinde Burgstall haben, ist es notwendig, wiederum eine Vereinbarung mit der Trägerkörperschaft abzuschließen.

Die Trägerschaft der Kleinkindertagesstätte Dr. Schär in Burgstall, Winkelau 5, hat die Sozialgenossenschaft Tagesmütter.

Nach Einsichtnahme in den Vereinbarungsentwurf.

Es liegt im Interesse der Gemeinde Burgstall, obgenannte Vereinbarung abzuschließen, um den Dienst abzudecken.

Nach Einsichtnahme in das positive Gutachten hinsichtlich der fachlichen Ordnungsmäßigkeit dieses Beschlusses (S/SjYpmtCNQ6sNGUkwjFE8ubohFgeU3el8bgWYIx6PU=).

Festgestellt, dass das Gutachten hinsichtlich der buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit nicht notwendig ist, da die vorliegende Maßnahme keine Ausgaben mit sich bringt.

Nach Einsichtnahme in den Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino Südtirol R.G. Nr. 2/2018.

Für notwendig erachtet, diesen Beschluss im Eilverfahren im Sinne von Art. 183, Absatz 4 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol R.G. Nr. 2/2018 zu fassen, um die Folgemaßnahmen so schnell wie möglich umsetzen zu können.

einstimmig ausgedrückt in gesetzlicher Form

b e s c h l i e ß t

Oggetto: servizi all'infanzia - stipula di una convenzione con la microstruttura aziendale Dr. Schär con la cooperativa sociale Tagesmütter

LA GIUNTA COMUNALE

La convenzione stipulata nel mese di dicembre 2018 riguardo ai servizi alla prima infanzia nella microstruttura Dr. Schär Winkelau 5 a Postal con la cooperativa sociale Tagesmütter scade il 31/12/2020.

Per la frequentazione delle microstrutture per l'infanzia dei bambini con residenza a Postal è necessario stipulare nuovamente una convenzione con l'ente gestore.

L'ente gestore della microstruttura Dr. Schär a Postal, Winkelau 5 a Vilpiano è la Cooperativa sociale Tagesmütter.

Vista la bozza di convezione.

Ritenuto che è nell'interesse del Comune di Postal approvare la convenzione di cui sopra per offrire il servizio.

Visto il parere positivo riguardante la regolarità tecnica di questa delibera (S/SjYpmtCNQ6sNGUkwjFE8ubohFgeU3el8bgWYIx6PU=).

Constatato che non è necessario il parere riguardante la regolarità contabile, dato che la presente delibera non comporta impegno di spesa.

Visto il Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige L.R. n. 2/2018.

Ritenuto di dichiarare immediatamente eseguibile la presente deliberazione ai sensi dell'articolo 183, comma 4 del Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige L.R. n. 2/2018, al fine di garantire un'esecuzione celere dei provvedimenti consecutivi.

ad unanimità di voti favorevoli espressi in forma di legge

d e l i b e r a

1) Die Vereinbarung betreffend den Kleinkindbetreuungsdienst in der Kindertagesstätte Dr. Schär, Winkelau 5 Burgstall mit der Sozialgenossenschaft Tagesmütter zu genehmigen.

2) Den Bürgermeister oder, im Falle seiner Abwesenheit bzw. Verhinderung, dessen Stellvertreter mit der Unterzeichnung der Vereinbarung zu ermächtigen.

3) Zu erklären, dass die vorliegende Maßnahme keine Ausgaben mit sich bringt.

4) Diesen Beschluss aus den in den Prämissen angeführten Gründen im Sinne von Art. 183, Absatz 4 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol R.G. Nr. 2/2018 mit dem selben Abstimmungsergebnis für unverzüglich vollziehbar zu erklären.

5) Jeder Bürger kann gegen diesen Beschluss im Sinne von Art. 183, Abs. 5 des Kodexes der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung von 10 Tagen beim Gemeindevorstand Einspruch erheben. Innerhalb von 60 Tagen ab dem Tage, an dem die Veröffentlichungsdauer dieses Beschlusses abgelaufen ist (Art. 41, Absatz 2, Verwaltungsprozessordnung), kann beim Regionalen Verwaltungsgericht, Sektion Bozen, Rekurs eingebracht werden. Betrifft der Beschluss die Vergabe von öffentlichen Aufträgen sowie Enteignungen, ist die Rekursfrist, gemäß Art. 120, Abs. 5, GvD 104 vom 02.07.2010, auf 30 Tagen ab Kenntnisnahme reduziert.

1) Di approvare la convenzione riguardo ai servizi alla prima infanzia nella microstruttura Dr. Schär Winkelau 5 a Postal con la cooperativa sociale Tagesmütter.

2) Di autorizzare il Sindaco ovvero, in sua assenza risp impedimento, il Vice- Sindaco alla firma della convenzione.

3) Di dare atto che la presente deliberazione non comporta impegno di spesa.

4) Di dichiarare, per i motivi citati in premessa e con lo stesso esito di votazione, la presente deliberazione immediatamente esecutiva ai sensi dell'articolo 183, comma 4 del Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige L.R. n. 2/2018.

5) Ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione di 10 giorni, presentare alla Giunta Comunale opposizione avverso questa deliberazione ai sensi dell'art. 183 comma 5 del Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige. Entro 60 giorni dal giorno in cui sia scaduto il termine della pubblicazione della delibera (art. 41, comma 2 del Codice del Processo Amministrativo) può essere presentato ricorso al Tribunale di Giustizia Amministrativa, sezione di Bolzano. Se la deliberazione interessa l'affidamento di lavori pubblici ovvero espropri, il termine di ricorso, ai sensi dell'art. 120, comma 5, D.Lgs 104 del 02/07/2010, è ridotto a 30 giorni dalla conoscenza dell'atto.

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Der Vorsitzende - Il Presidente:

UNTERKOFLER Othmar

Letto, approvato e sottoscritto.

Die Gemeindesekretärin - La Segretaria comunale:

Dr. Doris von DELLEMANN

digital signiertes Dokument – documento firmato tramite firma digitale

**MARKTGEMEINDE
PRAD AM STILFSEJRJOCH**

AUTONOME PROVINZ BOZEN-SÜDTIROL


**COMUNE
DI PRATO ALLO STELVIO**

PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT
DES
GEMEINDEAUSSCHUSSES**

Nr.

125
**VERBALE DI DELIBERAZIONE
DELLA
GIUNTA COMUNALE**
Sitzung vom **15.03.2021**

Seduta del

Uhr **18:00**

Ore

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung enthaltenen Formvorschriften und angesichts der COVID-Ausnahmesituation wurden für heute, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses zu einer Sitzung mittels Videokonferenz einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente legge Regionale sull'Ordinamento dei Comuni e in riguardo alla situazione eccezionale COVID, vennero per oggi convocati, i componenti di questa Giunta comunale a una seduta in videoconferenza.

Anwesend mittels Fernzugang sind:
Sono presenti mediante collegamento remoto

	GA/AG		UA/AI	
Referent		Kurt Agethle		Assessore
Bürgermeister		Geom. Rafael Alber		Sindaco
Referent		Adrian Alin Gamper		Assessore
Referent		Alois Lechner		Assessore
Vize-Bürgermeisterin		Michaela Platzer		Vice-Sindaca
Referent		Roman Stecher		Assessore

Seinen Beistand leistet der Gemeindesekretär, Herr

Kurt Warger

Assiste il Segretario Comunale, signor

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt Herr

Geom. Rafael Alber

Constatato che il numero degli intervenuti è sufficiente per la legalità dell'adunanza, il signor

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet. Der Ausschuss behandelt folgenden

nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta. La Giunta passa alla trattazione del seguente

GEGENSTAND
OGGETTO

Sozialwesen – Führung einer Kindertagesstätte in Prad am Stilfserjoch: Bestätigung der geltenden Tarife zu Lasten der Familien für den Zeitraum 01.01.2021 – 31.12.2021.

Servizio sociale – gestione di una microstruttura per la prima infanzia a Prato allo Stelvio: conferma delle tariffe a carico delle famiglie per il periodo 01.01.2021 - 31.12.2021.

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

Vorausgeschickt, dass mit Beschluss des Gemeindeausschusses Nr. 371 vom 21.07.2014 bestimmt wurde, zur Förderung und Unterstützung der Familien in Prad am Stilfserjoch eine Kindertagesstätte „KITA“ nach den Vorgaben der Landesbestimmungen (Landesgesetz vom 9. April 1996, Nr. 8, insbesondere Artikel 1/bis und nachfolgende Änderungen und Ergänzungen sowie Durchführungsverordnung zur Kinderbetreuung laut D.L.H. Nr. 40 vom 30.12.1997 mit nachfolgenden Änderungen und Ergänzungen) einzurichten, wobei der außerfamiliäre Dienst zur Führung der Kindertagesstätte wird nicht in Eigenregie geführt, sondern ausgelagert und einer kompetenten Organisationsstruktur übertragen, um die professionelle, sozialpädagogische Betreuung von Kleinkindern bedarfsorientiert und durch einen erzieherisch sinnvoll strukturierten Tagesablauf gewährleisten zu können;
für notwendig erachtet, nunmehr die Tarife zu Lasten der Familie festzulegen, welche den Dienst der Kindertagesstätte in Prad am Stilfserjoch im Zeitraum 01.01.2021 – 31.12.2021 in Anspruch nehmen;
nach Anhören des Berichtes des Sozialreferenten;

nach Einsichtnahme in das Landesgesetz vom 09.04.1996, Nr. 8, und nachfolgende Änderungen und Ergänzungen, laut welchen die Gemeinde erster Verantwortlicher Träger für die Führung einer Kindertagesstätte als integrierenden Kinderbetreuungsdienst ist;

in Kenntnis des Dekretes des Landeshauptmanns von Südtirol vom 30. Dezember 1997, Nr. 40 betreffend „Durchführungsverordnung zur Kinderbetreuung“, i.g.F.;

nach Einsichtnahme in das Landesgesetz Nr. 8 vom 17.05.2013, betreffend die Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol;

nach Einsichtnahme in den Beschluss der Südtiroler Landesregierung Nr. 1817 vom 02.12.2013, betreffend die Änderung von Durchführungsverordnungen im Bereich Kleinkinderbetreuung, welcher die Kostenbeteiligung und Tarifgestaltung regelt;

in Durchführung des L.G. 8/2013 sowie des Beschlusses der Südtiroler Landesregierung Nr. 889 vom 9. August 2016

nach Einsichtnahme in das Schreiben der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol – Ressort Familie und Verwaltungsorganisationen vom 22.12.2016 betreffend „Kleinkinderbetrieungsdienste: Tarife 2017“;

nach Einsichtnahme in die vorhergehenden, positiven Gutachten im Rahmen der Kontrolle der administrativen und buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit im Sinne der Artikel 185 und folgende des Regionalgesetzes Nr. 2 vom 03.05.2018;

LA GIUNTA COMUNALE

Premesso che con deliberazione della Giunta comunale n° 371 del 21.07.2014 - sulla base delle norme provinciali (Legge provinciale 09/04/1996, n.° 8, soprattutto articolo 1/bis e succ. modificazioni ed integrazioni nonché norme di attuazione per l'assistenza all'infanzia giusto il D.P.G.P. n° 40 dd. 30.12.1997 e succ. modificazioni ed integrazioni) - è stato disposto di istituire a Prato allo Stelvio una microstruttura per la prima infanzia „KITA“, ciò per la promozione ed il sostegno delle famiglie, fissando di non gestire in forma diretta il servizio di assistenza extrafamiliare per la gestione della microstruttura, bensì di affidarlo ad una competente struttura organizzativa per poter garantire una professionale assistenza socio-educativa dei bambini con idonee iniziative mirate alle esigenze delle famiglie con svolgimento dei compiti tramite la valorizzazione educativa della quotidianità;
ritenuto necessario di fissare ora la tariffa a carico delle famiglie utenti della microstruttura per la prima infanzia di Prato allo Stelvio per il periodo dal 01.01.2021 al 31.12.2021;

sentita la relazione da parte dell'assessore agli affari sociali;

vista la legge provinciale 09/04/1996, n.° 8, e successive modificazioni ed integrazioni, che riconosce l'ente comunale quale responsabile della gestione della microstruttura per la prima infanzia come servizio integrativo;

in cognizione del Decreto del Presidente della Giunta provinciale di Bolzano n° 40 del 30 dicembre 1997, riguardante „norme di attuazione per l'assistenza all'infanzia“, i.v.v.;

vista la Legge provinciale 17.05.2013, n° 8 riguardante lo sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige;

vista la deliberazione della Giunta provinciale di Bolzano n° 1817 dd. 02.12.2013 riguardante „Modifica di regolamenti di esecuzione in materia di assistenza all'infanzia“, la quale disciplina la partecipazione ai costi e la struttura tariffaria;

in applicazione della L.P. 8/2013 nonché della deliberazione della Giunta Provinciale 09 agosto 2016 n°889;

vista la lettera della Provincia Autonoma di Bolzano-Alto Adige – Dipartimento Famiglia e Organizzazione amministrativa del 22.12.2016 riguardante „Servizi alla prima infanzia: tariffe 2017“;

visti i positivi pareri preventivi ai sensi dei artt. 185 e seguenti della Legge Regionale n° 2 dd. 03.05.2018 per il controllo di regolarità amministrativa e contabile;

in Kenntnis des Regionalgesetzes Nr. 2 vom 03.05.2018 betreffend „Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol“;
in Kenntnis der Gemeindegatzung;

b e s c h l i e ß t

einstimmig in gesetzlicher Form:

1. Die Tarife zu Lasten der Familien, welche den Dienst der Kindertagesstätte in Prad am Stilfserjoch im Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2021 in Anspruch nehmen wie folgt festzulegen:

Mindeststundentarif	0,90 €
Höchststundentarif	3,65 €
Tagesmindestgebühr vormittags	5,40 €
Tageshöchstgebühr vormittags	15,00 €
Tagesmindestgebühr ganztags	7,20 €
Tageshöchstgebühr ganztags	18,00 €
Tagesmindestgebühr ganztags verlängert	7,20 € + 0,90 €/h
Tageshöchstgebühr ganztags verlängert	18 € + 3,65 €/h
Tagesmindestgebühr nachmittags	3,50 €
Tageshöchstgebühr nachmittags	13,00 €

2. Der geschuldete Betrag wird für jedes Kind im Rahmen der unter Punkt 1) genannten Mindest- und Höchstarife aufgrund der einheitlichen Einkommens- und Vermögenssituation der Eltern mittels EEE-Berechnung ermittelt. Die Abteilung „Sozialdienste“ der Bezirksgemeinschaft Vinschgau wird zur Berechnung der Tarifbegünstigung beauftragt.
3. Festzuhalten, dass diese Beschlussmaßnahme keine Ausgabe zu Lasten des Gemeindehaushaltes mit sich bringt.
4. Es wird darauf hingewiesen, dass im Sinne der geltenden Bestimmungen gegen diese Beschlussmaßnahme während des Zeitraumes ihrer Veröffentlichung Beschwerde beim Gemeindeausschuss erhoben und innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof Bozen Rekurs eingebracht werden kann.

in cognizione della Legge Regionale n° 2 dd. 03.05.2018 riguardante “Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige”;

in cognizione dello statuto comunale;

d e l i b e r a

ad unanimität di voti legalmente espressi:

1. Le tariffe per il periodo 01.01.2021 – 31.12.2021 a carico delle famiglie utenti della microstruttura per la prima infanzia di Prato allo Stelvio vengono fissate come segue:

tariffa oraria minima	0,90 €
tariffa oraria massima	3,65 €
tariffa giornaliera minima mattino	5,40 €
tariffa giornaliera massima mattino	15,00 €
tariffa giornaliera minima intero giorno	7,20 €
tariffa giornaliera massima intero giorno	18,00 €
tariffa giornaliera minima intero giorno prolungato	7,20 € + 0,90 €/h
tariffa giornaliera massima intero giorno prolungato	18 € + 3,65 €/h
tariffa giornaliera minima pomeriggio	3,50 €
tariffa giornaliera massima pomeriggio	13,00 €

2. L'importo dovuto per ogni bambino verrà determinato nei limiti delle tariffe minime e massime – di cui al precedente punto 1) – sulla base del rilevamento unificato di reddito e patrimonio dei genitori DURP. La ripartizione “Servizi Sociali” della Comunità comprensoriale Val Venosta viene incaricata dell'accertamento delle agevolazioni tariffarie.
3. Di dare atto che la presente deliberazione non comporta alcuna spesa a carico del bilancio comunale.
4. Si rende noto che ai sensi delle leggi in materia entro il periodo di pubblicazione può essere presentato reclamo alla Giunta comunale avverso la presente deliberazione e che entro 60 giorni dall'esecutività della presente può essere presentato ricorso al Tribunale di Giustizia Amministrativa di Bolzano.

Gelesen, genehmigt und gefertigt

Letto, confermato e sottoscritto

Der Vorsitzende - Il Presidente

Der Sekretär - Il Segretario

f.to-gez. Geom. Rafael Alber

f.to-gez. Kurt Warger

BUCHUNG DER VERPFLICHTUNG

Die Verpflichtung gemäß vorliegendem Beschluss ist bei der Finanzabteilung vorgemerkt worden.

Feststellung Nr. _____
Accertamento n. _____

Verpflichtung Nr. _____
Impegno n. _____

DIE VERANTWORTLICHE DES
RECHNUNGSAMTES

REGISTRAZIONE DELL'IMPEGNO DI SPESA

Si certifica che l'impegno assunto con la presente delibera è stato registrato, o comunque, prenotato, a questa Sezione Finanziaria.

Zahlungsauftrag Nr. _____
Mandato pag. n. _____

LA RESPONSABILE DELL'UFFICIO DI
CONTABILITÀ

VERÖFFENTLICHUNGSBERICHT (Art. 183 des R.G. Nr. 2/2018)

Ich unterfertigter Gemeindesekretär bestätige, dass eine Abschrift des gegenständlichen Beschlusses am

REFERTO DI PUBBLICAZIONE (Art. 183 - L.R. n° 2/2018)

Io sottoscritto Segretario comunale, certifico che copia della presente delibera viene pubblicata il

18.03.2021

für 10 aufeinanderfolgende Tage an der Amtstafel und auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht wird.

all'albo pretorio e sul sito internet del Comune per 10 giorni consecutivi.

DER SEKRETÄR

IL SEGRETARIO

f.to-gez. Kurt Warger

Vorliegender, für die vorgeschriebene Dauer ohne Einwände veröffentlichter Beschluss, ist am

La presente deliberazione, pubblicata senza opposizioni per il periodo prescritto, é divenuta esecutiva il

29.03.2021

im Sinne des Art. 183 des R.G. vom 03.05.2018, Nr. 2 vollstreckbar geworden

ai sensi dell'art. 183 della L.R. 03.05.2018, n. 2

DER SEKRETÄR

IL SEGRETARIO

f.to-gez. Kurt Warger

Für die Übereinstimmung der Abschrift mit der Urschrift, auf stempelfreiem Papier für Verwaltungszwecke ausgestellt.

Per la copia conforme all'originale, rilasciata in carta libera per uso amministrativo.

IL SEGRETARIO COMUNALE - DER GEMEINDESEKRETÄR
Kurt Warger

Beschluss vom 30. Juli 2019, Nr. 666

Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter- /Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018

ANLAGE A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1 Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.
2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2 Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3 Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, zur Verfügung.
2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.
3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.
4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.
5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

- a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,
- b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,
- c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,
- d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;
- e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:
 - 1) Vollzeit,
 - 2) Teilzeit über 50 Prozent,
 - 3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

- a) alleinerziehendes Elternteil,
- b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,
- c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,
- d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,
- e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,
- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.
2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.
3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.
2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.
3. Hat die Familie im Sinne des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.
4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:
 - a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,
 - b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,
 - c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,
 - d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.
2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.
3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.
4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.
5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.
6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.
7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.
2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.
3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.
4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.
2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tarifbeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), berücksichtigt werden.
3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.
4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.
5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss, eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.
6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.
2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.
2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.
3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, muss enthalten:
 - a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,
 - b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß [Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer

Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tarifbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 14 Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15 Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis

Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.

Gemeinde Ritten

Südtirol



Comune di Renon

Alto Adige

BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES GEMEINDEAUSSCHUSSES

VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA GIUNTA COMUNALE

Sitzung vom-Seduta del

Uhr - ore

30.11.2020**14:15**

Nach Erfüllung der geltenden Formvorschriften und gemäß den mit Verfügung des Bürgermeisters Nr. 17/2020 vom 23.03.2020 festgelegten Richtlinien für die Abhaltung der Sitzungen des Gemeindeausschusses in telematischer Form wurden für heute die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses zu einer Sitzung mittels Videokonferenz einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte e secondo le misure per lo svolgimento delle sedute della Giunta comunale in modalità telematica, approvate con Decreto del Sindaco n. 17/2020 del 23/03/2020, vennero per oggi convocati i componenti di questa Giunta comunale ad una seduta mediante videoconferenza.

Anwesend sind:

Presenti sono:

			entschuldigt abwesend assente giustificato	unentschuldigt abwesend assente ingiustificato	Fernzugang modalità remota
Dr. Paul Lintner	Bürgermeister	Sindaco			X
Erich Rottensteiner	Vize-Bürgermeister	Vicesindaco			X
Julia Fulterer	Gemeindereferent	Assessore			X
Lukas Mair	Gemeindereferent	Assessore			X
Kurt Prast	Gemeindereferent	Assessore			X
Alfred Vigl	Gemeindereferent	Assessore			X

Beistand leistet die Vize-Gemeindesekretärin

Assiste la Vice-Segretaria Comunale

Dr. Helga Plankensteiner

Nach Feststellung der Gültigkeit der Sitzung und der Beschlussfähigkeit, übernimmt Herr

Constatata la legalità dell'adunanza e la capacità deliberativa, il signor

Dr. Paul Lintner

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung als eröffnet. Der Ausschuss behandelt folgenden

nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta. La giunta passa alla trattazione del seguente

GEGENSTAND

OGGETTO

FÜRSORGE

Genehmigung des Vereinbarungsentwurfes für den Ankauf eines Betreuungsplatzes am Ritten in einer Kindertagesstätte der Sozialgenossenschaft Coccinella

ASSISTENZA

Approvazione della bozza della convenzione per l'acquisto di un posto d'assistenza sul Renon in una microstruttura della cooperativa sociale Coccinella

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

VORAUSGESCHICKT, dass mit Beschluss der Landesregierung Nr. 666 vom 30.07.2019 die Richtlinien über die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes neu geregelt wurden;

FESTGESTELLT, dass gemäß Art. 3, Abs. 1 des genannten Beschlusses der Landesregierung die Gemeinden Betreuungsplätze zur Verfügung stellen;

FESTGESTELLT, dass die Gemeinde gemäß Art. 3, Abs. 3 des genannten Beschlusses der Landesregierung Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten ankaufen kann;

FESTGESTELLT, dass gemäß Art. 7, Abs. 1 des genannten Beschlusses der Landesregierung die Kosten für die Kleinkindbetreuung vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert werden; zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat;

FESTGESTELLT, dass eine Familie aus Lengstein bei der Sozialgenossenschaft Coccinella einen Betreuungsplatz in der Kindertagesstätte in der Handwerkerzone Klobenstein für den Zeitraum 11.01.2021 bis 31.08.2023 beantragt hat;

FESTGESTELLT, dass es für die von den Richtlinien vorgesehene finanzielle Beteiligung seitens der Gemeinde und der Autonomen Provinz Bozen notwendig ist, dass die Gemeinde mit der Sozialgenossenschaft eine Vereinbarung für den Ankauf des Betreuungsplatzes abschließt;

FESTGESTELLT, dass es deshalb notwendig ist mit formeller Maßnahme einen Betreuungsplatz in der von der Sozialgenossenschaft Coccinella geführten Einrichtung zu erwerben;

NACH EINER KURZEN Diskussion und nach allgemeinem Dafürhalten der Mitglieder einen Betreuungsplatz in der Kindertagesstätte der Sozialgenossenschaft Coccinella in der Handwerkerzone Klobenstein für den Zeitraum 11.01.2021 bis 31.08.2023 anzukaufen;

FESTGESTELLT, dass der von der Sozialgenossenschaft übermittelte Vereinbarungsentwurf nur das Jahr 2021 betrifft und dass für die Jahre 2022 und 2023 neue Vereinbarungen für die Verlängerung zu den gleichen Bedingungen übermittelt werden;

AUFGRUND der vom Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2, vorgeschriebenen Gutachten hinsichtlich der administrativen (vWyqk747sIAU+4Yq/rPUIWWjG2MA0qOIgK+Jc77

LA GIUNTA COMUNALE

PREMESSO che con delibera della Giunta Provinciale n. 666 dd. 30/07/2019 sono stati approvati i criteri per il finanziamento delle microstrutture ed il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia;

ACCERTATO che in base all'art. 3, comma 1 della citata delibera della Giunta Provinciale i Comuni mettono a disposizione posti-bambino nelle diverse tipologie di servizi;

ACCERTATO che in base all'art. 3, comma 3 della citata delibera della Giunta Provinciale si può avvalere di posti-bambino nelle microstrutture aziendali;

ACCERTATO che in base all'art. 7, comma 1 della citata delibera della Giunta Provinciale i servizi di assistenza vengono finanziati su base oraria da Provincia e Comuni con la compartecipazione tariffaria degli utenti; il Comune competente per il finanziamento è quello di residenza del bambino/della bambina;

ACCERTATO che una famiglia di Longostagno ha richiesto un posto d'assistenza per la loro figlia presso la microstruttura nella zona artigianale di Collalbo gestita la cooperativa sociale Coccinella con decorrenza dal 11/01/2021 fino al 31/08/2023;

ACCERTATO che per la partecipazione ai costi da parte del Comune e della Provincia Autonoma di Bolzano previsto dalle linee guida, è necessario che il Comune stipuli una convenzione con la cooperativa sociale per l'acquisto del posto di assistenza all'infanzia;

ACCERTATO che quindi è necessario acquistare con un provvedimento formale un posto d'assistenza nella microstruttura gestita dalla cooperativa sociale Coccinella;

DOPO UNA BREVE discussione e sentito il parere favorevole dei membri per l'acquisto di un posto d'assistenza dalla cooperativa sociale Coccinella nella microstruttura nella zona artigianale a Collalbo per il periodo dal 11/01/2021 fino al 31/08/2023;

ACCERTATO che la bozza della convenzione inviata da parte della cooperativa sociale riguarda soltanto l'anno 2021 e che per gli anni 2022 e 2023 saranno trasmessi nuove convenzioni di proroga alle stesse condizioni;

VISTI i pareri prescritti dal Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con legge regionale 3 maggio 2018, n. 2, in ordine alla regolarità tecnico-amministrativa (vWyqk747sIAU+4Yq/rPUIWWjG2MA0qOIgK+Jc77 0j7M=) e quella contabile

0j7M=) und der buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit (efFBi7eWc+hnF3w+mm31TuY6m5WSWKOogUD+HJtqBjY=) mit Bestätigung der finanziellen Deckung dieses Beschlusses;

NACH EINSICHTNAHME in den Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2;

NACH EINSICHTNAHME in den Haushaltsvoranschlag 2020;

MIT STIMMENEINHELLIGKEIT der anwesenden Mitglieder, ausgedrückt in gesetzlicher Form;

BESCHLIESST

- 1) aus den in den Prämissen genannten Gründen den Ankauf eines Betreuungsplatzes in der Kindertagesstätte der Sozialgenossenschaft Coccinella in der Handwerkerzone Klobenstein für den Zeitraum 11.01.2021 bis 31.08.2023 zu genehmigen;
- 2) den Bürgermeister zu ermächtigen die vorliegende Vereinbarung für das Jahr 2021 und die nachfolgenden Vereinbarungen für die Verlängerung betreffend die Jahre 2022 und 2023 zu unterzeichnen;
- 3) den Bürgermeister zu ermächtigen beim zuständigen Landesamt um einen Landesbeitrag anzufragen;
- 4) festzulegen, dass die konkrete Verpflichtung der Einnahmen und Ausgaben im Haushalt mit separater Maßnahme zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt;
- 5) den gegenständlichen Beschluss gemäß Art. 183, Abs. 4 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2 aufgrund der Dringlichkeit einstimmig für unverzüglich vollstreckbar zu erklären.

Es wird darauf hingewiesen, dass im Sinne des Art. 183, Abs. 5 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz vom 3. Mai 2018, Nr. 2, jeder Bürger gegen diesen Beschluss während des Zeitraumes der Veröffentlichung beim Gemeindevorstand Einspruch erheben kann. Innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses Beschlusses kann beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof, Autonome Sektion Bozen, Rekurs eingereicht werden. Im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe beträgt die Rekursfrist 30 Tage (Art. 120 GVD Nr. 104/2010).

(efFBi7eWc+hnF3w+mm31TuY6m5WSWKOogUD+HJtqBjY=), attestante la copertura finanziaria, della presente deliberazione;

VISTO il Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con legge regionale 3 maggio 2018, n. 2;

VISTO il bilancio di previsione per l'anno 2020;

AD UNANIMITÀ' di voti favorevoli dei membri presenti, espressi in forma legale;

DELIBERA

- 1) di approvare per i motivi indicati nelle premesse l'acquisto di un posto di assistenza nella microstruttura nella zona artigianale a Collalbo gestita dalla cooperativa sociale Coccinella per il periodo 11/01/2021 fino al 31/08/2023;
- 2) di autorizzare il Sindaco alla firma della convenzione per l'anno 2021 e delle successive convenzioni di proroga per gli anni 2022 e 2023;
- 3) di autorizzare il Sindaco a richiedere presso l'Ufficio provinciale competente la concessione di un contributo provinciale;
- 4) di dare atto, che l'impegno concreto delle entrate e delle spese nel bilancio viene effettuato con deliberazione separata in seguito;
- 5) di dichiarare all'unanimità la presente deliberazione in base all'urgenza immediatamente esecutiva, ai sensi dell'art. 183, comma 4 del Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con legge regionale 3 maggio 2018, n. 2.

Si fa presente che, ai sensi dell'art. 183, comma 5 del Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con legge regionale 3 maggio 2018, n. 2, entro il periodo di pubblicazione, ogni cittadino può presentare alla giunta comunale opposizione a questa deliberazione. Entro 60 giorni dall'esecutività della presente deliberazione può essere presentato ricorso al Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa, sezione autonoma di Bolzano. Nel settore degli affidamenti pubblici il termine di ricorso è di 30 giorni (art. 120 D.lgs. n. 104/2010).

Gelesen, bestätigt und unterzeichnet

BÜRGERMEISTER - SINDACO
Dr. Paul Lintner

Letto, confermato e sottoscritto

VIZE-GEMEINDESEKRETÄRIN - VICE-SEGRETARIA COMUNALE
Dr. Helga Plankensteiner

digital signiertes Dokument – documento firmato tramite firma digitale

MARKTGEMEINDE MÜHLBACH
Katharina-Lanz-Straße 47
39037 Mühlbach
Beschlussniederschrift
des Gemeindeausschusses



COMUNE DI RIO DI PUSTERIA
Via Katharina Lanz 47
39037 Rio di Pusteria
Verbale di deliberazione
della Giunta comunale

Sitzung vom - Seduta del

Uhr – Ore

10.03.2015

16:00

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung enthaltenen Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.

Anwesend sind:

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge Regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti di questa Giunta comunale.

Sono presenti:

		entschuldigt abwesend assente giustificato	unentschuldigt abwesend assente ingiustificato
Dr. Christoph Prugger	Bürgermeister/Sindaco		
Dr. Kathrin Oberleitner	Vize-Bürgermeisterin/Vicesindaca		
Dr. Maria-Magdalena Kranebitter Zingerle	Gemeindereferentin/Assessora		
Dr. Franz Zingerle	Gemeindereferent/Assessore		
Christina Fischnaller	Gemeindereferentin/Assessora		

Seinen Beistand leistet der Generalsekretär, Herr **Dr. Arnold Unterkircher**.

Assiste il Segretario generale, signor **Dr. Arnold Unterkircher**.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt **Dr. Christoph Prugger** in der Eigenschaft als **Bürgermeister** den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Constatato che il numero degli intervenuti è sufficiente per la legalità dell'adunanza, **Dr. Christoph Prugger** nella qualità di **Sindaco** ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta.

Der Ausschuss behandelt folgenden **Gegenstand**:

La Giunta passa alla trattazione del seguente **oggetto**:

Kindertagesstätte "Bärchenstube" Mühlbach:
Festlegung der Tarife

Microstruttura per l'infanzia "Bärchenstube" a Rio di Pusteria: Determinazione delle tariffe

**Kindertagesstätte
Mühlbach: Festlegung der Tarife**

"Bärchenstube"

Die Gemeindereferentin Dr. Maria-Magdalena Kranebitter Zingerle ist während der Behandlung dieses Punktes abwesend.

Vorausgeschickt, dass mit Gemeinderatsbeschluss Nr. 37 vom 02.09.2014 der Kindertagesstättendienst "Bärchenstube" in Mühlbach eingeführt und das entsprechende pädagogische Konzept genehmigt wurde;

dass das Landesgesetz vom 17.05.2013, Nr. 8 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“, die Harmonisierung der Tarife der Kleinkinderbetreuung vorsieht;

Mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1817 vom 02.12.2013 wurden Änderungen der Durchführungsverordnungen im Bereich Kleinkinderbetreuung genehmigt. Aufgrund dieser Änderungen gelten ab 01.01.2014 auf Landesebene folgende einheitlichen Tarife zu Lasten der Familien für die Nutzung der Kleinkindertagesstätten:

Höchststundentarif: 3,65 €

Mindeststundentarif: 0,90 €

Es ist notwendig die einheitlichen Tarife auch für die Kindertagesstätte der Gemeinde Mühlbach anzuwenden;

Bei voraussichtlichen Spesen für das Jahr 2015 von 102.600,00 € und bei voraussichtlich 10.260 Betreuungsstunden ergeben sich volle Stundenkosten von 10,00 €;

Nach ausführender Diskussion und allgemeinem Dafürhalten;

Nach Einsichtnahme in die zustimmenden Gutachten gemäß Art. 81 des DPREg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L;

Aufgrund:

- des geltenden Haushaltsvoranschlags des laufenden Finanzjahres
- der geltenden Satzung der Gemeinde
- der geltenden Gemeindeordnung

b e s c h l i e ß t
der Gemeindeausschuss
einstimmig mittels Handerheben

1) aus den in den Prämissen erläuterten Gründen für die Kindertagesstätte „Bärchenstube“ in Mühlbach, einen Mindeststundentarif von 0,90 € und einen Höchststundentarif von 3,65 € festzulegen;

Microstruttura per l'infanzia "Bärchenstube" a Rio di Pusteria: Determinazione delle tariffe

L'assessora Dott. Maria-Magdalena Kranebitter Zingerle è assente durante il trattamento di questo punto.

Premesso, che con delibera del consiglio comunale n. 37 del 02.09.2014 è stato istituito il servizio microstruttura per l'infanzia "Bärchenstube" a Rio di Pusteria ed approvato il relativo concetto pedagogico;

che la legge provinciale del 17.05.2013 n. 8 "Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige" prevede l'armonizzazione delle tariffe per i servizi per la prima infanzia;

Con delibera della giunta provinciale n. 1817 del 02.12.2013 sono state approvate le modifiche di regolamenti di esecuzione in materia di assistenza alla prima infanzia. Dal 01/01/2014 sul territorio provinciale vengono applicate le seguenti tariffe unitarie a carico delle famiglie utenti della microstruttura:

tariffa oraria massima: 3,65 €

tariffa oraria minima: 0,90 €

È necessario applicare le tariffe unitarie anche per la microstruttura d'infanzia del Comune di Rio di Pusteria;

Con spese presunte per l'anno 2015 di 102.600,00 € e con 10.260 ore di servizio presunte risulta un costo orario pieno del servizio di 10,00 €;

Dopo esauriente dibattito e del comune parere;

Visti i pareri favorevoli di cui all'art. 81 del DPREg. del 01.02.2005, n. 3/L;

Visti:

- il vigente bilancio di previsione dell'anno finanziario corrente
- il vigente statuto del comune
- il vigente ordinamento dei comuni

La Giunta comunale
d e l i b e r a ad unanimità di voti espressi
per alzata di mano

1) di fissare, per i motivi illustrati nelle premesse, per la microstruttura "Bärchenstube" a Rio di Pusteria, una tariffa oraria minima di 0,90 € ed una tariffa oraria massima di 3,65 €;

2) die vollen Kosten des Dienstes für das Jahr 2015 mit 10,00 € pro Stunden festzulegen.

3) Mit dieser Maßnahme ist keine Ausgabe verbunden.

4) Zu beurkunden, dass gegenständlicher Beschluss nach erfolgter Veröffentlichung auf der Internetseite der Gemeinde durchführbar wird.

Jeder Bürger kann gegen diesen Beschluss während des Zeitraumes der Veröffentlichung von zehn Tagen beim Gemeindevorstand Einspruch erheben; innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses Beschlusses kann beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof in Bozen Rekurs eingebracht werden.

2) di fissare un costo pieno di 10,00 € all'ora per l'anno 2015.

3) Il presente provvedimento non comporta alcuna spesa.

4) Di dare atto che la presente deliberazione diviene esecutiva a pubblicazione avvenuta sul sito internet del Comune.

Ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione di 10 giorni, presentare reclamo avverso la presente deliberazione alla Giunta comunale; entro 60 giorni dall'esecutività della delibera può essere presentato ricorso al Tribunale di Giustizia Amministrativa di Bolzano.

Gelesen, genehmigt und gefertigt

Letto, confermato e sottoscritto

Der/die Vorsitzende/il Presidente
f.to-gez. Dr. Christoph Prugger

Der Generalsekretär/Il segretario generale
f.to-gez. Dr. Arnold Unterkircher

Für die Übereinstimmung der Abschrift mit der Urschrift, auf stempelfreiem Papier für Verwaltungszwecke ausgestellt.

Per la copia conforme all'originale, rilasciata in carta libera per uso amministrativo.

Der Generalsekretär - Il segretario generale
Dr. Arnold Unterkircher

Veröffentlichungsbericht
(Art. 79 des E.T. der Regionalgesetze über die
Ordnung der Gemeinden (D.P.Reg. vom 01.02.2005,
Nr. 3/L)

Referto di pubblicazione
(Art. 79 del t.u. delle leggi regionali sull'ordinamento
dei comuni (DPR. 01.02.2005, n. 3/L)

Ich unterfertigter Generalsekretär bestätige, dass
Abschrift des gegenständlichen Beschlusses

Il sottoscritto Segretario generale certifica, che copia
della presente deliberazione viene pubblicata

am/il giorno 13.03.2015

auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht wird,
wo er für 10 aufeinanderfolgende Tage verbleibt.

sul sito internet del Comune ove rimarrà esposta per
10 giorni consecutivi.

Der Generalsekretär/Il Segretario generale
Dr. Arnold Unterkircher

f.to-gez.

Vorliegender Beschluss, veröffentlicht für die
vorgeschriebene Dauer, ohne Einwände, ist am

La presente deliberazione, pubblicata senza
opposizioni per il periodo prescritto, è divenuta
esecutiva il

24.03.2015

im Sinne des Art. 79 des E.T. der Regionalgesetze
über die Ordnung der Gemeinden (D.P.Reg. vom
01.02.2005, Nr. 3/L) durchführbar geworden.

ai sensi dell'art. 79 del t.u. delle leggi regionali
sull'ordinamento dei comuni (DPR. 01.02.2005, n.
3/L).

Der Generalsekretär/Il Segretario generale
Dr. Arnold Unterkircher

f.to-gez.

COMUNE DI SALORNO
Provincia Autonoma di Bolzano-Alto Adige



GEMEINDE SALURN
Autonome Provinz Bozen - Südtirol

**VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA
GIUNTA COMUNALE**

**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES
GEMEINDEAUSSCHUSSES**

Seduta del - Sitzung vom

ore - Uhr

24/10/2016

08:05

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti questa Giunta comunale.

Sono presenti:

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung enthaltenen Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.

Anwesend sind:

	A.E. A.G	A.U. A.I.
Lazzeri Roland		
Cortella Ivan		
Ceolan Martin	X	
Endrizzi Samantha	X	
Faustin Lidia		
Simeoni Giuseppe		

Segretario: il Segretario generale, Sig.ra

Schriftführer: der Gemeindesekretär, Frau

Gottardi Christine

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti il signor

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit, übernimmt Herr

Lazzeri Roland

nella sua qualità di Sindaco
assume la presidenza e dichiara aperta la seduta.
Si tratta il seguente

OGGETTO

Coop. sociale Babel / Bolzano: Modifica contratto per la gestione della microstruttura di Salorno - periodo 01.08.2016 - 31.07.2021 - CIG: 6756833AF9.

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister
den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet.
Behandelt wird folgender

GEGENSTAND

Sozialgenossenschaft Babel / Bozen: Änderung des Vertrages für die Führung des Dienstes der Kleinkinderbetreuung - Zeitraum 01.08.2016 - 31.07.2021 - CIG: 6756833AF9.

LA GIUNTA COMUNALE

Richiamata la delibera di Giunta n.402/G/2016 dd.14.07.2016, con la quale si aggiudicava definitivamente la gara di affidamento della gestione del servizio di microstruttura di Salorno per il periodo 01.08.2016-31.07.2021 alla Cooperativa sociale Babel di Bolzano al costo complessivo del servizio per il quinquennio pari a complessivi € 636.370,00, pari dunque a € 127.274,00 annui, in accettazione dell'esito della gara svolta dall'Agenzia per i procedimenti e la vigilanza in materia di contratti pubblici di lavori, servizi e forniture (ACP) SUA Gara AOV/CA 004/2015 CIG. 6038368AEG - e si attribuiva al presente contratto il **CIG derivato 6756833AF9**.

Rilevato che in data 29.07.2016 in attuazione della delibera citata è stato firmato il relativo contratto rep. 1519;

Rilevato che con L.P. 21 luglio 2016, n. 17, entrata in vigore il 27 luglio 2016, è stata modificata la L.P. 17 maggio 2013, n. 8 che introduce da parte della Provincia Autonoma di Bolzano un nuovo sistema di finanziamento dei servizi di microstruttura ed assistenza domiciliare all'infanzia;

Vista in merito la delibera della Giunta provinciale no. 889 dd. 09.08.2016 che approva i nuovi criteri di finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia che troveranno applicazione dall'anno finanziario 2017;

Rilevato che la normativa citata obbliga i comuni a presentare la richiesta di finanziamento del servizio per il 2017 entro il 31.10.2016;

Rilevato che la normativa prevede un finanziamento da parte della Provincia esclusivamente a fronte delle ore di servizio fatturate da parte della cooperativa incaricata del servizio, senza tenere in alcun conto di spese che l'amministrazione sinora sosteneva direttamente come l'affitto a terzi dei locali e altri oneri per il calcolo delle agevolazioni tariffarie;

Rilevato inoltre che la nuova regolamentazione provinciale comporta nuovi e maggiori costi non conosciuti al tempo della presentazione dell'offerta in relazione alla fatturazione di ferie, assenze per festività e assenze per malattia a carico della cooperativa;

Rilevata la necessità di procedere ad una variante contrattuale in corso d'esecuzione del servizio ai sensi dell'art. 311 comma 2 lettera a) "*per esigenze derivanti da sopravvenute disposizioni legislative e regolamentari*" del D.P.R. 207/2010;

Richiamato in merito l'art. 17 del contratto d'appalto in questione che prevedeva che: "*Nel caso di approvazione di nuovi criteri di qualità e di finanziamento di cui alla L.P. n. 8/2013 da parte della Provincia autonoma di Bolzano prima della scadenza contrattuale l'amministrazione si riserva di riformulare gli aspetti finanziari in accordo con l'aggiudicatario. In alternativa le parti hanno facoltà di rescindere il contratto entro tre mesi dal termine previsto per l'applicazione dei nuovi criteri.*"

Rilevato che la parte sostanziale riguardante il pagamento del servizio nell'attuale formulazione dell'art.17 non risulta compatibile con la nuova normativa di finanziamento del servizio della Provincia Autonoma di Bolzano ;

Rilevato che l'aggiudicatario del servizio resta comunque obbligato nei limiti del 20% della spesa inizialmente concordata ad accettare la variante;

Vista la nuova proposta di formulazione dell'articolo 17 concordata con l'aggiudicatario questo prevede un aumento del valore d'appalto del 37,94 %, così motivato:
+ 13,82 % per subentro della cooperativa nei costi sostenuti direttamente dal comune e precisamente nel contratto d'affitto locali utilizzati per il servizio e costi per calcolo tariffe agevolate;
+ 24,12 % derivanti dai maggiori oneri imposti alle cooperative dalla nuova normativa provinciale sopracitata;

Vista la relativa documentazione prot.n.12224 dd. 21.10.2016, controfirmata in segno di accettazione dal legale rappresentante della cooperativa;

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

Auf den Gemeindeausschussbeschluss Nr. 402 vom 14.07.2016 verwiesen, mit welchem endgültig die Führung der Kindertagesstätte in Salurn für den Zeitraum 01.08.2016 -31.07.2021 der Sozialgenossenschaft Babel aus Bozen gegen ein Gesamtentgelt von € 636.370,00 gleich € 127.274,00 jährlich, in Übernahme des von der Agentur für die Verfahren und die Aufsicht im Bereich öffentliche Bau-, Dienstleistungs- und Lieferaufträge (AOV) EVS abgewickelten Vertrages AOV/CA 004/205 CIG. 6038368AEG, zugeschlagen und dieser Vergabe den **abgeleiteten CIG 6756833AF9** zugeteilt wurde;

Festgehalten, dass am 29.07.2016 in Anwendung des genannten Beschlusses der entsprechende Vertrag UV. 1519 unterzeichnet worden ist;

Darauf verwiesen, dass mit L.G. 21. Juli 2016 Nr. 17, in Kraft getreten am 27. Juli 2016, das L.G. 17. Mai 2013 Nr. 8 abgeändert worden ist, das ein neues Finanzierungssystem der Kindertagesstätten und des Tagesmütter- /Tagesväterdienstes einführt;

Einsicht genommen in den Beschluss des Landesausschusses Nr. 889 vom 09.08.2016, der die neuen Kriterien zur Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes genehmigt, welche mit dem Geschäftsjahr 2017 zur Anwendung kommen,

Festgehalten, dass die genannten Bestimmungen den Gemeinden vorschreibt, für den Dienst im Jahr 2017 innerhalb 31.10.2016 das entsprechende Finanzierungsgesuch vorzulegen;

Festgehalten, dass diese Bestimmungen eine Finanzierung von Seiten des Landes ausschließlich auf Grund der geleisteten und verrechneten Betreuungsstunden zulässt, ohne Kosten zu berücksichtigen, welche die Verwaltung bisher übernommen hat, wie z. B. die Miete für die bereitgestellten Räumlichkeiten und die Kosten für die Berechnung der begünstigten Tarife;

Außerdem festgestellt, dass durch die neuen Bestimmungen auch an die Genossenschaften neuen Anforderungen gestellt werden betreffend die Verrechnung des Urlaubes, der Feiertage und der Abwesenheiten wegen Krankheit, welche Mehrkosten für diese mit sich bringen, die bei Abgabe des Angebotes nicht bestanden;

Die Notwendigkeit festgestellt, eine Abänderung des Vertrages während der Ausführung desselben im Sinne des Art. 311 Absatz 2 Buchstabe a) des D.P.R. 207/2010 vorzunehmen, zur Anpassung an die abgeänderten Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen;

Auf den Art. 17 des Vertrages verwiesen, der bereits folgendes vorsah: "*Im Falle der Genehmigung der neuen Qualitätskriterien und der Finanzierung laut L.G. Nr. 8/2013 durch das Land Südtirol vor Ablauf des Vertrages behält sich die Verwaltung vor, die finanziellen Aspekte in Absprache mit dem Zuschlagsempfänger neu zu definieren. Andernfalls steht es den Parteien frei, den Vertrag innerhalb von drei Monaten ab Termin für die Anwendung der neuen Kriterien aufzulösen.*"

Festgehalten, dass die derzeitige Formulierung des Art. 17 im wesentlichen bezogen auf die Vergütung nicht mit dem neuen Finanzierungssystem des Dienstes von Seiten des Landes Südtirol vereinbar ist;

Festgehalten, dass der Zuschlagsempfänger im Rahmen einer Änderung bis zu 20% des ursprünglich vereinbarten Vertragswertes verpflichtet ist, die Vertragsänderung anzunehmen;

Einsicht genommen in die Neuformulierung des Art. 17, die mit dem Zuschlagsempfänger vereinbart worden ist, welche eine Erhöhung des Zuschlagswertes von 37,94 % vorsieht und wie folgt begründet ist:
+ 13,42 % wegen Übernahme der sonst von der Gemeinde direkt getragen Kosten: Miete der Räume und Kosten für die Berechnung der Tarifbegünstigungen;
+ 24,12 % Mehrkosten auf Grund der Neuregelung des Dienstes auf Grund der obgenannten neuen Landesbestimmungen;

Einsicht genommen in diesbezügliche Dokumentation Prot.Nr. 12224 vom 21.10.2016 im Zeichen der Annahme vom gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft gegen gezeichnet;

Vista la pec-mail prot. 12296 dd. 24.10.2016, con la quale si conferma l'accettazione della nuova formulazione dell'art. 17;

Ritenuto doveroso approvare la proposta nuova formulazione, compresa la rideterminazione del costo e della tariffa oraria inseriti nell'allegato A) all'art. 17;

Rilevata la necessità di dichiarare la presente deliberazione immediatamente esecutiva al fine di poter presentare in termine utile la domanda di finanziamento del servizio per l'anno 2017;

Visto il Documento unico di programmazione e le modifiche apposte nella seduta di Consiglio del 23.06.2016;

Visto il bilancio di previsione 2016;

Visti i pareri tecnico e contabile espressi sulla presente proposta di delibera in conformità all'art. 81 del T.U. delle L.R. riguardante il nuovo ordinamento dei comuni, approvato con D.P.Reg. 01.02.2005 n.3/L;

Visto il nuovo testo unico delle Leggi Regionali sull'ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.Reg. 01.02.2005 n.3/L;

Ad unanimità di voti legalmente espressi;

delibera

1. di approvare la seguente variante al contratto per la gestione del servizio di microstruttura di Salorno per il periodo 01.08.2016 - 31.07.2021 alla Cooperativa sociale Babel di Bolzano con decorrenza dal 01.01.2017 e per il restante periodo contrattuale, approvando il neoformulato art. 17 del contratto stesso e relativo allegato A) relativo alla definizione del prezzo orario del servizio - **CIG derivato 6756833AF9**.

2. di dare atto che la variante contrattuale in corso d'esecuzione del servizio è conforme all'art. 311 comma 2 lettera a) del D.P.R. 207/2010, e deriva da esigenze derivanti da sopravvenute disposizioni legislative e regolamentari, ed ha un valore complessivo pari a € 221.374,92, e che a questa variante viene attribuito il CIG 65529242 ai soli fini del versamento del contributo ANAC;

3. di dare atto che di conseguenza il valore contrattuale complessivo per il periodo 2016 - 2021 è il seguente:

Anno-Jahr	periodo - Zeitraum	contratto originario Ursprünglicher Vertrag	variante Variante	nuovo valore contrattuale neuer Vertragswert
		€	€	€
2016	1.8. - 31.12.	53.030,80	0	53.030,80
2017	1.1. - 31.12. 2017	127.274,00	48.300,00	175.574,00
2018	1.1. - 31.12. 2018	127.274,00	48.300,00	175.574,00
2019	1.1. - 31.12. 2019	127.274,00	48.300,00	175.574,00
2020	1.1. - 31.12. 2020	127.274,00	48.300,00	175.574,00
2021	1.1. - 31.7. 2021	74.243,20	28174,92	102418,12
Totale	Gesamtwert	636.370,00	221.374,92	857.744,92

3. di incaricare il Sindaco alla firma del relativo atto aggiuntivo al contratto;

4. di dare atto che la spesa derivante dal presente appalto cui va aggiunta l'IVA pari al 5%, troverà imputazione al cap.12011.03.021500 del bilancio di previsione 2017 e 2018 che verranno adeguatamente aumentati per gli esercizi 2017 e 2018 e di prevedere la spesa analoga nei bilanci 2019 - 2020 - 2021;

5. data la sussistente urgenza, si dichiara la presente deliberazione immediatamente esecutiva, ai sensi dell'art.79, 4. comma Testo Unico delle Leggi Regionali sull'Ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.Reg. 01.02.2005 n.3/L.

Einsicht genommen in die pec - mail, Prot.Nr. 12296 vom 24.10.2016, mit welchem die neue Formulierung des Art. 17 von Seiten des Zuschlagsempfängers formell bestätigt wird;

Für angebracht erachtet die neue Formulierung des Art. 17, einschließlich der Neufestlegung der Kosten und des Stundentarifs, jetzt Anlage A) zum Art. 17, zu genehmigen;

Für notwendig erachtet, diesen Beschluss für sofort vollstreckbar zu erklären, um das Ansuchen um Finanzierung für das Jahr 2017 termingerecht vorlegen zu können;

Einsicht genommen in das einheitliche Strategiedokument, das in der Sitzung vom 23.06.2016 abgeändert worden ist;

Einsicht genommen in den Haushaltsvoranschlag 2016;

Einsicht genommen in die Gutachten in technischer und buchhalterischer Hinsicht, im Sinne des Art. 81 des E.T. der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung, genehmigt mit D.P.Reg. vom 01.02.2005 Nr. 3/L;

Einsicht genommen in den E.T. der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung, genehmigt mit D.P.Reg. vom 01.02.2005 Nr.3/L;

Mit Stimmeneinhelligkeit in gesetzlicher Form ausgedrückt;

beschließt

1. folgende Abänderung des Vertrages zur Führung der Kindertagesstätte in Salurn für den Zeitraum 01.08.2016 - 31.07.2021 der Sozialgenossenschaft Babel aus Bozen mit Wirkung ab 01.01.2017 und für die restliche Vertragsdauer zu genehmigen und den neu formulierten Art. 17 des Vertrages und der dazugehörigen Anlage A) betreffend die Festlegung des Stundentarifes des Dienstes zu genehmigen - **CIG. 6756833AF9**.

2. festzuhalten, dass die Vertragsänderung im Zuge der Ausführung dem Art. 311 Absatz 2 Buchstabe a) des D.P.R. 207/2010 entspricht, und durch abgeänderten Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen begründet ist, einen Gesamtwert von € 221.374,92 beträgt, und dass dieser Variante der CIG 6552924 zugeteilt wird, ausschließlich zum Zweck der Einzahlung der Gebühr an die ANAC;

3. dem zur Folge gilt der Vertragswert für den Zeitraum 2016-2021 als verändert, und zwar wie folgt:

Ogni cittadino, ai sensi dell' art. 79 comma 5 del Testo Unico delle Leggi Regionali sull'ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.Reg.01.02.2005, n.3/L, entro il periodo di pubblicazione, può presentare opposizione a tutte le deliberazioni alla giunta comunale che ne verterà informata nella prima seduta successiva. Il segretario comunale, ne accusa ricevuta.

Ogni cittadino che possa dimostrare la lesione di un interesse legittimo, può presentare ricorso al Tribunale Amministrativo Regionale, entro sessanta giorni dopo la pubblicazione, ai sensi della Legge 6.12.1971 no. 1034.

Jeder Bürger kann, im Sinne des Art. 79 5. Absatz des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung, genehmigt mit D.P.Reg.vom 01.02.2005 Nr.3/L, im Zeitraum ihrer Veröffentlichung, gegen alle Beschlüsse Einspruch beim Gemeindeausschuß erheben; dieser wird davon in der ersten folgenden Sitzung unterrichtet. Der Gemeindesekretär bestätigt den Empfang.

Jeder Bürger, der ein geschütztes Interesse nachweisen kann, kann innerhalb von sechzig Tagen nach Veröffentlichung einen Rekurs an die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sinne des Gesetzes 6.12.1971 Nr. 1034 einbringen.

Letto, firmato e sottoscritto

Gelesen, genehmigt und unterfertigt

Un assessore
Ein Gemeindereferent
Simeoni Giuseppe

Il Presidente
Der Vorsitzende
Lazzeri Roland

Il Segretario comunale
Der Gemeindesekretär
Gottardi Christine

Questa delibera viene pubblicata oggi e per 10 giorni consecutivi all'albo pretorio e all'albo pretorio digitale.

Dieser Beschluß wird heute und für 10 aufeinanderfolgende Tage an der Amtstafel und an der digitalen Amtstafel veröffentlicht.

26/10/2016

Il Segretario comunale - Der Gemeindesekretär
Gottardi Christine

- ☐ In base all'art. 79, 3.comma del T.U.Leggi delle Regionali sull'ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.Reg.01.02.2005 n.3/L, è diventata esecutiva in data
- ☐ In base all'art.79, 4.comma del T.U. delle Leggi Regionali sull'ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.Reg.01.02.2005 n.3/L, è stata dichiarata immediatamente esecutiva.

- ☐ Gemäß Art.79, 3.Abs. des E.T. der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung, genehmigt mit D.P.Reg.vom 01.02.2005 Nr.3/L, ist er vollstreckbar geworden am
- ☐ Gemäß Art.79, 4.Abs. des E.T. der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung, genehmigt mit D.P.Reg. vom 01.02.2005 Nr.3/L, wurde er für sofort vollstreckbar erklärt.

24/10/2016

Il Segretario comunale - Der Gemeindesekretär
Gottardi Christine

Gemeinde Jenesien

Autonome Provinz Bozen - Südtirol



Comune di San Genesio Atesino

Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige

Beschlussniederschrift des Gemeindeausschusses

Verbale di deliberazione della Giunta Comunale

Gegenstand: **CIG 8050177038: Kindertagesstätte Jenesien - Ausschreibung des Dienstes für den Zeitraum 01.02.2020 bis 31.01.2022 - Vergabe des Dienstes**

Oggetto: **CIG 8050177038: Microstruttura per la prima infanzia a San Genesio - appalto del servizio per il periodo dal 01/02/2020 al 31/01/2022 - affidamento del servizio**

Prot. Nr.

SITZUNG VOM - SEDUTA DEL

Uhr - Ore

09.12.2019

17:00

Nach Erfüllung der im geltenden Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol festgesetzten Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dal vigente Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige vennero per oggi convocati, nella solita sala delle riunioni, i componenti di questa Giunta Comunale.

Mitglieder - membri			A - P	A.E. - A.G.	A.U. - A.I.
Paul Romen	Bürgermeister	Sindaco	X		
Monika Mair Reichhalter	Gemeindereferentin	Assessore	X		
Hedwig Gamper	Gemeindereferentin	Assessore	X		
Renata Plattner	Gemeindereferentin	Assessore	X		
Daniel Untertrifaller	Gemeindereferent	Assessore		X	

Ihren Beistand leistet die Gemeindesekretärin **Andrea Rastner**.

Assiste la segretaria comunale **Andrea Rastner**.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt Herr **Paul Romen** in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet. Der Gemeindeausschuss behandelt obigen Gegenstand.

Riconosciuta legale il numero degli intervenuti, il signor **Paul Romen** nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta. La Giunta comunale passa alla trattazione dell'oggetto suindicato.

A.E. = Abwesend entschuldigt - A.U. = Abwesend unentschuldigt

A.G. = Assente giustificato - A.I. = Assente ingiustificato

Gegenstand: CIG 8050177038: Kindertagesstätte Jenesien - Ausschreibung des Dienstes für den Zeitraum 01.02.2020 bis 31.01.2022 - Vergabe des Dienstes

Oggetto: CIG 8050177038: Microstruttura per la prima infanzia a San Genesio - appalto del servizio per il periodo dal 01/02/2020 al 31/01/2022 - affidamento del servizio

NACH EINSICHTNAHME in den Ratsbeschluss Nr. 53 vom 20.12.2018, mit welchem die Genehmigung des einheitlichen Strategiedokumentes 2019 – 2021 erfolgte;

VISTA la deliberazione consiliare n. 53 del 20.12.2018, con la quale venne approvato il documento unico di programmazione 2019 – 2021;

NACH EINSICHTNAHME in den Ratsbeschluss Nr. 54 vom 20.12.2018, mit welchem der Haushaltsvoranschlag 2019 – 2021 genehmigt wurde;

VISTA la deliberazione consiliare n. 54 del 20.12.2018, con la quale venne approvato il bilancio di previsione 2019 – 2021;

VORAUSGESCHICKT, dass mit Gemeindeausschussbeschluss Nr. 401 vom 07.10.2019 entschieden wurde, die Ausschreibung zur Vergabe des Dienstes der Führung der Kindertagesstätte für den Zeitraum 01.02.2020 - 31.01.2022 mittels Verhandlungsverfahren unter der EU-Schwelle mit vorheriger Bekanntmachung oder Veröffentlichung von Vorinformationen gemäß Art. 55 und 58, Absatz 1, Buchstabe c) des Landesgesetzes vom 17.12.2015, Nr. 16 für eine Ausschreibungssumme von Euro 308.000,00 und mittels Zuschlag aufgrund des wirtschaftlich günstigsten Angebotes (Qualität/Preis) nach Artikel 33 des L.G. Nr. 16/2015 und soweit vereinbar mit Art. 95 des GVD. Nr. 50/2016, anhand des „wirtschaftlichen Angebots“ durch prozentuellen Abschlag auf den Ausschreibungsbetrag zu vergeben und jene qualifizierten Wirtschaftsteilnehmer einzuladen, die ihr Interesse bekundet haben;

PREMESSO che con delibera della giunta comunale n. 401 del 07/10/2019 è stato deciso di affidare il servizio della gestione della microstruttura per il periodo 01/02/2020 - 31/01/2022 mediante procedura negoziata sotto soglia preceduta da pubblicazione o avviso di preinformazione ai sensi degli artt. 55 e 58, comma 1, lettera c) della Legge Provinciale 17.12.2015, n. 16 per un importo a base d'asta di Euro 308.000,00 e di invitare quelli operatori economici qualificati che hanno presentato manifestazione d'interesse alla procedura, con il criterio dell'offerta economicamente più vantaggiosa (qualità/prezzo), ai sensi dell'art. 33 della L.P. n. 16/2015 e dell'art. 95 del D.Lgs. n. 50/2016 in quanto compatibile, con "offerta economica" da produrre secondo il metodo del ribasso percentuale sull'importo posto a base di gara;

FESTGEHALTEN, die Ausschreibung über das telematische System der Landesagentur ISOV (Informationssystem für öffentliche Verträge) in elektronischer Form abgewickelt wurde;

CONSTATATO che la gara è stata svolta tramite il sistema telematico dell'agenzia provinciale SICP (sistema informativo contratti pubblici) in forma elettronica;

FESTGESTELLT, dass innerhalb des festgelegten Abgabetermins 1 Angebot vorgelegt worden ist;

ACCERTATO che entro il termine fissato è pervenuta 1 offerta;

NACH EINSICHTNAHME in die Niederschriften der Wettbewerbsbehörde vom 25.11.2019 und vom 05.12.2019 sowie der technischen Kommission vom 02.12.2019 und festgestellt, dass sich nach Überprüfung des eingegangenen Angebots folgende Rangordnung ergibt:

VISTI i verbali dell'autorità di gara dd. 25/11/2019 e 05/12/2019 e della commissione tecnica dd. 02/12/2019 ed accertato che dopo l'esame dell'offerta presentata risulta la seguente graduatoria:

Platzierung Piazzamento	Bieter Offerente	Punkte Qualität Punti Qualità	Preisangebot offerta economica	Punkte Preis Punti Prezzo	Gesamt Punktezahl Punteggio totale
1	Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen. / Cooperativa sociale Tagesmütter soc.coop.	80	273.473,20	20	100

FESTGEHALTEN, dass die Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen. ein Angebot in Höhe von Euro 273.473,20 (entspricht Euro 12,4306 pro Betreuungsstunde – Abschlag von 11,21 %) auf die Ausschreibungssumme von Euro 308.000,00 eingereicht hat und somit den provisorischen Zuschlag zum Vergabebetrag von Euro 273.473,20 zuzügl. MwSt. (Euro 12,4304 pro Betreuungsstunde zuzüglich MwSt.), erhalten hat;

FESTGESTELLT, dass das Angebot in Bezug auf den Vertragsgegenstand als angemessen und günstig erachtet wird;

NACH ÜBEREINKUNFT den vorliegenden Beschluss für unverzüglich vollstreckbar zu erklären, damit der Vertrag sobald als möglich abgeschlossen werden kann;

NACH EINSICHTNAHME in die Gemeindesatzung;

NACH EINSICHTNAHME in das GvD Nr. 50/2016 und das L.G. Nr. 16/2015;

NACH EINSICHTNAHME in das fachliche Gutachten h5aRg+rgtjXFOxFnMTJuq7NoFLBwoP9DFFFUljhfNg= vom 09.12.2019;

NACH EINSICHTNAHME in das buchhalterische Gutachten ck4/YJWMwXuL0vPlnzM+IdSuOGfGI31xjUdkGpF/8sU= vom 09.12.2019;

NACH EINSICHTNAHME in den Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol (R.G. vom 03.05.2018, Nr. 2);

b e s c h l i e ß t **DER GEMEINDEAUSSCHUSS**

einstimmig in gesetzlicher Form:

1. die Unterlagen, Maßnahmen und Protokolle des Verhandlungsverfahren für die Vergabe des Dienstes zur Führung der Kindertagesstätte in Jenesien für den Zeitraum vom 01.02.2020 bis 31.01.2022 mit folgender Rangordnung zur Kenntnis zu nehmen und zu genehmigen:

1. Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen.
2. der Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen. den Dienst zur Führung der Kindertagesstätte in Jenesien für den Zeitraum vom 01.02.2020 bis 31.01.2022 zum angebotenen Gesamtpreis von Euro 273.473,20 zuzüglich 5% MwSt. (entspricht Euro 12,4306 pro Betreuungsstunde – Abschlag von 11,21 % auf die Ausschreibungssumme von Euro 308.000,00), gemäß Angebot vom 19.11.2019, zu vergeben;
3. die Gemeindesekretärin zu beauftragen, den definitiven Zuschlag über das Online-Portal ISOV der Autonomen Provinz Bozen zu erteilen;

RILEVATO che la Cooperativa sociale Tagesmütter soc.coop. ha presentato l'offerta più vantaggiosa e conveniente con l'importo di Euro 273.473,20 (dunque Euro 12,4306 per ora di custodia – ribasso di 11,21 %) in confronto all'importo a base d'asta di Euro 308.000,00 e dunque ha ottenuto l'aggiudicazione provvisoria per l'importo d'aggiudicazione di Euro 273.473,20 più IVA (Euro 12,4304 per ora di custodia più IVA);

DATO atto che l'offerta viene ritenuta congrua e conveniente in relazione all'oggetto del contratto;

CONVENUTO dichiarare la presente delibera immediatamente esecutiva, affinché l'appalto potrà essere bandito tempestivamente;

VISTO lo statuto comunale;

VISTI il D.lgs. n. 50/2016 e la L.P. n. 16/2015;

VISTO il parere tecnico h5aRg+rgtjXFOxFnMTJuq7NoFLBwoP9DFFFUljhfNg= del 09.12.2019;

VISTO il parere contabile ck4/YJWMwXuL0vPlnzM+IdSuOGfGI31xjUdkGpF/8sU= del 09.12.2019;

VISTO il Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige (L.R. del 03.05.2018, n. 2);

LA GIUNTA COMUNALE **d e l i b e r a**

ad unanimità di voti favorevoli legalmente espressi:

1. di prendere atto e di approvare gli atti, provvedimenti e verbali della procedura negoziata per l'affidamento della gestione del servizio di microstruttura per la prima infanzia di San Genesio Atesino per il periodo dal 01/02/2020 al 31/01/2022 con la seguente graduatoria:

1. Cooperativa sociale Tagesmütter soc.coop.
2. di affidare alla Cooperativa sociale Tagesmütter soc.coop. la gestione del servizio di microstruttura per la prima infanzia di San Genesio per il periodo dal 01/02/2020 al 31/01/2022 all'importo complessivo di Euro 273.473,20 più 5% IVA (dunque Euro 12,4306 per ora di custodia – ribasso di 11,21 % sull'importo a base d'asta di Euro 308.000,00), giusto offerta del 19.11.2019;
3. di incaricare la Segretaria comunale a procedere all'aggiudicazione definitiva attraverso il portale informatico SICP della Provincia Autonoma di Bolzano;

4. festzuhalten, dass der Zuschlag gemäß Art. 32, Abs. 7 des GvD Nr. 50/2016 erst nach Überprüfung des Besitzes der vorgeschriebenen Voraussetzungen rechtswirksam wird;
 5. festzuhalten, dass im Sinne des Art. 32, Abs. 10, Buchstabe a) des GvD Nr. 50/2016 die Stillhaltefrist von 35 Tagen ab Erhalt der Mitteilung des Zuschlages nicht eingehalten werden muss, da nur ein einziges Angebot abgegeben wurde;
 6. die gegenständliche Ausgabe dem Kap. Kennziffer 12011.03.029900 „Sonstige Dienste“ Kompetenzgebarung des HVA 2020, HVA 2021 und HVS 2022 anzulasten;
 7. diesen Beschluss im Sinne des Art. 183, Absatz 4 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol (R.G. vom 03.05.2018, Nr. 2) für unverzüglich vollziehbar zu erklären;
 8. festzuhalten, dass jeder Bürger gegen den vorliegenden Beschluss während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung gemäß Art. 183, Abs. 5 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol (R.G. vom 03.05.2018, Nr. 2) Einspruch beim Gemeindevorstand erheben und innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieser Maßnahme beim Regionalen Verwaltungsgericht für Trentino-Südtirol, Autonome Sektion Bozen, Rekurs einreichen kann. Betrifft der Beschluss die Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist die Rekursfrist, gemäß Art. 120, Abs. 5, GvD 104 vom 02.07.2010, auf 30 Tagen ab Kenntnisnahme reduziert.
4. di dare atto, che l'aggiudicazione ai sensi dell'art. 32, comma 7 del D.lgs. n. 50/2016 diventa efficace, solo dopo la verifica del possesso dei requisiti prescritti;
 5. di dare atto che ai sensi dell'art. 32, comma 10 lettera a) del D.lgs. n. 50/2016, il termine dilatorio di 35 giorni dal ricevimento della comunicazione dell'aggiudicazione non si applica, dato che è pervenuta un'unica offerta;
 6. di impegnare ed imputare la relativa spesa come segue: cap. codice 12011.03.029900 "Altri servizi", gestione competenza del bilancio di previsione 2020, del bilancio di previsione 2021 e del bilancio di previsione 2022;
 7. di dichiarare la presente deliberazione immediatamente eseguibile ai sensi dell'art. 183, comma 4 del Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige (L.R. del 03.05.2018, n. 2);
 8. di dare atto che ogni cittadino, ai sensi dell'art. 183, comma 5 del Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige (L.R. del 03.05.2018, n. 2) può presentare opposizione contro la presente deliberazione alla Giunta comunale entro il periodo della sua pubblicazione, e presentare ricorso al Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa per la Regione Trentino-Alto Adige, Sezione autonoma di Bolzano, entro 60 giorni dall'esecutività della stessa. Se la deliberazione interessa l'affidamento di lavori pubblici il termine di ricorso, ai sensi dell'art. 120, c. 5, D.Lgs 104 del 02.07.2010, è ridotto a 30 giorni dalla conoscenza dell'atto.

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Letto, confermato e sottoscritto.

Der Vorsitzende / Il Presidente
Paul Romen

(digital unterschrieben – firmato digitalmente)

Die Gemeindesekretärin / La Segretaria Comunale
Andrea Rastner

(digital unterschrieben – firmato digitalmente)

(digital signiertes Dokument – documento firmato tramite firma digitale)

**MARKTGEMEINDE
ST. LEONHARD IN PASSEIER**
Autonome Provinz Bozen - Südtirol



**COMUNE DI
SAN LEONARDO IN PASSIRIA**
Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige

**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES
GEMEINDEAUSSCHUSSES**

**VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA
GIUNTA COMUNALE**

Sitzung vom - Seduta del: 01.04.2014 Uhr - Ore: 17:00

Ort: Ratsaal.

Località: Sala Riunioni.

Anwesend sind:

Sono presenti :

			A.E. A.G.	A. U. A. I.
Bürgermeister	Oswald Lorenz Tschöll	Sindaco		
Vize-Bürgermeisterin	Josefine Schwarz Schwenbacher	Vicesindaca		
Gemeindereferent	Johann Gilg	Assessore comunale		
Gemeindereferent	Albert Gögele	Assessore comunale		
Gemeindereferent	Nikolaus Gurschler	Assessore comunale		
Gemeindereferent	Arnold Franz Marth	Assessore comunale		
Gemeindereferent	Josef Pichler	Assessore comunale		

Beistand leistet die Gemeindesekretärin Frau

Assiste la Segretaria comunale Sig.ra

Dr. Katja Götsch

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt
Herr

Constatato che il numero degli intervenuti é sufficiente
per la legalità dell'adunanza, il Signor

Oswald Lorenz Tschöll

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz.

nella sua qualifica di Sindaco ne assume la presidenza.

Der Gemeindeausschuss behandelt folgenden

La giunta comunale delibera sul seguente

GEGENSTAND:	OGGETTO:
Kindertagesstätte - Festlegung der vollen Stundenkosten für die Nutzung der Dienste in der Kindertagesstätte	Microstruttura per l'infanzia - determinazione del costo orario pieno per l'utilizzo dei servizi della microstruttura per l'infanzia

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

Nach Einsichtnahme in das Landesgesetz Nr. 8/1996 i.g.F.;

Nach Einsichtnahme in das DLH Nr. 43/2005 i.g.F.;

Nach Einsichtnahme in den Beschluss der Gemeinde St. Leonhard Nr. 301 vom 07.09.2009 betreffend die Genehmigung der Vereinbarung zur Führung einer Kindertagesstätte in St. Leonhard in Pass.;

Nach Einsichtnahme in den Beschluss des Landesausschusses Nr. 1817 vom 02.12.2013 betreffend die Harmonisierung der Tarife der Kleinkinderbetreuungsdienste;

Nach Einsichtnahme in den Beschluss des Gemeindeausschusses Nr. 369 vom 17.12.2013 betreffend die Genehmigung des Mindest- und Höchststundentarifes;

Ab 01. Januar 2014 werden für den Dienst Kindertagesstätte die vollen Stundenkosten mit € 7,89 festgelegt.

Die vollen Stundenkosten werden bei der Überschreitung des monatlichen Limits der 160 Stunden, sowie bei der Inanspruchnahme des Dienstes vonseiten von Familien, die den ständigen Aufenthalt in einer anderen Gemeinde haben, welche ihre anteiligen Kosten nicht übernehmen, angewandt.

Die Gemeinde St. Leonhard in Pass. wird die Gemeinde, in der die jeweilige Familie den ständigen Aufenthalt hat und mit welcher eine entsprechende Konvention unterzeichnet wurde, um Rückvergütung von 50% der Differenz zwischen den vollen Stundenkosten des Dienstes und der Tarifbeteiligung ersuchen.

Die Autonome Provinz deckt 50% der Differenz zwischen den vollen Stundenkosten und dem laut D.L.H. 30/2000 berechneten Tarif mit Landesbeitrag;

Die Tarife können jährlich mit Beschluss des Gemeindeausschusses angepasst werden.

Nach Einsichtnahme in das positive Gutachten hinsichtlich der fachlichen und buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit dieses Beschlusses;

Nach Einsichtnahme in die geltenden Regionalgesetze über die Gemeindeordnung in der Region Trentino-Südtirol;

Es wird für notwendig erachtet, diesen Beschluss im Eilverfahren im Sinne von Artikel 79 Absatz 4 des Dekretes des Präsidenten der Region Nr. 3/L vom 1. Februar 2005 zu fassen;

Fasst einstimmig in gesetzlicher Form den

LA GIUNTA COMUNALE

Vista la legge provinciale n. 8/1996 n.t.v.;

Visto il D.P.G.P. n. 43/2005 n.t.v.;

Vista la delibera della giunta comunale n. 301 dd. 07.09.2009 concernente l'approvazione della convenzione riguardante la gestione di una microstruttura a San Leonardo in Pass.;

Vista la delibera della giunta provinciale n. 1817 dd. 02.12.2013 concernente l'armonizzazione delle tariffe per i servizi per la prima infanzia;

Vista la delibera della giunta comunale n. 369 dd. 17.12.2013 concernente l'approvazione della tariffa oraria minima e massima;

Dal 1° gennaio 2014 viene stabilito un costo orario pieno di € 7,89 per il servizio microstruttura.

Il costo orario pieno viene applicato per l'eccesso del limite di 160 ore mensili e per l'utilizzo del servizio da parte di famiglie che hanno stabilito dimora in un altro Comune, che non assume la quota di propria competenza.

Il Comune di San Leonardo in Pass. provvederà a richiedere al comune, in cui la famiglia ha stabile dimora, e con il quale è stata stipulata una convenzione, il rimborso del 50% della differenza tra il costo pieno del servizio e la compartecipazione tariffaria.

La Provincia Autonoma copre il 50% della differenza tra il costo pieno del servizio e la tariffa effettivamente dovuta in base ai criteri di cui al DPGP 30/2000 con un contributo provinciale;

Le tariffe possono essere aggiornate annualmente con deliberazione della Giunta comunale.

Visto il parere positivo riguardante la regolarità tecnica e contabile di questa delibera;

Viste le vigenti leggi regionali sull'ordinamento dei comuni nella Regione Trentino-Alto Adige;

Ritenuto di dichiarare immediatamente eseguibile la presente deliberazione ai sensi dell'articolo 79, comma 4 del decreto del Presidente della Regione 1° febbraio 2005, n. 3/L;

Ad unanimità di voti espressi nella forma di legge

BESCHLUSS

1. die vollen Stundenkosten des Dienstes Kindertagesstätte mit € 7,89 festzulegen und bei der Überschreitung des monatlichen Limits der 160 Stunden, sowie bei der Inanspruchnahme des Dienstes vonseiten von Familien, die den ständigen Aufenthalt in einer anderen Gemeinde haben, welche ihre anteiligen Kosten jedoch nicht übernehmen, anzuwenden;
2. die Gemeinde, in der die jeweilige Familie den ständigen Aufenthalt hat und mit welcher eine entsprechende Konvention unterzeichnet wurde, um Rückvergütung von 50% der Differenz zwischen den vollen Stundenkosten des Dienstes und der Tariffbeteiligung zu ersuchen;
3. festzulegen, dass der neue Tarif ab dem 01.01.2014 angewandt wird;
4. diese Änderung der Autonomen Provinz Bozen, Amt für Familie, Frau und Jugend, dem Träger des Dienstes „Sozialgenossenschaft Casa Bimbo – Tagesmütter“, sowie den konventionierten Gemeinden und dem Sozialsprengel Passeier, beauftragt für die Kontrolle der Ansuchen für das Anrecht auf begünstigtem Tarif, mitzuteilen;
5. dieser Beschluss wird aus den in den Prämissen angeführten Gründen im Sinne von Artikel 79 Absatz 4 des Dekretes des Präsidenten der Region Nr. 3/L vom 1. Februar 2005 für unverzüglich vollstreckbar erklärt;
6. jeder Bürger kann gegen diesen Beschluss während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung beim Gemeindevorstand Einspruch erheben oder innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses Beschlusses beim Regionalen Verwaltungsgericht – Autonome Sektion Bozen – Rekurs einbringen. Im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe beträgt die Rekursfrist 30 Tage (Art. 119 und 120 GvD Nr. 104/2010).

DELIBERA

1. di stabilire per il servizio di microstruttura un costo orario pieno di € 7,89 e di applicare per l'eccesso del limite di 160 ore mensili e per l'utilizzo del servizio da parte di famiglie che hanno stabilito dimora in un altro Comune, che non assume la quota di propria competenza;
2. di richiedere al comune in cui la famiglia ha stabile dimora, e con il quale è stata stipulata una convenzione, il rimborso del 50% della differenza tra il costo pieno del servizio e la compartecipazione tariffaria;
3. di stabilire che la nuova tariffa trova applicazione a partire dal 01.01.2014;
4. di comunicare tale variazione all'Ufficio provinciale famiglia, donna e gioventù, al gestore del servizio "Cooperativa sociale Casa bimbo – Tagesmütter", nonché ai comuni convenzionati ed al comprensorio sociale della Val Passiria, incaricato con il controllo delle domande di diritto alle tariffe agevolate;
5. di dichiarare, per i motivi citati in premessa la presente deliberazione immediatamente esecutiva ai sensi dell'articolo 79, comma 4 del decreto del Presidente della Regione 1° febbraio 2005, n. 3/L;
6. contro la presente deliberazione ogni cittadino può presentare opposizione alla Giunta comunale entro il periodo di pubblicazione della stessa o ricorso al Tribunale di giustizia amministrativa – Sezione autonoma di Bolzano – entro 60 giorni dalla data di esecutività di questa deliberazione. Nell'ambito degli affidamenti pubblici il termine entro quale ricorrere è di 30 giorni (art. 119 e 120 D.Lgs. n. 104/2010).

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Der Vorsitzende – Il Presidente:

f.to-gez. Oswald Lorenz Tschöll

Letto, approvato e sottoscritto.

Die Gemeindesekretärin - La Segretaria comunale:

f.to-gez. Dr. Katja Götsch

VERÖFFENTLICHUNGSBERICHT

REFERTO DI PUBBLICAZIONE

Diese Niederschrift wurde an der digitalen Amtstafel der Gemeinde St. Leonhard in Passeier am

La presente deliberazione è stata pubblicata all'albo pretorio online del Comune di San Leonardo in Passiria il

02.04.2014

für 10 aufeinander folgende Tage veröffentlicht.

per 10 giorni consecutivi.

*Die Gemeindesekretärin – La Segretaria comunale
f.to-gez. Dr. Katja Götsch*

VOLLSTRECKBARKEITSBESCHEINIGUNG

CERTIFICATO DI ESECUTIVITÀ

Vorliegender Beschluss ist für unmittelbar vollstreckbar erklärt worden am

La presente delibera è stata dichiarata immediatamente esecutiva in data

01.04.2014

*Die Gemeindesekretärin – La Segretaria comunale
f.to-gez. Dr. Katja Götsch*

Für die Übereinstimmung der Abschrift mit der Urschrift, auf stempelfreiem Papier für Verwaltungszwecke ausgestellt.

Per la copia conforme all'originale, rilasciata in carta libera per uso amministrativo.

*Die Gemeindesekretärin - La Segretaria comunale
Dr. Katja Götsch*

Ergangen an - Trasmesso a:

Buchhaltung
Personalamt
Bauamt
Sekretariat

☐ ufficio contabilità
☐ ufficio personale
☐ ufficio tecnico
☐ segreteria

Steueramt
Lizenzamt
Demo. Ämter

☐ ufficio tasse/imposte
☐ ufficio licenze
☐ uffici demografici



Marktgemeinde St. Lorenzen Comune di San Lorenzo di Sebato

AUTONOME PROVINZ BOZEN-SÜDTIROL • PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO-ALTO ADIGE

BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES GEMEINDEAUSSCHUSSES

VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA GIUNTA COMUNALE

Sitzung vom / seduta del

Uhr - Ore

NR.

04.12.2020**11:00****460****GEGENSTAND:**

AUSSCHREIBUNG DES KINDERTAGESSTÄTTEN-DIENSTES VOM 01.02.2021 BIS 31.12.2024: ANNAHME DES DEFINITIVEN ZUSCHLAGES AN DIE FIRMA CASABIMBO TAGESMUTTER ONLUS AUS BOZEN UND AUSGABENVERPFLICHTUNG

OGGETTO:

GARA PER L'AFFIDAMENTO DEL SERVIZIO MICROSTRUTTURA DAL 01/02/2021 FINO AL 31/12/2024: ACCETTAZIONE DELL'AGGIUDICAZIONE DEFINITIVA ALLA DITTA CASABIMBO TAGESMUTTER ONLUS DI BOLZANO E IMPUTAZIONE DELLE SPESE

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung festgesetzten Formvorschriften wurden für heute die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses zur Sitzung, abgehalten mittels Videokonferenz im Sinne des Punktes 20) der Dringlichkeitsmaßnahme bei Gefahr im Verzug des Landeshauptmannes Nr. 73/2020 vom 27.11.2020, einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge Regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati i componenti di questa Giunta Comunale alla seduta, svolta in videoconferenza ai sensi del punto 20) dell'ordinanza presidenziale contingibile ed urgente del Presidente della Provincia n. 73/2020 del 27/11/2020.

Anwesend sind:

Sono presenti:

Dr. Martin Ausserdorfer

Bürgermeister - Sindaco

Alois Pallua

Vize-Bürgermeister - Vicesindaco

Rudolf Dantone

Gemeindereferent - Assessore

Wilhelm Haller

Gemeindereferent - Assessore

Heidrun Hellweger

Gemeindereferent - Assessore

Manfred Huber

Gemeindereferent - Assessore

abw. entsch. ass. giustifi.	abw. unentsch. ass. ingiustifi.	nimmt mittels Fernzugang teil prende parte in modalità remo- ta
		X
		X
		X
		X
		X
		X

Seinen Beistand leistet der Gemeindesekretär, Herr

Assiste il Segretario Comunale, Signor

Dr. Erich Tasser

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt Herr

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti, il Signor

Dr. Martin Ausserdorfer

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet. Der Gemeindeausschuss behandelt obigen Gegenstand.

nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta. La Giunta Comunale passa alla trattazione dell'oggetto suindicato.

Gegenstand:

AUSSCHREIBUNG DES KINDERTAGESSTÄTTEN-DIENSTES VOM 01.02.2021 BIS 31.12.2024: ANNAHME DES DEFINITIVEN ZUSCHLAGES AN DIE FIRMA CASABIMBO TAGESMUTTER ONLUS AUS BOZEN UND AUSGABENVERPFLICHTUNG

Oggetto:

GARA PER L'AFFIDAMENTO DEL SERVIZIO MICROSTRUTTURA DAL 01/02/2021 FINO AL 31/12/2024: ACCETTAZIONE DELL'AGGIUDICAZIONE DEFINITIVA ALLA DITTA CASABIMBO TAGESMUTTER ONLUS DI BOLZANO E IMPUTAZIONE DELLE SPESE

Vorausgeschickt, dass mit Beschluss des Gemeindeausschusses Nr. 348 vom 14.09.2020 die Einkaufsgenossenschaft Emporium, MwSt. Nummer 02607440217, mit der Abwicklung der Ausschreibung für die Vergabe des Kindertagesstätendienstes der Gemeinde St. Lorenzen beauftragt worden ist;

- dass die Einkaufsgenossenschaft Emporium die Leistungen ausgeschrieben hat;
- nach Einsichtnahme in die Niederschrift des Verhandlungsverfahrens und in die Rangordnung;
- dass folgende Firma ein Angebot eingereicht hat:

Premesso che con delibera della Giunta comunale n. 348 del 14/09/2020 è stata incaricata la società cooperativa d'acquisto Emporium, partita IVA 02607440217, con lo svolgimento delle gare d'appalto del servizio microstrutture del Comune di San Lorenzo di Sebato;

- che la società cooperativa d'acquisto Emporium ha appaltato le prestazioni;
- visti il verbale della procedura negoziata e la graduatoria;
- che la seguente ditta ha presentato un'offerta:

Casabimbo Tagesmutter Onlus – Bozen/Bolzano

das Angebot lautet wie folgt:

l'offerta è la seguente:

Casabimbo Tagesmutter Onlus.....10,99 Euro/Stunde/ora
.....Gesamtbetrag/importo complessivo 615.440,00 Euro

nach Dafürhalten, den von der Einkaufsgenossenschaft Emporium, erteilten definitiven Zuschlag an die Firma Casabimbo Tagesmutter Onlus aus Bozen anzunehmen;

ritenuto quindi opportuno accettare l'aggiudicazione definitiva alla ditta Casabimbo Tagesmutter Onlus, aggiudicato dalla società cooperativa d'acquisto Emporium;

nach Dafürhalten, den Übergabebetrag in der Höhe von 615.440,00 Euro, zuzüglich MwSt., dem Haushaltsvoranschlag anzulasten;

ritenuto quindi opportuno imputare l'importo d'aggiudicazione di 615.440,00 Euro, più IVA, al bilancio di previsione;

nach Einsichtnahme in die folgenden Gutachten im Sinne der Art. 185 und 187 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit R.G. vom 03.05.2018, Nr. 2:

visto i seguenti pareri ai sensi degli artt. 185 e 187 del Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con L.R. del 03/05/2018, n. 2:

hinsichtlich der **fachlichen Ordnungsmäßigkeit:**

Positiv – digital signiert von der / dem Verantwortlichen des zutreffenden Dienstes *Dr. Erich Tasser*, am 04.12.2020, Prot.Nr. 0021582 mit dem elektronischen Fingerabdruck Nr. x6LmOCsafJr02+55G+L9QtAvMS3/4hrK+u2blvILZNo=;

in ordine alla **regolarità tecnico-amministrativa:**

Positivo – firmato tramite firma digitale dal / dalla responsabile del relativo servizio *Dr. Erich Tasser*, in data 04.12.2020, n. prot. 0021582 con impronta digitale n. x6LmOCsafJr02+55G+L9QtAvMS3/4hrK+u2blvILZNo=;

hinsichtlich der **buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit:**

Positiv – digital signiert von der / dem Verantwortlichen des zutreffenden Dienstes *Dr. Erich Tasser*, am 04.12.2020, Prot.Nr. 0021583 mit dem elektronischen Fingerabdruck Nr. syf79eq6iV4Kbj9ecp0yDN3GOzllC1uFqeLH61j412M=;

in ordine alla **regolarità contabile:**

Positivo – firmato tramite firma digitale dal / dalla responsabile del relativo servizio *Dr. Erich Tasser*, in data 04.12.2020, n. prot. 0021583 con impronta digitale n. syf79eq6iV4Kbj9ecp0yDN3GOzllC1uFqeLH61j412M=;

aufgrund:

- des geltenden Haushaltsvoranschlages des laufenden Finanzjahres;

visti:

- il vigente bilancio di previsione dell'anno corrente;

- der Satzung dieser Gemeinde, veröffentlicht im außerordentlichen Beiblatt zum Amtsblatt Nr. 7 der autonomen Region Trentino - Südtirol vom 14.02.2006;
- Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit R.G. vom 03.05.2018, Nr. 2;
- lo Statuto di questo Comune, pubblicato nel supplemento straordinario al Bollettino Ufficiale n. 7 della Regione Autonoma Trentino - Alto Adige del 14/02/2006;
- Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con L.R. del 03/05/2018, n. 2;

beschließt

der Gemeindeausschuss

einstimmig bei 6 Anwesenden und Abstimmenden

- 1) den von der Einkaufsgenossenschaft Emporium, erteilten definitiven Zuschlag betreffend den Kindertagesstättendienst der Gemeinde St. Lorenzen vom 01.02.2021 bis 31.12.2024 an die Firma Casabimbo Tagesmutter Onlus aus Bozen in der Höhe von 615.440,00 Euro, zuzüglich MwSt., anzunehmen;
- 2) den Bürgermeister und den Gemeindesekretär zu beauftragen, mit der Übernehmerfirma einen entsprechenden Vertrag in öffentlich verwaltungsrechtlicher Form, aufgrund des Lastenheftes, abzuschließen;
- 3) die aus diesem Beschluss sich ergebenden Ausgaben zu Lasten der Gemeinde St. Lorenzen im geschätzten Betrag von voraussichtlich 90.000,00 Euro/Jahr folgendermaßen dem Haushaltsvoranschlag anzulasten:

la Giunta comunale

delibera

ad unanimità di voti su 6 presenti e votanti

- 1) di accettare l'aggiudicazione definitiva concernente il servizio microstrutture del Comune di San Lorenzo di Sebato dal 01/02/2021 fino al 31/12/2024 alla ditta Casabimbo Tagesmutter Onlus dell'importo di 615.440,00 Euro, più IVA, aggiudicato dalla società cooperativa d'acquisto Emporium;
- 2) di incaricare il Sindaco ed il Segretario comunale di stipulare un relativo contratto in forma pubblica-amministrativa con l'impresa aggiudicataria su base del capitolato d'oneri;
- 3) di imputare le spese derivanti dalla presente delibera a c carico del comune di San Lorenzo nell'importo stimato di prevedibilmente 90.000,00 Euro/anno come segue al bilancio di previsione

Öffentliche Dienstleistungsaufträge		Contratti di servizio pubblico	
Kontenplan	12011.03.21500	Piano finanziario	
Artikel		Articolo	
Jahr	2021	Anno	
Gesamtsumme	90.000,00 €	Totale	

Öffentliche Dienstleistungsaufträge		Contratti di servizio pubblico	
Kontenplan	12011.03.21500	Piano finanziario	
Artikel		Articolo	
Jahr	2022	Anno	
Gesamtsumme	90.000,00 €	Totale	

Öffentliche Dienstleistungsaufträge		Contratti di servizio pubblico	
Kontenplan	12011.03.21500	Piano finanziario	
Artikel		Articolo	
Jahr	2023	Anno	

Gesamtsumme		90.000,00 €	Totale
-------------	--	--------------------	--------

Öffentliche Dienstleistungsaufträge		Contratti di servizio pubblico	
Kontenplan	12011.03.21500	Piano finanziario	
Artikel		Articolo	
Jahr	2024	Anno	
Gesamtsumme	90.000,00 €	Totale	

CIG: 8542374E04

CUP: ---

4) gegenständlichen Beschluss mit derselben Abstimmung im Sinne des Art. 183 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit R.G. vom 03.05.2018, Nr. 2, für unverzüglich vollstreckbar zu erklären.

4) di dichiarare, con la medesima votazione, immediatamente eseguibile la presente deliberazione ai sensi dell'art. 183 del Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con L.R. del 03/05/2018, n. 2.

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Bürgermeister - Sindaco

Dr. Martin Ausserdorfer

Letto, confermato e sottoscritto.

Der Sekretär - Il Segretario

Dr. Erich Tasser

Gegen diesen Beschluss kann während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung von 10 Tagen beim Gemeindeausschuss Einspruch erhoben werden. Innerhalb von 30 Tagen ab erfolgter Veröffentlichung dieses Beschlusses kann beim Regionalen Verwaltungsgerechtshof Trient - Autonome Sektion Bozen - Rekurs eingebracht werden.

Ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione di 10 giorni, presentare alla Giunta comunale opposizione avverso la presente deliberazione. Entro 30 giorni dall'avvenuta pubblicazione della deliberazione può essere presentato ricorso al Tribunale di Giustizia amministrativa di Trento - Sezione autonoma di Bolzano.

digital signiertes Dokument – documento firmato tramite firma digitale



COMUNE DI
SAN MARTINO IN BADIA

Provincia di Bolzano

GEMEINDE
ST. MARTIN IN THURN

Provinz Bozen

COMUN DE
SAN MARTIN DE TOR

Provincia de Balsan

**Deliberazione della Giunta
Comunale**

**del 24.11.2020
n. 216**

OGGETTO:

Affidamento del servizio di gestione della microstruttura per la prima infanzia a San Martino per il periodo dal 01.01.2021 al 31.12.2023 - approvazione della documentazione tecnica di gara e delle modalità di appalto - CIG 8535983402

Previo esaurimento delle formalità prescritte dal Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, vennero per oggi convocati nella solita sala delle adunanze, i componenti di questa Giunta comunale:

Presenti sono i signori:

**Beschluss des
Gemeindeausschusses**

**vom 24.11.2020
Nr. 216**

GEGENSTAND:

Vergabe des Dienstes der Führung der Kindertagesstätte in St. Martin für den Zeitraum 01.01.2021 bis zum 31.12.2023 - Genehmigung der technischen Ausschreibungsunterlagen sowie der Vergabebedingungen - CIG 8535983402

Nach Erfüllung der im geltenden Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol enthaltenen Formvorschriften wurden für heute im üblichen Sitzungssaal die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen:

Anwesend sind die Herren:

**Deliberaziun dla Junta de
Comun**

**di 24.11.2020
nr. 216**

CONTEGNÜ

Afidamënt dl sorvise de gestiun dla Ciasa di pici a San Martin dai 01.01.2021 ai 31.12.2023 - aprovaziun dla documentaziun tecnica dla gara y dles modalitès de apalt - CIG 8535983402

Dô l'ademplimënt dles formalitès scrites dant dal Codesc di ënc locai dla Regiun Autonoma Trentin-Südtirol, èl gnü cherdé ite, tl solit salf dles sentades i componënc de chësta Junta comunala:

Presënc é i Signurs:

	(1)	(2)	(3)	(4)
Dr. Giorgio Costabiei – Sindaco/Bürgermeister/Ombolt				
Dr. Ing. Gustavo Mischi – Vicesindaco/Vizebürgermeister/Vizeombolt				
Geom. Felix Graffonara – Assessore/Gemeindereferent/Assessor				
Armin Forer – Assessore/Gemeindereferent/Assessor				
Dr. Martina Verginer – Assessore/Gemeindereferent/Assessor				

Assiste la Segretaria comunale, signora

Den Beistand leistet
Gemeindesekretärin, Frau

die Al assistëia la secreterin de Comun,
signura

Dr. Roberta Comploj

Constatato che il numero degli intervenuti è sufficiente per la legalità dell'adunanza, il Signor

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt Herr

Dô avëi constaté che le numer di antergnüs é dé por la legalitè dl'indonada, suratol le Signur

Dr. Giorgio Costabiei

ne assume la presidenza e sottopone alla Giunta comunale la trattazione dell'oggetto suddetto.

den Vorsitz und unterbreitet dem Gemeindeausschuss die Behandlung des obgenannten Gegenstandes.

la presidënza y sotmët ala Junta de comun la trataziun dl argomënt suradit.

(1) assente giustificato / entschuldigt abwesend / assënt iustifiché

(2) assente ingiustificato / unentschuldigt abwesend / assënt iniustifiché

(3) assente nella trattazione e votazione del presente oggetto / abwesend bei Behandlung u. Abstimmung dieses Gegenstandes / assënt pro chësta deliberaziun

(4) prende parte in modalità remota / nimmt mittels Fernzugang teil / tol pert tres azes estern

PARERI ART. 185 / 187 L.R. DEL 03.05.2018 N. 2	GUTACHTEN ART. 185 / 187 R.G. VOM 03.05.2018 NR. 2	ARAC ART. 185 / 187 L.R. DI 03.05.2018, NR. 2
<i>Parere tecnico-amministrativo con l'impronta digitale</i>	<i>Fachliches Gutachten mit dem elektronischen Fingerabdruck</i>	<i>Arat tehnik-aministratif cun la merscia a dëit digitala</i>
<i>yTHTf645aRtZRxmGjBcENUGoojT4TT+1CB7ZkBvaL3o=</i>		
<i>Parere contabile con l'impronta digitale</i>	<i>Buchhalterisches Gutachten mit dem elektronischen Fingerabdruck</i>	<i>Arat contabl cun la merscia a dëit digitala</i>

LA GIUNTA COMUNALE	DER GEMEINDEAUSSCHUSS	LA JUNTA DE COMUN
Preso atto che il contratto di servizio stipulato con la cooperativa Casa Bimbo per la gestione del servizio di assistenza all'infanzia scade a decorrere dal 31.12.2020; Ritenuto opportuno procedere all'affidamento del servizio di gestione della microstruttura per la prima infanzia nel Comune di Badia per il periodo dal 01.01.2021 al 31.12.2023 mediante espletamento di una procedura negoziata ai sensi degli art. 55 e 58, comma 1, lettera c) della L.P. n. 16 del 17.12.2015 con l'assegnazione del servizio all'operatore economico, che avrà presentato l'offerta economicamente più vantaggiosa; Dato atto: - che l'importo a base d'asta per il servizio nel periodo sopra citato ammonta a € 241.200.00, oltre all'IVA; - che è prevista la compartecipazione ai costi del servizio da parte della Provincia, del Comune e delle famiglie; Vista la L.P. n. 8 del 17.05.2013 "Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige" che al capo 4 disciplina l'assistenza per la prima infanzia e prevede in particolare un nuovo sistema di finanziamento nonché lo sviluppo della rete dei servizi per la prima infanzia sia in termini di quantità che di qualità Vista la deliberazione della Giunta provinciale n. 979 del 25.08.2015 con la quale sono state approvate le linee guida per l'attuazione della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, e successive modifiche, relativamente al capo 4 "Assistenza alla prima infanzia";	Vorausgeschickt, dass der Dienstleistungsvertrag für die Führung der Kindertagesstätte in St. Leonhard, abgeschlossen mit der Sozialgenossenschaft Casa Bimbo - Tagesmutter Onlus am 31.12.2020 ausläuft; Es für notwendig erachtet mit der Anvertraung der Führung der Kindertagesstätte in der Gemeinde Abtei für den Zeitraum 01.01.2021 – 31.12.2023 mittels Durchführung eines Verhandlungsverfahrens gemäß Artikel 55 und 58, Absatz 1, Buchstabe c) des Landesgesetzes vom 17.12.2015, Nr. 16 mit der Zuweisung des Kindertagesstättendienstes an den Wirtschaftsteilnehmer, der das wirtschaftlich günstige Angebot eingereicht hat, fortzufahren; Es wird festgehalten: - dass die Ausschreibungssumme für den Dienst in den oben genannten Zeitraum 241.200,00 € zuzüglich MwSt. beträgt; - dass die Beteiligung an den Kosten des Dienstes durch das Land, die Gemeinden und die Familien vorgesehen ist; Nach Einsichtnahme in das Landesgesetz Nr. 8 vom 17.05.2013 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“ das in Abschnitt 4 die Kleinkinderbetreuung regelt und insbesondere ein neues Finanzierungssystem sowie den Ausbau familienergänzender Betreuungsangebote in quantitativer und qualitativer Hinsicht vorsieht; Nach Einsichtnahme in den Beschluss der Landesregierung Nr. 979 vom 25.08.2015, mit welchem die Leitlinien zur Umsetzung des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8, in geltender Fassung, bezogen auf den Abschnitt 4 Kleinkinderbetreuung genehmigt worden sind;	Tut conescënza che le contrat de sorvisc sotescrit cun la cooperativa Ciasa di Pici por la gestiun dl sorvisc de assistënza ai pici mituns toma ai 31.12.2020; Araté dërt de jí inant cun l'afidamënt dl sorvisc de gestiun dla microstrotöra ciasa di pici tl Comun de Badia por le tēmp dai 01.01.2021 ai 31.12.2023 cun prozedöra de tratativa aldò di artt. 55 y 58, coma 1, lëtra c) dla L.P. n. 16 di 17.12.2015 cun assegnaziun dl sorvisc al operadú economic che presenterà l'oferta economicamēter plü convegnēta; De at: - che la soma da scrí fora por le sorvisc por le tēmp dít dessura amunta a € 241.200,00, plü CVA; - che al é preodú la partezipaziun ai cosé dl sorvisc da pert dla Provinzia, dl Comun y dles families; Odú la L.P. nr. 8 di 17.05.2013 "Svilup y sostēgn dles families te Südtirol" che al capitul 4 regolēia l'assistēnza por i pici mituns y prevēiga en modo particular n sistem nū de finanziamēnt sciöche ince le svilup dla rēi di sorvisc por i pici sides por la cuantité che por la cualité; Odú la deliberaziun dla Junta provinciala nr. 979 di 25.08.2015 cun chēra che al é gnü aprové les istruziuns por l'atuaziun dla lege provinciala 17 de ma 2013, nr. 8 y susseghēntes mudaziuns, por ci che reverda la capitul 4 "Assistēnza ai pici mituns";

Visti il capitolato d'oneri e la lettera di invito alla gara;	Nach Einsichtnahme in das Lastenheft und das Einladungsschreiben;	Odü le capitolat dles condiziuns y la lëtra d'invit ala gara;
Vista la delibera della Giunta provinciale n. 666 del 30.07.2019 con la quale sono stati approvati i criteri per il finanziamento di microstruttura e del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia;	Nach Einsichtnahme in den Beschluss der Landesregierung Nr. 666 vom 30.07.2019, mit welchem die Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter-/Tagesväterdienste genehmigt worden sind;	Odüda la deliberaziun dla Junta provinciala n. 666 di 30.07.2019 cun chëra che al é gnü aprové i criters söl finanziament di sorvisc de ciasa di pici y de assistënza a ciasa di pici;
Visti il capitolato d'oneri e la lettera di invito alla gara;	Nach Einsichtnahme in das Lastenheft und das Einladungsschreiben;	Odü le capitolat dles condiziuns y la lëtra d'invit ala gara;
Vista la vigente L.P. 17.12.2015, n. 16 riguardante "Disposizioni sugli appalti pubblici", ed in particolar modo il capo X "Servizi sociali e altri servizi specifici";	Nach Einsichtnahme in das geltende L.G. vom 17.12.2015, Nr. 16 betreffend „Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe“ und insbesondere in den Abschnitt X „Soziale und andere besondere Dienstleistungen“;	Odüda la varënta L.P. 17.12.2015, n. 16 che reverda "Desposiziuns sön apalc publics" y en particular le capitul X "Sorvisc soziai y atri sorvisc specifichs";
Preso atto che la selezione delle ditte da invitare alla procedura negoziata è stata effettuata sulla base delle richieste d'invito inoltrate presso il Comune in seguito all'avviso di preinformazione e tenendo conto delle caratteristiche di qualificazione necessarie e connesse all'importo del servizio da appaltare;	Festgehalten, dass die Auswahl der zur Privatverhandlung einzuladenden Firmen auf der Grundlage der bei dieser Gemeinde infolge der Bekanntmachung eingegangenen Anträge und unter Berücksichtigung der erforderlichen Qualifikation mit Bezugnahme auf den Betrag des Dienstes erfolgt ist;	Tignì cunt che la cerna dles dites da invié ala prozedöra de tratativa é gnüda fata sön la basa dles domandes gnüdes ite te Comun aladô dla publicaziun fata y tignin cunt dles carateristiches de cualificaziun nezesciares y liades ala soma dl sorvisc da scrì fora;
Vista la deliberazione del consiglio comunale n. 40 del 19.12.2019 con la quale è stato approvato il documento unico di programmazione ed il bilancio di previsione 2020-2022;	Nach Einsichtnahme in den Beschluss des Gemeinderates Nr. 40 vom 19.12.2019 mit welchem das einheitliche Strategiedokument und der Haushaltsvoranschlag 2020-2022 genehmigt worden ist;	Odü la deliberaziun dl consëi de comun nr. 40 di 19.12.2019 cun chëra che al é gnü aprové le documënt unich de programaziun y le bilanz de previjun 2020-2022;
Visti i sopraindicati pareri espressi ai sensi dell'art. 185 e dell'art. 187 del Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con L.R. del 03.05.2018 n. 2;	Nach Einsichtnahme in die oben angeführten Gutachten im Sinne des Art. 185 und Art. 187 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit R.G. vom 03.05.2018 Nr. 2;	Odü i arac aladô dl art. 185 y dl art. 187 dl Codesc di ënc locai dla Regiun Autonoma Trentin-Südtirol, aprové cun L.R. di 03.05.2018, nr. 2;
Visto il codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino – Alto Adige, lo statuto e i regolamenti comunali;	Nach Einsichtnahme in den Kodex der örtlichen Körperschaften der Region Trentino – Südtirol, in das Gemeindestatut und in die Gemeindeverordnungen;	Odü le Codesc di ënc locai dla Regiun Trentin/Südtirol, le statut de Comun y i regolamënc comunai;
A votazione per alzata di mano con 5 voti favorevoli, 0 voti contrari e 0 astensioni su 5 presenti	Durch Abstimmung mit Handerhebung bei 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen auf 5 Anwesende	Cun 5 usc consenziëntes, 0 usc contrares y 0 astenjiuns sön 5 presënc dades jö alzan sö la man

DELIBERA

1. di approvare la documentazione tecnica citata nelle premesse per l'appalto del servizio di gestione della microstruttura per la prima infanzia nel Comune di San Martino in Badia per il periodo dal 01.01.2021 al 31.12.2023

CIG: 8535983402

BESCHLIESST

1. die im Vorspann angeführten technischen Unterlagen zur Vergabe des Dienstes der Führung der Kindertagesstätte in der Gemeinde St.Martin für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2023, zu genehmigen;

CIG: 8535983402

DELIBRËIEL

1. de aprové la documentaziun tecnica dita damperfora por l'apalt dl sorvisc de gestiun dla ciasa di pici tl Comun de San Martin de Tor por la perioda dai 01.01.2021 ai 31.12.2023;

CIG: 8535983402

2. di procedere all'appalto del servizio di gestione della microstruttura per la prima infanzia presso l'edificio "Ciasa di pici" a San Martino per il periodo dal 01.01.2021 al 31.12.2023 per un importo a base d'asta di euro 241.200,00 mediante espletamento di una procedura negoziata ai sensi degli art. 55 e 58, comma 1, lettera c) della L.P. n. 16 del 17.12.2015 con l'assegnazione del servizio all'operatore economico che avrà presentato l'offerta economicamente più vantaggiosa.
3. di invitare alla procedura negoziata le ditte indicate nel verbale della seduta odierna; tale elenco viene sottratto fino alla scadenza del termine per la consegna delle offerte all'accesso ai sensi dell'art. 14 del regolamento comunale in materia di procedimento amministrativo e di diritto di accesso ai documenti amministrativi e dell'art. 53 del D.lgs. n. 50/2016.
3. di dare atto che la stessa diverrà esecutiva dopo il decimo giorno dall'inizio della sua pubblicazione ai sensi dell'art. 183, comma 3, del Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con L.R. del 03.05.2018 n. 2.
2. die Vergabe des Dienstes der Führung der Kindertagesstätte beim Gebäude „Ciasa di pici“ in St. Martin für den Zeitraum 01.01.2021 – 31.12.2023 für eine Ausschreibungssumme von 241.200,00 Euro mittels Durchführung eines Verhandlungsverfahrens gemäß Artikel 55 und 58, Absatz 1, Buchstabe c) des Landesgesetzes Nr. 16 vom 17.12.2015 mit der Zuweisung des Kindertagesstätendienstes an den Wirtschaftsteilnehmer, der das wirtschaftlich günstige Angebot eingereicht hat, durchzuführen.
4. jene Firmen zur Privatverhandlung einzuladen, welche in der Niederschrift der heutigen Sitzung angeführt sind; genannte Aufstellung wird im Sinne des Art. 14 der Verordnung auf dem Sachgebiet des Verfahrens und des Rechtes auf Zugang zu den Verwaltungunterlagen und des Art. 53 des Gver.D. Nr. 50/2016, vom Recht auf Zugang bis zum Ablauf des Termins für die Einreichung der Angebote ausgeschlossen.
3. zur Kenntnis zu nehmen, dass der gegenständliche Beschluss im Sinne des Art. 183, Absatz 3, des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit R.G. vom 03.05.2018 Nr. 2, nach dem zehnten Tag ab Veröffentlichungsbeginn vollstreckbar wird.
2. de scrì fora l'apalt dl sorvìsc de gestiun dla microstrotöra por i pici mituns tl frabricat "Ciasa di pici" a San Martin por la perioda dai 01.01.2021 ai 31.12.2023 por na soma da scrì fora de euro 241.200,00 cun prozedöra de tratativa aladò di artt. 55 y 58, coma 1, lëtra c) dla L.P. n. 16 di 17.12.2015 cun l'assegnaziun dl sorvìsc al operadù economiche che presenterà l'oferta economicamënter plü convegnëta.
5. de invië ala lizitaziun privata les dites scrites tl verbal dla sentada da incö; chësc indesc vëgn tut demez cina ala tomanza dl termin por dé jö les ofertes dal dërt de azes aladò dl art. 14 dl regolamënt comunel tl ciamp dla prozedöra aministrativa y dl dërt de azes ai documënc aministratifs y dl art. 53 dl D.lgs. n. 50/2016.
6. de tignì cunt che chësta deliberaziun gnará varënta dô diesc dis dal scomenciamënt de sùa publicaziun aladò dl art. 183, coma 3, dl Codesc di ënc locai dla Regiun Autonoma Trentin-Südtirol, aprové cun L.R. di 03.05.2018, nr. 2.

Avverso la presente deliberazione, durante il periodo di pubblicazione, ogni cittadino può presentare opposizione alla Giunta comunale.

Gegen diesen Beschluss kann jeder Bürger während des Zeitraumes der Veröffentlichung Einspruch beim Gemeindevausschuss.

Cuntra chësta delibera po vigni zitadin tratan le tēmp de publicaziun presenté oposiziun ala Junta de Comun.

Entro 60 giorni dall'esecutività della deliberazione può essere presentato ricorso al Tribunale di Giustizia Amministrativa di Bolzano.

Innerhalb von 60 Tagen, nachdem dieser Beschluss rechtskräftig geworden ist, kann beim Regionalen Verwaltungsgerechtshof in Bozen Rekurs eingebracht werden.

Anter 60 dis dala esecutivité de chësta delibraziun pol gní presenté recurs al Tribunal de Iustizia Aministrativa de Balsan.

Letto, confermato e sottoscritto

Gelesen, Genehmigt und gefertigt

Lit, confermé y sotescrit

Il Presidente - Der Vorsitzende
Le Président

Dr. Giorgio Costabiei

La segretaria - Die Sekretärin
La secreterin

Dr. Roberta Comploj

documento firmato tramite firma digitale - digital signiertes Dokument – documënt firmé digitalmënter

GEMEINDE
ST. MARTIN IN PASSEIER
 Autonome Provinz Bozen - Südtirol
BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES
GEMEINDEAUSSCHUSSES



COMUNE
DI SAN MARTINO IN PASSIRIA
 Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige
VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA
GIUNTA COMUNALE

Sitzung vom - Seduta del:

18.12.2013

Uhr - Ore:

18:00

Ort: Ratsaal.

Località: Sala Riunioni.

Anwesend sind:

Sono presenti:

			A.E. A.G.	A.U. A.I.
Bürgermeisterin	Dr. Rosmarie PAMER	Sindaca		
Vizebürgermeister	Hansjörg ALBER	Vicesindaco		
Gemeindereferent	Heinrich DORFER	Assessore		
Gemeindereferentin	Johanna KUEN KARLEGGGER	Assessore		
Gemeindereferent	Adolf UNTERTHURNER	Assessore		

Beistand leistet der Gemeindesekretär, Herr

Assiste il Segretario Comunale, Signor

Dr. Paolo DalmonegoNach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt
FrauConstatato che il numero degli intervenuti è
sufficiente per la legalità dell'adunanza, la Signora**Dr. Rosmarie Pamer**

in ihrer Eigenschaft als Bürgermeisterin den Vorsitz.

nella sua qualifica di Sindaca ne assume la
presidenza.

Der Gemeindeausschuss behandelt folgenden

La Giunta comunale delibera sul seguente

GEGENSTAND:	OGGETTO:
Fürsorge - Kindertagesstätte - Festlegung des Mindeststundentarifes sowie des Höchststundentarifes für die Nutzung der Dienste der Kindertagesstätte	Assistenza - microstruttura - determinazione della tariffa oraria minima e della tariffa oraria massima per l'utilizzo dei servizi della microstruttura

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

Nach Einsicht in das Landesgesetz Nr. 8/1996 i.g.F.

Nach Einsicht in das DLH Nr. 43/2005 i.g.F.

Nach Einsicht in das Landesgesetz Nr. 8/2013 i.g.F.

Nach Einsicht in den Beschluss des Gemeindeausschusses Nr. 360 vom 15.11.2010 betreffend die Genehmigung der Konvention zur Führung einer Kindertagesstätte in St. Martin i.P.

Nach Einsicht in den Beschluss des Landesausschusses Nr. 1817 vom 02.12.2013 betreffend die Harmonisierung der Tarife der Kleinkinderbetreuungsdienste.

Ab 1. Jänner 2014 wird für den Dienst Kindertagesstätte der Mindeststundentarif mit 0,90 € sowie der Höchststundentarif mit 3,65 € festgelegt.

Die Tarife können jährlich mit Beschluss des Gemeindeausschusses angepasst werden.

Nach Einsicht in die Gutachten der verantwortlichen Beamten gemäß Art. 81 des E.T.G.O. in geltender Fassung.

Nach Einsicht in die geltenden Regionalgesetze über die Gemeindeordnung in der Region Trentino – Südtirol.

Fasst einstimmig in gesetzlicher Form den

BESCHLUSS

1. den Mindeststundentarif für den Dienst Kindertagesstätte mit 0,90 €, sowie den Höchststundentarif mit 3,65 € festzulegen. Der reduzierte Tarif wird weiterhin für maximal 160 Stunden pro Monat angewandt;
2. festzuhalten, dass die neuen Tarife ab dem 01.01.2014 angewandt werden;
3. diese Änderung der Autonomen Provinz Bozen, Amt für Familie, Frau und Jugend, dem Träger des Dienstes „Sozialgenossenschaft Casa Bimbo – Tagesmutter“, sowie den konventionierten Gemeinden und dem Sozialsprengel Passeier, beauftragt für die Kontrolle der Ansuchen für das Anrecht auf begünstigten Tarif, mitzuteilen.

LA GIUNTA COMUNALE

Vista la legge provinciale n. 8/1996 n.t.v.

Visto il D.P.G.P. n. 43/2005 n.t.v.

Vista la legge provinciale n. 8/2013 n.t.v.

Vista la delibera della Giunta comunale n. 360 del 15/11/2010 concernente l'approvazione delle convenzioni riguardo alla gestione di una microstruttura a San Martino i.P.

Vista la delibera della Giunta provinciale n. 1817 del 02/12/2013 concernente l'armonizzazione delle tariffe per i servizi per la prima infanzia.

Dal 1° gennaio 2014 viene stabilito per il servizio di microstruttura una tariffa oraria minima di 0,90 € e una tariffa oraria massima di 3,65 €.

Le tariffe possono essere aggiornate annualmente con deliberazione della Giunta comunale.

Visti i pareri dei funzionari responsabili ai sensi dell'art. 81 del T.U.O.C. e successive modifiche.

Viste le vigenti Leggi Regionali sull'Ordinamento dei Comuni nella Regione Trentino – Alto Adige.

Ad unanimità di voti espressi in forma legale

DELIBERA

1. di stabilire per il servizio di microstruttura una tariffa oraria minima di 0,90 € e una tariffa oraria massima di 3,65 €. La tariffa ridotta viene applicata per 160 ore mensili massime;
2. di stabilire che le nuove tariffe trovano applicazione a partire dal 01/01/2014;
3. di comunicare tale variazione all'Ufficio provinciale famiglia, donna e gioventù, al gestore del servizio "Cooperativa sociale Casa bimbo - Tagesmutter", nonché ai comuni convenzionati ed al comprensorio sociale della Val Passiria, incaricato del controllo delle domande di diritto alle tariffe agevolate.

Vorherige Gutachten im Sinne des Art. 81 der geltenden Gemeindeordnung (D.P.Reg. 3/L/2005)	Pareri preventivi ai sensi dell'art. 81 del vigente ordinamento dei Comuni (D.P.Reg. 3/L/2005)
Der/Die Unterfertigte erteilt hiermit sein/ihr zustimmendes Gutachten hinsichtlich der fachlichen Ordnungsmäßigkeit der vorliegenden Beschlussvorlage.	Il/La sottoscritto/a esprime parere favorevole in ordine alla regolarità tecnica sulla presente proposta di deliberazione.
DER/DIE VERANTWORTLICHE	IL/LA RESPONSABILE
gez./f.to Dr. Paolo Dalmonego	
Der/Die Unterfertigte erteilt hiermit sein/ihr zustimmendes Gutachten hinsichtlich der buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit der vorliegenden Beschlussvorlage.	Il/La sottoscritto/a esprime parere favorevole in ordine alla regolarità contabile sulla presente proposta di deliberazione.
DER/DIE VERANTWORTLICHE	IL/LA RESPONSABILE
gez./f.to Christian Pixner	

Verpflichtung Impegno	/	Kap. Cap.	/	Akt Atto	1166
--------------------------	---	--------------	---	-------------	------

Jeder Bürger kann gegen diesen Beschluss gemäß Art. 79, Abs. 5, des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung, genehmigt mit D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L während des Zeitraumes der Veröffentlichung Einspruch beim Gemeindeausschuss erheben und innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieser Maßnahme Rekurs beim Regionalen Verwaltungsgericht für Trentino-Südtirol, Autonome Sektion Bozen, einreichen. Betrifft der Beschluss die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, ist die Rekursfrist, gemäß Art. 120, Abs. 5, GvD 104 vom 02.07.2010, auf 30 Tage ab Kenntnisnahme reduziert.	Ogni cittadino, ai sensi dell'art. 79, comma 5, del Testo unico delle Leggi Regionali sull'Ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.Reg. del 01.02.2005, n. 3/L, può presentare opposizione contro la presente deliberazione alla Giunta comunale entro il periodo della sua pubblicazione, e presentare ricorso al Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa per la Regione Trentino-Alto Adige, Sezione autonoma di Bolzano, entro 60 giorni dal momento in cui diviene esecutiva. Se la deliberazione interessa l'affidamento di lavori pubblici il termine di ricorso, ai sensi dell'art. 120, c. 5, D.Lgs 104 del 02.07.2010, è ridotto a 30 giorni dalla conoscenza dell'atto.
---	---

Gelesen, genehmigt und gefertigt.	Letto, approvato e sottoscritto.
DIE VORSITZENDE: LA PRESIDENTE:	DER SEKRETÄR: IL SEGRETARIO:
gez./f.to Dr. Rosmarie Pamer	gez./f.to Dr. Paolo Dalmonego

VERÖFFENTLICHUNGSBESTÄTIGUNG	RELAZIONE DI PUBBLICAZIONE
Für die Übereinstimmung der Abschrift mit der Urschrift. Diese Niederschrift wurde an der digitalen Amtstafel der Gemeinde St. Martin in Passeier am	Copia conforme all'originale. La presente deliberazione è stata pubblicata all'albo pretorio digitale del Comune di San Martino in Passiria il
30.12.2013	
für die gesetzlich vorgeschriebene Dauer veröffentlicht.	per la durata prevista dalla legge.
DER GEMEINDESEKRETÄR - IL SEGRETARIO COMUNALE Dr. Paolo Dalmonego	
☐ Gemäß Art. 79, Absatz 3 des geltenden E.T.G.O. ist er vollstreckbar geworden am	☐ Vorliegender Beschluss ist für unmittelbar vollstreckbar erklärt worden am
☐ In base all'art. 79, comma 3 del T.U.O.C. vigente è diventata esecutiva in data	☐ La presente delibera è stata dichiarata immediatamente esecutiva in data
10.01.2014	
DER GEMEINDESEKRETÄR - IL SEGRETARIO COMUNALE gez./f.to Dr. Paolo Dalmonego	

Ergangen an - Trasmesso a:			
Buchhaltung/Personal	☒	ufficio contabilità/personale	Steueramt
Bauamt	☐	ufficio tecnico	Lizenzamt
Sekretariat	☒	segreteria	Demo.Ämter
			☐ ufficio tasse/imposte
			☐ ufficio licenze
			☐ uffici demografici



Originale - Original - Originel

**COMUNE DI S.CRISTINA
VAL GARDENA**
(Provincia di Bolzano)

**GEMEINDE ST.CHIRSTINA
IN GRÖDEN**
(Provinz Bozen)

**CHEMUN DE S.CRISTINA
GHERDĚINA**
(Provinzia de Bulsan)

**DELIBERAZIONE DELLA
GIUNTA COMUNALE**
del
29.08.2018
n. 265

**BESCHLUSS DES
GEMEINDEAUSSCHUSSES**
vom
29.08.2018
Nr. 265

**DELIBERAZION DLA
JONTA DE CHEMUN**
di
29.08.2018
nr. 265

Servizio:
assistenza 10.02

Dienst:
Fürsorge

Servisc:
asistënza

Referente politico:

Politischer Referent:
Moritz Demetz

Referënt politich:

Responsabile:

Verantwortlicher:
Hugo Jakob Perathoner

Responsabl:

		(1)	(2)
Moritz Demetz	Sindaco/Bürgermeister/Ambolt		
Markus Insam	Assessore/Gemeindereferent/Assessëur		
Renate Senoner	Assessore/Gemeindereferent/Assessëur		
Alois Stuffer	Assessore/Gemeindereferent/Assessëur	X	

il Segretario comunale Signor
Hugo Jakob Perathoner
Accertato il numero legale, Moritz
Demetz nella sua qualità di Sindaco,
assume la presidenza. La Giunta
comunale delibera sul seguente

der Gemeindesekretär Herr
Hugo Jakob Perathoner
Nach Feststellung der Beschluss-
fähigkeit, übernimmt Moritz Demetz in
der Eigenschaft als Bürgermeister den
Vorsitz. Der Gemeindevausschuss
beschließt in folgender

L secreter de chemun
Hugo Jakob Perathoner
Udú, che n ie assé per pudëi deliberé,
sëurantol Moritz Demetz te si funzion
de Ambolt la presidënza. La Jonta
chemunela deliberea sun chësc

OGGETTO:

**Approvazione e liquidazione
della quota 2017 e per
l'utilizzo della microstruttura
per la prima infanzia di
Ortisei da parte di cittadini
residenti nel Comune di
S.Cristina**

ANGELEGENHEIT:

**Genehmigung und Liquidie-
rung des Anteils 2017 für die
Nutzung der Kindertagesstät-
te in St.Ulrich von Bürgern
aus St.Christina**

ARGUMËNT:

**Apruvazion y licuidazion dl
cont 2017 per la utilisazion
dla microstrutura per pitli da
pert de residentc de
S.Cristina**

(1) assente/abwesend/assënt

(2) assente nella trattazione e votazione del presente oggetto/abwesend bei Behandlung und Abstimmung dieses Gegenstandes/assënt pra la tratazion y votazion de chësc argumënt

LA GIUNTA COMUNALE

Considerato che con delibera consigliare n. 13 del 27.04.2016 è stata approvata un'apposita convenzione tra i comuni di Ortisei, Selva di Val Gardena ed il Comune di S. Cristina Valgardena per l'utilizzo delle strutture per la prima infanzia di Ortisei e Selva di Val Gardena;

Fatto presente che il comune di Ortisei ha presentato il rendiconto di gestione per il periodo 01.09.2017 – 31.12.2017 della microkita di Ortisei chiedendo la liquidazione della quota a carico del Comune di S. Cristina Valgardena rapportato alle 593,25 ore di utilizzo per cittadini residenti a S. Cristina Valgardena in base alla convenzione stipulata, per le spese di gestione della microstruttura per un importo totale di € 3.108,51;

Esaminati la documentazione ed il conto finale ed accertato che le spese a carico dell'amministrazione comunale di S. Cristina Valgardena ammontano a complessivi € 3.108,51;

Ritenuto pertanto necessario approvare il conto finale e liquidare la spesa per l'anno 2017 di € 3.108,51 ;

Visto il testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con D.P.Reg. 1 febbraio 2005, n. 3/L (art. 28);

Visto il testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento contabile e finanziario, approvato con D.P.G.R. 28.5.1999, n. 4/L, modificato dal D.P.Reg. 1 febbraio 2005, n. 4/L;

Visto lo statuto del Comune;

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

In Erachtung, dass mit Ratsbeschluss Nr. 13 vom 27.04.2016 eine eigene Vereinbarung zwischen den Gemeinden St. Ulrich, Wolkenstein und der Gemeinde St. Christina Gröden für die Nutzung der Kindertagesstätten in St. Ulrich und Wolkenstein in Gröden genehmigt wurde;

Festgehalten, dass die Gemeinde St. Ulrich die Abrechnung für die Führung für den Zeitraum 01.09.2017 – 31.12.2017 der Mikrokita in St. Ulrich vorgelegt hat und die Liquidierung des Anteiles zu Lasten der Gemeinde St. Christina Gröden in Bezug auf die 593,25 genutzten Stunden für Bürger aus St. Christina Gröden beantragt hat, , aufgrund der abgeschlossenen Vereinbarung für die Ausgaben der monatlichen Führung der Kindertagesstätte für einen Gesamtbetrag von € 3.108,51;

Nach Überprüfung der Unterlagen und der Endabrechnung und festgehalten dass die Ausgaben zu Lasten der Gemeindeverwaltung von St. Christina Gröden sich auf insgesamt € 3.108,51 belaufen;

Somit erachtet die Endabrechnung zu genehmigen und die Ausgabe für das Jahr 2017 zu liquidieren;

Nach Einsichtnahme in den Einheitstext der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit D.P.Reg. vom 1. Februar 2005, Nr. 3/L (Artikel 28);

Nach Einsichtnahme in den Einheitstext Regionalgesetze betreffend die Buchhaltungs- und Finanzordnung, genehmigt mit D.P.R.A. 28.5.1999, Nr. 4/L, geändert durch das D.P.Reg. vom 1. Februar 2005, Nr. 4/L ;

Nach Einsichtnahme in die Satzung der Gemeinde;

LA JONTA CHEMUNELA

Cunscidrà che cun deliberazion dl cunsèi de chemun nr. 13 di 27.04.2016 iel unida aprueda na cunvenzion aposta danter i chemuns de Urtijèi, Sëlva Gherdëina y l chemun de S. Cristina Gherdëina per la nuzazion dla strutures per pitli mutons a Urtijèi y te Sëlva Gherdëina;

Tenì cont che l chemun de Urtijèi à prejentà l rëndicont de gestion per la perioda 01.09.2017 – 31.12.2017 dla microkita de Urtijèi de Urtijèi damandan la licuidazion dla cuota a cèria dl chemun de S. Cristina Gherdëina, purtà ala 593,25 ëura de utilisazion per zitadins residènc a S. Cristina Gherdëina aldò dla cunvenzion stipuleda, per la spëises de gestion dla microstrutura per na soma de ndut € 3.108,51;

Ejaminaa dl documentazion y l cont de fin y azertà che la spëisa a cèria dl aministrazion chemunela de S. Cristina 3.108,51;

Ratà nscila bujën apruvé l cont de fin y licuidé la spëisa de € 3.108,51 per l ann 2017;

Udù l test unich dla leges regiuneles sun l urdenamënt di chemuns dla Region autonoma Trentino-Südtirol, dat pro cun D.P.Reg. 1. de fauré 2005, nr. 3/L (art. 28);

Udù l test unich dla leges regiuneles sun l urdenamënt cuntabel y finanzier, dat pro cun D.P.J.R. 28.5.1999, nr. 4/L, mudà cun D.P.Reg. 1. de fauré 2005, nr. 4/L ;

Udù l Statut dl Chemun;

Visto il regolamento comunale di contabilità;	Nach Einsichtnahme in die Gemeindeordnung über das Rechnungswesen;	Udù l regulamënt chemunel de cuntabeltà;
Visto il regolamento per la concessione di finanziamenti e benefici economici ad enti pubblici e soggetti privati, in particolare l' art. 10, comma 1, lettera e);	Nach Einsichtnahme in die geltende Verordnung über die Gewährung von Beihilfen an Körperschaften und Private, insbesondere in den Art. 10, Abs. 1, Buchstabe e);	Udù l regulamënt n cont de finanziamënc y aiuc economics a ënc publics y a privac, dantaldut tl art. 10, coma 1, lëtra e);
Visto il bilancio per l'anno in corso che presenta la necessaria disponibilità;	Nach Einsichtnahme in den laufenden Haushaltsvoranschlag, der die diesbezügliche Verfügbarkeit aufweist;	Udù l bilanz de previjion per chësc ann che desmostra la desponibeltà revardënta;
Visti i pareri dei responsabili del servizio in ordine alla regolarità tecnico-amministrativa, impronta digitale: WVAMQ0r2rOPEY0hKCcwPIRda8F0R1Swtb+JzuV8hXGQ= e contabile, impronta digitale: dN3wmLqu7Kggfrj1b7LxiUtR1ayWom2Z87YAYIR9ywY= della presente deliberazione ai sensi del D.P.Reg. 1 febbraio 2005 n. 3/L, art. 81;	Nach Einsichtnahme in die Gutachten der Verantwortlichen des Dienstes hinsichtlich der fachlich – verwaltungsmäßigen Ordnungsmäßigkeit, elektronischer Hashwert: WVAMQ0r2rOPEY0hKCcwPIRda8F0R1Swtb+JzuV8hXGQ= und buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit, elektronischer Hashwert: dN3wmLqu7Kggfrj1b7LxiUtR1ayWom2Z87YAYIR9ywY= dieses Beschlusses laut D.P.R.A. 1. Februar 2005 Nr. 3/L, Art. 81;	Udui i bënsteies di respunsabli dl servisc sula regolarità tecnich-amministrativa, sèni digitel hash: WVAMQ0r2rOPEY0hKCcwPIRda8F0R1Swtb+JzuV8hXGQ= y contabla, sèni digitel hash: dN3wmLqu7Kggfrj1b7LxiUtR1ayWom2Z87YAYIR9ywY= de chësta deliberazion aldò dl D.P.Reg. 1. fauré 2005 nr. 3/L, art. 81;
Ad unanimità di voti, legalmente espressi:	Mit Stimmeneinhelligkeit und in gesetzlicher Form	Duc a una y tla maniera ududa dant dala lege:

delibera

beschließt

delibere a

- | | | |
|--|---|---|
| <p>1. di approvare il rendiconto e di liquidare al Comune di Ortisei l'importo di € 3.108,51 per le spese di gestione della microstruttura per la prima infanzia di Ortisei per l'anno 2017;;</p> | <p>1. den Rechenschaftsbericht zu genehmigen und der Gemeinde St.Ulrich den Betrag von € 3.108,51 für die Führungskosten der Kindertagesstätte für Kleinkinder von St. Ulrich für das Jahr 2017 auszubezahlen;</p> | <p>1. de apruvé l rendicont y de licuidé al chemun de Urtijëi la soma de € 3.108,51 per la spëises de gestion dla microstrutura per pitli mutons de Urtijëi per l ann 2017.</p> |
| <p>2. di imputare la spesa di € 3.108,51 cui sopra al servizio assistenza, capitolo 12011.04.040100 (impegno n. 308/18) del bilancio per l'anno in corso che presenta la necessaria disponibilità;</p> | <p>2. den obgenannten Betrag von € 3.108,51 dem Dienstbereich Fürsorge, Kap. 12011.04.040100 (Verpflichtung Nr. 308/18) des laufenden Haushaltsvoranschlags, der die diesbezügliche Verfügbarkeit aufweise, anzulasten;</p> | <p>2. de debité la spëisa nunzieda dessëura de € 3.108,51 al servisc assistënza, cap. 12011.04.040100 (mpeni n. 308/18) dl bilanz per chësc ann che desmostra la desponibeltà revardënta;</p> |
| <p>3. Di dare atto che, ai sensi dell'art. 79 del T.U.O.C. D.P.Reg. 01.02.2005, n. 3/L i.f.v., è ammesso, entro il</p> | <p>3. Festzuhalten, dass man laut Art.79 des E.T.G.O. vom 01.02.2005, Nr. 3/L i.g.F., gegen die Beschlüsse,</p> | <p>3. De tenì cont che aldò dl art. 79, dl T.U.U.Ch. D.P.Reg. 01.02.2005, nr. 3/L t.f.v. 13, posson, tl tēmp de</p> |

periodo di pubblicazione,
presentare opposizione alla
Giunta comunale; entro 60
giorni dalla esecutività è
ammesso inoltre ricorso al
T.R.G.A. di Bolzano.

innerhalb dem
Veröffentlichungszeitraum,
beim Gemeindeausschuss
Berufung einlegen kann;
innerhalb von 60 Tagen ab
Inkrafttreten ist weiters
Rekurs beim
Verwaltungsgerichtshof in
Bozen zulässig.

publicazion, presentè
uposizion ala Junta
comunela; tl tēmp de 60 dis
dala esecutività dla
deliberazion, possen
sëuraprò presentè recurs al
Tribunel de giustizia
aministrativa de Bulsan.

Letto, confermato e sottoscritto

Il Presidente - Der Vorsitzende - L. Präsident
Moritz Demetz

Gelesen, genehmigt und unterzeichnet

Il Segretario - Der Sekretär - L. Secreter
Hugo Jakob Perathoner

Liet, aprüva y sotscrit

Impegno di spesa

In caso di assunzione di impegni di spesa, la dichiarazione inerente la copertura finanziaria é allegata alla deliberazione.

Zahlungsverpflichtung

Im Falle der Aufnahme von Ausgabenverpflichtungen liegt die Erklärung zur finanziellen Deckung dem Beschluss bei.

Registrazion

Sce l vën tëut su mpënies de spëisa, ie la detlarazion sun la curida finanziaria njunteda ala deliberazion.

La contabile – Die Buchhalterin – La contabla
dott. Giulia Senoner

documento firmato tramite sigla digitale/ digital signiertes Document/ documënt sotscrit digitalmënter

Beschluss vom 30. Juli 2019, Nr. 666

Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter- /Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018

ANLAGE A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1 Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.
2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2 Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3 Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, zur Verfügung.
2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.
3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.
4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.
5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

- a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,
- b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,
- c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,
- d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;
- e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:
 - 1) Vollzeit,
 - 2) Teilzeit über 50 Prozent,
 - 3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

- a) alleinerziehendes Elternteil,
- b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,
- c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,
- d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,
- e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,
- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.
2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.
3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.
2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.
3. Hat die Familie im Sinne des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.
4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:
 - a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,
 - b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,
 - c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,
 - d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.
2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.
3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.
4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.
5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.
6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.
7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.
2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.
3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.
4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.
2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tarifbeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), berücksichtigt werden.
3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.
4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.
5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss, eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.
6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.
2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.
2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.
3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, muss enthalten:
 - a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,
 - b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß [Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer

Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tarifbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 14 Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15 Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis

Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.



**DETERMINAZIONE
DEL RESPONSABILE
DEL SERVIZIO**

Del 25.05.2020
n. 119

La determinazione è adottata dal Sindaco ai sensi dell'articolo 5, comma 2, della Legge regionale 3 maggio 2018, n. 2 e dell'articolo 22 del regolamento comunale di contabilità

Servizio di gestione di microstruttura per la prima infanzia per i Comuni di S. Cristina e di Selva di Val Gardena – periodo dal 01.07.2020 al 30.06.2023: esito della procedura negoziata e aggiudicazione

IL RESPONSABILE DEL SERVIZIO

determina:

- 1) di approvare i verbali dell'Autorità di gara del 13.05.2020 (documento A) e 18.05.2020 (documento B), e i verbali delle sedute della Commissione tecnica giudicatrice del 18.05.2020 (documento C), menzionati ma non materialmente allegati.
- 2) di prendere atto delle risultanze della gara per la procedura negoziata in oggetto;
- 3) di prendere atto che la ditta risultante prima in graduatoria è in possesso dei requisiti di capacità economico-finanziaria e tecnico-amministrativa.
- 4) di procedere all'aggiudicazione dei lavori in oggetto alla ditta:

**ENTSCHEID DES
VERANTWORTLICHEN
DES DIENSTES**

vom 25.05.2020
Nr. 119

Der Entscheid wird vom Bürgermeister im Sinne von Artikel 5, Absatz 2 des Regionalgesetzes 3. Mai 2018, Nr. 2 und von Artikel 22 der Gemeindeverordnung über das Rechnungswesen getroffen

Führungsdienst der Kindertagesstätte der Gemeinde St. Christina und Wolkenstein – Zeitraum vom 01.06.2020 bis 30.06.2023: Ausgang des Verhandlungsverfahrens und Zuschlag

**DER VERANTWORTLICHE DES
DIENSTES**

entscheidet Folgendes:

- 1) die zitierten aber nicht materiell beigelegten Protokolle der Wettbewerbsbehörde vom 13.05.2020 (Dokument A) und vom 18.05.2020 (Dokument B) und das Protokoll der Sitzung der technischen Bewertungskommission vom 18.05.2020 (Dokument C) zu genehmigen.
- 2) den Ausgang der Ausschreibung für das im Betreff genannte Verhandlungsverfahren zur Kenntnis zu nehmen;
- 3) zur Kenntnis zu nehmen, dass die erstgereichte Firma, im Besitz der wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen sowie der technisch-administrativen Voraussetzungen ist.
- 4) den Zuschlag der im Betreff genannten Arbeiten folgender Firma zu erteilen:

**DETERMINAZION DL
RESPUNSABL DL
SERVISC**

di 25.05.2020
nr. 119

La determinazion vën tëuta dal Ambolt aldò dl articul 5, coma 2 dla Lege regionela 3 de mei 2018, nr. 2 y dl articul 22 dl regulamënt chemunel de cuntabilità

Servisc de gestion dla microstrutura per la prima nfanzia per i Chemuns de S.Cristina y Sëlva – tēmp dal 01.06.2020 ai 30.06.2023: resultat dla pruzedura dla cuntratazion y aggiudicazion

L RESPUNSABL DL SERVISC

tol chësta dezijion

- 1) de dé pro i protocoli dl'Autorità de gara di 13.05.2020 (document A) y di 18.05.2020 (document B) y l protocol dla senteda dla cumiscion tecnica de valutazion di 18.05.2020 (document C), repurtei ma nia tachei pro materialmënter.
- 2) de tò cunescënza dla resultanzes dla gara per la pruzedura dla cuntratazion nunziata dessëura;
- 3) de tò cunescënza che la mpreja che ie prima te graduatoria, à i recuisic de capacità economica-finanziaria y tecnich-amministrativa.
- 4) de aggiudiché i lëures numinei dessëura ala firma che vën do:

- COOP. SOCIALE CASA BIMBO TAGESMUTTER ONLUS (Via G. Galilei 2/E, - 39100 Bolzano (BZ), codice fiscale e partita IVA 01576970213);

che ha presentato la seguente offerta:

- prezzo contrattuale: € 737.385,00
- oltre all'IVA del 5% pari a: € 36.869,25
- per un totale di: € 774.254,25

5) di stipulare il contratto d'appalto in forma di scrittura privata, divenuta efficace l'aggiudicazione e previo verifica dei prescritti requisiti.

6) la derivante spesa di € 774.254,25 è imputata in bilancio come indicato nell'allegato 1.

7) ogni cittadino può presentare, opposizione avverso la determinazione entro la decade di pubblicazione. Chiunque via abbia interesse può impugnare la determinazione presso il Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa, Sezione Autonoma di Bolzano entro il termine di 30 giorni, decorrenti dai termini di cui all'articolo 120 del decreto legislativo 02.07.2010, n. 104.

- COOP. SOCIALE CASA BIMBO TAGESMUTTER ONLUS (G. Galilei straÙe 2/E - 39100 Bozen (BZ), Steuer-und Mehrwertsteuernummer 01576970213);

welche folgendes Angebot unterbreitet hat:

- Vertragssumme: € 737.385,00
- zuzüglic Mehrwertsteuer im Ausmaß von 5%: € 36.869,25
- für einen Gesamtbetrag von: € 774.254,25

5) den Vergabevertrag in Form einer Privaturkunde abzuschließen, nachdem der Zuschlag wirksam wird und nach vorheriger Überprüfung der vorgeschriebenen Voraussetzungen.

6) die erwachsende Ausgabe von € 774.254,25 wird dem Haushalt angelastet, wie im Anhang 1 angeführt.

7) jeder Bürger kann gegen den Entscheid innerhalb der 10-tägigen Veröffentlichungsfrist Einspruch erheben. Jeder, der Interesse hat kann diesen Entscheid innerhalb von 30 Tagen ab den, im Artikel 120 des Legislativdekretes 02.07.2010, Nr. 104 angeführten Fristen beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof, Autonome Sektion Bozen anfechten.

* * *

Riferimenti ad atti di indirizzo politico amministrativo:

La spesa è prevista nel bilancio di previsione per il triennio in corso.

L'investimento è inserito nel Documento unico di programmazione per il triennio in corso.

Il provvedimento corrisponde agli obiettivi indicati nel Documento unico di programmazione per il triennio in corso, approvato dal Consiglio comunale, e a quanto indicato nel piano esecutivo di gestione, approvato dalla Giunta comunale.

Riferimento atti deliberativi precedenti e pareri:

Deliberazione della Giunta comunale n. 54 del 07.04.2020, con la quale è stato appaltato con procedura negoziata ai sensi dell'art. 58, comma 1, lettera b) della legge provinciale n. 15 del 17.12.2016 il servizio di gestione di microstruttura per la prima infanzia per i Comuni di S. Cristina e di Selva di Val

Politisch-verwaltungsmäßige Grundlagen:

Die Ausgabe ist im Haushaltsvoranschlag des laufenden Dreijahreszeitraums vorgesehen.

Das Vorhaben ist im einheitlichen Strategiedokument für den laufenden Dreijahreszeitraum vorgesehen.

Die Maßnahme stimmt mit den Programmen, die in dem, vom Gemeinderat genehmigten einheitlichen Strategiedokument für den laufenden Dreijahreszeitraum enthalten sind, überein und entspricht den Vorgaben des, vom Gemeindevausschuss genehmigten Haushaltsvollzugsplans.

Vorhergehende Beschlussmaßnahmen und Gutachten:

Beschluss des Gemeindevausschusses Nr. 54 vom 07.04.2020, womit der Führungsdienst der Kindertagesstätte der Gemeinde St. Christina und Wolkenstein – Zeitraum vom 01.06.2020 bis 30.06.2023 mittels Verhandlungsverfahren nach Artikel 58, Absatz 1, Buchstabe b) des

- COOP. SOCIALE CASA BIMBO TAGESMUTTER ONLUS (Streda G. Galilei 2/E - 391000 Bulsan (BZ), codesc fiscel y partida CVA 01576970213);

che à prejentà l'ufiarta che vèn do:

- priesc dl cuntràt: € 737.385,00
- plu la CVA dl 5% de: € 36.869,25
- per na soma dut adum de: € 774.254,25

5) de stlù ju l contrat de apaut tla forma de scritura privata, tantosc che l'agiudicazion porta si efec y do avèi cialà do i requisic scric dant.

6) la spèisa de € 774.254,25 vèn nciarieda al bilanz coche mustrà tla njonta 1.

7) uni zitadin possa, ntan l tèmp de publicazion de 10 dis, prejenté usservazions contra la determinazion. Uni un che à n teres possa dé ite recurs ala Suneria Regiunela de Iustizia Amministrativa, Sezion autonoma de Bulsan nchin 30 dis do l tiernul udù dant dal articul 120 dl decret legislatif 02.07.2010, nr. 104.

Referimënc a documënc de politica amministrativa:

La spèisa ie ududa danora tl bilanz de previjion per i trèi ani dl mumënt.

L'opera ie purteda ite tl document unich de prugramazion per i trèi ani dl mumënt.

L pruvedimënt curespuend ai ubietifs mustrei su tl Documënt unich de prugramazura per i trèi ani dl mumënt dat pro dal Cunsëi chemunel y curespuend a chèl che ie scrit tl plann esecutif de gestione, dat pro dala Jonta chemunela.

Referimënc a deliberazions da dant y arac:

Deliberazion dla Jonta chemunela nr. 54 di 07.04.2020, cun chèla che l ie uni scrit ora l servisc de gestion dla microstrutura per la prima nfanzia per i Chemuns de S.Cristina y Sëlva – tèmp dal 01.06.2020 ai 30.06.2023, cun pruzedura de cuntratazion aldò dl art. 58, coma 1, pustom b) dla lege

Gardena - periodo dal 01.07.2020 al 30.06.2023.

La spesa è prevista nel bilancio di previsione per il triennio in corso.

L'investimento è inserito nel Documento unico di programmazione per il triennio in corso.

Riferimenti normativi:

Legge regionale 3 maggio 2018, n. 2 – Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige;

Legge provinciale 12.12.2016, n. 25 “Ordinamento finanziario e contabile dei comuni”;

Decreto legislativo 18.08.2000, n. 267 – parte II recante disposizioni sulla contabilità pubblica;

Legge provinciale 17.12.2015, n. 16 “Disposizioni sugli appalti pubblici”;

Decreto legislativo 18.04.2016, n. 50 di attuazione della direttiva comunitaria in materia di appalti pubblici;

Statuto del Comune;

Regolamento comunale di contabilità;

Regolamento comunale per la disciplina dei contratti;

Presupposti di fatto e motivazione:

Con deliberazione della Giunta comunale n. 54 del 07.04.2020 è stato appaltato con procedura negoziata ai sensi dell'art. 58, comma 1, lettera b) della legge provinciale n. 15 del 17.12.2016 il servizio di gestione di microstruttura per la prima infanzia per i Comuni di S. Cristina e di Selva di Val Gardena - periodo dal 01.07.2020 al 30.06.2023, tramite offerta economicamente più vantaggiosa sulla base della qualità e del prezzo ai sensi degli articoli 23 e 33 della Legge Provinciale 17.12.2015, n. 16 e dell'articolo 95, comma 3, del D.Lgs. n. 50/2016.

Per tale opera è stato previsto un importo a base d'asta di € 738.000,00. A tale importo è da aggiungere l'IVA del 5% pari a € 36.869,25, per complessivi € 774.254,25.

Con deliberazione della Giunta comunale n. 38 del 05.03.2013 è stata individuata l'autorità di gara cui sono affidate l'apertura e la valutazione delle offerte in materia di contratti pubblici relativi a lavori, forniture e servizi ed è stato deliberato che il Sindaco, nella sua funzione di autorità di gara e quale organo competente ad effettuare la scelta del soggetto affidatario del contratto, è competente a nominare con determinazione la commissione tecnica giudicatrice delle offerte economicamente più vantaggiose.

Landesgesetzes Nr. 15 vom 17.12.2016 ausgeschrieben wurden.

Die Ausgabe ist im Haushaltsvoranschlag des laufenden Dreijahreszeitraums vorgesehen.

Das Vorhaben ist im einheitlichen Strategiedokument für den laufenden Dreijahreszeitraum vorgesehen.

Rechtsgrundlagen:

Regionalgesetz 3. Mai 2018, Nr. 2 – Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol;

Landesgesetz vom 12.12.2016, Nr. 25 “Buchhaltungs- und Finanzordnung der Gemeinden”;

Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 267 vom 18.08.2000 – Teil II betreffend Bestimmungen über das öffentliche Rechnungswesen;

Landesgesetz vom 17.12.2015, Nr. 16 “Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe”;

Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 50 vom 18.04.2016 womit die EU-Richtlinie im Bereich öffentliches Auftragswesen übernommen worden ist;

Satzung der Gemeinde;

Gemeindeordnung über das Rechnungswesen;

Verordnung zur Regelung der Verträge;

Voraussetzungen und Begründung:

Mit Beschluss des Gemeindevorstandes Nr. 54 vom 07.04.2020 wurde der Führungsdienst der Kindertagesstätte der Gemeinde St. Christina und Wolkenstein – Zeitraum vom 01.06.2020 bis 30.06.2023 mittels Verhandlungsverfahren nach Artikel 58, Absatz 1, Buchstabe b) des Landesgesetzes Nr. 15 vom 17.12.2016, mit wirtschaftlich günstigstem Angebot im Sinne der Artikel 23 und 33 des L.G. 17.12.2015 Nr. 16 und nach Gver.D. Nr. 50/2016, Artikel 95, Absatz 3, ausgeschrieben.

Für das Bauvorhaben ist ein Ausschreibungsbetrag von € 738.000,00. Diesem Betrag ist die Mehrwertsteuer von 5% gleich € 36.869,25 dazu zu zählen, für insgesamt € 774.254,25, vorgesehen worden.

Mit Beschluss des Gemeindevorstandes Nr. 38 vom 05.03.2013 ist die Ausschreibungsbehörde, welche die Öffnung und Bewertung der Angebote auf dem Gebiet der öffentlichen Verträge bezüglich Arbeiten, Lieferungen und Dienstleistungen anvertraut werden, festgelegt worden und beschlossen worden, dass der Bürgermeister, in seiner Eigenschaft als Ausschreibungsbehörde und als zuständiges Organ für die Wahl des Auftragnehmers, zuständig ist mittels Verfügung die technische Bewertungskommission der

provinziela nr. 15 di 17.12.2016.

La spëisa ie ududa danora tl bilanz de previjion per i trëi ani dl mumënt.

L'opra ie purteda ite tl document unich de prugramazion per i trëi ani dl mumënt.

Referimënc ala normes:

Lege regionela 3 de mei 2018, nr. 2 – codesc di ënc lochei dla Region Trentino-Südtirol;

Lege provinziela 12.12.2016 nr. 25 „Urdinamënt finanziaer y cuntabel di chemuns”;

Decret legislatif 18.08.2000, nr. 267 – pert II che reverda disposizions sun la cuntabeltà publica;

Lege provinziela 17.12.2015 nr. 16 „Despusizions sun l dé su di lëures publics”;

Decret legislatif 18.04.2016, nr. 50 de atuazion dla diretiva comunitera sun i apauc publics;

Statut dl Chemun;

Regulamënt chemunel de cuntabeltà;

Regulamënt chemunel sun i cuntrac;

Cundizions de fat y motivazion:

Cun deliberazion dla Jonta chemunela nr. 54 di 07.04.2020 ie unì scrit ora l servisc de gestion dla microstrutura per la prima nfanzia per i Chemuns de S.Cristina y Sëlva – tèmp dal 01.06.2020 ai 30.06.2023, cun pruzedura de cuntratazion aldò dl art. 58, coma 1, pustom b) dla lege provinziela nr. 15 di 17.12.2016, tres ufierta ecunomica plu convenienta aldò di articuli 23 y 33 dla L.P. 17.12.2015, n. 16 y dl articulo 95, coma 3 dl D.Lgs. nr. 50/2016.

Per chësc lëur iel unì udù dant n priesc a basa d'apaut de € 738.000,00. A chësta somma iel da mëter leprò la CVA dl 5% de € 36.869,25, per ndut € 774.254,25.

Cun deliberazion dla Jonta chemunela nr. 38 di 05.03.2013 ie unida ndividueda autorità dl cuncors a chëla che l ti vën sëurandat la giaurida y la valutazion dla ufiertes tla materia di cuntrac publics che reverda lëures, cunsënies y servijes y l ie unì delibera che l Ambolt, te si funzion de autorità de cuncors y de organn competënt a cri ora l soget nciarià cun l cuntrac, ie competënt a numiné cun determinazion la cumiscion tecnica de valutazion dla ufiertes ecunomiches plu cunvenientes.

La procedura negoziata è stata pubblicata sul portale "Sistema Informativo Contratti Pubblici" in data 14.04.2020.

Entro la data di scadenza per la presentazione delle offerte è pervenuta un'offerta telematica.

In data 13.05.2020 ha avuto luogo l'apertura della documentazione amministrativa e tecnica della gara d'appalto di cui in oggetto e l'approvazione della documentazione amministrativa.

Con determinazione del responsabile del servizio n. 108 del 15.05.2020, è stata nominata la commissione tecnica per la valutazione delle buste tecniche. Questa si è riunita nella seduta del 18.05.2020.

In seduta pubblica del 18.05.2020 l'Autorità di gara ha preso atto delle valutazioni delle offerte tecniche ed ha aperto le offerte economiche. Quindi è stata proposta l'aggiudicazione alla COOP. SOCIALE CASA BIMBO TAGESMUTTER ONLUS. Le procedure di gara e le risultanze del verbale sono regolari.

Il RUP Raimund Vinatzer, membro dell'Autorità di gara, ha dichiarato a verbale la congruità dell'offerta ai sensi dell'articolo 30 della L.P. n. 16/2015.

Nulla osta all'aggiudicazione definitiva dell'appalto.

Il presente atto è adottato ai sensi dell'art. 22 del regolamento di contabilità.

Allegati:

Allegato 1: imputazione contabile

Documento A: verbale dell'Autorità di gara del 13.05.2020 (prot. n. 5828 del 13.05.2020)

hash code: E3E5797016E4A7532376C019118EB1787252614E21081D6C40E46C9D762BFCA0

Documento B: verbale dell'Autorità di gara del 18.05.2020 (prot. n. 6055 del 18.05.2020)

hash code: C4A77DB00504100171D51D78928710FCB4AB93C9B6C5C8AA559D5C04FF86037F

Documento C: verbali delle sedute della Commissione tecnica giudicatrice del 18.05.2020 (prot. n. 6054 del 18.05.2020)

hash code: 36E65987F1B3CF4D3101D82A0B9B418273DF5EB6588F69622FD3CBF05ACE816D

Firmato digitalmente:
Rolando Demetz - SINDACO

wirtschaftlich günstigsten Angebote zu ernennen.

Das Verhandlungsverfahren ist am 14.04.2020 im Portal „Informationssystem Öffentliche Verträge“ veröffentlicht worden. Innerhalb der Abgabefrist ist ein digitales Angebot eingereicht worden.

Die Öffnung der Verwaltungs- und technischen Unterlagen und die Genehmigung der Verwaltungsunterlagen für die im Betreff genannte öffentliche Ausschreibung hat am 13.05.2020 stattgefunden.

Mit Entscheid des Verantwortlichen des Verfahrens Nr. 108 vom 15.05.2020 wurde die technische Kommission für die Bewertung der technischen Umschläge, ernannt. Diese ist in der Sitzung vom 18.05.2020 zusammengetroffen.

In der öffentlichen Sitzung vom 18.05.2020 hat die Wettbewerbsbehörde die Auswertungen der technischen Angebote zur Kenntnis genommen und die wirtschaftlichen Angebote geöffnet. Es ist somit der Zuschlag an die COOP. SOCIALE CASA BIMBO TAGESMUTTER ONLUS vorgeschlagen worden. Es wird die Ordnungsmäßigkeit des Wettbewerbsverfahrens und des Ergebnisses aus dem Protokoll festgestellt.

Der EVV Raimund Vinatzer, Mitglied der Wettbewerbsbehörde, hat zu Protokoll festgehalten, dass das Angebot im Sinne des Artikels 30 des L.G. Nr. 16/2015 angemessen ist. Dem definitiven Zuschlag der Ausschreibung steht nichts im Wege.

Die gegenständliche Maßnahme wird im Sinne des Art. 22 der Gemeindeverordnung über das Rechnungswesen gefasst.

Anlagen:

Anlage 1: Anlastung im Haushalt

Dokument A: Protokoll der Wettbewerbsbehörde vom 13.05.2020 (Prot. Nr. 5828 vom 13.05.2020)

Dokument B: Protokoll der Wettbewerbsbehörde vom 18.05.2020 (Prot. Nr. 1885 vom 18.05.2020),

Dokument C: Protokolle der Sitzungen der technischen Bewertungskommission vom 18.05.2020 (Prot. Nr. 6054 vom 18.05.2020)

Digital unterzeichnet:
Rolando Demetz - BÜRGERMEISTER

La pruzedura dla cuntratazion ie unida publichedà tl "Sistem Nformatif Cuntrac Publics" ai 14.04.2020.

Tla data de scadènza per la prejentazion dla ufiertes ie unida data ju una na ufierta telematica.

Ai 13.05.2020 ie unida fata la giarida dla documentazion aministrativa y tecnica dla gara d'apalt nunziata dessèura y l'apruvazion dla documentazion aministrativa.

Cun determinazion dl respunsabl dl servisc nr. 108 di 15.05.2020, iel unì numinà la cumiscion tecnica per la valutazion dla bustes techniques. Chèsta se à abinà tla senteda di 18.05.2020.

Tla senteda publica di 18.05.2020 à l' Autorità de gara tèut cunescènza dla valutazions dl'ufiertes techniques y à gjauri l'ufiertes ecunomiches. L ie nsci unì prupost l'agiudicazion ala COOP. SOCIALE CASA BIMBO TAGESMUTTER ONLUS. La pruzedura de gara y i resultac dl protocol ie reguleres.

L RUP Raimund Vinatzer, cumèmber dl' Autorità de gara, à detlarà a protocol che l'ufiarta ie a priesc aldò dl artìcul 30 dla L.P. nr. 16/2015.

L ne ie nia de contra al'apruvazion dl agiudicazion definitiva.

Chèsc pruedimènt ie unì scrit aldò dl art. 22 dl regulamènt sun la cuntabeltà.

Njontes:

Njonta 1: cuntabilisazion de bilanz

Documènt A: protocol dl'Autorità de gara di 13.05.2020 (prot. nr. 5828 di 13.05.2020)

Documènt B: protocol dl'Autorità de gara di 18.05.2020 (prot. nr. 6055 di 18.05.2020)

Documènt C: protocoli dla sentedes dla cumiscion tecnica de valutazion di 18.05.2020 (prot. nr. 6054 di 18.05.2020)

Firmà te forma digitela:
Rolando Demetz - AMBOLT

Allegato 1
Imputazione contabile

Anlage 1
Buchhalterische Anlastung

Njonta 1
Mputazion cuntabla

IMPEGNO DI SPESA

La spesa è imputata come segue:

ZAHLUNGSVERPFLICHTUNG

Die Ausgabe wird wie folgt angelastet:

REGISTRAZION DLA SPËISA

La spëisa vën cuntabiliseda nscila:

Voce bilancio	2020	2021	2022	2023
12011.03.021500001 – imp. 555/2020	€ 75.000,00	€ 150.000,00	€ 150.000,00	€ 75.000,00
TOTALE - GESAMT - NDUT	€ 450.000,00			

Beschluss vom 30. Juli 2019, Nr. 666

Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter- /Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018

ANLAGE A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1 Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.
2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2 Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3 Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, zur Verfügung.
2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.
3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.
4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.
5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

- a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,
- b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,
- c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,
- d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;
- e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:
 - 1) Vollzeit,
 - 2) Teilzeit über 50 Prozent,
 - 3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

- a) alleinerziehendes Elternteil,
- b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,
- c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,
- d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,
- e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,
- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.
2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.
3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.
2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.
3. Hat die Familie im Sinne des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.
4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:
 - a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,
 - b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,
 - c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,
 - d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.
2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.
3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.
4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landeschätzamt festlegt.
5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.
6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.
7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.
2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.
3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.
4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.
2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tarifbeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), berücksichtigt werden.
3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.
4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.
5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss, eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.
6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.
2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.
2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.
3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, muss enthalten:
 - a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,
 - b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß [Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer

Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tarifbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 14 Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15 Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis

Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.

**MARKTGEMEINDE
SCHLANDERS**

Autonome Provinz Bozen - Südtirol


**COMUNE DI
SILANDRO**

Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige

**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES
GEMEINDEAUSSCHUSSES**
**VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA
GIUNTA COMUNALE**

 Datum / data
07.01.2014
Nr./n. 7

 Uhrzeit / ore
15:30

ORT: Sitzungssaal Gemeindeausschuss

LUOGO: sala riunione Giunta comunale

ANWESEND SIND / SONO PRESENTI			Abwesend / Assente	
			entsch./ giust.	unent./ ingiust.
Dieter Pinggera Dr.	Bürgermeister	Sindaco	X	
Monika Maria Holzner	Vize-Bürgermeisterin	Vicesindaco		
Heinrich Fliri	Referent	Assessore		
Walter Gurschler	Referent	Assessore		
Kurt Josef Leggeri	Referent	Assessore		
Manuel Massl Dr.	Referent	Assessore		
Reinhard Schwalt	Referent	Assessore		

 Seinen Beistand leistet der Generalsekretär Dr.
 Georg Sagmeister

 Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit
 übernimmt Dieter Dr. Pinggera in der Eigenschaft
 als Bürgermeister den Vorsitz.

 Der Gemeindeausschuss behandelt folgenden
 Gegenstand:

 Assiste il segretario generale dott. Georg
 Sagmeister

 Constatato che il numero dei presenti è sufficiente
 per la legalità dell'adunanza Dieter Dr. Pinggera
 nella qualità di Sindaco ne assume la presidenza.

La Giunta comunale tratta il seguente oggetto:

**Sozialwesen - Festsetzung des Höchst-
und Mindesttarifes für den Besuch der
KITAS Schlanders ab dem Jahr 2014**
**Affari sociali - Determinazione della tariffa
massima e minima riguardante la
frequenza della microstuttura per la prima
infanzia di Silandro a partire dall'anno
2014**

Heinrich Fliri

Es wird vorausgeschickt:

- Nach Einsichtnahme in das Landesgesetz vom 09.04.1996, Nr. 8, laut welchem die Gemeinde erster verantwortlicher Träger für die Führung einer Kindertagesstätte als integrierender Kinderbetreuungsdienst ist.
- Nach Einsichtnahme in den Gemeinderatsbeschluss nr. 48 vom 25.10.2007, welcher das Konzept für die Führung der Kindertagesstätte beinhaltet;
- Nach Einsichtnahme in das Schreiben der Aut.Prov. Bozen – Abt. 24 – Sozialwesen, vom 11.06.2008, welches die neuen Durchführungsbestimmungen im Bereich Kinderbetreuung enthält;

nach Einsichtnahme in das Rundschreiben vom 02.12.2013 betreffend Umsetzung des Abschnitts 4 „Kleinkinderbetreuung“ des Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“

nach Einsichtnahme in das Rundschreiben vom 20.12.2013 Ergänzende Klärungen betreffend die Umsetzung des Abschnittes 4 „Kleinkinderbetreuung“ des Landesgesetzes vom 17.05.2013 Nr. 8 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol“

- Laut Beschluß der Landersregierung Nr. 1817 vom 02.12.2013 beträgt der Mindesttarif pro Stunde von € 0,90.- und der Höchstarif pro Stunde € 3,65.; und ab 160 Stunden pro Monat sollen die vollen Kosten pro Stunde € 10,50 in jedem Falle ohne Tarifbegünstigung berechnet werden;

Nach Einsichtnahme in die geltende Satzung der Gemeinde Schlanders;

Nach Einsichtnahme in den Einheitstext der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung, genehmigt mit D.P.Reg. vom 1. Februar 2005, Nr.3/L;

Nach Einsichtnahme in die vorliegenden positiven Gutachten gemäß Artikel 81 des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung;

b e s c h l i e ß t

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

mit Stimmeneinhelligkeit in offener Form:

Viene premesso:

Vista la legge prov. 09/04/1996, n. 8 che riconosce l'ente comunale quale responsabile della gestione di una microstruttura per la prima infanzia come servizio integrativo.

- Visto il verbale di deliberazione del Consiglio comunale n. 48 dd. 25/10/2008, riguardante il concetto per la gestione della microstruttura per la prima infanzia.
- Vista la lettera della Prov. Autonoma di Bolzano – rip. 24 – Politiche sociali dd. 11/06/2008, nella quale è contenuto il nuovo regolamento di esecuzione in materia di assistenza all'infanzia;

vista la circolare del 02/12/2013 in riguardo all'attuazione del Capo IV „Assistenza alla prima infanzia“ della legge provinciale 17/05/2013 n. 8 „Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige“;

vista la circolare del 20/12/2013 informazioni integrative in riguardo all'attuazione del Capo IV „Assistenza alla prima infanzia“ della legge provinciale 17/05/2013 n. 8 „Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige“

- Con deliberazione della Giunta provinciale n. 1817 del 02/12/2013 viene applicata una tariffa oraria minima unitaria di € 0,90 e una tariffa oraria massima di € 3,65 e a partire da 160 ore mensili verrà calcolato il costo pieno di € 10,50 all'ora ed in ogni caso non verrà applicata la tariffa agevolata;

Visto lo statuto vigente del Comune di Silandro;

Visto il testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni, approvato con D.P.Reg. 1 febbraio 2005, n.3/L;

Visti i presentati pareri favorevoli ai sensi dell'articolo 81 del testo unico delle leggi regionali sull'ordinamento dei comuni;

LA GIUNTA COMUNALE

d e l i b e r a

ad unanimità di voti in forma palese:

1. Aus den in den Prämissen genannten Gründen den Mindesttarif und den Höchsttarif betreffend den Besuch der Kindertagesstätte (KITAS) Schlanders ab 01.01.2014 wie folgt festzusetzen:

Höchsttarif: € 3,65- / pro Stunde

Mindesttarif: € 0,90- / pro Stunde

ab 160 Stunden pro Monat: € 10,50- / Stunde

1. Per i motivi espressi in premessa, di determinare la tariffa minima e la tariffa massima riguardante la microstruttura per la prima infanzia di Silandro a partire dal 01/01/2014 come segue:

tariffa massima: € 3,65- / all'ora

tariffa minima: € 0,90- / all'ora

per le ore eccedenti il limite di 160 al mese:

€ 10,50- / all'ora

2. Die aus der vorliegenden Maßnahme herrührenden Einnahmen werden direkt von der Sozialgenossenschaft Tagesmütter mit Sitz in Bozen eingehoben.
3. Vorliegenden Beschluss im Sinne des Art. 79, 4. Absatz des geltenden E.T.G.O. für unmittelbar vollstreckbar zu erklären.

2. Le riscossioni vengono effettuate direttamente dalla Cooperativa Sociale „Tagesmütter“ di Bolzano

3. Di dichiarare immediatamente esecutiva la presente deliberazione, ai sensi dell'art. 79, 4° comma del vigente T.U.O.C..

DATEN BUCHHALTUNG			DATI CONTABILI		
Kap.Art./Cap.Art.	Jahr/esercizio	Verpfl./impegno	Gläubiger/creditore	Betrag/importo	Kopie/copia
				/	BÜ ED

Gegen diesen Beschluss kann während des Zeitraums seiner Veröffentlichung Einspruch beim Gemeindevorstand und innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit desselben beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof in Bozen Rekurs eingelegt werden. Im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe beträgt die Rekursfrist 30 Tage (Art. 119 und 120, GvD N. 104/2010).

Gelesen, genehmigt und gefertigt

gez.- f.to. Dieter Dr. Pinggera
(Vorsitzender – Presidente)

Contro la presente deliberazione può essere presentata opposizione alla giunta comunale entro il periodo di pubblicazione e entro 60 giorni dall'esecutività della stessa può essere presentato ricorso al Tribunale di giustizia amministrativa di Bolzano. Nell'ambito dell'affidamento pubblico il termine entro quale ricorrere è di 30 giorni (art. 119 e 120 D.Lgs. n. 140/2010).

Letto, confermato e sottoscritto

gez.- f.to. Sagmeister Dr. Georg
(Der Generalsekretär - il segretario generale)

VERÖFFENTLICHUNG	PUBBLICAZIONE
Diese Niederschrift wird an der Amtstafel und auf der Homepage der Gemeinde Schlanders am 10.01.2014 für 10 aufeinanderfolgende Tage veröffentlicht.	Il presente verbale viene pubblicato all'Albo Pretorio e sul sito internet del Comune di Silandro in data 10.01.2014 per 10 giorni consecutivi.
gez.- f.to. Sagmeister Dr. Georg (Der Generalsekretär - il segretario generale)	
VOLLSTRECKBARKEIT	ESECUTIVITÀ
Am 07.01.2014 unmittelbar vollstreckbar gemäß Art. 79 Abs. 4 des geltenden E.T.G.O.	In data 07.01.2014 immediatamente esecutivo in base all'art. 79, 4 del vigente T.U.O.C.
gez.- f.to. Sagmeister Dr. Georg (Der Generalsekretär - il segretario generale)	

Für die Übereinstimmung der Abschrift mit der Urschrift, stempelfrei für Verwaltungszwecke

Copia conforme all'originale, in carta libera per uso amministrativo

Sagmeister Dr. Georg
(Der Generalsekretär - il segretario generale)

GEMEINDE
TERLAN
PROVINZ BOZEN



COMUNE
TERLANO
PROVINCIA DI BOLZANO

**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT
DES GEMEINDEAUSSCHUSSES**

**VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA
GIUNTA COMUNALE**

GEGENSTAND

OGGETTO

**Kindertagesstätte - Neufestlegung der
Tarife**

**Microstruttura per l'infanzia -
rideterminazione delle tariffe**

PROT. NR.

SITZUNG VOM – SEDUTA DEL

UHR - ORE

28.07.2015

17:00

Nach Erfüllung der im geltenden R.G. über die Gemeindeordnung enthaltenen Formschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindevausschusses einberufen. Erschienen sind die Herren:

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente L.R. sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti di questa Giunta Comunale: Presenti i Signori:

RUNER Klaus

Bürgermeister - Sindaco

ZELGER Hansjörg

Vizebürgermeister - Vicesindaco

BLAAS Franz

Gemeindereferent - Assessore

CAGOL Dr. Laura

Gemeindereferentin - Assessore

PATAUNER Barbara

Gemeindereferentin - Assessore

A.G. - A.E.	A.I. - A.U.
X	
X	

Seinen Beistand leistet Gemeindesekretär

Assiste Segretario Comunale

ELSLER Dr. Karl

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt Herr

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti il signor

RUNER Klaus

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet. Der Gemeindevausschuss behandelt obigen Gegenstand.

nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta. La Giunta Comunale passa alla trattazione del suindicato oggetto.

**Vorherige Gutachten
im Sinne des Art. 16 des R.G. Nr. 10/98**

**Pareri preventivi
ai sensi dell'art. 16 della L.R. n. 10/98**

FACHLICHES GUTACHTEN

Der Unterfertigte erteilt hiermit sein

zustimmendes Gutachten

hinsichtlich der fachlichen Ordnungsmäßigkeit dieser Beschlussvorlage.

DER GEMEINDESEKRETÄR
Dr. Karl Elsler

PARERE TECNICO

Il sottoscritto esprime

parere favorevole

in ordine alla regolarità tecnica sulla presente proposta di deliberazione.

IL SEGRETARIO COMUNALE
Dr. Karl Elsler

BUCHHALTERISCHES GUTACHTEN

Der Unterfertigte erteilt hiermit sein

zustimmendes Gutachten

hinsichtlich der buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit dieser Beschlussvorlage und

bestätigt,

dass sie keine Ausgabe mit sich bringt.

DIE BUCHHALTERIN
Sabine Neuhauser

PARERE CONTABILE

Il sottoscritto esprime

parere favorevole

in ordine alla regolarità contabile sulla presente proposta di deliberazione e

dichiara

che dalla medesima non deriva alcuna spesa.

LA CONTABILE
Sabine Neuhauser

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

Vorausgeschickt, dass mit Beschluss des Gemeindeausschusses Nr. 257 vom 24.08.2010 mit Wirkung ab 01.01.2011 folgende Tarife für die Nutzung der Kindertagesstätte festgelegt worden sind:

Mindeststundentarif 4,00 Euro,
Höchststundentarif 12,00 Euro

festgestellt, dass gemäß Art. 4 des DLH 38 vom 09.12.2013 der Höchstattarif mit 3,65 Euro pro Stunde festgelegt worden ist;

zur Kenntnis genommen, dass aufgrund obgenannter Bestimmung das effektive Ausmaß der den Eltern angelasteten Beträge im Sinne des Dekretes des Landeshauptmannes Nr. 30 vom 11.08.2000 aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ermittelt wird;

festgestellt, dass die Gemeinde Terlan seit November 2007 im Kindergarten von Vilpian eine Kindertagesstätte führt;

LA GIUNTA COMUNALE

Premesso che con delibera della Giunta comunale n. 257 del 24.08.2010 sono state stabilite le seguenti tariffe per l'utilizzo della microstruttura per la prima infanzia con decorrenza 01.01.2011:

Tariffa oraria minima 4,00 Euro
Tariffa oraria massima 12,00 Euro

accertato che in base all'art. 4 del DPG 38 del 09.12.2013 è stato stabilito una tariffa massima di 3,65 Euro all'ora;

Preso atto che in base alla normativa sopra citata l'entità effettiva dell'importo dovuto dai genitori viene calcolato secondo la loro possibilità economica ai sensi dell'art. 30 del DPG del 11.08.2000;

accertato che il Comune di Terlan gestisce da novembre 2007 una microstruttura per la prima infanzia sita nella scuola materna di Vilpiano;

festgestellt, dass sich im Jahr 2014 die Kosten für die Kindertagesstätte auf durchschnittlich 12,48 Euro pro Betreuungsstunde und Kind beliefen;

der Auffassung die Tarife den mit Dekret des Landeshauptmannes festgelegten Vorgaben anzupassen;

darin erinnert, dass jener Teil der Kosten, der nicht durch die Elternbeiträge gedeckt wird je zur Hälfte zu Lasten der Gemeinde und der Autonomen Provinz Bozen gehen;

aufgrund des Art. 28 des E.T.G.O. und des Art. 16 der Gemeindegesetzgebung;

nach Einsichtnahme in die positiven Gutachten laut Art. 16 des R.G. Nr. 10/98;

beschließt

einstimmig in gesetzlicher Form:

1. für die Nutzung der Kindertagesstätte ab 01.09.2015 den Höchststundensatz mit 3,65 Euro festzulegen;
2. festzulegen, dass im Falle der wirtschaftlichen Bedürftigkeit im Sinne des D.LH Nr. 30/2000 eine Reduzierung bis zu einem Mindestbetrag von 0,90 Euro erfolgen kann;
3. diesen Beschluss im Sinne des Art. 79, Absatz 4 des E.T.G.O. für unverzüglich vollstreckbar zu erklären;
4. darauf hinzuweisen, dass während des Zeitraumes ihrer Veröffentlichung von 10 Tagen gegen alle Beschlüsse beim Gemeindegremium Einspruch erhoben werden kann und dass innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit der Beschlüsse bei der gerichtlichen Behörde in Bozen ein Rekurs eingebracht werden kann.

ascertato che nell'anno 2014 i costi per la microstruttura ammontavano a 12,48 Euro per un'ora di assistenza e per bambino;

Del parere di adeguare le tariffe a quelle stabilite con DPG;

ricordato che la parte dei costi non coperta dai genitori va a carico del Comune e della Provincia Autonoma di Bolzano;

in base all'art. 28 del T.U.O.C. e all'art. 16 dello statuto comunale;

visti i pareri favorevoli ai sensi dell'art. 16 della L.R. n. 10/98;

delibera

ad unanimità di voti favorevoli legalmente espressi:

1. di determinare le tariffe per l'utilizzo della microstruttura per la prima infanzia dal 01.09.2015 con una tariffa massima di 3,65 Euro;
2. di stabilire che in caso di necessità economica può essere concesso una riduzione fino ad un importo minimo di 0,90 Euro ai sensi del DGP n. 30/2000;
3. di dichiarare la presente delibera immediatamente esecutiva ai sensi dell'art. 79, comma 4 del T.U.O.C.;
4. di dare atto che entro il periodo di pubblicazione di 10 giorni ogni cittadino può presentare opposizione a tutte le deliberazioni alla Giunta Comunale e che entro 60 giorni dall'esecutività delle delibere può essere presentato ricorso all'Autorità Giudiziaria di Bolzano.

Gelesen, genehmigt und gefertigt

DER VORSITZENDE / IL PRESIDENTE
RUNER Klaus

Letto, confermato e sottoscritto

GEMEINDESEKRETÄR / SEGRETARIO COMUNALE
ELSLER Dr. Karl

Veröffentlichungsbericht

Ich unterfertigter Gemeindesekretär bestätige, dass
die Abschrift des gegenständlichen Beschlusses am

31.07.2015

an der Amtstafel und auf der Internetseite der
Gemeinde Terlan veröffentlicht wird, wo sie für 10
aufeinanderfolgende Tage verbleibt.

Referto di pubblicazione

Certifico io sottoscritto Segretario Comunale, che
copia della presente delibera viene pubblicata il
giorno

all'albo pretorio e sul sito internet del Comune di
Terlano ove rimarrà esposta per 10 giorni consecutivi.

Der Gemeindesekretär – Il Segretario Comunale
ELSLER Dr. Karl

Vollstreckbarkeitsbescheinigung

Vorliegender Beschluss ist am

28.07.2015

vollstreckbar geworden.

Der Gemeindesekretär – Il Segretario Comunale
ELSLER Dr. Karl

Certificato di esecutività

La presente deliberazione è divenuta esecutiva il

Ausgabenverpflichtung/Impegno di spesa Nr. _____

Akt/Atto Nr. _____ € _____

Kap./cap. _____ F.J./Rückst./EF/c.res. _____

am/li _____ Der Beamte/L'impiegato

Ausgabenverpflichtung/Impegno di spesa Nr. _____

Akt/Atto Nr. _____ € _____

Kap./cap. _____ F.J./Rückst./EF/c.res. _____

am/li _____ Der Beamte/L'impiegato

A.E. = Abwesend entschuldigt A.U. = Abwesend unentschuldigt

A.G. = Assente giustificato A.I. = Assente ingiustificato

COMUNE DI TERMENO
Provincia Autonoma di Bolzano



MARKTGEMEINDE TRAMIN
Autonome Provinz Bozen

VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA GIUNTA MUNICIPALE

BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES GEMEINDEAUSSCHUSSES

Land **R.Kommissariat** **Fraktionsspr.**
Prot. Nr. Seduta del – Sitzung vom ore – Uhr
_____ 16.12.2013 15:30

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti di questa Giunta Comunale. Sono presenti:

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung enthaltenen Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen. Anwesend sind:

Werner Dissertori
Wolfgang Oberhofer

Sindaco
Vice-Sindaco

Bürgermeister
Bürgermeisterstellvertreter
Gemeindereferent
Gemeindereferentin
Gemeindereferent
Gemeindereferent
Gemeindereferent

A.E. A.G.	A.U. A.I.

Franzjosef Roner
Christine Dissertori Zwerger
Markus Stolz
Siegfried Oberhofer
Robert Greif

Assessore
Assessore
Assessore
Assessore
Assessore

Segretario:

Schriftführer:

Christian Tetter

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti il signor

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt Herr

Werner Dissertori

nella sua qualità di Sindaco assume la presidenza e dichiara aperta la seduta.
Si tratta il seguente

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet.
Behandelt wird folgender

OGGETTO

GEGENSTAND

**Microstruttura per la prima infanzia di Termeno:
Adeguamento delle tariffe a carico delle famiglie
alle tariffe unitarie del territorio provinciale.**

**Kindertagesstätte Tramin: Anpassung der Tarife zu
Lasten der Familien an die auf Landesebene gel-
tenden einheitlichen Tarife.**

Microstruttura per la prima infanzia di Termeno: Adeguamento delle tariffe a carico delle famiglie alle tariffe unitarie del territorio provinciale.

Premesso che con propria deliberazione n. 59 dd. 28.02.2011 sono state determinate le tariffe a carico delle famiglie utenti della microstruttura come segue:

- tariffa oraria minima: 1,00 Euro
- tariffa oraria massima: 3,60 Euro
- tariffa dei costi pieni: 9,00 Euro

che la legge provinciale del 17.05.2013, n. 8 "Sviluppo e sostegno della famiglia in Alto Adige" prevede l'armonizzazione delle tariffe per i servizi per la prima infanzia;

che con delibera della giunta provinciale n. 1817 del 02.12.2013 sono state approvate le modifiche di regolamenti di esecuzione in materia di assistenza alla prima infanzia;

constatato che in base a queste modifiche sul territorio provinciale vengono applicate a partire dal 01.01.2014 le seguenti tariffe unitarie a carico delle famiglie utenti della microstruttura:

- tariffa oraria minima: 0,90 Euro
- tariffa oraria massima: 3,65 Euro

per un massimo di 160 ore mensili di utilizzo del servizio da parte dell'utente;

visto la necessità di applicare le tariffe unitarie anche per la microstruttura del comune di Termeno;

visto il vigente statuto comunale;

visto il vigente Regolamento comunale di contabilità nonché il regolamento per la disciplina dei contratti;

visti i pareri favorevoli rilasciati ai sensi dell'art. 81 del T.U.O.C (art. 56 della L.R. 04.01.1993, n. 1 e art. 16, comma 6 della L.R. 23.10.1998, n. 10), sulla proposta di deliberazione, espressi:

–dal responsabile del servizio per quanto concerne la regolarità tecnica;

–dal responsabile di ragioneria in merito alla regolarità contabile;

visto il vigente T.U. delle LL.RR. sull'ordinamento dei comuni, approvato con D.P.G.R. del 01 febbraio 2005, n. 3/L, nonché le relative norme di attuazione;

LA GIUNTA COMUNALE

d e l i b e r a

con 7 voti favorevoli, 0 contrari e 0 astensioni, su 7 assessori presenti e votanti, espressi per alzata di mano in forma legale:

1) Di fissare a decorrere dal 01.01.2014, in attuazione della legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8, le tariffe minime e massime orarie per la fruizione del servizio di microstruttura come segue:

- tariffa oraria minima: 0,90 Euro

Kindertagesstätte Tramin: Anpassung der Tarife zu Lasten der Familien an die auf Landesebene geltenden einheitlichen Tarife.

Vorausgeschickt, dass mit eigenem Beschluss Nr. 59 vom 28.02.2011 die Tarife zu Lasten der Familien, welche den Kindertagesstättendienst nutzen, wie folgt festgelegt wurden:

- Mindeststundentarif: 1,00 Euro
- Höchststundentarif: 3,60 Euro
- Tarif der Gesamtkosten: 9,00 Euro

dass das Landesgesetz vom 17.05.2013, Nr. 8 „Förderung und Unterstützung der Familien in Südtirol, eine Harmonisierung der Tarife der Kleinkinderbetreuung vorsieht;

dass mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1817 vom 02.12.2013 im Bereich Kleinkinderbetreuung Änderungen an den Durchführungsverordnungen genehmigt wurden;

festgestellt, dass aufgrund dieser Änderungen ab dem 01.01.2014 auf Landesebene folgende einheitliche Tarife zu Lasten der Familien für die Nutzung der Kleinkindertagesstätten gelten:

- Mindeststundentarif: 0,90 Euro
- Höchststundentarif: 3,65 Euro

wobei der Dienst zu diesen Tarifen für maximal 160 Stunden im Monat in Anspruch genommen werden kann

gesehen die Notwendigkeit, die einheitlichen Tarife auch für die Kindertagesstätte der Gemeinde Tramin anzuwenden;

nach Einsichtnahme in das geltende Gemeindestatut;

nach Einsichtnahme in die geltende Verordnung über das Rechnungswesen der Gemeinde, sowie die Verordnung zur Regelung der Verträge;

gesehen die positiven Gutachten, abgegeben gemäß Art. 81 des geltenden T.U.O.C. (Art. 56 des R.G. 04.01.1993, Nr. 1 e Art. 16, Absatz 6 des R.G. 23.10.1998, Nr. 10), zu dieser Beschlussvorlage durch:

–den Verantwortlichen des Dienstes, hinsichtlich seiner fachlichen Ordnungsmäßigkeit;

–den Verantwortlichen des Rechnungsamtes zur buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit;

nach Einsichtnahme in den geltenden E.T. der R.G. zur Gemeindeordnung genehmigt mit D.P.R.A. vom 01. Februar 2005, Nr. 3/L, sowie die entsprechenden Durchführungsbestimmungen;

b e s c h l i e ß t

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

mit 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen, bei 7 anwesenden und abstimmenden Gemeindereferenten, ausgedrückt durch Handerheben in gesetzmäßiger Form:

1) Zwecks Umsetzung des Landesgesetzes Nr. 8 vom 17. Mai 2013, den Mindest- und Höchststundentarif zu Lasten der Nutzer des Kindertagesstättendienstes ab den 01.01.2014 wie folgt festzusetzen:

- Mindeststundentarif: 0,90 Euro

- tariffa oraria massima: 3,65 per un massimo di 160 ore mensili di utilizzo del servizio da parte dell'utente;

2) di fissare che la tariffa per l'alloggiamento di quei bambini che superano le 160 ore al mese corrisponde ai costi pieni di servizio;

3) di affidare il calcolo della tariffa per le famiglie utenti per delega alla Comunità Comprensoriale Oltradige / Bassa Atesina;

4) di dare atto che contro la presente deliberazione ogni cittadino ai sensi dell'art. 79, comma 5 del T.U.O.C. (art. 54 della L.R. del 04.01.1993, n. 1 e art. 17 della L.R. del 22.12.2004, n. 7), può presentare opposizione alla Giunta Comunale entro il periodo dei dieci giorni di pubblicazione della stessa all'albo comunale; entro 60 giorni dalla data di esecutività della presente deliberazione può essere presentato ricorso alla Sezione Autonoma di Bolzano del T.A.R.

- Höchststundentarif: 3,65 Euro, wobei der Dienst zu diesen Tarifen für maximal 160 Stunden im Monat in Anspruch genommen werden kann;

2) festzulegen, dass der Tarif für die Unterbringung jener Kinder, welche die monatliche Stundenzahl von 160 Stunden überschreiten, den Vollkosten entspricht;

3) die Berechnung der Tariffbeteiligung für die Familien die den Dienst in Anspruch nehmen an die Bezirksgemeinschaft Überetsch / Unterland zu übertragen;

4) ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass gegen diesen Beschluss von jedem Bürger, gemäß Art. 79, Absatz 5 des geltenden E.T.G.O. (Art. 54 des R.G. vom 04.01.1993, Nr. 1 und Art. 17 des R.G. vom 22.12.2004, Nr. 7), innerhalb der zehntägigen Veröffentlichungsfrist Einspruch beim Gemeindeausschuss erhoben werden kann; ferner kann innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses Beschlusses bei der Autonomen Sektion Bozen des Regionalen Verwaltungsgerichtshofes Rekurs eingereicht werden.

Letto, confermato e sottoscritto:

Gelesen, genehmigt und gefertigt:

Assessore – Gemeindereferent
F.to/Gez. Siegfried Oberhofer

Il Presidente – Der Vorsitzende
F.to/Gez. Werner Dissertori

Il Segretario – Der Sekretär
F.to/Gez. Christian Tetter

Ai sensi dell'art. 62, comma 4 del D.P.G.R. no. 4/L dd. 27.02.1995 n..t.v. si attesta la copertura finanziaria dell'impegno di spesa e che l'impegno di spesa e' stato assunto con

Im Sinne des Art. 62, Absatz 4 des D.P.R.A. Nr. 4/L vom 27.02.1995 wird die finanzielle Deckung der Ausgabenverpflichtung bestätigt und daß die Ausgabenverpflichtung aufgenommen wurde mit

Atto Nr.
4591

Impegno – Verpflichtung Nr

Cap. – Kap.

IL CONTABILE – DER BUCHHALTER
F.to/Gez. Reinhold Pernstich

Pubblicato all'albo pretorio e sul sito internet del Comune (www.comune.termeno.bz.it) per la durata prevista dalla legge.

Veröffentlicht an der Amtstafel und auf der Internetseite der Gemeinde (www.gemeinde.tramin.bz.it) für die gesetzlich vorgeschriebene Dauer.

19.12.2013

Il Segretario – Der Sekretär
F.to/Gez. Christian Tetter

La presente deliberazione, pubblicata senza opposizioni per il periodo prescritto e non soggetta al controllo preventivo di legittimità e' divenuta esecutiva il

Vorliegender, nicht der vorangehenden Gesetzmäßigkeitskontrolle unterworfenen Beschluss, veröffentlicht für die vorgeschriebene Dauer ohne Einwände, ist am

30.12.2013

ai sensi dell'art. 079, comma 1, del T.U. delle LL.RR. sull'O.C., approvato con D.P.G.R. 01.02.2005, no. 3/L.

im Sinne des Art. 079, Absatz 1 des E.T. der R.G. über die G.O., genehmigt mit D.P.R.A. vom 01.02.2005, Nr. 3/L, vollstreckbar geworden.

IL SEGRETARIO – DER SEKRETÄR
F.to/Gez. Christian Tetter

IL PRESIDENTE – DER VORSITZENDE
F.to/Gez. Werner Dissertori

Per copia conforme all'originale, rilasciato ai fini amministrativi.

Für die Übereinstimmung der Abschrift mit der Urschrift, ausgestellt für Verwaltungszwecke.

Il segretario – Der Sekretär
Christian Tetter

Beschluss vom 30. Juli 2019, Nr. 666

Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter- /Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018

ANLAGE A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 1 Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinien regeln im Sinne der Artikel 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes für Kleinkinder im Alter von drei Monaten bis drei Jahren sowie die Vergabe von Landesbeiträgen zur Führung dieser Dienste. Zudem regeln sie Einzelheiten zu den Diensten selbst.
2. Als Trägerkörperschaften werden in der Folge die akkreditierten privaten Trägerkörperschaften ohne Gewinnabsicht bezeichnet, welche die Dienste laut den Artikeln 13 und 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, erbringen.

Art. 2 Entwicklungsplan

1. Jede Gemeinde arbeitet einen eigenen Entwicklungsplan für den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsdienste aus, der jährlich aktualisiert und bis einschließlich 30. November der Familienagentur übermittelt wird. Der Entwicklungsplan ist ein mit den Trägerkörperschaften abgestimmtes strategisches Planungsinstrument, das sich an der Befriedigung des effektiven Betreuungsbedarfs der Nutzerfamilien im Gemeindegebiet und an der optimalen Nutzung der Strukturen und Dienste orientiert.

Art. 3 Betreuungsplätze

1. Die Gemeinden stellen Betreuungsplätze in den Formen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, zur Verfügung.
2. Die Gemeinden können sozialpädagogische Dienste für Kleinkinder im eigenen Gebiet anbieten oder bereits bestehende Dienste in anderen Gemeinden des Landes Südtirol oder außerhalb Südtirols in Anspruch nehmen.
3. Die Gemeinde kann Betreuungsplätze in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, innerhalb des Rahmens in Anspruch nehmen, den die geltenden Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für die betrieblichen Tagesstätten und den Ankauf von Kinderplätzen bei gleichwertigen Diensten vorsehen. Umgekehrt können in den Kindertagesstätten der Gemeinden, sofern bei diesen keine Wartelisten der Trägergemeinde oder anderer Gemeinden vorliegen, einige Plätze an Kinder vergeben werden, in deren Fall ein Elternteil vom Arbeitgeber finanziell für die Kinderbetreuung unterstützt wird.
4. Die Zahl der Betreuungsplätze richtet sich nach dem konkreten Bedarf, den die Gemeinde erheben und so gut wie möglich abdecken muss. Dabei wird für mindestens 15 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren mit Wohnsitz in der Gemeinde am Stichtag 31. Dezember des dem Beitragsantrag vorausgehenden Jahres ein Betreuungsplatz gewährleistet. Die Wohnsitzgemeinde bzw. die Gemeinde, in der das Kind seinen festen Aufenthalt hat, beteiligt sich an den Kosten der von den Familien in anderen Gemeinden des Landes Südtirol in Anspruch genommenen Dienste gemäß Artikel 7. Der Ausbau der Betreuungsplätze erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des effektiven Bedarfs der Bevölkerung mit dem Ziel, Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent der Kinder im Landesgebiet zu schaffen, im Einklang mit den Vorgaben des Europäischen Rates anlässlich der Tagung im Jahr 2002 in Barcelona, welche in die Lissabonner Strategie übernommen wurden und daraufhin in die Strategie Europa 2020.
5. Jeder Betreuungsplatz entspricht konventionellen jährlichen 1.200 Betreuungsstunden.

6. Zur Umsetzung des Ziels laut Absatz 4 werden Kinder berücksichtigt, welche eine der Betreuungsformen laut Abschnitt 4 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, mit der Finanzierungsregelung zwischen Land, Gemeinden und Nutzerfamilien gemäß Artikel 7 dieser Richtlinien und gemäß den Richtlinien über Kinderhorte in Anspruch nehmen.

7. Erreicht eine Gemeinde das Ziel laut Absatz 4 nicht und kann dies nicht ausreichend begründen, wird im erstmöglichen Haushaltsjahr über die Gemeindefinanzierung ein Betrag abgezogen, berechnet im Verhältnis zum fehlenden Angebot. Um den Abzugsbetrag zu ermitteln, werden die Stunden, die fehlen, um die 15 Prozent laut Absatz 4 zu erreichen, mit dem Standardstundensatz der Kindertagesstätten mit über zehn Plätzen laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) multipliziert; der Abzug entspricht 20 Prozent des Betrags, der sich durch diese Multiplikation ergibt. Die abgezogenen Beträge werden zur Finanzierung der Kleinkinderbetreuungsdienste verwendet.

Art. 4

Zugang zu den Diensten

1. Für den Zugang zu den Diensten gelten die folgenden verbindlichen Vorrangkriterien in absteigender Reihenfolge:

- a) Wiederaufnahme des Kindes nach Kündigung des Betreuungsvertrags aufgrund längerer Krankheit gemäß Artikel 9 Absatz 7,
- b) Wohnsitz des Kindes in der Gemeinde,
- c) Berufstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils,
- d) ärztlich bestätigte psychische oder physische Beeinträchtigung oder beides des zu betreuenden Kindes, eines Geschwisterkindes oder Elternteils;
- e) Arbeitszeit eines jeden Elternteils:
 - 1) Vollzeit,
 - 2) Teilzeit über 50 Prozent,
 - 3) Teilzeit bis einschließlich 50 Prozent.

2. Die Gemeinden, im Fall der Kindertagesstätten, und die Trägerkörperschaften, im Fall des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes, können weitere Bewertungskriterien festlegen, wie:

- a) alleinerziehendes Elternteil,
- b) psychosoziale oder finanzielle Notlage der Familie des Kindes,
- c) ein Elternteil oder beide sind arbeitslos, nachgewiesen durch die entsprechende Eintragung in die Arbeitslosenlisten,
- d) ein Elternteil oder beide absolvieren eine Ausbildung,
- e) ein Elternteil oder beide besuchen einen Sprachkurs zum Erlernen einer der Landessprachen,
- f) Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft,
- g) Eintragung Minderjähriger unter 10 Jahren im selben Familienbogen wie das zu betreuende Kind,
- h) Datum der Anmeldung beim Dienst,
- i) ständiger Aufenthalt des Kindes in der Gemeinde.

Art. 5

Aufnahmevoraussetzungen und Anforderungen an die Dienste

1. In der Regel werden nur Kinder aufgenommen, welche die Betreuungseinrichtung für mindestens 12 Wochenstunden besuchen.
2. Im Fall von Kindern im Vorschulalter, die das vierte Lebensjahr vollendet haben bzw. dieses noch nicht vollendet haben und bereits den Kindergarten besuchen, von Tagesmüttern oder -vätern betreut werden und deren Eltern den vollen Stundensatz für den betreffenden Dienst zahlen, werden die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt; in diesem Fall gilt die Verpflichtung nicht, den Dienst für mindestens 12 Wochenstunden in Anspruch zu nehmen.
3. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten die Kontinuität der Dienste.
4. Die Gemeinden und die Trägerkörperschaften gewährleisten Transparenz im Hinblick auf die Anträge und das Aufnahmeverfahren.
5. Um die pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, haben die bereits betreuten Kinder Vorrang gegenüber neu aufzunehmenden Kindern.

Art. 6

Anspruchsberechtigte

1. Anspruch auf die Landesbeiträge haben:
 - a) die Gemeinden des Landes Südtirol oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, die Kindertagesstätten laut Artikel 15 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, führen und/oder Betreuungsstunden in den betrieblichen Kindertagesstätten laut Artikel 16 des genannten Landesgesetzes ankaufen,
 - b) die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes laut Artikel 13 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, welche für die Gemeinden die Betreuung von Kleinkindern anbieten.
2. Voraussetzung für den Erhalt eines Landesbeitrags und eines eventuellen Vorschusses ist das Erfüllen der Grundbedingungen für die Tätigkeitsaufnahme der Dienste gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.
3. Der Landesbeitrag laut Absatz 2 oder der eventuelle Restbetrag kann erst dann ausgezahlt werden, wenn der Dienst akkreditiert wurde, gemäß den geltenden Qualitätsstandards für das frühpädagogische Handeln in den Kleinkindbetreuungsdiensten.

Art. 7

Finanzierung der Dienste

1. Die Dienste laut Artikel 1 Absatz 1 werden vom Land und von den Gemeinden auf Stundenbasis sowie durch Tariffbeteiligung der Nutzerfamilien finanziert. Zuständig für die Finanzierung ist die Gemeinde, in der das Kind seinen Wohnsitz hat. Hat das Kind keinen Wohnsitz in Südtirol, ist die Gemeinde zuständig, in der es seinen ständigen Aufenthalt hat.
2. Die Differenz zwischen dem konventionellen Stundensatz laut Artikel 8 und dem Höchststundentarif zu Lasten der Nutzerfamilien laut Artikel 9 übernehmen das Land und die Gemeinden zu gleichen festen Anteilen. Liegt der effektive Stundensatz unterhalb des konventionellen Stundensatzes, wird die Differenz zum effektiven Stundensatz berechnet.
3. Hat die Familie im Sinne des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, Anrecht auf eine Tarifiermäßigung, so übernimmt das Land die Differenz bis zum Höchststundentarif.
4. Die Verträge und Abkommen zwischen Gemeinden und Trägerkörperschaften werden auf Stundenbasis abgeschlossen und müssen den auf zwei Kommastellen gerundeten effektiven Stundensatz sowie den Stundensatz laut Zuschlag mit und ohne Mehrwertsteuer enthalten.

Art. 8

Stundensätze

1. Die Kosten für die Dienste werden in konventionelle Stundensätze umgelegt und unterscheiden sich nach Dienstart. Der konventionelle beitragsfähige Stundensatz beträgt:
 - a) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten über 10 Plätze,
 - b) maximal 14,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen und für neu eröffnete Kindertagesstätten im ersten Tätigkeitsjahr und im darauffolgenden Kalenderjahr,
 - c) maximal 10,20 Euro, einschließlich eventueller Mehrwertsteuer, für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst,
 - d) maximal 12,00 Euro, Mehrwertsteuer ausgenommen, für betriebliche Kindertagesstätten, wobei der auf Gemeinden angewandte Preis nicht höher sein darf als der höchste Preis, der in derselben Kindertagesstätte für Betriebe gilt.
2. Der konventionelle Stundensatz umfasst sämtliche Kosten für die Führung des Dienstes. Investitionsausgaben, außerordentliche Instandhaltungskosten und Verwaltungskosten der Gemeinden fließen nicht in den konventionellen Stundensatz ein.
3. Im Fall der Kindertagesstätten kann der Stundensatz auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde umfassen. Diese Kosten können teilweise oder ganz den Trägerkörperschaften angelastet werden. Falls die Gemeinde nicht alle ihre Kosten der Trägerkörperschaft anlastet, muss der Vertrag zur Führung der Dienste den Stundensatz laut Zuschlag sowie den gesamten Stundensatz des Dienstes einschließlich der von der Gemeinde übernommenen Kosten enthalten. Der gesamte Stundensatz des Dienstes darf den konventionellen Stundensatz um nicht mehr als ein Drittel überschreiten.
4. Kosten für Räume im Gemeindeeigentum, die Trägerkörperschaften für die Betreuungstätigkeit zur Verfügung gestellt werden, können in den konventionellen Stundensatz einfließen, im Höchstausmaß der Konventionalmiete, den das Landesschatzamt festlegt.
5. Die Kosten für die Mahlzeiten des Kinderbetreuungspersonals fließen in den konventionellen Stundensatz ein und gehen daher nicht zu Lasten des Betreuungspersonals.
6. Die Kindertagesstätten werden für ihre maximale Betreuungskapazität akkreditiert. Der Dienst wird für die maximale Betreuungskapazität vergeben. Der erhöhte konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten bis zu 10 Plätzen greift nur im Fall von Kindertagesstätten mit einer maximalen Betreuungskapazität von 10 Plätzen.
7. Die Finanzierung der Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderung wird mit eigenen Richtlinien geregelt.

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.
2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.
3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.
4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.

5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.

6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.

8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.

9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

Art. 10

Höhe des Landesbeitrags

1. Der Landesbeitrag für die Gemeinden und die Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes wird auf Stundenbasis für Betreuungsstunden gewährt, welche den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung laut Artikel 9 Absatz 5 in Rechnung gestellt wurden. Für nicht in Rechnung zu stellende Betreuungsstunden und für Betreuungsstunden, für welche die Familien die vollen Kosten tragen, steht kein Landesbeitrag zu.

2. Den Nutzerfamilien mit einem Betreuungsvertrag unter 12 Wochenstunden werden mindestens 12 Betreuungsstunden pro Woche, ausgenommen vereinbarter Urlaub, auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt. Ist das Kind aus Gründen, die nicht von der Familie abhängen, weniger als 12 Wochenstunden anwesend (z.B. wegen Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter/des Tagesvaters, oder dann, wenn der Anfang oder das Ende des Dienstes nicht auf den ersten bzw. letzten Wochentag fallen), so werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt. Für zu betreuende Kinder mit zertifizierter Behinderung werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Rechnung gestellt.

3. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Gemeinden für die Kindertagesstätten gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes.

4. Die Höhe des Beitrags, den das Land den Trägerkörperschaften des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes gewährt, wird ermittelt, indem der fixe Stundenanteil zu Lasten des Landes und der Gemeinden mit der Anzahl der zur Finanzierung zugelassenen Betreuungsstunden im Bezugsjahr multipliziert wird, zuzüglich der auf der Grundlage der Beitragsanträge geschätzten Tarfbeteiligung zu Lasten des Landes. Das Land streckt den Trägerkörperschaften den fixen Gemeindeanteil vor und holt ihn im erstmöglichen Haushaltsjahr nach Abrechnung seitens der Trägerkörperschaften über die Gemeindefinanzierung wieder ein.

Art. 11

Fristen für die Einreichung der Beitrags- oder Vorschussanträge

1. Beitragsanträge und Vorschussanträge müssen bis einschließlich 15. Dezember des dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahres bei der Familienagentur eingereicht werden, unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars und bezogen auf das Kalenderjahr. Für Vorschussanträge ist dies eine Ausschlussfrist.
2. Im Antrag müssen die geplanten Betreuungsstunden, der jeweilige Stundensatz sowie die geschätzten Einnahmen aus Tarifbeteiligungen zu Lasten der Nutzerfamilien ausgewiesen sein. Zudem muss darin die Programmierung der Dienste laut Artikel 18 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), berücksichtigt werden.
3. Der Beitragsantrag an die Familienagentur für den Dienst Kindertagesstätte wird nur von der Trägergemeinde gestellt, welche die Tagesstätte führt, unabhängig von den Herkunftsgemeinden der betreuten Kinder. Die Trägergemeinde rechnet anschließend mit den anderen Gemeinden ab, deren Kinder ihre Kindertagesstätte besuchen. Hierfür fordert die Trägergemeinde bei den Herkunftsgemeinden die Rückerstattung der Kostenbeteiligung zu deren Lasten ein. Die Trägergemeinden, welche die Kindertagesstätte führen, geben im Beitragsantrag unter anderem eventuell in Betriebskindertagesstätten angekaufte Stunden an. Gemeinden ohne eigene Kindertagesstätte, die Stunden in Betriebskindertagesstätten ankaufen, stellen einen eigenen Beitragsantrag.
4. Reichen die finanziellen Mittel noch aus, können neue Anträge und Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Betreuungsstunden angenommen werden. Neue Anträge, die bis einschließlich der Verfallsfrist vom 30. September des Bezugsjahres einzureichen sind, werden in chronologischer Reihenfolge nach Eingangsdatum behandelt. Anträge auf einen ergänzenden Beitrag für zusätzliche Stunden müssen ebenfalls innerhalb vom 30. September des Bezugsjahres eingereicht werden und ihnen muss ein Bericht über die bis zum Ende des Vormonats geleisteten Stunden und die Einnahmen beiliegen. Eventuelle richtigstellende Anträge werden nur so lange angenommen, bis das Gewährungsdekret erlassen wird.
5. Bei mangelhaften oder unvollständigen Anträgen gewährt der oder die Verfahrensverantwortliche den Antragstellenden, bei sonstigem Ausschluss, eine angemessene Frist ab Erhalt des Antrags, um eventuelle Mängel zu beheben oder den Antrag zu ergänzen.
6. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab der Einreichfrist laut Absatz 1 oder laut Absatz 4. Wird der Beitragsantrag laut Absatz 1 nach dem 15. Dezember gestellt, so läuft die Frist für den Verfahrensabschluss ab der Antragstellung. Diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 12

Vorschüsse

1. Auf Antrag der Trägerkörperschaft kann ein Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent des im Vorjahr gewährten Beitrags gewährt werden. Ist der beantragte Beitrag für das Bezugsjahr geringer als der für das Vorjahr gewährte Beitrag, wird der Vorschuss im Ausmaß von 70 Prozent auf den beantragten Beitrag berechnet.
2. Trägerkörperschaften, die zum ersten Mal einen Beitragsantrag stellen oder die den Vorschuss laut Absatz 1 nicht beantragt haben, kann auf Anfrage gleichzeitig mit dem Beitrag ein Vorschuss im Ausmaß von 50 Prozent des für das Bezugsjahr gewährten Beitrags gewährt werden.

Art. 13

Abrechnung und Auszahlung

1. Die Abrechnung samt Auszahlungsantrag muss, bei sonstigem Widerruf der Förderung, bis einschließlich 31. Dezember des Jahres eingereicht werden, das auf die Gewährungsmaßnahme oder auf die Anlastung der Ausgabe folgt, falls letztere später erfolgt.
2. Aus schwerwiegenden und gerechtfertigten Gründen kann die Frist auf begründeten Antrag bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden. Verstreicht diese Frist ungeachtet, ist der Beitrag automatisch widerrufen. Haben die Anspruchsberechtigten einen Vorschuss erhalten, müssen sie diesen zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.
3. Die auf dem von der Familienagentur bereitgestellten Formular abgefasste Abrechnung, bestehend aus einer Ersatzerklärung gemäß Artikel 2 Absatz 2/ter des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, muss enthalten:
 - a) die im Bezugsjahr den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden,
 - b) die entsprechenden Einnahmen, aufgeschlüsselt nach jenen gemäß [Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, und jenen zu Lasten der Familien, die den Dienst gemäß Artikel 9 Absatz 8 dieser Richtlinien außerhalb ihrer

Wohnsitzgemeinde in Anspruch genommen haben.

4. Für die Kindertagesstätten muss die Gemeinde beim Land die den Nutzerfamilien auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach den einzelnen Einrichtungen und nach den Herkunftsgemeinden der Kinder abrechnen und erklären, dass die abgerechneten Betreuungsstunden der Trägerkörperschaft gezahlt wurden.

5. Für den Tagesmütter-/Tagesväterdienst rechnet die Trägerkörperschaft beim Land die den Nutzerfamilien gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Betreuungsstunden nach zuständiger Gemeinde ab. Der Abrechnung ist die Übersicht der geleisteten Stunden beizulegen, die sie jeder Gemeinde übermittelt hat. Die Trägerkörperschaft informiert die einzelnen Gemeinden im Laufe des Jahres regelmäßig über die Betreuungsstunden, die sie den ansässigen Nutzerfamilien bzw. jenen mit ständigem Aufenthalt in der Gemeinde auf der Grundlage der Tarifregelung in Rechnung gestellt hat.

6. Nicht abzurechnen sind die Kosten und die Einnahmen für Betreuungsstunden, welche nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Diese Stunden werden jedoch zu administrativen und statistischen Zwecken getrennt erhoben.

7. Der zustehende Beitrag wird im Rahmen des gewährten Beitrags neu berechnet, und zwar auf der Grundlage der den Nutzerfamilien für das Bezugsjahr gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellten Stunden und unter Berücksichtigung ihrer effektiven Tarifbeteiligung.

8. Kann die Körperschaft bei der Abrechnung nicht Ausgaben mindestens in Höhe des bereits erhaltenen Vorschusses nachweisen, so muss sie den Differenzbetrag zuzüglich der anfallenden gesetzlichen Zinsen rückerstatten.

9. Die Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens laufen ab Einreichung der Abrechnung und des Auszahlungsantrags; diese Fristen werden für das Nachreichen von Informationen oder Unterlagen ausgesetzt.

Art. 14 Kontrollen

1. Gemäß Artikel 2 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, führt die Familienagentur Stichprobenkontrollen an mindestens sechs Prozent der Ersatzerklärungen durch, die sich auf Beiträge beziehen, für welche die Saldozahlung erfolgt ist. Ebenso kann sie überprüfen, ob die Stundensätze angemessen sind.

2. Eine Kommission ermittelt die zu kontrollierenden Ersatzerklärungen durch das Los. Die Auslosung erfolgt nach dem Zufallsprinzip anhand einer Aufstellung der im Bezugsjahr ausgezahlten Beiträge. Die Kommission wird vom zuständigen Abteilungsdirektor/von der zuständigen Abteilungsdirektorin ernannt und besteht aus dem zuständigen Abteilungsdirektor/der zuständigen Abteilungsdirektorin, der Direktorin/dem Direktor der Familienagentur sowie aus einem fachkundigen Beamten/einer fachkundigen Beamtin.

3. Bei den Stichprobenkontrollen wird der Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüft, die der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin der anspruchsberechtigten Körperschaft bei der Abrechnung abgegeben hat. Zudem wird überprüft, ob die Original-Ausgabenbelege ordnungsgemäß sind und effektiv mit den abgerechneten Betreuungsstunden übereinstimmen. Zu diesem Zweck gewähren die Trägerkörperschaften der Familienagentur Zugang zu ihren Buchhaltungsunterlagen und sorgen für die nötige Information im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

4. Darüber hinaus werden alle von der Familienagentur für zweifelhaft befundenen Fälle geprüft.

5. Die Trägerkörperschaften stellen den der Kontrolle unterzogenen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Originalbelege zur Verfügung.

6. Die Kontrollen können auch in Zusammenarbeit mit Bediensteten anderer Abteilungen der Landesverwaltung erfolgen, im Rahmen von Ortsaugenscheinen am Sitz der Körperschaft oder durch Überprüfung der angeforderten Original-Ausgabenbelege.

Art. 15 Übergangsbestimmungen

1. Diese Richtlinien ersetzen die mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1198 vom 20. November 2018 genehmigten Richtlinien. Der Abzug laut Artikel 3 Absatz 7 wird ab dem Tätigkeitsjahr 2018 gemäß diesen Kriterien berechnet.

2. Für die geltenden, nicht auf Stundenbasis abgeschlossenen Verträge zur Führung von Kindertagesstätten teilt die Gemeinde bis

Vertragsablauf der Familienagentur zwecks Beitragsgewährung die für das Beitragsjahr beschlossenen Stundenkosten mit. Diese werden gemäß Artikel 8 von der Gemeinde berechnet. Die Beträge, welche die Trägerkörperschaften den Gemeinden in Rechnung stellen, müssen in jedem Fall auf Stundenbasis kalkuliert und abgerechnet werden.

GEMEINDE TAUFERS I.M.

AUTONOME PROVINZ BOZEN

**COMUNE DI TUBRE**

PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES
GEMEINDEAUSSCHUSSES****VERBALE DI DELIBERAZIONE
DELLA GIUNTA COMUNALE****SITZUNG VOM / SEDUTA DEL 23.12.2016****UHR / ORE 18:45**

Im Sinne des Art. 29, Abs. 2 des E.T der Gemeindeordnung, genehmigt mit D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L, wurden für heute die Mitglieder des Gemeindeausschusses im üblichen Sitzungssaal einberufen.

Ai sensi dell'art. 29, comma 2 del T.U. dell'ordinamento dei comuni approvato con D.P.Reg. del 01.02.2005, n. 3/L, vennero convocati per oggi, nella solita sala delle riunioni, i componenti della Giunta comunale.

Anwesenheitsübersicht / Quadro delle presenze:

			Entsch. abwesend assente giustificato	unentsch. abwesend assente ingiustificato
Gunsch Roselinde	Bürgermeisterin	Sindaca		
Spiess Hans Peter	Vize-Bürgermeister	Vicesindaco		
Christandl Karl	Gemeindereferent	Assessore		
Hellrigl Alois	Gemeindereferent	Assessore		

Seinen Beistand leistet der Gemeindesekretär Herr

Assiste il Segretario comunale sig.

Dr. Sagmeister Georg

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti

Gunsch Roselinde

in ihrer Eigenschaft als Bürgermeisterin den Vorsitz.
Nach erfolgter Eröffnung der Sitzung wird folgender Tagesordnungspunkt behandelt:

nella sua qualità di Sindaca assume la presidenza;
dichiarata aperta la seduta si passa al trattamento del seguente oggetto:

GEGENSTAND**OGGETTO**

Genehmigung des Entwurfes für die Vereinbarung mit der Gemeinde Mals für die Kleinkinderbetreuung für das Jahr 2017

Approvazione della bozze di convenzione con il Comune di Malles Venosta per i servizi alla prima infanzia nell'anno 2017

Genehmigung des Entwurfes für die Vereinbarung mit der Gemeinde Mals für die Kleinkinderbetreuung für das Jahr 2017

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

Vorausgeschickt, dass:

- das Landesgesetz Nr. 8/1996 in geltender Fassung mit Art. 1 den Tagesmütter- bzw. Tagesväterdienst und mit Art. 1/bis die Kindertagesstätten für Kinder im Alter von 3 Monaten bis drei Jahren regelt;
- im Abschnitt IV des Landesgesetzes Nr. 8/2013 sich weitere Bestimmungen in Bezug auf die Kleinkinderbetreuung finden;
- mit Dekret des Landeshauptmannes Nr. 40/1997 die Durchführungsverordnung zur Kleinkinderbetreuung genehmigt wurde;
- mit Beschluss des Landesausschusses Nr. 889/2016 die Kriterien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter/Tagesväter genehmigt worden sind;
- diese Verordnung im Art. 3 die Verpflichtung der Gemeinde vorsieht, Betreuungsplätze im Ausmaß von 15 % der Kinderanzahl im Alter von 0-3 Jahren anzubieten. Jeder Platz entspricht einer jährlichen Betreuung von 1.200 Stunden;
- die Gemeinde Taufers i. M. keine Umfrage unter den Eltern der Kinder bis zu 3 Jahren durchgeführt hat und deshalb vom max. theoretischen Bedarf ausgeht. Aufgrund der Erfahrungswerte der vergangenen Jahre erreicht dieser theoretische Bedarf jedoch in keinem Fall die vorgesehenen 1.200 Stunden im Jahr;
- mit den in der Gemeinde Taufers i. M. verfügbaren Plätzen bei Tagesmüttern/Tagesvätern der ob genannte theoretische Bedarf nicht gedeckt werden kann. Aus diesem Grund soll eine Vereinbarung mit der Gemeinde Mals abgeschlossen werden, damit die eventuellen freien Plätze der Kindertagesstätte Mals genutzt werden können;

Nach Einsichtnahme in den Entwurf der entsprechenden Vereinbarung;

Festgestellt, dass die Stundenvergütung zulasten der Gemeinde Taufers i. M. im Moment noch nicht genau quantifiziert werden kann, nachdem der Dienst in den nächsten Wochen erst neu vergeben wird;

Nach Einsichtnahme in den Haushaltsvoranschlag für das laufende Finanzjahr;

Nach Einsichtnahme in die Satzung der Gemeinde Taufers i. M., genehmigt mit Ratsbeschluss Nr. 04 vom 31.01.2006;

Nach Einsichtnahme in den E.T. der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung, genehmigt mit D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L;

Nach Einsichtnahme in die positiven Gutachten, erteilt im Sinne des Art. 81 des E.T. der Gemeinde-

Approvazione della bozza di convenzione con il Comune di Malles Venosta per i servizi alla prima infanzia nell'anno 2017

LA GIUNTA COMUNALE

Premesso che:

- la legge provinciale 8/1996 in forma attuale disciplina nell'articolo 1 il servizio di assistenza domiciliare all'infanzia ed all'articolo 1/bis le microstrutture per bambini di età compresa tra tre mesi e tre anni;
- nel capo IV della legge provinciale 8/2013 si trovano ulteriori disposizioni a riguardo dei servizi di assistenza alla prima infanzia;
- con decreto del Presidente della giunta provinciale 40/19978 è stato approvato il Regolamento di esecuzione relativo all'assistenza all'infanzia;
- con deliberazione della Giunta Provinciale 889/2016 sono stati approvati i criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia;
- tale regolamento prevede nell'articolo 3 l'obbligo per i comuni di offrire posti di assistenza per il 15 per cento dei bambini in età 0-3 anni. Ogni posto corrisponde convenzionalmente a 1.200 ore di assistenza annue;
- il Comune di Tubre non ha espletato un sondaggio tra i genitori con bambini con una età fino a tre anni e pertanto parte dal fabbisogno teorico massimo. In base ai valori empirici degli anni precedenti tale fabbisogno teorico non arriva però in nessun caso a 1.200 ore annue;
- con i posti disponibili offerti nel Comune di Tubre come servizio di assistenza domiciliare probabilmente non si riuscirà sempre coprire il fabbisogno teorico di cui sopra. Pertanto si intende stipulare una convenzione con il Comune di Malles Venosta per poter usufruire dei posti eventualmente disponibili nella microstruttura di Malles Venosta;

Vista la bozza della relativa convenzione;

Accertato che la spesa oraria a carico del Comune di Tubre al momento non può essere determinata in quanto il servizio deve essere appaltato nelle prossime settimane;

Visto il bilancio previsionale per il corrente esercizio finanziario;

Visto lo statuto del Comune di Tubre, approvato con deliberazione consiliare n. 04 del 31.01.2006;

Visto il T.U. delle Leggi Regionali sull'Ordinamento dei Comuni, approvato con D.P.Reg. del 01.02.2005, n. 3/L;

Visti i pareri positivi redatti ai sensi dell'art. 81 del

ordnung;

Ergebnis der Abstimmung in öffentlicher Form mittels Handerheben:

einstimmig

beschließt

1. die Vereinbarung, die nicht materiell diesem Beschluss beigefügt wird, mit der Gemeinde Mals i. V. für die Kleinkinderbetreuung mit dem folgenden wesentlichen Inhalt zu genehmigen:
 - a) bei Vorhandensein von freien Plätzen können auch Eltern mit dem Wohnsitz in der Gemeinde Taufers i.M. die Kindertagesstätte von Mals nutzen;
 - b) bei Vorhandensein von freien Plätzen bei Tagesmüttern/Tagesvätern in Taufers i. M. können auch Eltern mit dem Wohnsitz in der Gemeinde Mals diesen Dienst nutzen;
2. die Bürgermeisterin zu ermächtigen die Vereinbarung abzuschließen;
3. die Ausgabe mit einer separaten Maßnahme zu verpflichten;
4. festzuhalten, dass dieser Beschluss 10 Tage nach dem Beginn der Veröffentlichung rechtskräftig wird;
5. festzuhalten, dass jeder Bürger gegen vorliegenden Beschluss während des Zeitraumes der Veröffentlichung Einspruch beim Gemeindevorstand erheben kann und innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieser Maßnahme beim Regionalen Verwaltungsgericht für Trentino-Südtirol, Autonome Sektion Bozen, Rekurs einreichen kann. Betrifft der Beschluss die Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist die Rekursfrist, gemäß Art. 119 und Art. 120, Abs. 5, GvD 104/2010, auf 30 Tagen ab Kenntnisnahme reduziert.

T.U. sull'ordinamento dei comuni;

Risultato dalla votazione espressa in forma palese per alzata di mano:

unanimemente

delibera

1. di approvare la convenzione, che non viene materialmente allegata, con il Comune di Malles Venosta per i servizi alla prima infanzia con i seguenti contenuti essenziali:
 - a) in caso di disponibilità di posti liberi anche i genitori con residenza nel Comune di Tubre possono usufruire i servizi offerti dalla micro-struttura di Malles.
 - b) in caso di disponibilità i genitori con residenza nel Comune di Malles Venosta possono usufruire del servizio di assistenza domiciliare all'infanzia di Tubre;
2. di incaricare la Sindaca con la stipula della convenzione;
3. di impegnare la spesa con un separato atto deliberativo;
4. di dare atto, che la presente deliberazione diventa esecutiva 10 giorni dopo la sua pubblicazione all'albo pretorio;
5. di dare atto che ogni cittadino può presentare opposizione contro la presente deliberazione alla Giunta comunale entro il periodo della sua pubblicazione e presentare ricorso al Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa per la Regione Trentino-Alto Adige, Sez. Autonoma di Bolzano, entro 60 giorni dal momento in cui diviene esecutiva. Se la deliberazione interessa l'affidamento di lavori pubblici il termine di ricorso, ai sensi degli art. 119 e art. 120, c. 5, D.Lgs 104/2010, è ridotto a 30 giorni dalla conoscenza dell'atto.

Gelesen, genehmigt und gefertigt:

Letto, confermato e sottoscritto:

Die Vorsitzende / La Presidente
gez. / f.to Gunsch Roselinde

Der Gemeindesekretär / Il segretario comunale
gez. / f.to Dr. Sagmeister Georg

Veröffentlichung

Dieser Beschluss wird heute und für 10 aufeinanderfolgende Tage an der digitalen Amtstafel auf der Internetseite dieser Gemeinde veröffentlicht

Pubblicazione

La presente delibera viene pubblicata oggi e per 10 giorni consecutivi all'albo pretorio digitale sul sito internet di questo Comune il giorno

29.12.2016

Der Gemeindesekretär / Il segretario comunale
gez. / f.to Dr. Sagmeister Georg

Vollstreckbarkeit

Dieser Beschluss ist am

Esecutività

Questa deliberazione è divenuta esecutiva il

09.01.2017

im Sinne des Art. 79, Abs. 3 des E.T der Gemeindeordnung, genehmigt mit D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L, rechtskräftig geworden.

ai sensi dell'art. 79, comma 3 del T.U. dell'ordinamento dei comuni, approvato con D.P.Reg. del 01.02.2005, n. 3/L..

Der Gemeindesekretär / Il segretario comunale
gez. / f.to Dr. Sagmeister Georg

Gutachten im Sinne des Art. 81 der geltenden Gemeindeordnung (D.P.Reg. 3/L/2005)

Der Gemeindesekretär erteilt das **zustimmende Gutachten** hinsichtlich der fachlichen Ordnungsmäßigkeit der vorliegenden Beschlussvorlage.

Pareri ai sensi dell'art. 81 del vigente ordinamento die Comuni (D.P.Reg. 3/L/2005)

Il segretario comunale esprime **parere positivo** in ordine alla regolarità tecnica sulla presente proposta di deliberazione.

Der Gemeindesekretär / Il segretario comunale
gez. / f.to Dr. Sagmeister Georg

Die Leiterin der Buchhaltungsdienste erteilt das **zustimmende Gutachten** hinsichtlich der buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit der vorliegenden Beschlussvorlage und bestätigt dass für die Ausgabenverpflichtung die erforderliche finanzielle Deckung gegeben ist.

La dirigente dei servizi contabili esprime **parere favorevole** in ordine alla regolarità contabile sulla presente proposta di deliberazione ed attesta che per l'impegno di spesa esiste la necessaria copertura finanziaria.

Die Leiterin der Buchhaltungsdienste / La dirigente dei servizi contabili
gez. / f.to Pileggi Angela

Buchung der Verpflichtung

Registrazione dell'impegno di spesa

Verpflichtung / impegno

Feststellung Nr. / accertamento n.

Mandat Nr. / mandato n.

Kapitel / capitolo

--	--	--	--

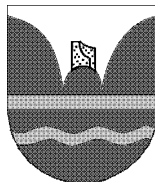
Für die Übereinstimmung der Abschrift mit der Urschrift (stempelfrei für Verwaltungszwecke):

Per copia conforme all'originale, rilasciata in carta libera per uso amministrativo:

Der Gemeindesekretär / Il segretario comunale
Dr. Sagmeister Georg

**GEMEINDE
PFATTEN**

AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL

**COMUNE DI
VADENA**

PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO - ALTO ADIGE

**Beschlussniederschrift
des Gemeindevausschusses**NR.
136**Verbale di deliberazione
della Giunta Comunale**

PROT. Nr.

SITZUNG VOM - SEDUTA DEL

UHR - ORE

07.08.2018**15:15**

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung festgesetzten Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindevausschusses einberufen:

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge Regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle riunioni, i componenti di questa Giunta Comunale:

			Abwesend entschuld.	Assenti giustific.	Abwesend unentschuld.	Assenti ingiust.
Alessandro Beati	Bürgermeister	Sindaco				
Elmar Oberhofer	Vize-Bürgermeister	Vicesindaco	X			
Sarka Jancarova Ferro	Gemeindereferent	Assessore	X			
Martine Parise	Gemeindereferent	Assessore				
Walter Bernardi	Gemeindereferent	Assessore				

Seinen Beistand leistet der Gemeindevizepräsident

Assiste il Segretario comunale

Mirko Campo

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt Herr

Constatato che il numero degli intervenuti è sufficiente per la legalità dell'adunanza, il signor

Alessandro Beati

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und eröffnet die Sitzung für eröffnet.
Der Ausschuss behandelt folgenden

nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta.
La Giunta passa alla trattazione del seguente

G E G E N S T A N D**O G G E T T O**

**CIG: 752381508E - VERGABE DES DIENSTES DER
KINDERTAGESSTÄTTE IN PFATTEN -
ZUSCHLAGSERTEILUNG DER AUSSCHREIBUNG.**

**CIG: 752381508E - APPALTO DEL SERVIZIO DI
MICROSTRUTTURA DI VADENA -
AGGIUDICAZIONE DELL'APPALTO.**

Unverzüglich vollstreckbarer Beschluss.**Delibera immediatamente esecutiva.**☐ Regierungskommissariat
Commissariato del Governo☒ unverzüglich vollstreckbar
immediatamente eseguibile☐ Kopie Gruppensprecher
copia capigruppo

N.Impegno dal Nr.Verpfl. von	be-ver- pfl	al bis	N. Decr. Nr. Dekr.	N.mandato dal Nr. Zahlungsauftrag. von	al bis	N.variaz. Nr.Abänd.
---------------------------------	----------------	-----------	-----------------------	---	-----------	------------------------

GEGENSTAND:

CIG: 752381508E - VERGABE DES DIENSTES DER KINDERTAGESSTÄTTE IN PFATTEN - ZUSCHLAGSERTEILUNG DER AUSSCHREIBUNG.

Der Bürgermeister erstattet folgenden Bericht:

Der Gemeindeausschuss hat mit eigenem Beschluss Nr. 107/2018 folgendes genehmigt:

1. die Vergabe des Dienstes der Kindertagesstätte für den Zeitraum 01.09.2018 – 31.08.2021 für eine Ausschreibungssumme von € 573.750,00 zuzüglich MwSt. Euro, wird, mittels telematischen Internetportal aufgrund der Durchführung eines Verhandlungsverfahren gemäß Artikel 55 und 58, Absatz 1 des Landesgesetzes vom 17.12.2016, Nr. 16 mit der Zuweisung des Kindertagesstättendienstes an den Wirtschaftsteilnehmer, der das wirtschaftlich günstige Angebot eingereicht hat, durchzuführen;

Der Gemeindeausschuss hat mit eigenem Beschluss Nr. 116/2018 folgendes genehmigt:

1. die technische Kommission für die Bewertung in wirtschaftlich-technischer Hinsicht der Angebote für die oben genannten Vergabe, bestehend aus 3 Mitgliedern, welche vorwiegend Fachleute des betreffenden Bereiches sind, wie folgt, zu bestätigen und zu genehmigen:

- Liliana di Fede
- Bernhard Von Wolgemuth
- Paolo Brunini.

Unter Berücksichtigung, dass die technische Kommission das technische Angebot, laut Niederschrift vom 26.07.2018, Prot. Nr. 3945, bewertet hat;

unter Berücksichtigung der Protokolle der Ausschreibungsbehörde, identifiziert mittels internes Protokoll Nr. 4180 vom 07.08.2018.

Die Wettbewerbsbehörde schlägt vor, die Ausschreibung betreffend den Dienst der Kleinkindertagesstätte der Gemeinde Pfatten, an die Sozialgenossenschaft XENIA mit Sitz in Bozen (BZ), Galileo Galilei Straße Nr. 2/, zu einen Maximalbetrag in Höhe von € 459.000,00, zu vergeben;

OGGETTO:

CIG: 752381508E - APPALTO DEL SERVIZIO DI MICROSTRUTTURA DI VADENA - AGGIUDICAZIONE DELL'APPALTO.

Il Sindaco relaziona:

La Giunta comunale con delibera n. 107/2018 ha stabilito:

1. di procedere in via telematica tramite il sito www.bandi-altoadige.it all'appalto del servizio di microstruttura di per il periodo 01.09.2018 - 31.08.2021 per un importo a base d'asta di Euro € 573.750,00 oltre all'IVA mediante espletamento di una procedura negoziata ai sensi degli articoli 55 e 58 della legge provinciale del 17.12.2015, n. 16, con l'assegnazione del servizio di microstruttura all'operatore economico che avrà presentato l'offerta economicamente più vantaggiosa;

La Giunta comunale con delibera n. 116/2018 ha stabilito:

1. di costituire ed approvare la Commissione tecnica, composta da 3 membri prevalentemente tecnici esperti nel settore, per la valutazione tecnica delle offerte per l'appalto sopra menzionato, così come segue:

- Liliana di Fede
- Bernhard Von Wolgemuth
- Paolo Brunini.

Considerato che la commissione tecnica ha valutato l'offerta tecnica, come da verbale pervenuto al protocollo n. 3945 del 26.07.2018.

Considerati i verbali dell'autorità di gara, identificati al prot. interno n. 4180 del 07.08.2018;

L'autorità di gara propone di aggiudicare la gara relativa al servizio di microstruttura del comune di Vadena alla XENIA Soc. Coop. Con sede in Bolzano (BZ), via Galileo Galilei n. 2/a per un importo massimo pari ad Euro 459.000,00;

nach Einsichtnahme in die Übereinstimmungsverklärung des Angebotes seitens der Sozialgenossenschaft Xenia, eingereicht am 07.08.2018 unter Prot. Nr. 4181 und in die entsprechende Überprüfung unter Prot. Nr. 4182 vom 07.08.2018;

da es angebracht erscheint, für die Zuschlagserteilung zu sorgen und darauf hinzuweisen, dass der Zuschlag erst nach der Überprüfung der vorgeschriebenen Voraussetzungen, die seitens des Zuschlagsempfängers vorgeschrieben sind, rechtswirksam wird;

für notwendig erachtet, diesen Beschluss für unverzüglich vollstreckbar zu erklären, um den Vertrag so bald wie möglich abzuschließen;

nach Einsichtnahme in das L.G. vom 17.12.2015, Nr. 16;

nach Einsichtnahme in das G.v.D. Nr. 50 vom 18.04.2016 i.g.F. und in den Teilen, auf die in den Wettbewerbsbestimmungen Bezug genommen wird;

nach Einsichtnahme in das L.G. vom 22. Oktober 1993, Nr. 17 i.g.F.;

gestützt auf den Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol genehmigt mit R.G. Nr. 2 vom 3. Mai 2018;

nach Einsichtnahme in die geltende Satzung der Gemeinde Pfatten;

nach Einsichtnahme in das fachlich-administrative Gutachten
OI17IJKMOWwTWbcm/hag4mI9QE+hE1Tw7/2F210/Jvk=;

nach Einsichtnahme in das buchhalterische Gutachten
QQ6f0QSgvARLNhoPmJ5LaUyhy28x2-MaaTs0mqL7zvpU=;

BESCHLIESST
DER GEMEINDEAUSSCHUSS
EINSTIMMIG
aus den eingangs erwähnten Gründen:

der Gemeindeausschuss in offener Abstimmung
einhellig

vista la dichiarazione di congruità dell'offerta da parte di Xenia Coop. Soc. pervenuta in data 07.08.2018 al prot. n. 4181 e la relativa verifica al prot. n. 4182 del 07.08.2018;

ritenuto di provvedere all'aggiudicazione, ricordando che l'aggiudicazione diventa efficace solo dopo la verifica del possesso dei requisiti prescritti da parte dell'aggiudicatario;

ritenuto necessario dichiarare la presente deliberazione immediatamente eseguibile per stipulare al più presto il contratto;

vista la L.P. 17.12.2015, n. 16;

visto il decreto legislativo n. 50 del 18.04.2016 n.t.v. nelle parti richiamate dal disciplinare di gara;

vista la L.P. 22 ottobre 1993, n. 17 n.t.v.;

visto il codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino Alto Adige, approvato con L.R. n. 2 del 3 maggio 2018;

visto il vigente statuto del Comune di Vadena;

visto il parere tecnico-amministrativo OI17IJK-MOWwTWbcm/hag4mI9QE+hE1Tw7/2F210/Jvk=;

visto il parere contabile QQ6f0QSgvARLNhoP-mJ5LaUyhy28x2MaaTs0mqL7zvpU=;

LA GIUNTA COMUNALE
UNANIMAMENTE
DELIBERA
per i motivi espressi in premessa:

Ad unanimità di voti

1. festzuhalten, dass die Gemeindeverwaltung die Ausschreibung bezüglich des Dienstes der Kindertagesstätte in Pfatten abgewickelt hat;
2. festzuhalten, dass die Ausschreibungsbehörde vorgeschlagen hat, die Ausschreibung bezüglich des Dienstes der Kindertagesstätte in Pfatten der Sozialgenossenschaft XENIA mit Sitz in 39100 Bozen (BZ), Galileo Galilei Straße Nr. 2/a, für einen Maximalbeitrag von 459.000,00 Euro (ohne MwSt.), zu vergeben;
3. das Protokoll der Ausschreibungsbehörde vom 27.07.2018 zu genehmigen;
4. die Ausschreibung bezüglich des Dienstes der Kindertagesstätte in Pfatten der Sozialgenossenschaft XENIA mit Sitz in 39100 Bozen (BZ), Galileo Galilei Straße Nr. 2/a, für einen Maximalbeitrag von 459.000,00 Euro (ohne MwSt.) zu vergeben: der endgültige Zuschlag wird erst nach der Überprüfung der vorgeschriebenen Voraussetzungen, die seitens des Zuschlagsempfängers vorgeschrieben sind, rechtswirksam;
5. festzuhalten, dass man nach dem Zuschlag die Überprüfung der Anforderungen des Zuschlagsempfängers anordnen wird;
6. den Bürgermeister, mittels notarieller Urkunde, vom Gemeindesekretär verfasst, zur Unterzeichnung des betreffenden Vertrags zu ermächtigen, dessen Kosten, Steuern und Gebühren zu Lasten der Sozialgenossenschaft XENIA gehen;
7. den Maximalbeitrag in Höhe von Euro 459.000,00 auf das Kap. ____ des Haushaltsvoranschlages und in den nachfolgenden Haushaltsvoranschlägen zu verpflichten und die Maximalbetrag für die betreffenden Landesbeiträge festzustellen;
1. di dare atto che l'amministrazione comunale ha svolto l'appalto relativo al servizio di microstruttura del comune di Vadena;
2. di dare atto che l'autorità di gara ha proposto di aggiudicare la gara relativa al servizio di microstruttura del comune di Vadena alla XENIA Soc. Coop. Con sede in Bolzano (BZ), via Galileo Galilei n. 2/a per un importo massimo pari ad Euro 459.000,00 (IVA esclusa);
3. di approvare il verbale dell'autorità di gara del 27.07.2018;
4. di aggiudicare la gara relativa al servizio di microstruttura del comune di Vadena alla XENIA Soc. Coop. Con sede in Bolzano (BZ), via Galileo Galilei n. 2/a per un importo massimo pari ad Euro 459.000,00: l'aggiudicazione definitiva diventa efficace solo dopo la verifica del possesso dei requisiti prescritti in capo all'aggiudicatario;
5. di dare atto che si disporrà dopo l'aggiudicazione la verifica dei requisiti in capo all'aggiudicatario;
6. di autorizzare, a rogito del Segretario Comunale, il Sindaco alla sottoscrizione del relativo contratto, le cui spese, imposte e tasse sono a carico della XENIA Soc. Coop.;
7. di impegnare la spesa massima di Euro 459.000,00 sull'unità di bilancio --- e sui successivi esercizi, e di accertare gli importi massimi per i relativi contributi provinciali;

8. kundzutun, dass gemäß Art. 183, Abs. 5 des Kodexes der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino - Südtirol, genehmigt mit Regionalgesetz Nr. 2 vom 3. Mai 2018, gegen diesen Beschluss, während des Zeitraumes der Veröffentlichung, Einspruch beim Gemeindeausschuss erhoben werden kann. Innerhalb von 30 Tagen ab Vollstreckbarkeit dieses Beschlusses kann beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof – Autonome Sektion Bozen – Rekurs eingebracht werden. Der Beschluss betrifft die Vergabe von öffentlichen Arbeiten, Dienstleistungen und Lieferungen: die Rekursfrist ist, gemäß Art. 120, Abs. 5 des G.v.D. Nr. 104 vom 02.07.2010, auf 30 Tage ab Kenntnisnahme reduziert.

Der vorliegende Beschluss wird im Sinne von Art. 183 Abs. 4 des Regionalgesetzes vom 3. Mai 2018, Nr. 2 „Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol“, für sofort vollstreckbar erklärt.

* * * * *

8. di dare atto che ai sensi dell'art. 183, comma 5, del Codice degli enti Locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con Legge Regionale n. 2 del 3 maggio 2018, ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione, presentare opposizione avverso la presente deliberazione alla Giunta comunale. Entro 30 giorni dall'esecutività della delibera può essere presentato ricorso al Tribunale di Giustizia Amministrativa – Sezione Autonoma di Bolzano. La deliberazione interessa l'affidamento di pubblici lavori, servizi e forniture: il termine di ricorso, ai sensi dell'art. 120, comma 5, D.Lgs. n. 102 del 02.07.2010, è ridotto a 30 giorni dalla conoscenza dell'atto.

Di dichiarare la presente deliberazione immediatamente esecutiva ai sensi dell'art. 183 - comma 4 della Legge Regionale 3 maggio 2018, n. 2 “Codice degli Enti Locali della Regione autonoma Trentino Alto Adige”.

* * * * *

Gelesen, genehmigt und gefertigt. - Letto, confermato e sottoscritto.
Der Bürgermeister – Il Sindaco der Gemeindesekretär - il Segretario comunale

Alessandro Beati

Mirko Campo

Vorliegender Beschluss wurde unverzüglich vollstreckbar erklärt,
am

La presente deliberazione è stata dichiarata immediatamente esecutiva il

07.08.2018

im Sinne des Art. 79 des D.P.Reg. vom 01.02.2005, Nr. 3/L.

ai sensi dell'art. 79 del D.P.Reg. 01.02.2005, n. 3/L.

der Gemeindesekretär - il Segretario comunale
Mirko Campo

„digital signiertes Dokument – documento firmato tramite firma digitale“

GEMEINDE
AHRNTAL



COMUNE
VALLE AURINA

PROVINZ BOZEN

PROVINCIA DI BOLZANO

**Beschlussniederschrift des
Bürgermeisters in Ausübung der
Befugnisse des
Gemeindeausschusses**

**Verbale di deliberazione del
Sindaco nell'esercizio delle
funzioni della Giunta comunale**

SITZUNG VOM – SEDUTA DEL
21.10.2020

UHR – ORE
12:25

DER BÜRGERMEISTER

hat sich in Ausübung der Befugnisse des
Gemeindeausschusses gemäß Art. 54, Absatz 6
des R.G. vom 03.05.2018, Nr. 2 im Rathaus zur
Behandlung des unten stehenden Gegenstandes
eingefunden.

IL SINDACO

presso il municipio nell'esercizio delle funzioni della
Giunta comunale come previsto dall'art. 54, comma
6 della L.R. del 03.05.2018, n. 2 procede alla
trattazione dell'oggetto sottoindicato.

Den Beistand leistet der Gemeindesekretär

Assiste il Segretario Comunale

Ernst Hofer

BESCHLUSS

DELIBERAZIONE

**CIG 7013131AC6 Führung einer
Kleinkindertagesstätte in St. Johann-
Technische Verlängerung des Auftrages an die
Sozialgenossenschaft Tagesmütter bis zum
30.06.2021**

**CIG 7013131AC6 Gestione microstruttura a San
Giovanni - proroga tecnica dell'incarico
all'impresa sociale Tagesmütter fino al
30.06.2021**

Gutachten zur Beschlussvorlage:

In Kenntnis der positiven Gutachten im Sinne des Art. 185 des Regionalgesetzes Nr. 2 vom 03.05.2018:

- Gutachten über die technische Ordnungsmäßigkeit mit dem elektronischen Fingerabdruck

Pareri sulla proposta di deliberazione:

Visti i pareri favorevoli ai sensi dell'art. 185 della legge regionale 03.05.2018, n. 2:

- parere sulla regolarità tecnica con l'impronta digitale

kwsjvAz73CTsewyOdFy7OwlhPwbyGKtlnBicbQd+yNo=

- Gutachten über die buchhalterische Ordnungsmäßigkeit mit Bestätigung der finanziellen Deckung mit dem elektronischen Fingerabdruck

- parere sulla regolarità contabile con attestata della copertura finanziaria con l'impronta digitale

TWCZZB83CGemtXZqEPUGEB0Avl2bdSJdesdfDJetdkk=

Der Gemeindeausschuss hat mit Beschluss Nr. 138 vom 29.03.2017 die Sozialgenossenschaft Tagesmütter mit der Führung der Kindertagesstätte in St. Johann vom 01.07.2017 bis zum 30.12.2020 beauftragt.

Am 25.05.2017 wurde mit der Sozialgenossenschaft Tagesmütter der diesbezügliche Dienstleistungsvertrag abgeschlossen (Repertorium Nr. 1009, Prot. Nr. 7045 vom 25.05.2017).

In Artikel 2 des besagten Vertrages wird festgehalten, dass sich der Auftragnehmer verpflichtet, den Dienst für weitere 6 Monate fortzuführen, sofern die Gemeinde die Ausschreibung noch nicht abgeschlossen hat bzw. eine neue Vergabe oder Verlängerung des Dienstes noch nicht verfügbar ist.

Laut Auskunft des Gemeindenverbandes (D3-Akt 10480) wird ein neues Auflagenheft für die Ausschreibung des Dienstes in Zusammenarbeit mit der zuständigen Landesagentur für Familie erarbeitet. Dies ist unter anderem aufgrund der Bestimmungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und der abgeänderten Normen notwendig.

Die Verlängerung des Dienstes bis zum 30.06.2021 ist somit notwendig um diesen essentiellen Dienst von allgemeinem Interesse bis zum Abschluss der neuen Ausschreibung aufrecht zu erhalten und die Ausschreibung mit den neu angepassten Unterlagen durchführen zu können.

Es wird als für sinnvoll und notwendig erachtet, die vertraglich festgelegte technische Verlängerung in Anspruch zu nehmen und die Sozialgenossenschaft Tagesmütter mit der Fortführung des Dienstes bis zum 30.06.2021 zu beauftragen.

Nach Einsichtnahme in:

- die vom Art. 185 des Regionalgesetzes Nr. 2 vom 03.05.2018 vorgeschriebenen Gutachten;
- das Landesgesetz Nr. 25 vom 12.12.2016;
- das L.G. Nr. 16 vom 17.12.2015;
- das GvD Nr. 50/2016;
- den Haushaltsplan des laufenden Jahres;
- das einheitliche Strategiedokument;
- die geltende Verordnung über das Rechnungswesen;
- die geltende Satzung dieser Gemeinde;
- den Kodex der örtlichen Körperschaften der autonomen Region Trentino-Südtirol (Regionalgesetz Nr. 2 vom 03.05.2018).

b e s c h l i e ß t
DER BÜRGERMEISTER

Im Sinne des Art. 54 Abs. 6 R.G. Nr. 2 vom 03.05.2018

1. die technische Verlängerung des Auftrages für die Führung der Kindertagesstätte in St. Johann bis zum 30.06.2021 im Sinne des Artikel 2 des Dienstleistungsvertrages vom 25.05.2017 (Prot. Nr. 7045/ Repertorium Nr. 1009);

2. als Leiter der Durchführung wird der zuständige Gemeindereferent ernannt;

Con la delibera n. 138 del 29.03.2017 la Giunta comunale ha incaricato la cooperativa sociale Tagesmütter con la gestione della microstruttura di San Giovanni dal 01.07.2017 al 30.12.2020.

Il 25.05.2017 è stato stipulato il relativo contratto con la cooperativa sociale Tagesmütter (Repertorium n. 1009, prot. n. 7045 del 25.05.2017)

L'articolo 2 del citato contratto stabilisce che l'appaltatore si impegna a proseguire il servizio per altri 6 mesi se il comune non ha ancora completato la procedura di gara o se non è ancora disponibile una nuova aggiudicazione o estensione del servizio.

Secondo le informazioni del Consorzio dei Comuni (atto D3 n. 10480), è in fase di elaborazione un nuovo capitolato d'oneri per la gara d'appalto del servizio, in collaborazione con l'agenzia provinciale per la famiglia. Ciò è necessario, tra l'altro, a causa delle norme relative alla pandemia COVID 19 e di norme modificate.

La proroga del servizio fino al 30.06.2021 è quindi necessario per mantenere questo servizio essenziale di interesse generale fino alla fine della nuova gara d'appalto e per poter svolgere la gara d'appalto con i nuovi documenti adattati.

Si ritiene opportuno e necessario avvalersi dell'estensione tecnica prevista dal contratto e affidare alla cooperativa sociale Tagesmütter la prosecuzione del servizio fino al 30.06.2021.

Visti:

- i pareri prescritti dall'art. 185 della legge regionale 03.05.2018, n. 2;
- la legge provinciale 12.12.2016, n. 25;
- la L.P. 17.12.2015, n. 16;
- il D.lgs. 50/2016;
- il bilancio preventivo corrente;
- il documento unico di programmazione;
- il vigente regolamento sulla contabilità;
- il vigente Statuto di questo Comune;
- il codice degli enti locali della regione autonoma Trentino-Alto Adige (legge regionale 03.05.2018, n. 2).

IL SINDACO
d e l i b e r a

ai sensi dell'art. 54 comma 6 L.R. n. 2 del 03.05.2018

1. la proroga tecnica del contratto per la gestione dell'asilo nido di San Giovanni fino al 30.06.2021 ai sensi dell'articolo 2 del contratto di servizi del 25 maggio 2017 (Prot. n. 7045/ Repertorio n. 1009);

2. di designare quale direttore dell'esecuzione l'assessore comunale competente;

3. Verbuchung im Haushaltsplan:

3. iscrizione al bilancio:

Betrag inkl. Mehrwertsteuer/ importo IVA inclusa :	vorgemerkte Verpflichtung impegno prenotato:
95.000,00	707/2017

Fälligkeit/scadenza: 2021

Öffentliche Dienstleistungsaufträge	21500/S/Art. 12011.03	Contratti di servizio pubblico
-------------------------------------	----------------------------------	--------------------------------

- | | |
|--|---|
| 4. die Verpflichtung für die regelmäßige Zahlung der Rechnungen zu übernehmen; | 4. di assumere l'impegno spese per un tempestivo pagamento delle fatture; |
| 5. die Ausstellung der diesbezüglich notwendigen Zahlungsaufträge anzuordnen; | 5. di ordinare l'emissione dei relativi mandati di pagamento; |

Gelesen, genehmigt und unterfertigt

Letto, confermato e sottoscritto

der Vorsitzende - il Presidente

der Gemeindesekretär - il Segretario Comunale

Geom. Helmut Gebhard Klammer

Ernst Hofer

Rechtsmittel: Gegen diesen Beschluss kann während seiner Veröffentlichung beim Gemeindevorstand Einspruch erhoben und innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit beim Regionalen Verwaltungsgericht Trentino-Südtirol – Autonome Sektion für die Provinz Bozen Rekurs eingebracht werden.

Betrifft der Beschluss die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, ist die Rekursfrist gemäß Art. 120, Abs. 5 des GvD Nr. 104/2010 auf 30 Tage ab Kenntnisnahme reduziert.

Mezzi d'impugnazione: Contro la presente deliberazione può essere presentata opposizione presso la Giunta comunale entro il periodo di pubblicazione e ricorso al Tribunale Regionale di Giustizia Amministrativa Trentino–Alto Adige – Sezione Autonoma per la Provincia di Bolzano entro 60 giorni dall'esecutività.

Se la deliberazione riguarda l'affidamento di appalti pubblici, il termine di ricorso è ridotto a 30 giorni dall'avvenuta conoscenza dell'atto, ai sensi dell'art. 120, c. 5 del D.Lgs. n. 104/2010.

Verpflichtung – Mandat

Digital signiertes Dokument

Documento firmato tramite firma digitale

GEMEINDE GSIES

Autonome Provinz Bozen - Südtirol

**COMUNE DI VALLE DI CASIES**

Provincia Autonoma di Bolzano-Alto Adige

**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES
GEMEINDEAUSSCHUSSES****VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA
GIUNTA COMUNALE**

SITZUNG VOM - SEDUTA DEL

UHRZEIT - ORE

04/08/2020**14:00**

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung enthaltenen Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.

Anwesend sind:

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge regionale sull'Ordinamento dei Comuni, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti questa Giunta Comunale.

Sono presenti:

		entschuldigt abwesend assente giustificato	unentschuldigt abwesend assente ingiustificato
Bürgermeister - Sindaco	Kurti TASCHLER		
Vizebürgermeister - Vicesindaco	Günther BACHMANN		
Gemeindereferent - Assessore	Walter STEINMAIR		
Gemeindereferentin - Assessore	Anna Maria STOCKER STOLL		

Schriftführer: der Gemeindesekretär Herr

Segretario: il Segretario comunale Signor

Dr. Josef OBERLEITER

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt

Constatato che il numero degli intervenuti è sufficiente per la legalità dell'adunanza,

Kurti TASCHLER

in seiner Eigenschaft als **Bürgermeister** den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet.

nella sua qualità di **Sindaco** assume la presidenza e dichiara aperto la seduta.

Behandelt wird folgender

Si tratta il seguente

GEGENSTAND:**OGGETTO:**

Kindertagesstätte St. Martin/Gsies - Anvertrauung der Führung für den Zeitraum 01.10.2020 bis 31.12.2021 - Definitiver Vergabebeschlag des Auftrages an die Sozialgenossenschaft "Die Kinderfreunde Südtirol"

Servizio di microstruttura di asilo nido a San Martino di Casies - affidamento della gestione per il periodo dal 01.10.2020 al 31.12.2021 - aggiudicazione definitiva dell'incarico alla cooperativa sociale "Die Kinderfreunde Südtirol"

CIG: 8362776D0F

X

unverzüglich vollstreckbar
immediatamente eseguibile

Betreff: Kindertagesstätte St. Martin/Gsies - Anvertrauung der Führung für den Zeitraum 01.10.2020 bis 31.12.2021 - Definitiver Vergabezuschlag des Auftrages an die Sozialgenossenschaft "Die Kinderfreunde Südtirol"

Oggetto: Servizio di microstruttura di asilo nido a San Martino di Casies - affidamento della gestione per il periodo dal 01.10.2020 al 31.12.2021 - aggiudicazione definitiva dell'incarico alla cooperativa sociale "Die Kinderfreunde Südtirol"

Vorausgeschickt, dass mit Beschluss des Gemeinderates Nr. 1 vom 27.03.2018 das Ausführungsprojekt „Abbruch und Wiederaufbau der Grundschule - Errichtung einer Kindertagesstätte und einer öffentlichen Bibliothek in St. Martin“ in technischer Hinsicht genehmigt wurde, und zwar mit einem Gesamtkostenvoranschlag von 5.145.630,58 Euro, davon 4.032.391,44 Euro (zzgl. MwSt.) für Arbeiten;

- dass mit eigenem Beschluss des Gemeindevorstandes Nr. 176 vom 26.06.2018 das Ausführungsprojekt in buchhalterischer Hinsicht sowie die Ausschreibung der Arbeiten genehmigt wurde;

- dass mit Beschluss des Gemeinderates Nr. 25 vom 29.10.2019 das Ausführungsprojekt Abbruch und Wiederaufbau der Grundschule - Errichtung einer Kindertagesstätte und einer öffentlichen Bibliothek in St. Martin - Projekt "Lieferung und Montage von Beleuchtung, Küche, Maßmöbel, Serienmöbel und Ausstattung für Neubau Grundschule mit Mensa, Kindertagesstätte und öffentliche Bibliothek - St. Martin/Gsies" in technischer Hinsicht genehmigt wurde, und zwar mit einem Gesamtkostenvoranschlag von 982.864,12 Euro;

- dass mit eigenem Beschluss des Gemeindevorstandes Nr. 418 vom 03.12.2019 das Ausführungsprojekt für die Lose 2, 3 und 4 betreffend Einrichtung, in buchhalterischer Hinsicht sowie die Ausschreibung der Arbeiten genehmigt wurde;

- dass mit eigenem Beschluss des Gemeindevorstandes Nr. 33 vom 28.01.2020 das Ausführungsprojekt für die Lose 5 und 6 in buchhalterischer Hinsicht sowie die Ausschreibung der Arbeiten genehmigt wurde;

- dass sowohl die Arbeiten als auch die Lieferaufträge vergeben wurden und der Termin für die Übergabe der Räumlichkeiten für die Kita auf den 09.09.2020 festgelegt wurde;

- dass deshalb das Verfahren für die Vergabe des Kindertagesstättendienstes in Gsies fortgesetzt werden kann;

- dass die Bekanntmachung der Marktrecherche samt Interessensbekundung ab dem 17.06.2020 bis zum 30.06.2020 auf der Amtstafel der Gemeinde Gsies veröffentlicht wurde;

- dass der Dienst auf der Grundlage des Auswahlverfahrens nach dem Kriterium des wirtschaftlich günstigsten Angebots, ausschließlich nach Preis, vergeben wird;

Premesso che con delibera del Consiglio comunale n. 1 del 27/03/2018 è stato approvato in via tecnica il progetto esecutivo "Demolizione e riedificazione della scuola elementare - costruzione di un asilo nido e di una biblioteca pubblica a San Martino" con un preventivo di spesa complessiva di Euro 5.145.630,58 di cui Euro 4.032.391,44 (più IVA) per lavori;

- che con propria delibera della Giunta comunale n. 176 del 26/06/2018 è stato approvato il progetto esecutivo in via contabile e l'avvio delle gare di appalto;

- che con delibera del Consiglio comunale n. 25 del 29/10/2019 è stato approvato in via tecnica il progetto esecutivo di "Demolizione e riedificazione della scuola elementare - costruzione di un asilo nido e di una biblioteca pubblica a S. Martino - progetto "Fornitura e montaggio dell'illuminazione, cucina, arredamento su misura, mobili di serie e attrezzatura per la nuova scuola elementare con mensa, asilo nido e biblioteca pubblica - San Martino/Valle di Casies" con un preventivo di spesa complessiva di Euro 982.864,12;

- che, relativamente agli arredi, con propria delibera della Giunta comunale n. 418 del 03/12/2019 è stato approvato il progetto esecutivo dei lotti 2, 3 e 4 in via contabile e l'avvio delle gare di appalto;

- che, relativamente agli arredi, con propria delibera della Giunta comunale n. 33 del 28/01/2020 è stato approvato il progetto esecutivo dei lotti 5 e 6 in via contabile e l'avvio delle gare di appalto;

- che sia i lavori che le forniture sono stati/e appaltati/e e che il termine per la consegna dei locali per l'asilo nido è stato fissato per il 09/09/2020;

- che pertanto si può procedere con la procedura di affidamento del servizio di microstruttura di asilo nido in Valle di Casies;

- che l'avviso d'indagine di mercato con manifestazione d'interesse è stata pubblicata dal 18/07/2019 al 29/07/2019 sull'albo pretorio del Comune di Valle di Casies;

- che il servizio sarà affidato sulla base della selezione dell'offerta secondo il criterio dell'offerta economicamente più vantaggiosa riferita al solo prezzo;

- dass innerhalb der vorgeschriebenen Frist Interessensbekundungen von Seiten von Wirtschaftsteilnehmer eingelangt sind;

- dass die Gemeindeverwaltung im Haushaltsplan die geschätzte Ausgabe für die externe Beauftragung mittels Verhandlungsverfahren bzw. Direktvergabe vorgesehen hat;

- dass als Ausschreibungsbetrag ein maximaler Stundenpreis pro Kind von 14,00 Euro (zzgl. 5% MwSt.) festgelegt wurde;

- dass die Gesamtanzahl der geschätzten abzuleistenden Stunden im Jahr 2020 ca. 1.800 Stunden beträgt und im Jahr 2021 ca. 7.200 Stunden;

- dass somit ein geschätzter Gesamtausschreibewert, bei 9.000 Stunden, mit 126.000,00 Euro (zzgl. 5% MwSt.) geschätzt wurde;

- dass demzufolge das Angebot mit prozentuellem Abschlag auf den Ausschreibungsbetrag zu stellen ist.

Festgehalten, dass die Dauer der ersten Auftrages auf insgesamt 15 Monate festgelegt wurden, um Erfahrungswerte bezüglich der tatsächlichen Auslastung der Struktur zu erhalten;

- dass die Verwaltung folgende Organisationen zur Einreichung eines Vorschlages aufgefordert hat:

- che entro il termine previsto sono pervenute manifestazioni d'interesse da parte di operatori economici;

- che l'amministrazione comunale ha previsto nel bilancio di previsione, la spesa stimata per l'affidamento a terzi del servizio mediante gara con procedura negoziata o affidamento diretto;

- che come importo a base d'asta è stato fissato una tariffa oraria massima per bambino di Euro 14,00 (più 5% IVA);

- che il numero totale di ore di servizio stimate è pari a ca. 1.800 per il 2020 e a circa 7.200 ore per il 2021;

- che pertanto il valore totale stimato dell'affidamento risulta essere di Euro 126.000,00 (più 5% IVA) per ca. 9.000 ore;

- che in tal senso l'offerta va presentata come percentuale di ribasso sull'importo a base d'asta.

Preso atto che la durata del primo contratto è stata fissata in totale a 15 mesi al fine di poter acquisire esperienza relativamente all'effettivo utilizzo della struttura;

- che l'amministrazione ha invitato le seguenti organizzazioni a presentare un preventivo:

Firma / ditta	Sitz / Sede	MwSt.-Nr. / Part. IVA
Casa Bimbo Tagesmutter s.c. ONLUS	Bozen / Bolzano	01576970212
Sozialgenossenschaft / Cooperativa Sociale Coccinalla	Bozen / Bolzano	01570630218
Sozialgenossenschaft „Die Kinderfreunde Südtirol“ Cooperativa Sociale	Bruneck / Brunico	02611570215
Verein / Associazione „Die Kinderwelt Onlus	Meran / Merano	02322060217
Xenia Sozialgenossenschaft / Società Cooperativa Sociale ONLUS	Bozen / Bolzano	02526100215
Sozialgenossenschaft „Babycoop“ Società Cooperativa Sociale	Bozen / Bolzano	01710790211
Società Cooperativa Sociale Babel Sozialgenossenschaft	Bozen / Bolzano	02635670215

- dass innerhalb des vorgeschriebenen Termins am 28.07.2020 um 10.00 Uhr, folgende Organisation ein gültiges Angebot abgegeben hat:

- che entro il termine prescritto delle ore 10.00 del 28.07.2020, la seguente organizzazione ha presentato una offerta valida:

Firma ditta	Abschlag ribasso	Angebot in Euro offerta in Euro
Sozialgenossenschaft „Die Kinderfreunde Südtirol“ Cooperativa Sociale	5,99%	13,16 Euro Stundenpreis pro Kind / tariffa oraria per bambino

- dass die Abwicklung der Direktvergabe sowie die Öffnung des Angebotes über das Portal der Einheitlichen Vergabestelle des Landes (AOV-ISOV) erfolgt ist, und dass laut der am 04.08.2020 erfolgten Prüfung des in digitaler Form abgegebenen Angebotes ergeben hat, dass die Sozialgenossenschaft „Die Kinderfreunde Südtirol“ aus Bruneck das Angebot in Höhe von 13,16 Euro (zzgl. 5% MwSt.) pro Stunde und Kind abgegeben hat.

- che lo svolgimento dell'affidamento diretto, inclusa la fase di apertura dell'offerta è stato effettuato con l'utilizzo del portale della centrale unica di committenza della provincia (ACP-SICP) e che a fronte della verifica della offerta presentata in forma digitale, effettuato in data 04.08.2020, è risultato che la ditta „Die Kinderfreunde Südtirol“ Cooperativa Sociale di Brunico, ha presentato l'offerta per un importo orario di Euro 13,16 (più 5% di IVA) per bambino.

Festgestellt, dass nach erfolgter Überprüfung der allgemeinen Voraussetzungen der definitive Vergabezuspruch der Dienstleistung an die Firma Sozialgenossenschaft „Die Kinderfreunde Südtirol“ aus Bruneck beschlossen werden kann;

Nach Einsichtnahme in die Bescheinigung DURC der Firma Sozialgenossenschaft „Die Kinderfreunde Südtirol“, gültig bis 18.08.2020;

Nach Einsichtnahme in das Landesgesetz Nr. 16 vom 17.12.2015, i.g.F. sowie des G.v.D. Nr. 50/2016, betreffend die Bestimmungen über die öffentlichen Auftragsvergaben;

Nach Einsichtnahme in die Verordnung zur Regelung der Verträge genehmigt mit Ratsbeschluss Nr. 23/2010 sowie in die Verordnung über die Durchführung von Arbeiten, Lieferungen und Dienstleistungen in Regie, genehmigt mit Ratsbeschluss Nr. 24/2010;

Nach Einsichtnahme in das einheitliche Strategiedokument 2020-2022 (DUP) und in den Haushaltsvoranschlag 2020, genehmigt mit Gemeinderatsbeschlüssen Nr. 37 und 38 vom 19.12.2019, rechtskräftig;

Nach Einsichtnahme in die folgenden Gutachten im Sinne der Artt. 185 und 187 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit R.G. vom 03.05.2018 Nr. 2:

Preso atto che, espletate le dovute verifiche dei requisiti generali, si può pertanto procedere all'aggiudicazione definitiva del servizio alla ditta "Die Kinderfreunde Südtirol" Cooperativa Sociale di Brunico;

Visto il certificato DURC della ditta ditta "Die Kinderfreunde Südtirol" Cooperativa Sociale, valido fino al 18.08.2020;

Preso visione della legge provinciale n. 16 del 17.12.2015, e successive modifiche nonché del D.lgs. n. 50/2016, relativi alle disposizioni sugli appalti pubblici;

Visto il regolamento comunale per la disciplina dei contratti, approvato con delibera consiliare n. 23/2010, nonché nel regolamento comunale per l'esecuzione di lavori, forniture e servizi in economia, approvato con delibera consiliare n. 24/2010;

Visto il documento unico di programmazione 2020-2022 ed il bilancio di previsione 2020, approvati rispettivamente con deliberazioni del Consiglio comunale n. 37 e n. 38 in data 19.12.2019, già esecutive;

Visto i seguenti pareri ai sensi dell'art. 185 e dell'art. 187 del Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con L.R. del 03.05.2018 n. 2:

hinsichtlich der fachlichen
Ordnungsmäßigkeit:

Positiv - digital signiert von der / dem Verantwortlichen des zutreffenden Dienstes *Dr. Josef Oberleiter*, am 04/08/2020, Prot.Nr. 0008388 mit dem elektronischen Fingerabdruck Nr. *cm0dINiuECFvx35T8zsenwcvRAU85pyQd3MUOX5SRmE=*;

in ordine alla regolarità
tecnico-amministrativa:

Positivo - firmato tramite firma digitale dal / dalla responsabile del relativo servizio *Dr. Josef Oberleiter*, in data 04/08/2020, n. prot. 0008388 con impronta digitale n. *cm0dINiuECFvx35T8zsenwcvRAU85pyQd3MUOX5SRmE=*;

hinsichtlich der buchhalterischen
Ordnungsmäßigkeit:

Positiv - digital signiert von der / dem Verantwortlichen des zutreffenden Dienstes *Werner Burger*, am 30/07/2020, Prot.Nr. 0008258 mit dem elektronischen Fingerabdruck Nr. *wonktUP9hlgUKbf/qgndLbmmBYAiTbg+CBfyUV5MSpQ=*;

in ordine alla regolarità
contabile:

Positivo - firmato tramite firma digitale dal / dalla responsabile del relativo servizio *Werner Burger*, in data 30/07/2020, n. prot. 0008258 con impronta digitale n. *wonktUP9hlgUKbf/qgndLbmmBYAiTbg+CBfyUV5MSpQ=*;

In die geltende Gemeindeordnung und in die Satzung dieser Gemeinde wurde Einsicht genommen;

Visto l'Ordinamento dei Comuni vigente e lo statuto di questo Comune;

beschließt

la Giunta comunale

der Gemeindevorstand

delibera

einstimmig,

unanimemente

- den definitiven Vergabezuspruch an die Firma **Sozialgenossenschaft „Die Kinderfreunde Südtirol“** mit Sitz in Bruneck, Rienzfeldstraße Nr. 30, MwSt.- und St.Nr. 02611570215 der Anvertrauung der Führung der Kindertagesstätte St. Martin/Gsies für den Zeitraum 01.10.2020 bis 31.12.2021, zu erteilen, und zwar laut Angebot vom 04.08.2020 zum maximalen Vertragswert von **118.440,00 Euro** (zzgl. 5% MwSt.);
- festzuhalten, dass der Stundensatz 13,16 Euro pro Kind beträgt und dass die maximale Gesamtausgabe für die ganze Periode 118.440,00 Euro (zzgl. 5% MwSt.) beträgt;

- di aggiudicare definitivamente la gestione del servizio di microstruttura di asilo nido a San Martino di Casies per il periodo dal 01.10.2020 al 31.12.2021, alla ditta **„Die Kinderfreunde Südtirol“ Cooperativa Sociale** con sede a Brunico, Via Campi della Rienza n. 30, part. Iva e C.F. 02611570215, come da offerta d.d. 04.08.2020 per un importo contrattuale massimo di **Euro 118.440,00** (più 5% IVA);
- di prendere atto che il compenso orario spettante è di Euro 13,16 per bambino e che il valore totale massimo di spesa per l'intero periodo è di Euro 118.440,00 (più 5% IVA);

3. die Maximalausgabe von **124.362,00 Euro** (*Jahr 2020: 24.872,40 Euro, Jahr 2021: 99.489,60 Euro*) gemäß nachstehender Übersicht zu verpflichten:
3. di impegnare la spesa di **Euro 124.362,00** (*anno 2020: Euro 24.872,40, anno 2021: Euro 99.489,60*) come risulta dal seguente prospetto:

<i>Verpflichtung Nr. / Jahr impegno n. / anno</i>	<i>Kapitel / Artikel capitolo / articolo</i>	<i>Kompetenz / competenza</i>	<i>Betrag importo</i>
396/2020	12011.03.21500	2020	24.872,40 €
396/2020	12011.03.21500	2021	99.489,60 €

4. zugunsten des Betreibers die fakturierten Beträge bis zu einer Maximalausgabe von 124.362,00 (inkl. 5% MwSt.) Euro nach Abwicklung des erteilten Auftrages und nach Vorlage der elektronischen Rechnungen zu liquidieren;
4. di liquidare al gestore gli importi fatturati fino ad un massimale di Euro 124.362,00 (5% IVA incl.) previa evasione dell'incarico conferitogli e presentazione delle fatture elettroniche;
5. der für die obgenannten Leistungen geschuldete Betrag mittels Bankgutschrift auf das zweckgebundene K/K im Sinne des Gesetzes vom 10.08.2010, Nr. 136, zu überwiesen;
5. di versare l'importo dovuto per le prestazioni di cui anzi, tramite bonifico bancario sul c/c dedicato e ciò ai sensi della Legge 10.08.2010, n. 136;
6. Der Vertrag ist in den vom Art. 37 Abs. 1 des LG. Nr. 16/2015 vorgesehen Modalitäten abzuschließen bzw. im Sinne des Art. 3 der Gemeindeverordnung zur Regelung der Verträge, mittels Privaturkunde.
6. Il contratto verrà stipulato nelle forme di cui all'art. 37 comma 1 della L.P. n. 16/2015 ovvero ai sensi dell'art. 3 del regolamento comunale per la disciplina dei contratti in forma di scrittura privata.
7. Dieser Beschluss wird mit einer weiteren Abstimmung mit einstimmigem Ausgang im Sinne von Artikels 183 Abs. 4 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit R.G. vom 03.05.2018 Nr. 2, für unverzüglich vollstreckbar erklärt, um den Dienst unverzüglich in Auftrag geben zu können.
7. Si dichiara, con ulteriore votazione unanimemente espressa, la presente deliberazione immediatamente esecutiva ai sensi dell'art. 183 comma 4 del Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con L.R. del 03.05.2018 n. 2, al fine di poter affidare celermente il servizio.

(JO/KA)

Gelesen, genehmigt und gefertigt

Der Vorsitzende
Il Presidente

Kurti TASCHLER



Letto, confermato e sottoscritto

der Gemeindesekretär
il Segretario comunale

Dr. Josef OBERLEITER

digital signiertes Dokument - documento firmato tramite firma digitale

Gegen diesen Beschluss kann jeder Bürger während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung an der Amtstafel der Gemeinde Einspruch an den Gemeindevorschuss einbringen. Innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit des Beschlusses kann Rekurs beim Verwaltungsgerichtshof - Autonome Sektion Bozen - eingereicht werden.

Das Original dieses Dokuments wird in den digitalen Archiven der Gemeinde Gsies im Sinne des Art. 22 des CAD aufbewahrt.

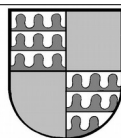
Der gegenständliche Beschluss wird für 10 aufeinanderfolgende Tage vom 06/08/2020 an der digitalen Amtstafel dieser Gemeinde veröffentlicht.

Avverso la presente deliberazione ogni cittadino può presentare opposizione alla giunta comunale entro il periodo di pubblicazione all'albo comunale. Entro 60 giorni dalla data della sua esecutività può essere presentato ricorso presso il tribunale amministrativo regionale - Sezione Autonoma di Bolzano.

L'originale del presente documento è conservato negli archivi informatici del Comune di Valle di Casies ai sensi dell'art 22 del CAD.

La presente delibera viene pubblicata per 10 giorni consecutivi dal 06/08/2020 all'Albo Pretorio digitale di questo comune.

GEMEINDE VAHRN
Provinz Bozen



COMUNE DI VARNA
Provincia di Bolzano

**BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT
DES GEMEINDEAUSSCHUSSES**

**VERBALE DI DELIBERAZIONE
DELLA GIUNTA COMUNALE**

Sitzung vom-Seduta del
30.12.2019

Uhr - ore
17:00

Nach Erfüllung der im geltenden Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol enthaltenen Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dal Codice degli enti locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti di questa Giunta comunale.

Anwesend sind:

Sono presenti:

			entschuldigt abwesend assente giustificato	unentschuldigt abwesend assente ingiustificato
Andreas SCHATZER	Bürgermeister	Sindaco		
Josef TAUBER	Vize-Bürgermeister	Vicesindaco		
Heinrich BRUGGER	Gemeindereferent	Assessore		
Anna KAINZWALDNER ÖTTL	Gemeindereferentin	Assessore		
Walter KERER	Gemeindereferent	Assessore		
Dietmar PATTIS	Gemeindereferent	Assessore		

Der Gemeindesekretär

Il Segretario comunale

Alexander BRAUN

leistet den Beistand.

assiste.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt

Riconosciuto legale il numero degli intervenuti

Andreas SCHATZER

in seiner Eigenschaft als **Bürgermeister** den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet.

nella sua qualità di **Sindaco** assume la presidenza e dichiara aperta la seduta.

Behandelt wird folgender

Si tratta il seguente

GEGENSTAND

OGGETTO

**Anvertraung des Kindertagesstättendienstes in Vahrn für den Zeitraum 01.01.2020 bis 31.12.2021 - Auftragserteilung
CIG 8145819E7A**

**Affidamento del servizio di microstruttura a Varna per il periodo 01.01.2020 fino al 31.12.2021 - conferimento incarico
CIG 8145819E7A**

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

In der Gemeinde Vahrn ist eine Kindertagesstätte mit einer Aufnahmekapazität von 20 Plätzen errichtet.

Die Vereinbarung zur Führung der Kindertagesstätte Vahrn verfällt am 31.12.2019.

Daher ist es notwendig, die Führung des Kindertagesstättendienstes für den Zeitraum 01.01.2020-31.12.2021 mittels Vergabeverfahren auszuschreiben.

Vom 02.09.2019 bis 09.12.2019 und vom 09.12.2019 bis 12.12.2019 wurden diesbezügliche Bekanntmachungen zur Ermittlung von Wirtschaftsteilnehmern für die Einladung zum Ausschreibungsverfahren auf der digitalen Amtstafel der Gemeinde veröffentlicht.

Mit Beschluss des Gemeindevausschusses Nr. 738/2019 wurde beschlossen, den Dienst betreffend die Führung der Kindertagesstätte in Vahrn mittels Verhandlungsverfahren gemäß Art. 58, Absatz 1, Buchstabe c) des Landesgesetzes vom 17.12.2015, Nr. 16 auszuschreiben.

Die Sozialgenossenschaft Coccinella Onlus hat mit einem Angebot von 528.000,00 Euro, was einem Einheitspreis pro Stunde von 11,00 Euro entspricht, das preisgünstigste Angebot unterbreitet.

In Erwägung, dass die Finanzierung der gegenständlichen Arbeiten sichergestellt ist.

Nach Einsichtnahme in das G.V.D. Nr. 50/2016 und in das L.G. Nr. 16/2015.

Nach Einsichtnahme in das administrative und buchhalterische Gutachten im Sinne der Artikel 185 und 187 des R.G. vom 03.05.2018, Nr. 2, beide positiv.

Nach Einsichtnahme in die Buchhaltungs- und Finanzordnung der Gemeinden und Bezirksgemeinschaften, genehmigt mit L.G. 25/2016.

Nach Einsichtnahme in den Kodex der Örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, genehmigt mit R.G. vom 03.05.2018, Nr. 2,

b e s c h l i e ß t
einstimmig,

- 1) die Führung der Kindertagesstätte in Vahrn für den Zeitraum 01.01.2020-31.12.2021 an die Sozialgenossenschaft COCCINELLA Onlus gemäß Angebot vom 19.12.2019 zu einem Stundensatz von 11,00 Euro zu vergeben;

LA GIUNTA COMUNALE

Nel Comune di Varna è stato realizzato un servizio di microstruttura, con una capacità ricettiva per l'accoglienza di 20 bambini.

La convenzione del servizio di microstruttura di Varna scadrà in data 31.12.2019.

Per questo è necessario bandire la gestione del servizio di microstruttura per il periodo dal 01.01.2020 al 31.12.2021 mediante procedura negoziata.

Dal 02.12.2019 al 09.12.2019 e dal 09.12.2019 al 12.12.2019 sono stati pubblicati all'Albo Pretorio digitale del Comune rispettivi avvisi per l'individuazione di operatori economici da invitare alla gara.

Che la Giunta comunale con delibera n. 738/2019 ha deliberato di appaltare il servizio per la gestione del servizio di microstruttura a Varna tramite procedura negoziata ai sensi dell'art. 58, comma 1, lettera c) della legge provinciale del 17.12.2015, n. 16.

La coop.sociale Coccinella onlus ha presentato l'offerta più economica con 528.000,00 Euro, che corrisponde ad una tariffa oraria di 11,00 Euro.

Dato atto che il finanziamento di detti lavori è assicurato.

Visto il Decreto Legislativo n. 50/2016 e la L.P. n. 16/2015.

Visto il parere tecnico-amministrativo e contabile ai sensi degli articoli 185 e 187 della L.R. del 03.05.2018, n. 2, entrambi positivi.

Visto l'Ordinamento finanziario e contabile dei comuni e delle comunità comprensoriali approvato con L.P. 25/2016.

Visto il Codice degli Enti Locali della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, approvato con la L.R. del 03.05.2018, n. 2,

ad unanimità di voti
d e l i b e r a

- 1) di affidare la gestione della microstruttura di Varna per il periodo dal 01.01.2020-31.12.2021 alla coop.sociale COCCINELLA onlus in base all'offerta del 19.12.2019 ad una tariffa oraria di 11,00 Euro;

- 2) festzuhalten, dass sich der Vergabebetrag für die gesamte Laufzeit auf insgesamt 528.000,00 Euro zuzüglich MwSt. beläuft;
- 3) festzuhalten, dass die definitive Kautions 2,00% der Vergabesumme beträgt;
- 4) den Bürgermeister zu beauftragen und ihn zu ermächtigen, die entsprechenden Verträge einschließlich des Mietvertrages zu unterzeichnen und notwendige Abänderungen, Ergänzungen und Änderungen formeller Art und unwesentlichen Inhaltes vorzunehmen;
- 5) diesen Beschluss für sofort vollziehbar zu erklären.

Gegen diesen Beschluss kann während des Zeitraums seiner Veröffentlichung Einspruch beim Gemeindevorstand und innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit desselben beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof in Bozen Rekurs eingelegt werden. Im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe beträgt die Rekursfrist 30 Tage (Art. 119 und 120, GvD Nr. 104/2010), für Wahlhandlungen gelangen die Art. 126-132 des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 104/2010 zur Anwendung.

- 2) di tener conto che l'importo d'appalto per l'intero periodo ammonta a complessivamente 528.000,00 Euro più IVA;
- 3) di prendere atto che la cauzione definitiva ammonta al 2,00% dell'importo d'appalto;
- 4) di incaricare e di autorizzare il Sindaco a sottoscrivere i relativi contratti compreso il contratto di locazione conferendogli mandato di apportare eventuali modifiche, integrazioni e variazioni di carattere formale e di modesto contenuto;
- 5) di dichiarare immediatamente eseguibile la presente delibera.

Contro la presente deliberazione può essere presentata opposizione alla giunta comunale entro il periodo di pubblicazione e entro 60 giorni dall'esecutività della stessa può essere presentato ricorso al Tribunale di giustizia amministrativa di Bolzano. Nell'ambito dell'affidamento pubblico il termine entro quale ricorrere è di 30 giorni (art. 119 e 120 D.Lgs. n. 140/2010), per atti riguardanti le elezioni vengono applicati gli artt. 126-132 del decreto legislativo n. 104/2010.

digital signiertes Dokument - documento firmato digitalmente

Der Vorsitzende / Il Presidente

Andreas SCHATZER

Der Gemeindesekretär / Il Segretario comunale

Alexander BRAUN

Unterschrift auf Dokument in Papierform nicht angebracht im Sinne des Art. 3 Gv.D. Nr. 39/1993

Originales elektronisches Verwaltungsdokument erstellt und aufbewahrt gemäß Vorschriften des Art. 71 Gv.D. Nr. 82/2005

Firma autografa omessa su documento in forma cartacea ai sensi dell'art. 3 D.Lgs. n. 39/1993

Documento amministrativo elettronico originale redatto e conservato secondo le prescrizioni dell'art. 71 D.Lgs. n. 82/2005

Beschluss vom 30. Juli 2019, Nr. 666

Genehmigung der Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und der Tagesmütter- /Tagesväterdienstes und Widerruf des Beschlusses Nr. 1198 vom 20. November 2018

ANLAGE A

Richtlinien für die Finanzierung der Kindertagesstätten und des Tagesmütter-/Tagesväterdienstes

Art. 9

Tarif zu Lasten der Nutzerfamilien

1. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien wird auf der Grundlage des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30](#), in geltender Fassung, festgelegt. Der Stundentarif der Nutzerfamilien umfasst sämtliche Kosten, auch für Windeln, sämtliche Mahlzeiten sowie Hygieneprodukte. Für Sonderwünsche und -anschaffungen der Eltern müssen die Familien selbst aufkommen.
2. Die Tarfbeteiligung der Nutzerfamilien laut Absatz 1 sieht einen Mindeststundentarif von 0,90 Euro und einen Höchststundentarif von 3,65 Euro einschließlich Mehrwertsteuer vor.
3. Der Mindest- und Höchststundentarif kann von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden neu festgelegt werden.
4. Die Tarifregelung laut Absatz 2 gilt für höchstens 1.920 Stunden jährlich pro Kind, oder gegebenenfalls reduziert im Verhältnis zur kürzeren Dauer des Betreuungsvertrags. Übersteigen die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden dagegen das Höchstmaß der im Rahmen der Tarifregelung festgelegten Betreuungsstunden, so gehen diese vollständig zu Lasten der Nutzerfamilien.
5. Den Nutzerfamilien werden die im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstunden gemäß Tarifregelung in Rechnung gestellt, unter Berücksichtigung der Obergrenze laut Absatz 4 sowie eventueller Abwesenheiten wegen Urlaubs oder Krankheit laut den Absätzen 6 und 7.
6. Nicht in Rechnung gestellt werden bei ganzjährigem Besuch der Einrichtung vier Wochen, in denen das Kind wegen Urlaubs abwesend ist, bzw. bei nicht ganzjährigem Besuch ein proportional reduzierter Zeitraum. Zu diesem Urlaubszeitraum kommen die Tage hinzu, an denen die Einrichtung aus sonstigen Gründen geschlossen bleibt oder der Tagesmütter-/Tagesväterdienst wegen Urlaubs nicht erbracht wird. Es steht den Vertragspartnern frei, den Zeitraum der Abwesenheit aus Urlaubsgründen zu verlängern, wobei die Vertragsparteien auch vereinbaren, welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien während dieser Urlaubsverlängerung bzw. welchen Kostenanteil die Nutzerfamilien nach Überschreitung der Urlaubszeit übernehmen. Der Kostenanteil zu Lasten der Nutzerfamilien darf in keinem Fall den vertraglich vereinbarten Stundensatz im Falle von einer Kindertagesstätte bzw. den konventionellen Stundensatz im Falle einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters überschreiten. Alle Abwesenheitszeiten aus Urlaubsgründen werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.
7. Bei Krankheit des Kindes werden den Nutzerfamilien auf der Grundlage des jeweiligen Tarifs die Abwesenheitstage in Rechnung gestellt, sofern die Familie, innerhalb des ersten Abwesenheitstags, die Trägerkörperschaft über die voraussichtliche Krankheitsdauer informiert und bei Wiedereintritt des Kindes die ärztliche Krankheitsbescheinigung ohne Angabe des Krankheitsgrundes vorlegt. Wird die ärztliche Bescheinigung nicht vorgelegt, so trägt die Familie ab dem vierten Tag der ungerechtfertigten Abwesenheit des Kindes den vollen Stundensatz. Berücksichtigt werden die vertraglich vereinbarten Betreuungstage, ausgenommen Wochenenden, Feiertage und eventuelle weitere Tage, an denen der Dienst nicht erbracht wird. Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als vier Wochen kann die Familie vom Vertrag zurücktreten, wobei Vorrang bei der Wiederaufnahme in den Dienst nach Krankheitsablauf besteht.
8. Lehnt die Familie ohne ausreichende Begründung einen Betreuungsplatz in der Wohnsitzgemeinde bzw. in der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, ab, um das Kind in einer anderen Gemeinde betreuen zu lassen, so kann der Stundentarif zu Lasten der Familie um 1,00 Euro, Mehrwertsteuer inbegriffen, erhöht werden. In diesem Fall wird der Anteil der Wohnsitzgemeinde bzw. der Gemeinde, in der das Kind den ständigen Aufenthalt hat, entsprechend reduziert.
9. Es steht der Trägerkörperschaft frei, die Familie von der Bezahlung des geschuldeten Tarifs zu befreien, um besonderen familiären Bedürfnissen entgegen zu kommen (wie z.B. Krankheit von Familienmitgliedern mit Wohnsitz außerhalb Südtirols, Unmöglichkeit, die Kündigungsfrist bei Rücktritt einzuhalten). Diese Stunden werden nicht von der öffentlichen Hand mitfinanziert.

**BEZIRKSGEMEINSCHAFT
WIPPTAL****COMUNITÀ COMPENSORIALE
WIPPTAL**

Sitz in Sterzing, Bahnhofstr. 1
Provinz Bozen

Sede in Vipiteno, Via Stazione 1
Provincia di Bolzano

**Beschlussniederschrift
des Bezirksausschusses**
**Verbale di deliberazione
della Giunta comprensoriale**

SITZUNG VOM - SEDUTA DEL
21.11.2017

UHR - ORE
08:00

Nach Erfüllung der im geltenden Regionalgesetz über die Gemeindeordnung, in der geltenden Satzung und in der geltenden Geschäftsordnung enthaltenen Formschritten wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Bezirksverwaltungs Ausschusses einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dalla vigente Legge Regionale sull'Ordinamento dei Comuni, dallo statuto vigente e dal regolamento interno vigente, sono stati per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti di questa Giunta comprensoriale.

Anwesend sind - Presenti sono:		entschuldigt abwesend assente giustificato	unentschuldigt abwesend assente ingiustificato
Karl Polig	Präsident/Presidente		
Dolores Oberhofer	Mitglied/Membro		
Herbert Seeber	Mitglied/Membro		

Seinen Beistand leistet die Generalsekretärin, Frau

Assiste la Segretaria generale, sig.ra

Laura Lastri

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt Herr

Constatato che il numero degli intervenuti è sufficiente per la legalità dell'adunanza, il Signor

Karl Polig

in seiner Eigenschaft als Präsident den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet.

nella sua qualità di Presidente ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta.

Der Ausschuss behandelt folgenden

La Giunta passa alla trattazione del seguente

GEGENSTAND**OGGETTO**

CIG 7159047878
Genehmigung der Protokolle und des Ergebnisses der Vergabe des Dienstes zur Führung der Kindertagesstätten der Bezirksgemeinschaft Wipptal für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.12.2022, an die Sozialgenossenschaft Casa Bimbo Tagesmutter, Bozen

CIG 7159047878
Approvazione dei verbali e del risultato dell'affidamento della gestione del servizio delle microstrutture della Comunità comprensoriale Wipptal per il periodo dal 01.01.2018 al 31.12.2022, alla Cooperativa sociale Casa Bimbo Tagesmutter, Bolzano

Beschlussnr. 335 vom 21.11.2017

Gegenstand: CIG 7159047878
Genehmigung der Protokolle und des Ergebnisses der Vergabe des Dienstes zur Führung der Kindertagesstätten der Bezirksgemeinschaft Wipptal für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.12.2022, an die Sozialgenossenschaft Casa Bimbo Tagesmutter, Bozen

BERICHTERSTATTER:
Der Präsident Karl Polig

VORAUSSCHICKT:

- dass mit Bezirksausschussbeschluss Nr. 253 vom 27.07.2017 die Vergabe des Dienstes zur Führung der Kindertagesstätten der Bezirksgemeinschaft Wipptal für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.12.2022 genehmigt wurde;

- dass die Ausschreibungsunterlagen mittels des Portals der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol veröffentlicht wurden;

Festgehalten, dass innerhalb des festgesetzten Termins, (17.10.2017, 09:00 Uhr) nur das Angebot der „Casa Bimbo - Tagesmutter – Sozialgenossenschaft Onlus“ eingegangen ist;

Festgestellt, dass am 24.10.2017 die Öffnung der Umschläge, welche die verwaltungsmäßige Dokumentation und das technische Angebot enthalten, stattgefunden hat;

- dass mit Beschluss des Bezirksausschusses Nr. 318 vom 26.10.2017 die technische Kommission zur Vergabe des Dienstes zur Führung der Kindertagesstätten der Bezirksgemeinschaft Wipptal für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.12.2022 ernannt wurde;

Festgestellt, dass am 13.11.2017 die technische Bewertungskommission in geheimer Sitzung die Bewertung des Angebotes vornahm;

Festgestellt, dass am 15.11.2017 die Öffnung des Umschlages, welcher das wirtschaftliche Angebot enthält, stattgefunden hat;

Nach Einsichtnahme in die Protokolle der oben genannten Sitzungen;

Nach Einsichtnahme in das Landesgesetz Nr. 16/2015 „Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe“;

Nach Einsichtnahme in das G.v.D. 50/2016;

Für notwendig erachtet, diesen Beschluss als sofort vollstreckbar zu erklären, damit die Überprüfung der vorgeschriebenen Voraussetzungen durchgeführt werden können;

Nach Einsichtnahme in die Verfügbarkeit des Haushaltes;

Nach Einsichtnahme in die im Sinne des Art. 81 des D.P.Reg. Nr. 3/L vom 01.02.05 und im Sinne des Art. 31, Absatz 6 der Satzung der Bezirksgemeinschaft Wipptal, wie folgt abgegebenen Gutachten:

- Positives fachlich administratives Gutachten abgegeben von Christina Tinkhauser am 20.11.2017 elektronischen Fingerabdruck des Gutachtens (kzmNAOkESvuRPqTqPhAvL//4fhWASqbRnFfwAeQa0/c=)
- Positives buchhalterisches Gutachten abgegeben von Robert Sparber am 20.11.2017 elektronischen Fingerabdruck des Gutachtens (qe3MHlFNhEzDRaS8PyvNmpYCVA38aprywy8Wn0pOpE=)

Nach Einsichtnahme in das L.G. über die Ordnung der Bezirksgemeinschaften;

Nach Einsichtnahme in die geltende Satzung dieser Bezirksgemeinschaft und in die geltende Gemeindeordnung;

Delibera n. 335 del 21.11.2017

Oggetto: CIG 7159047878
Approvazione dei verbali e del risultato dell'affidamento della gestione del servizio delle microstrutture della Comunità comprensoriale Wipptal per il periodo dal 01.01.2018 al 31.12.2022, alla Cooperativa sociale Casa Bimbo Tagesmutter, Bolzano

RELATORE:
Il Presidente Karl Polig

PREMESSO:

- che con delibera di giunta comprensoriale n. 253 del 27.07.2017 è stato approvato l'affidamento della gestione del servizio delle microstrutture della Comunità comprensoriale Wipptal per il periodo dal 01.01.2018 al 31.12.2022;

- che la documentazione di gara è stata pubblicata tramite il portale della Provincia Autonoma di Bolzano-Alto Adige;

Dato atto che entro il termine fissato (17.10.2017, ore 09:00) è pervenuto solo l'offerta della "Casa Bimbo - Tagesmutter – Società cooperativa sociale onlus“;

Constatato che il 24.10.2017 sono state aperte le buste contenenti la documentazione amministrativa e l'offerta tecnica;

- che con delibera della giunta comprensoriale n. 318 del 26.10.2017 è stata nominata la commissione tecnica per l'affidamento della gestione del servizio delle microstrutture della Comunità comprensoriale Wipptal per il periodo dal 01.01.2018 al 31.12.2022;

Constatato che il 13.11.2017 la commissione tecnica ha valutato in sede riservata l'offerta tecnica;

Constatato che il 15.11.2017 è stata aperta la busta contenente l'offerta economica;

Visti i verbali delle anzidette sedute;

Vista la legge provinciale n. 16/2015 "Disposizioni sugli appalti pubblici“;

Visto il D.Lgs. 50/2016;

Ritenuto opportuno dichiarare la presente delibera immediatamente esecutiva, per poter verificare il possesso dei prescritti requisiti;

Vista la disponibilità di bilancio;

Visti i pareri espressi ai sensi dell'art. 81 del DPR n. 3/L del 01.02.05 e ai sensi dell'art. 31, comma 6 dello Statuto della Comunità comprensoriale Wipptal:

- parere tecnico amministrativo Positivo espresso da Christina Tinkhauser il 20.11.2017, impronta digitale del parere (kzmNAOkESvuRPqTqPhAvL//4fhWASqbRnFfwAeQa0/c=)
- parere contabile Positivo espresso da Robert Sparber il 20.11.2017, impronta digitale del parere (qe3MHlFNhEzDRaS8PyvNmpYCVA38aprywy8Wn0pOpE=)

Vista la L.P. sull'Ordinamento delle Comunità comprensoriali;

Visto lo Statuto vigente di questa Comunità comprensoriale ed il vigente Ordinamento dei Comuni;

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

DER PRÄSIDENT
IL PRESIDENTE
Karl Polig

(DIGITAL SIGNIERTES DOKUMENT - DOCUMENTO FIRMATO DIGITALMENTE)

Letto, confermato e sottoscritto.

DIE GENERALSEKRETÄRIN
LA SEGRETARIA GENERALE
Laura Lastrì

(DIGITAL SIGNIERTES DOKUMENT - DOCUMENTO FIRMATO DIGITALMENTE)

VOLLSTRECKBARKEITSBESCHEINIGUNG

Es wird bescheinigt, dass gegenständlicher Beschluss am

CERTIFICATO DI ESECUTIVITÀ

Si certifica che la presente deliberazione è divenuta esecutiva il giorno

21.11.2017

im Sinne des Art. 79, Absatz 4, des D.P.Reg. Nr. 3/L vom
01.02.05 vollstreckbar geworden ist.

ai sensi dell'art. 79, 4° comma, del DPR n. 3/L del
01.02.05.

DIE GENERALSEKRETÄRIN - LA SEGRETARIA GENERALE
Laura Lastrì

(DIGITAL SIGNIERTES DOKUMENT - DOCUMENTO FIRMATO DIGITALMENTE)



BESCHLUSSNIEDERSCHRIFT DES GEMEINDEAUSSCHUSSES

VERBALE DI DELIBERAZIONE DELLA GIUNTA COMUNALE

GEGENSTAND

OGGETTO

Führung der Kindertagesstätte Feldthurns - Vergabe der Dienstleistung an die Sozialgenossenschaft Tagesmütter - Gen. aus Bozen für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2022 - CIG 80912907BB

Gestione del servizio di microstruttura a Velturno - appalto del servizio alla cooperativa sociale Tagesmütter di Bolzano per il periodo dal 01.01.2020 fino al 31.12.2022 - CIG 80912907BB

SITZUNG VOM – SEDUTA DEL

UHR – ORE

02.12.201917:00

Nach Erfüllung der im Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol enthaltenen Formvorschriften wurden für heute, im üblichen Sitzungssaal, die Mitglieder dieses Gemeindeausschusses einberufen.

Previo esaurimento delle formalità prescritte dal Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, vennero per oggi convocati, nella solita sala delle adunanze, i componenti di questa Giunta comunale.

Anwesend sind: Sono presenti:

Messner Konrad

Bürgermeister – Sindaco

Delueg Dr. Patrick

Vize-Bürgermeister – Vice-Sindaco

Blasbichler Pedratscher Elisabeth

Gemeindereferent – Assessore

Unterfrauner Obrist Adelheid

Gemeindereferent – Assessore

abwesend entschuldigt assente giustificato	abwesend unentschuldigt assente ingiustificato

Ihren Beistand leistet die Gemeindesekretärin, Frau

Assiste la Segretaria Comunale, Signora

Niederbrunner Dr. Petra

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, übernimmt Frau/
HerrRiconosciuto legale il numero degli intervenuti la Signora/il
Signor

Messner Konrad

in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz und erklärt die Sitzung für eröffnet. Der Gemeindeausschuss behandelt obigen Gegenstand.

nella sua qualità di Sindaco ne assume la presidenza e dichiara aperta la seduta. La Giunta comunale passa alla trattazione dell'oggetto suindicato.

Gegenstand: Führung der Kindertagesstätte Feldthurns - Vergabe der Dienstleistung an die Sozialgenossenschaft Tagesmütter - Gen. aus Bozen für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2022 - CIG 80912907BB

Die Gemeindesekretärin Dr. Petra Niederbrunner in Ermangelung des Verantwortlichen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten erklärt mit der digitalen Signatur des gegenständlichen Beschlusses ihr vorhergehendes positives Gutachten hinsichtlich der fachlichen Ordnungsmäßigkeit im Sinne der Art. 185 und 187 des Kodex' der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol (R. G. vom 3. Mai 2018, Nr. 2) zur Vorlage des gegenständlichen Beschlusses erteilt zu haben.

Die Buchhalterin Nadia Niederstätter erklärt mit der digitalen Signatur des Beschlusses ihr vorhergehendes positives zustimmendes Gutachten hinsichtlich der buchhalterischen Ordnungsmäßigkeit im Sinne der Art. 185 und 187 des Kodex' der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol (R. G. vom 3. Mai 2018, Nr. 2) zur Vorlage des gegenständlichen Beschlusses erteilt zu haben.

Vorausgeschickt, dass

- mit Beschluss des Gemeindeausschusses Nr. 432 vom 30.09.2019 die Ausschreibung eines Verhandlungsverfahrens mit vorhergehender Bekanntmachung i.S. des Art. 58, Absatz 1, Buchstabe c) des Landesgesetzes vom 17.12.2015, Nr. 16 für die Vergabe des Dienstes zur Führung der Kindertagesstätte Feldthurns für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis 31.12.2022 verfügt wurde, und zwar mit dem Zuschlagskriterium: wirtschaftlich günstigstes Angebot (Qualität/Preis) nach Art. 33 des L.G. Nr. 16/2015 und Art. 95 des GVD Nr. 50/2016 sofern vereinbar, wobei für die Qualität bis zu 80 Punkte und für den Preis bis zu 20 vergeben werden können;
- die Landesregierung mit Beschluss Nr. 666 vom 30.07.2019 das neue Finanzierungssystem für die Dienste Kindertagesstätte und Tagesmütter/-väterdienst, genehmigt hat;
- mit obgenannten Beschluss der konventionelle Stundensatz für Kindertagesstätten mit **mehr als 10 Plätzen** auf maximal Euro 12,00 pro Stunde, zuzüglich MwSt. festgelegt wurde. Der konventionelle Stundensatz muss sämtliche Kosten umfassen, mit Ausnahme von eventuellen zusätzlichen Kosten für die Betreuung von Kindern mit Beeinträchtigungen oder Migrationshintergrund und Investitionen;
- der im Vertrag zur Führung des Dienstes angeführte Stundenkostensatz muss auch eventuelle Kosten zu Lasten der Gemeinde enthalten. Diese Kosten werden der Trägerkörperschaft in Rechnung gestellt;
- die Bekanntmachung zur Ermittlung von Wirtschaftsteilnehmern für die Einladung zum Ausschreibungsverfahren wurde am 04.10.2019 an der digitalen Amtstafel der Gemeinde Feldthurns veröffentlicht; innerhalb der festgelegten Frist hat 1 Wirtschaftsteilnehmer seine Interessensbekundung mit der Erklärung, dass er im Besitz der in der Bekanntmachung unter Punkt 4 angeführten Teilnahmevoraussetzungen ist, eingereicht;
- das Verhandlungsverfahren mit dem interessierten Bewerber wurde mit Veröffentlichung des Einladungsschreiben samt Ausschreibungsbedingungen am 07.11.2019 auf dem ISOV-Portal der Autonomen Provinz Bozen Südtirol unter der Nr. 06688/2019 begonnen;

Festgestellt, dass

- am 25.11.2019 um 09:30 Uhr die Öffnung der administrativen Unterlagen stattgefunden hat und folgendes Unternehmen ein Angebot eingereicht hat:

Oggetto: Gestione del servizio di microstruttura a Velturmo - appalto del servizio alla cooperativa sociale Tagesmütter di Bolzano per il periodo dal 01.01.2020 fino al 31.12.2022 - CIG 80912907BB

La segretaria comunale dott.ssa Petra Niederbrunner dichiara in mancanza del responsabile in relazione alle sue competenze con la firma digitale del presente atto di avere dato il previo parere positivo in ordine alla regolarità tecnico-amministrativa ai sensi degli artt. 185 e 187 del Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige (L. R. del 3 maggio 2018, n. 2) relativamente alla bozza della presente delibera.

La contabile Nadia Niederstätter dichiara con la firma digitale del presente atto in relazione alle sue competenze di avere espresso il previo parere positivo in ordine alla regolarità contabile ai sensi degli artt. 185 e 187 del Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige (L. R. del 3 maggio 2018, n. 2) relativamente alla bozza della presente delibera.

Premesso che

- con delibera della Giunta Comunale n. 432 del 30.09.2019 è stato disposto di indire una gara tramite procedura negoziata con precedente indizione di gara ai sensi dell'art. 58, comma 1, lettera c) della legge provinciale del 17.12.2015, n. 16 per l'affidamento della gestione del servizio di microstruttura per la prima infanzia di Velturmo per il periodo dal 01/01/2019 al 31/12/2022 con il criterio di aggiudicazione: offerta economicamente più vantaggiosa (qualità/prezzo) ai sensi dell'art. 33 della L.P. 16/2015 e art. 95 del D.Lgs. n. 50/2016, in quanto compatibile, con peso pari a 20 punti e della qualità con peso pari a 80 punti;
- la giunta provinciale con delibera n. 666 del 30/07/2019 ha approvato i nuovi criteri sul finanziamento dei servizi di microstruttura e di assistenza domiciliare all'infanzia;
- con predetta delibera il costo orario convenzionale per microstrutture **più di 10 posti** è stato fissato al massimo di Euro 12,00 per ora, più IVA. Il costo orario convenzionale è onnicomprensivo e pertanto include tutte le spese per la gestione del servizio, fatta eccezione per eventuali costi aggiuntivi per l'assistenza a bambini con disabilità e bambini immigrati ed investimenti;
- il costo orario indicato nel contratto per l'affidamento del servizio deve comprendere anche gli eventuali costi a carico del comune. Tali costi devono essere fatturati all'ente gestore;
- l'avviso pubblico per l'individuazione di operatori economici da invitare alla gara è stata pubblicata il 04.10.2019 sull'albo pretorio del Comune di Velturmo; entro la scadenza fissata 1 operatore economico ha presentato la sua manifestazione di interesse con la dichiarazione che l'interessato possiede i requisiti di partecipazione indicati al punto 4 dell'avviso;
- La procedura negoziata con l'invito dell'interessato è stata avviata con la pubblicazione della lettera d'invito con il relativo disciplinare di gara il 07.11.2019 sul portale SICP della Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige con il numero 06688/2019;

Constatato che

- l'apertura della documentazione amministrativa contenuta nella busta virtuale A ha avuto luogo il 25.11.2019 alle ore 09:30 partecipando la seguente ditta:

- Sozialgenossenschaft Tagesmütter – Gen.

Nach Einsichtnahme in die Niederschrift der Wettbewerbsbehörde vom 25.11.2019, laut welcher der Bieter zum Wettbewerb zugelassen wurde;

Nach Einsichtnahme in die Niederschrift der Wettbewerbsbehörde vom 28.11.2019, welche die Öffnung der technischen Unterlagen, die im virtuellen Umschlag B enthalten sind, zum Gegenstand hatte;

Nach Einsichtnahme in die Niederschrift der technischen Kommission für die qualitative Bewertung der Angebote vom 28.11.2019;

Nach Einsichtnahme in die Niederschrift der Wettbewerbsbehörde vom 29.11.2019, laut welchem die Umschläge mit den wirtschaftlichen Angeboten geöffnet und die Punkte zugeteilt wurden:

Visto il verbale dell'autorità di gara del 25.11.2019, secondo il quale l'offerente è stato ammesso alla gara;

Visto il verbale dell'autorità di gara del 28.11.2019, avente ad oggetto l'apertura della documentazione tecnica contenuta nella busta virtuale B.

Visto il verbale della commissione tecnica del 28.11.2019 per la valutazione qualitativa dell'offerta;

Visto il verbale dell'autorità di gara del 29.11.2019, secondo il quale sono state aperte le buste con le offerte economiche e assegnati i punteggi:

<i>Anbieter offerente</i>	<i>Qualitative Bewertung Valutazione qualitativa</i>	<i>Wirtschaftliches Angebote offerta economica</i>	<i>Summe somma</i>
<i>Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen.</i>	<i>80 Punkte/punti</i>	<i>20 Punkte/punti</i>	<i>100 Punkte/punti</i>

Festgestellt, die Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen. ein Angebot in Höhe von Euro 718.200,00 (entspricht Euro 11,97 pro Betreuungsstunde – Abschlag von 0,25 %) auf die Ausschreibungssumme von Euro 720.000,00 eingereicht hat;

Festgehalten, dass für das Jahr 2020 mit maximal etwa 10.000 Betreuungsstunden und in den Jahren 2021 und 2022 jeweils mit etwa maximal 25.000 Betreuungsstunden gerechnet werden kann;

Festgehalten, dass die Kosten (in Folge als „Allgemeinkosten“ bezeichnet) zu Lasten der Gemeinde der Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen. in Rechnung gestellt werden müssen;

Festgehalten, die Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen. an die Gemeinde den konventionellen Stundensatz Euro 11,97, zuzügl. MwSt., in Rechnung stellt, welcher alle Kosten für die Betreuungsstunde (inkl. Allgemeinkosten) beinhalten. Die Einnahmen aus den Beiträgen der Eltern werden davon in Abzug gebracht;

Festgehalten, dass der Zuschlag daher erteilt werden kann.

Festgestellt, dass gemäß Artikel 32, Absatz 7 des G.v.D. Nr. 50 vom 18.04.2016, i.g.F., die endgültige Zuschlagserteilung erst nach Feststellung der Erfüllung der verlangten Anforderungen rechtswirksam wird.

Nach Einsicht in:

- das GvD 50/2016 und in das LG Nr. 16/2015 i.g.F.;
- die positiven Gutachten im Sinne der Art. 185 und 187 des Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol (R. G. vom 3. Mai 2018, Nr. 2);
- den Haushaltsplan und den Arbeitsplan des laufenden Jahres;
- die Satzung dieser Gemeinde;
- den Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol (R. G. vom 3. Mai 2018, Nr. 2);

b e s c h l i e ß t

DER GEMEINDEAUSSCHUSS

einstimmig, bekundet durch Handzeichen,

1) Der Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen. den Dienst

Constatato che la Cooperativa sociale Tagesmütter soc.coop. ha presentato l'offerta più vantaggiosa e conveniente con l'importo di Euro 718.200,00 (dunque Euro 11,97 per ora – ribasso di 0,25 %) in confronto all'importo a base d'asta di Euro 720.000,00;

Rilevato che che per anno 2020 si stima al massimo circa 10.000 ore di custodia e per gli anni 2021 e 2022 al massimo circa 25.000,00 ore di custodia;

Constatato che i costi a carico del Comune (denominati in seguito “costi generali”) devono essere fatturati alla coopertativa sociale Tagesmütter soc. coop.;

Constatato che che la cooperativa sociale Tagesmütter soc. coop. fattura al Comune il costo orario convenzionale di Euro 11,97, più IVA, il quale comprende tutti i costi per l'ora di custodia (incluso i costi generali). I ricavi derivanti dai contributi dei genitori saranno detratti dalla fattura;

Constatato che l'aggiudicazione della gara può essere quindi approvata.

Constatato che, ai sensi dell'articolo 32, paragrafo 7 del D.Leg. n. 50 del 18.04.2016, nel testo vigente, l'aggiudicazione definitiva del contratto avrà effetto solo dopo l'adempimento die requisiti richiesti.

Visti:

- il D.Lgs. 50/2016 e la L.P. n. 16/2015 n.t.v.;
- i pareri positivi ai sensi degli artt. 185 e 187 del Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige (L. R. del 3 maggio 2018, n. 2);
- il bilancio preventivo ed il piano operativo corrente;
- lo Statuto di questo Comune;
- il Codice degli enti locali della Regione autonoma Trentino-Alto Adige (L. R. del 3 maggio 2018, n. 2)

LA GIUNTA COMUNALE

d e l i b e r a

ad unanimità di voti, espressi per alzata di mano,

1) Di affidare alla Cooperativa sociale Tagesmütter soc.

zur Führung der Kindertagesstätte in Feldthurns für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis am 31.12.2022 zum angebotenen Preis von Euro 718.200,00 zuzüglich 5% MwSt., **insgesamt Euro 754.110,00** (entspricht Euro 11,97 pro Betreuungsstunde + MwSt. – Abschlag von 0,25 % auf die Ausschreibungssumme von Euro 720.000,00), gemäß Angebot vom 22.11.2019, zu vergeben.

- 2) Die Allgemeinkosten der Gemeinde sind der Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen. in Rechnung zu stellen.
- 3) Die Sozialgenossenschaft Tagesmütter Gen. stellt der Gemeinde pro Betreuungsstunde Euro 11,97 , zuzügl. MwSt., abzüglich der Einnahmen aus den Beiträgen der Eltern, in Rechnung.
- 4) Mit der Sozialgenossenschaft Tagesmütter – Gen. aus Bozen wird ein Vertrag in Form einer Privaturkunde abgeschlossen, vorbehaltlich der Vorlage aller erforderlichen Unterlagen laut Art. 90, Absatz 9, Buchstabe a) und b) und Anhang XVII des G.v.D. Nr. 81/2008, der allgemeinen Voraussetzungen im Sinne des G.v.D. Nr. 50/2016.
- 5) Die Zuschlagserteilung wird gemäß Artikel 32, Absatz 7 des G.v.D. Nr. 50 vom 18.04.2016, i.g.F., erst nach Feststellung der Erfüllung der verlangten Anforderungen rechtswirksam.
- 6) Der amtierende Bürgermeister als rechtlichen Vertreter der Gemeinde Feldthurns wird ermächtigt nach Erfüllung der verlangten Anforderungen den entsprechenden Vergabevertrag zu unterzeichnen.
- 7) Die entsprechende geschätzte Ausgabe wird im Jahr 2020 wie folgt verpflichtet und angelastet:
Jahr 2020: 120.000,00 Euro
Jahr 2021: 317.055,00 Euro
Jahr 2022: 317.055,00 Euro

Gegen diesen Beschluss kann während des Zeitraums seiner Veröffentlichung Einspruch beim Gemeindeausschuss und innerhalb von 60 Tagen ab Vollstreckbarkeit desselben beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof in Bozen Rekurs eingelegt werden. Im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe beträgt die Rekursfrist 30 Tage (Art. 119 und 120, G.v.D. Nr. 104/2010), für Wahlhandlungen gelangen die Art. 126-132 des G.v.D. Nr. 104/2010 zur Anwendung.

coop. la gestione del servizio di microstruttura per la prima infanzia di Velturmo per il periodo dal 01.01.2020 al 31.12.2022 all'importo di Euro 718.200,00, complessive **Euro 754.110,00** (dunque Euro 11,97 per ora di custodia più IVA – ribasso di 0,25 % sull'importo a base d'asta di Euro 720.000,00), giusto offerta del 22.11.2019.

- 2) I costi generali del Comune devono essere fatturati alla cooperativa sociale Tagesmütter soc.coop..
- 3) La cooperativa sociale Tagesmütter soc. coop. fattura al Comune per ora di custodia Euro 11,97 , più IVA previa deduzione dei contributi dei genitori.
- 4) A causa della complessità dell'incarico viene stipulato con la cooperativa sociale Tagesmütter soc. coop. un contratto nella forma di una scrittura privata con riserva di presentazione della documentazione necessaria ai sensi dell'art. 90 co. 9 lettera a) e b) e allegato XVII del dec.leg. n. 81/2008 e die presupposti generali ai sensi del D.leg. n. 50/2016.
- 5) L'aggiudicazione, ai sensi dell'art. 32, paragrafo 7 del D.Leg. n. 50 del 18.04.2016 nel testo vigente, diventa efficace dopo la verifica del possesso dei prescritti requisiti;
- 6) Il Sindaco "pro tempore" come legale rappresentante del comune di Velturmo viene autorizzato a firmare il relativo contratto dopo la verifica del possesso dei prescritti requisiti.
- 7) La relativa spesa stimata viene impegnata ed imputata nell'anno 2020 come di seguito:
anno 2020: 120.000,00 Euro
anno 2021: 317.055,00 Euro
anno 2022: 317.055,00 Euro

Contro la presente deliberazione può essere presentata opposizione alla giunta comunale entro il periodo di pubblicazione e entro 60 giorni dall'esecutività della stessa può essere presentato ricorso al Tribunale di giustizia amministrativa di Bolzano. Nell'ambito dell'affidamento pubblico il termine entro quale ricorrere è di 30 giorni (art. 119 e 120 Decreto legislativo n. 140/2010), per atti riguardanti le elezioni vengono applicati gli artt. 126-132 del Decreto legislativo n. 104/2010.

digital signiertes Dokument - documento firmato digitalmente

DER BÜRGERMEISTER – IL SINDACO
Messner Konrad

DIE GEMEINDESEKRETÄRIN – LA SEGRETARIA COMUNALE
Niederbrunner Dr. Petra